

Wien, am Mittwoch, den 2. November 1927

Stadtrat Franz Siegel.Die Leichenfeier.

Im grossen Saal des Arbeiterheimes Ottakring nahm heute nachmittags die Gemeinde Wien, zahlreiche Körperschaften und viele Freunde von Stadtrat Siegel Abschied. Der Sarg war bereits in den frühen Morgenstunden in den Saal gebracht worden. Viele tausende von Leidtragenden erwiesen im Laufe des Vormittags dem Toten die letzte Ehre. Sehr zahlreich war der Kranzschmuck, der sich rings um den Sarg auftürmte. Ausser den beiden grossen Kränzen der Gemeinde und des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs, hatten die Zentralvereinigung der Architekten, der Ingenieure, die einzelnen Organisationen und die engeren Mitarbeiter des verstorbenen Stadtrates prächtige Blumengewinde niedergelegt. Um 3 Uhr nachmittags begann die Trauerfeier, zu der so viele Trauergäste erschienen waren, dass auch die Galerien überfüllt wurden. In Vertretung des Bundesministers für soziale Verwaltung war Ministerialrat Ehrenhofer-Zirner erschienen. Das Ministerium für soziale Verwaltung und das Gewerbeinspektorat für Bauwesen war durch Sektionsrat Hagenmüller vertreten. In Vertretung des Landes Niederösterreich waren Landtagspräsident Jukel und die Landesräte Professor Beirer und Schneidmuller erschienen. Ferner nahmen an der Trauerfeier Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg, Zimmerl und Hellmann, eine grosse Abordnung des christlichsozialen Gemeinderatsklubs unter Führung des Stadtrates Rummelhardt, alle amtsführenden Stadträte, alle Mitglieder des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs, alle sozialdemokratischen Bezirksvorsteher, viele Nationalräte, die leitenden Beamten der Hoheitsverwaltung unter Führung des Magistratsdirektors Dr. Hartl, die technischen Beamten unter Führung des Stadtbaudirektors Ingenieur Dr. Musil, Stadtbaudirektor i. P. Ingenieur Fiebiger, Hofrat Baumgarten, Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel, Bürgermeister Ofenböck von Wiener Neustadt, Oberstadtphysikus Dr. Böhm, Professor Hegenbart, Zentralsekretär Willfort von der Zentralvereinigung der Architekten und viele andere teil.

Die Musikkapelle der Strassenbahner leitete die Trauerfeier mit einem Fanfarenvortrag ein, worauf der Gesangverein der Baugewerkschaft den Schottischen Bardenchor vortrug.

Dann trat Bürgermeister Seitz an die Bahre. (Die Rede folgt mit der zweiten Ausgabe.)

Nach dem Bürgermeister sprach namens der technischen Beamtenschaft der Gemeinde Wien Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Musil:

Mitten in der Arbeit hat der Tod mit unerbitterlicher Hand unseren Stadtrat abberufen. Stadtrat Siegel war ein Mann der schöpferischen Arbeit, der mit wahrer <sup>Begierde</sup> und Liebe die vielfältigen Aufgaben, die ihm gestellt worden sind, gelöst hat. Er hat seinen Mitarbeitern stets Vertrauen entgegengebracht und wir lohnten dieses Vertrauen mit freudiger Hingebung unseres Wissens und unserer Kenntnisse für die Stadt. Tiefbewegt stehen wir heute an der Bahre unseres Stadtrates, mit dem uns so viele Jahre ein inniges Arbeitsverhältnis verbunden hat. Wir werden das Andenken unseres Stadtrates stets in Ehren hoch halten.

Professor Dr. Holey hielt dem Toten namens des Ingenieur- und Architektenvereines folgenden Nachruf: Unsere Vereinigung hat, als sie Franz Siegel zum Förderer ernannte, dem Manne Anerkennung gezollt, der an der Spitze eines der grössten Bauunternehmens Europas stand. Mit zielbewusster Tatkraft hat Stadtrat Siegel dem Bauschaffen unserer Zeit neue kräftige Impulse verliehen. <sup>Wir haben</sup> bei der Ernennung dieses Mannes, der sich immer stolz seiner Herkunft gerühmt hat, zum Ausdruck bringen wollen, dass wir nicht vergessen haben, dass unsere Kunst aus den Urtiefen des Handwerkes emporgestiegen ist. Sein Name wird mit der Lösung wichtiger Probleme grosstädtischen Wohnens für immer verbunden und mit der Geschichte des Bauschaffens unserer Heimatstadt, der er seine überragende Kraft geliehen hat, unzertrennlich verknüpft sein.

Dann sprach für die Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs Präsident Architekt Professor Theiss: Mir obliegt es namens der Zentralvereinigung der Architekten, dessen Ehrenmitglied Stadtrat Siegel war, ihm Dank zu sagen, für die grossen Aufgaben, die er der Architektenschaft gestellt hat. Unter ihm sind in Wien ganze Stadtteile entstanden, wurden unschöne Lücken mit prächtigen Wohnbauten ausgefüllt. <sup>Wir an</sup> Was Franz Siegel besonders geschätzt haben, das war, dass er unserer Architektenschaft freie Hand gelassen und unserem schöpferischen Gestalten keinen Zwang anlegte. Wenn alle Grund haben, das frühe Hinscheiden dieses Mannes zu beklagen, wir Architekten wurden davon am meisten betroffen. Franz Siegel wird in der Geschichte der Bauentwicklung Oesterreichs immer rühmend genannt werden.

Zum Schluss sprach namens der Oesterreichischen Baugewerkschaft Gemeinderat Böhm: Stadtrat Siegel war der Wecker und Organisator einer der grössten Berufsgruppen Oesterreichs, der Bauarbeiter. Noch jung an Jahren hat Siegel ein Werk vollbracht, das wir für unausführbar gehalten haben. Er hat die Bauklaven in einer Zeit aufgerufen, als diese Menschen noch zu der gedrücktesten Arbeiterschichte zählten und sie einer freien Gewerkschaftsorganisation zugeführt. Wer diese gigantische Arbeit ermessen will, der muss die Zustände ermessen, die vor fünfundzwanzig Jahren im Baugewerbe bestanden haben und die mit der heutigen Zeit in gar keinem Vergleich gebracht werden dürfen. Dass die Organisation der Bauarbeiter gross geworden ist, dass die Bauarbeiterschaft überhaupt eingereicht wurde in das grosse Heer des kämpfenden Proletariats, das vor allem ist das grosse Verdienst Franz Siegels. Die österreichischen Bauarbeiter werden dieses knorrigen und aufrechten Mannes immer ehrend gedenken.

Die Sänger sangen nun das Lied der Arbeit. Dann wurde der Sarg zu dem Leichenwagen gebracht. Die Trauergäste versammelten sich vor dem Arbeiterheim und formierten sich dann zu einem langen Zug, der über die Hasnerstrasse und dem Gürtel bis zur Burggasse dem Toten das letzte Geleit gab. Die elektrischen Strassenlampen waren schwarz verhängt und gaben nur mattes Licht. Musikkapellen der städtischen Bediensteten trugen Trauermärsche vor. Bei der Burggasse löste sich der Zug auf und die Leiche wurde in das Krematorium der Stadt Wien zur Einäscherung geführt.

Stadtrat Franz Siegel.Die Leichenfeier.Die Rede des Bürgermeisters:

Freund Siegel! Nach unsäglichem körperlichen und seelischer Leiden hast Du nun Erlösung und Ruhe gefunden. Wer ermessen will, was der Arme gelitten hat, der muss ihm gesehen haben, mit dem schmerzerfüllten Leibe an der Arbeit, er muss von ihm das Wort gehört haben, das die furchtbare, tückische Krankheit nennt, damals, als er das erstemal das Empfinden hatte, dass er von ihr erfasst sei. Mit dem Gefühl des Totgeweihten hat er unerschütterlich weiter gearbeitet. Ein starker, ein harter, ein fester Mensch! So stand Franz Siegel seinerzeit als Maurergeselle auf dem Bau, so war er als Staatsbeamter, berufen, Gesundheit und Leben arbeitender Menschen zu verteidigen, gegen Profitgier und Leichtsinne in den wichtigsten Betrieben der Bauführung. Stark, hart, fest, so stand er, als es galt, seine Vaterstadt Wien neu aufzubauen. Wenn er als Arbeiter in Nächsten mühseliger Arbeit sich reiche Bildung und Wissen geholt hatte, so ward ihm nun das hohe Glück zuteil, den Ertrag dieser Arbeit zu geniessen, das hiess bei ihm, sein Wissen und Können der Menschheit widmen, der Stadtverwaltung, vor allem den Unglücklichsten unter ihnen, denen, die zu den Leiden des Krieges, zu Hunger und Elend, auch noch die Sorge um das Obdach zu tragen hatten. Er wurde zur Leitung des Volkswohnhausbaues berufen. Unter seiner Leitung wurden tausende und abertausende Wohnungen gebaut, die die hunderttausende vor der furchtbarsten Qual, vor der Obdachlosigkeit bewahrten. Er hat sich dieser Arbeit mit der ganzen Glut seines Herzens, mit ganzer Kraft, mit seinem ganzen Wissen und Können hingeeben. Bei der Grundsteinlegung des Baues mit der fünfundzwanzigtausendsten Wohnung, wir erinnern uns noch alle daran, hat er, als er den Schlag auf den Stein tat, das Wort gesagt: Licht in die Wohnungen, Licht in die Hirne, Licht in die Herzen der Menschen! Das war ein Wort nach seinem Wesen. So hat er gelebt und gewirkt: Seinen Mitmenschen Licht und Wohlfahrt schaffen! So steht denn auch an dieser Bahre nicht nur die Arbeiterschaft, der er entspross, und der er immer ein treuer Diener war, so stehen an dieser Bahre nicht nur seine Berufskollegen, so steht an dieser Bahre trauernd und mit dankerfülltem Herzen die Stadt Wien. Franz Siegel, was Du gebaut, das wird als ein Symbol einer grossen Sache, aber auch als ein Symbol Deines Wesens, des schlichten Arbeiters, fortgestehen; was Du mühselig erarbeitet und mühselig aufgebaut hast, das werden noch künftige Generationen geniessen. Die Stadt Wien dankt Dir für Dein Lebenswerk. Du bist dahingeschieden in voller Manneskraft, von einer heimtückischen, furchtbaren Krankheit niedergerissen. Aber stehen werden die Bauten, die Du aufgeführt hast. Wir, Wiens Bürger, danken Dir für diese schwere Arbeit, die Du geleistet hast von dem Tag angefangen, an dem Du berufen wardest, bis zu dem Tag, da Krankheit Dich niederzwang, da Du Dich nicht mehr erheben konntest, obwohl Dein Geist noch an der Arbeit war. Franz Siegel, Du wirst fortleben in den Herzen Deiner Freunde nicht nur, in den Herzen der Arbeiter, sondern in den Herzen Deiner Mitbürger. Deine Vaterstadt wird Deiner in Dankbarkeit und Liebe gedenken!

Die Trauerfeier im Krematorium.

Um 5/4 6 Uhr langte der Trauerzug im Vorhofe des Krematoriums ein. Während die Musikkapelle der städtischen Feuerwehr einen Trauerchoral vortrug, wurde der Sarg vom Wagen gehoben und vor das Eingangtor des Krematoriums aufgestellt. Aus dem Innern des Krematoriums brauste der Gesang der Sänger, und als er verklungen war, trat Nationalrat Seyer an die Bahre. Er nahm namens des Wiener Vorstandes, des Parteivorstandes sowie der Bezirksorganisation Ottakring in ergreifenden Worten von Stadtrat Siegel Abschied. An Deiner Bahre, Du schlichter Arbeiter, stand heute der Bürgermeister und hat von Dir als Bauherrn der Stadt Wien Abschied genommen. Ich nehme von Dir ebenfalls Abschied, aber nicht vom Bauherrn der Stadt Wien, sondern von dem fleissigen Bauherrn der Partei, der Du seit Jahren warst, um mitzuhelfen an dem grossen Bau, der für uns die Befreiung des Proletariats bedeutet. Dann wurde der Sarg in das Krematorium getragen, die Orgel klang und der Sarg sank in die Tiefe.

Ausgestaltung des Hietzinger Spiel- und Eislaufplatzes. Die Gemeinde Wien betreibt zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend gegenwärtig 31 Spielplätze, von denen dreizehn im Winter auch als Eislaufplätze benützt werden. Die Erhaltung und Ausgestaltung dieser Plätze erfordern selbstverständlich bedeutende Summen. Der Gemeinderatsausschuss für Jugendfürsorge hat neuerlich 20.000 Schilling für die neue Unterkunftshütte auf dem zwölftausend Quadratmeter grossen städtischen Spiel- und Eislaufplatz am Karl Goldmarkplatz in Hietzing bewilligt. Dieser Spielplatz hat auch die erste städtische Tennisanlage. Interessant ist, dass heuer rund 100.000 Kinder auf sieben Spielplätzen in den Sommermonaten die Freispielnachmittage besucht haben.

Wien, am Donnerstag, den 3. November 1927

Bedeutende Ermässigung der Lustbarkeitssteuer für die Varietes. Der Magistrat hat mit Rücksicht darauf, dass die Varietes und Zirkuse unter der geänderten Geschmacksrichtung des Publikums, das immer mehr vom Kino und sportlichen Veranstaltungen angezogen wird, stark zu leiden haben, dem Finanzausschuss die Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe für diese beiden Betriebe vorgeschlagen. Der Gesetzentwurf wurde heute den Mitgliedern des Finanzausschusses übermittelt. Es wird beantragt, dass der gegenwärtig für Zirkus- und Varietevorführungen geltende Steuersatz von 23 Prozent bis auf 15 Prozent ermässigt werden kann. Diese Ermässigung kann an die Bedingung einer mindestens achtmonatigen ununterbrochenen Spieldauer und an die Besetzung eines Teiles der Programmnummern jeder Vorstellung mit inländischen Kräften geknüpft werden, widrigenfalls die Ermässigung rückwirkend ausser Kraft tritt. Es ist also diese Begünstigung nicht für Unternehmungen gedacht, die nur auf ein paar Wochen nach Wien kommen und in der Regel schon durch ihre grosse Aufmachung ohnehin im Stande sind, das Publikum anzuziehen. Die inländischen Artisten, die gegenwärtig in einer sehr ungünstigen wirtschaftlichen Lage sind, sollen gegen die übermässige Heranziehung von ausländischen Kräften dadurch geschützt werden, dass der Stadtsenat die Gewährung der Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe an die bereits erwähnte Bedingung knüpfen kann, dass ein angemessener Teil des Programms mit inländischen Kunstkräften zu besetzen ist.

Bekanntlich hat die Gemeinde schon jetzt den Varietes und Zirkusen die Lustbarkeitssteuer um drei Prozent ermässigt, nach der neuen Vorlage soll diese Ermässigung bis zu acht Prozent betragen. Die Vorlage wird nach der Beschlussfassung durch den Wiener Landtag und Veröffentlichung im Wiener Landesgesetzblatt wirksam.

Beileid der bildenden Künstler zum Ableben des Stadtrates Siegel. Professor Hegenbarth hat namens der Vereinigung bildender Künstler dem Bürgermeister anlässlich des Hinscheidens des Stadtrates Siegel das tiefste Beileid ausgesprochen. Ebenso haben die Professoren Rusch und Zinsler für den Künstlerverband österreichischer Bildhauer kondoliert.

Zwei neue Kataloge der städtischen Volksbibliothek Wertheimstein. Die städtische Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein in Döbling, die im Jahre 1912 eröffnet wurde und gegenwärtig 13.200 Werke besitzt, hat zwei neue, geschmackvoll ausgestattete Kataloge herausgegeben, die eine reiche Auswahl der Bibliotheksbestände an Werken der schönen Literatur bieten. Der selten reiche Bestand an wissenschaftlichen Werken wird ebenfalls in ähnlich angelegten Katalogen verzeichnet werden. Die Bibliothek verfügt auch über eine reiche Handbibliothek und über ein gut ausgestattetes Lesezimmer, in dem über 30 gute Zeitschriften aufliegen.

Rückgang der Sterblichkeit in Wien. Im September sind in Wien 1718 Personen gestorben. Davon waren 116 ortsfremd. Gegenüber dem September 1926 ist ein Rückgang der Sterblichkeit um 131 Personen zu verzeichnen. Auch im Vergleich zum August 1927 ist die Sterblichkeit im September um 75 Personen geringer. Auf tausend Personen und das Jahr berechnet sind im September 10<sup>92</sup> Personen gestorben, gegen 10<sup>91</sup> im Septemberdurchschnitt der letzten vier Jahre. In den Wiener Krankenanstalten standen im September 28.942 Patienten in Behandlung; im September 1926 waren es 27.676. Die grösste Zahl der Todesfälle kommt auf Krankheiten der Kreislauforgane (19 Prozent), es folgen dann mit 17 Prozent die Krebse und mit 13<sup>6</sup> Prozent die Tuberkulose aller Art.

Wien, am Freitag, den 4. November 1927

Trauerfeier des Gemeinderates für Stadtrat Siegel.

Um  $\frac{1}{2}$  5 Uhr nachmittags versammelten sich heute die Mitglieder des Gemeinderates zu einer Trauersitzung. Der Platz des verstorbenen Stadtrates Siegel war mit einem schwarzen Tuch ausgeschlagen. Der Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat hatte auf das Pult einen Lorbeerkranz mit roter Schleife gelegt. Die Trauerrede hielt Bürgermeister Seitz, der ausführte:

Geehrter Gemeinderat! (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen). Der Gemeinderat der Stadt Wien hat einen schweren Verlust erlitten. Am Sonntag, den 30. Oktober um  $\frac{1}{2}$  4 Uhr nachmittags hat der amtsführende Stadtrat Franz Siegel sein Leben ausgehaucht, ein Leben, das schon fast ein halbes Jahr lang vorher dem Tod geweiht war, ein Leben furchtbarer seelischer und körperlicher Schmerzen.

Franz Siegel stand seit dem Jahre 1918 im Wiener Gemeinderat. Im Jahre 1923 abermals in den Gemeinderat gewählt und im Jahre 1927 bestätigt, war er seit der neuen Verfassung durch acht Jahre hindurch amtsführender Stadtrat für die technische Verwaltungsgruppe. Als solchem war ihm die Durchführung des grossen Wohnbauprogrammes anheimgestellt, das allein einen ganzen Mann erfordert hätte. Zu seinem Aufgabenkreis gehörte noch viel mehr. Die Verwaltungsgruppe, der er am Vorstand, ist eine der umfangreichsten und verantwortungsvollsten. Ihr obliegt auch das ganze Strassenwesen, die gärtnerische Ausgestaltung der Stadt, das Fuhrwerkswesen, etc., vor allem die ganze Wasserversorgung. Es ist eine Fülle von Arbeit, die dem amtsführenden Stadtrat dieser Gruppe anheimgestellt ist; aber keiner von uns allen hatte je den Eindruck, dass Siegel unter der Wucht dieser Arbeit auch nur einmal erlegen wäre. Ein Mann von ungeheurer Kraft und Stärke, ein Mann mit eisernem Willen überwand er alle Hindernisse. Für ihn gab es keine Aufgabe, die ihm zu gross gewesen wäre, - trotz seiner Bescheidenheit -, denn dieser Mann, der sich mit ungeheuren Fleiss und Eifer vom Maurergesellen emporgearbeitet hatte, der sich ein umfangreiches und tiefgehendes Wissen auf vielen Gebieten angeeignet hatte und allgemein geachtet war, blieb dennoch immer der bescheidene Mann der Arbeit. Sein eigenartiges Wesen, - sagen wir es offen -, sein rauhes Wesen erschwerte ihm nicht selten den Verkehr, der in einem solchen Amte notwendig ist und legte ihm manches Hindernis in den Weg, aber wer ihn einmal erkannt hatte, ob es Freund oder Gegner war, wusste sehr bald, welcher guter Kern in dieser rauhen Schale steckte, dass er ein Mensch voll Liebe zu seinem Nächsten war, ein Mensch voll Hingabe für die grossen Aufgaben, die ihm gestellt waren. Er hatte nicht nur als amtsführender Stadtrat und als Gemeinderat, sondern schon vorher ein schweres Stück Arbeit im öffentlichen Interesse geleistet, in seinem öffentlichen Amt im Gewerbeinspektorat und vorher in seiner Berufsvereinigung. Im Alter von 51 Jahren ist er von uns geschieden. Wir haben ihn wirklich Monate lang sterben gesehen und unvergesslich wird mir der Augenblick sein, da er das erstmal den Namen der schrecklichen Krankheit aussprach, die ihn erfasst hatte. Es war keine Besorgnis, die er aussprach, es war die Überzeugung, dass es so sei. Und wieder zeigte sich, dass seine äussere Rauheit doch eigentlich das Widerspiel seines zarten, rücksichtsvollen, inneren Wesens war als er voll Rücksicht auf seine Umgebung jede weitere Erörterung seiner Krankheit vermied, als wusste er nicht, um was es sich handelt. Aber es wusste es! Und so ging er ein

halbes Jahr dem Tode bewusst entgegen - mit einem seelischen Schmerz, der kaum schrecklicher gedacht werden kann. Von Leiden geplagt, ist er nun endlich erlegen, bei ihm kann man wirklich sagen, er ist erlöst.

Wir haben uns zu einer feierlichen Trauersitzung versammelt, um diesem Armen und doch reichen Menschen ein ehrendes Gedächtnis zu widmen. Freunde und Gegner seiner politischen Meinung preisen ihn, sie ehren den Menschen, den sie geachtet und geliebt haben, der in seiner Art und nach seiner Überzeugung sein Bestes für die Vaterstadt gegeben, ihr in Treue gedient hat. So wird er immer vor uns stehen und in unserer Erinnerung fortleben, als einer der besten, als einer, der in den schlimmsten Zeit der Not und des Elends dieser Stadt mit allen seinen Kräften mitgeholfen hat, sie wieder aufzubauen.

Ich danke allen Mitgliedern des Gemeinderates für diese Kundgebung. Sie haben sich zum Zeichen Ihrer Trauer von den Sitzen erhoben. Sie haben Ihrem Schmerz Ausdruck gegeben und ich bitte, diese Tatsache im Protokoll der Sitzung verzeichnen zu dürfen. Ich glaube, es entspricht unser aller Empfinden, wenn wir diese Sitzung allein dem Andenken Siegels weihen und wenn wir sie daher sofort zum Abschluss bringen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Beileidskundgebungen zum Ableben des Stadtrates Siegel. Der Bundesminister für Finanzen Dr. Hienböck hat an Bürgermeister Seitz folgendes Kondolenzschreiben gerichtet: Anlässlich des Ablebens des amtsführenden Stadtrates Herrn Franz Siegel übermittle ich Ihnen den Ausdruck meines aufrichtigen Mitgeföhles und bitte Sie, von meiner Anteilnahme auch den Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien in Kenntnis setzen zu wollen. Der Bundesminister für Heereswesen Vaugoin hat dem Bürgermeister folgendes Beileidsschreiben übermittelt: Anlässlich des Ablebens des amtsführenden Stadtrates, Herrn Franz Siegel, bitte ich, die Versicherung der aufrichtigen Anteilnahme entgegenzunehmen zu wollen. Ferner ist vom Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Reither folgendes Beileidsschreiben eingelangt: Anlässlich des Hinscheidens des amtsführenden Stadtrates, Herrn Franz Siegel, von welchem Sie mich in Kenntnis zu setzen die Freundlichkeit hatten, beehre ich mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, und dem Gemeinderate der Bundeshauptstadt Wien, den Ausdruck meiner aufrichtigen Anteilnahme zu übermitteln. - Zu der Leichenfeier des Stadtrates Siegel wird noch mitgeteilt, dass für das Gewerbeinspektorat für Bauwesen, bei dem Stadtrat Siegel jahrelang tätig war, der Leiter desselben, Ministerialrat Neudeck an der Leichenfeier teilgenommen hat.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H o n a y

380  
Zweite Ausgabe.

Wien, Freitag, den 4. November 1927.

### WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 4. November 1927.

#### Die Beratung des Rechnungsabschlusses für 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Es wird sofort der Rechnungsabschluss für das Jahr 1926 beraten. Berichterstatter ist Stadtrat Breitner, der ausführt:

Der Gemeinderat hat heute die Beratung des Rechnungsabschlusses für 1926 begonnen. Der Finanzreferent Stadtrat Breitner leitete die Verhandlung mit dem Hinweis ein, dass die Vorlage rechtzeitig im Sinne der Verfassung dem Finanzausschuss zugegangen sei und dass durch eine grosse Anzahl von Ausweisen und Erläuterungen ein vollkommen übersichtliches Bild der Gebarung im abgelaufenen Verwaltungsjahre geboten wird. Die Gesamteinnahmen waren mit rund 374 Millionen Schilling veranschlagt, haben aber tatsächlich 434 Millionen Schilling betragen. Es ergibt sich also eine Steigerung um sechzig Millionen Schilling. Die Gesamtausgaben haben statt 437 Millionen Schilling in Wirklichkeit 449 Millionen Schilling ausgemacht. Es schliesst demnach das Jahr mit einem Gebarungsabgang von fünfzehn Millionen Schilling. Das ist zwar günstiger als bei der Aufstellung des Veranschlagtes in Aussicht genommen wurde, aber immerhin sehr bedauerlich. Die Anstrengungen werden dahin gehen müssen, dieses Defizit zu beseitigen. Die Entwicklung der Gemeindeabgaben weist nur mehr eine bescheidene Aufwärtsbewegung auf. Erfreuliche Ueberraschungen auf diesem Gebiete sind trotz der stetigen Besserung der Wirtschaftsverhältnisse, des Sinkens der Arbeitslosigkeit und des steigenden Fremdenverkehrs nicht zu gewärtigen. Es wird deshalb das Streben dahin gehen müssen, die Ausgaben zu vermindern und mit den Einnahmen in Einklang zu bringen.

Jeder Rechnungsabschluss muss einer Prüfung nach zwei Richtungen hin unterzogen werden. Es ist festzustellen, ob die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben mit der notwendigen Sorgfalt erfolgt ist und ob die versprochenen Leistungen auch erfüllt worden sind. Ich glaube nachweisen zu können, dass in beiden Beziehungen der Rechnungsabschluss 1926 einer sehr strengen kritischen Betrachtung durchaus standhält.

Was zunächst die erste Betrachtung anlangt, ob die Einnahmen und Ausgaben entsprechend gewissenhaft veranschlagt worden sind, ist dazu folgendes zu sagen: Die Einnahmen ergeben eine Steigerung um rund sechzig Millionen Schilling. Das sind sechzehn Prozent. Der Bundesrechnungsabschluss der Republik Oesterreich zeigt gleichfalls für 1926 Mehreinnahmen von 23 Prozent. Daraus allein ergibt sich schon, dass die Gemeinde mit ihren Voranschlagsziffern der Wirklichkeit wesentlich näher gekommen ist als der Bund. Das Bild ist aber noch günstiger. Man muss nämlich bei der Gemeinde alle jene erhöhten Einnahmen ausscheiden, die sich der selbständigen Einschätzung entziehen und ausschliesslich auf Grund von Angaben des Finanzministeriums erfolgen. Tut man dies, so ergibt sich, dass von den sechzig Millionen Mehreinnahmen 31,3 auf die zu niedrig veranschlagten Abgabenertragsanteile und die damit in Verbindung stehende Entschädigung der Gemeinde für die Einhebung der Bundessteuern entfallen. Die eigene Gemeindegebarung war demnach gegenüber dem Voranschlag um bloss 28,7 Millionen Schilling besser. Das sind rund sie-

beneinhalb Prozent Steigerung, also bloss ein Drittel dessen, was beim Bunde als Unterpräliminierung für das Jahr 1926 zu verzeichnen ist. Die Ausgabensteigerung beträgt nicht ganz drei Prozent. Man wird bei objektiver Würdigung zugeben müssen, dass es jedem Industriellen, jedem halbwegs grösseren Geschäftsmanne sehr schwer fallen würde, im Oktober eines Jahres auf drei und sieben Prozent vorauszusagen, wie hoch seine Ausgaben und Einnahmen im darauffolgenden Kalenderjahre sein werden. Noch unendlich schwieriger ist dies selbstverständlich bei der gewaltigen, von tausend unberechenbaren Zufälligkeiten abhängigen Gemeindegebarung. Zur Kennzeichnung des Riesenumfanges der Gemeindetätigkeit genügt es festzustellen, dass die Hoheitsverwaltung allein - also mit Ausschluss der städtischen Unternehmungen - im verflossenen Jahre rund 26.000 aktive Angestellte beschäftigt hat.

Die weitere Prüfung des Rechnungsabschlusses muss sich darauf erstrecken, ob die in Aussicht gestellten Arbeiten, ob die angekündigten grossen Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur leere Versprechungen oder wirkliche Taten gewesen sind. Darüber bietet der Ausweis über die Investitionen und Inventaranschaffungen eine vollkommen klare Uebersicht. Ohne die Unternehmungen sollten für diese Zwecke 125 Millionen Schilling verausgabt werden. Es sind daraus 144 Millionen Schilling geworden. Die ganze Steigerung entfällt auf die Wohnhausbauten. Im Jahre 1926 wurden Wohnungen um 116 Millionen Schilling statt der ursprünglich geplanten 96 Millionen Schilling hergestellt. Die übrigen Gruppen weisen keine einschneidenden Veränderungen auf. Manches scheinbare Ersparnis, das da oder dort rechnungsgemäss erscheint, bedeutet in Wahrheit keine dauernde Minderausgabe. Es ist nur eine Verschiebung des Zahlungstermines auf das kommende Jahr erfolgt. Dies gilt insbesondere von den Bausummen für die Errichtung von Mutterberatungsstellen, Kindergärten und Horten. Es war eben der Baufortschritt bei einzelnen Objekten ein minder rascher. Die für den Umbau der Kinderherberge "Am Tivoli" veranschlagten 1.1 Millionen Schilling wurden nicht verbraucht. Dafür belastet der Ankauf des Schlosses Wilhelminenberg, samt den Herstellungsarbeiten das heurige Jahr. Das Gleiche gilt von den Minderausgaben beim Amalienbad und der Brigittabrücke.

Die Investitionen sind also nicht nur in dem versprochenen Ausmasse, sondern weit darüber hinaus erfolgt. Ebenso sind in der laufenden Verwaltung ausnahmslos Mehrleistungen zu verzeichnen. In der so wichtigen Gruppe der Wohlfahrtseinrichtungen waren Ausgaben von 67 Millionen Schilling vorgesehen. Tatsächlich sind 71 Millionen Schilling erforderlich gewesen. Der Mehraufwand ist auf die stärkere Inanspruchnahme der offenen Fürsorge zurückzuführen. Darin spiegelt sich leider die grosse Not, diese traurige Folgeerscheinung der langandauernden Arbeitslosigkeit. Der Beitrag der Gemeinde Wien zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung selbst hat sich verdoppelt. Statt der veranschlagten 2.4 Millionen Schilling, mussten infolge der stärkeren Heranziehung des Landes Wien 4.8 Millionen Schilling ausgegeben werden. Als Ersatz dafür ist bekanntlich die Landesbiersteuer eingeführt worden. Bei diesem Anlasse sei gleich gesagt, dass alle seinerzeitigen Mutmassungen der Minderheit, wonach die Gemeinde mit der Landesbiersteuer ein glänzendes Geschäft machen werde, den Tatsachen nicht entsprechen. Der Ertrag bleibt hinter den Ausgaben für die Arbeitslosen und Altersrentner zurück.

Der Rechnungsabschluss weist noch immer die empfindliche Lücke auf, dass die Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen mit

ihren Rechnungsabschlüssen fehlen. Die Unternehmungen haben nämlich bis zur Stunde noch nicht die rechtskräftige Bemessung der Körperschaftsteuer für die Zeit vom 1. Jänner 1925 erhalten. Daher konnten sie die Gelderöffnungsbilanz nicht aufstellen, welche die Grundlage aller späteren Rechnungsabschlüsse bildet. Die Gemeinde hat die Erledigung betrieben und es wird hoffentlich gelingen, noch in diesem Jahre in Ordnung zu kommen.

Eine riesenhafte Arbeit wird es bilden, ein vollkommen neues Inventar der Gemeinde aufzustellen. Auch in dieser Beziehung ist die Gemeinde Wien nicht etwa aus eigenem Verschulden in Verzug. Beweis dessen der Umstand, dass weder der Bund noch etwa Niederösterreich ein neues Vermögensinventar aufzustellen vermocht haben. Es handelt sich eben um eine Leistung ungewöhnlicher Art, welche die grösste Sorgfalt erfordert. Dabei hat es sich gezeigt, dass gerade der Grundbesitz der Gemeinde seit jeher schon nicht mit der wünschenswerten Lückenlosigkeit festgehalten ist. Seit vielen Monaten ist durch genaueste Erhebungen in den Grundbüchern der gesamte Realbesitz der Gemeinde restlos erfasst worden. Jetzt beginnt die Einzelausmessung und Begehung aller Parzellen, um widerrechtliche Ersitzungen zu verhindern und in einwandfreier Weise diesen wichtigsten Vermögensteil der Stadt festzulegen. Es wird immerhin noch geraume Zeit dauern, ehe diese sehr umfangreichen Vorarbeiten zum Abschlusse gelangt sind.

Zusammengefasst darf ruhig behauptet werden, dass das Verwaltungsjahr 1926 gleich den vorhergehenden ein Jahr furchtbringender Aufbauarbeit, erfolgreicher Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit gewesen ist. Bei richtiger Betrachtung bieten die sonst so trockenen Ziffern des Rechnungsabschlusses ein Bild lebensvollen, dem Wohle der Allgemeinheit gewidmeten Schaffens. Das grosse Heer der städtischen Angestellten, von dem einfachsten Arbeiter bis hinauf zu unserem ausgezeichneten Magistratsdirektor hat daran den redlichsten Anteil. In dem Bewusstsein der erfüllten Pflicht bittet die Verwaltung um Genehmigung des Rechnungsabschlusses. (Beifall).

Als erster Redner der Minderheit spricht Gemeinderat Zimmerl der ausführt, dass dem Rechnungsabschluss für 1926 zwei Neuheiten anhaften. Die erste Neuheit ist, dass er der erste Rechnungsabschluss ist, der verfassungsgemäss zeitgerecht dem Finanzausschuss vorgelegt wurde. Die zweite Neuheit ist, dass der Rechnungsabschluss formell einen Gebarungsabgang ausweist. An den Gebarungsabgang aber glauben wir aber nicht, ebenso wie die Bevölkerung an ihn nicht glaubt, weil er faktisch nicht mit einem Defizit abschliesst. Es wäre auch für die Majorität nicht gleichgültig, wenn wir einen Gebarungsabgang hätten, denn das würde neuerliche Lasten für die Steuerträger bedeuten. Breitner hat nur seine Taktik geändert.

Es wäre das richtige, dass zunächst die acht Verwaltungsgruppen, die ihren Voranschlag beraten, und dass sich dann erst der Finanzausschuss mit dem Gesamtvoranschlag befasst. Wir richten an den Bürgermeister das dringende Ersuchen, dass dies geschieht. Wir urgieren seit Jahren die Erstellung eines Inventars. Seit dem Jahre 1923 heisst es aber immer, dass die langwierigen Arbeiten zur Neubewertung des Gemeindevermögens im Gange seien, während der Kontrollantsbericht sagt, dass die Arbeiten hinsichtlich des Inventars eingestellt wurden. Was ist also richtig. Unser selbstverständlicher Antrag, dass das Kontrollamt einen Tätigkeitsbericht vorlegen möge, wurde abgelehnt. Ebenso hat der Finanzreferent meinen Antrag, dass die Geschäftsordnung des Kontrollamtes, die in drei Gemeinderatsitzungen beschlossen worden ist, vorgelegt werde, dass also ein Gemeinderat Einblick in einen Gemeinderatsbeschluss gewährt werde, abgelehnt

Er hat allerdings die Empfindung gehabt, sich hier eine Blamage geholt zu haben und hat schliesslich erklärt, er werde das dem Magistratsdirektor mitteilen. Nun scheint der Magistratsdirektor in diesem Falle doch mehr Jurist und weniger Parteimann gewesen zu sein und so hat man uns in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses die Geschäftsordnung geräuschlos auf den Tisch gelegt. Der Bericht des Kontrollamtes sagt gar nichts. Er bringt lediglich die Ziffern, die im Rechnungsabschluss übersichtlich enthalten sind, unübersichtlich. Es wäre auch interessant, festzustellen, wie das erste Konzept des Kontrollantsberichtes ausgesehen hat. Wenn etwa die Organe des Finanzreferenten auf diese Textierungen einen Einfluss genommen haben, so wäre das ganz unzulässig, da das Kontrollamt mit dem Finanzreferenten gar keinen Verkehr zu pflegen hat. Im übrigen müsste der Bericht des Kontrollamtes ehe er vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen wird, zuerst Finanzausschuss und Stadtsenat passieren. Während bei uns der Finanzreferent eine Art Kontrollgewalt über das Kontrollamt hat, gibt es beim Kinde dem von Finanzminister unabhängigen Obersten Rechnungshof, dessen Tätigkeitsbericht der ganzen Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Auch unserm Verlangen, dass uns alle Belege vorgelegt werden, oder dass uns, wenn das nicht möglich ist, Einsicht in die Bücher gewährt wird, wird mit dem fadenscheinigen Argument abgelehnt, dass es nicht möglich sei allen Gemeinderäten zu derselben Zeit Einsicht in die Bücher zu gewähren. Sie stehen weiter auf dem Standpunkt, dass in die Ausschüsse und in den Stadtsenat nur Anträge kommen können, die auf Bewilligung des Gegenstandes lauten, d. h., dass alle Anträge der Minderheit nicht vom Gemeinderat, sondern vom Magistrat entschieden werden. (Lebhafte Beifall). Von einer Demokratisierung ist hier gar keine Rede, vielmehr räumt man hier der Bürokratie Rechte ein, wie in keiner anderen Verwaltungskörperschaft. Wir werden uns diese Art der Behandlung auf die Dauer nicht gefallen lassen. (Zustimmung). Was die Ziffern des Rechnungsabschlusses betrifft, so muss man zwischen dem buchmässigen und dem faktischen Abschluss unterscheiden. Während buchmässig ein Gebarungsabgang von 15 Millionen Schilling im Voranschlag aufscheint, beträgt der wirkliche Gebarungsabgang 1.5 Millionen. Aber auch dieses faktische Defizit ist kein Defizit. Denn die ganze Politik der Gemeinde wird von den Wohnhausbauten und von den Haus- und Grundankäufen beeinflusst. Wenn man die Wohnbautätigkeit auf die Hälfte reduzieren würde, was vielleicht im Interesse einer sorgfältigeren Bauführung zweckmässiger wäre, könnten die Gemeindeabgaben auf ein Drittel ermässigt werden. Die Wohnhausbauten sind nichts anderes, als eine Wertvermehrung des Gemeindevermögens. Zwei Drittel der Steuererträge legt sich also Stadtrat Breitner in die Sparkasse. (Lebhafte Beifall). Wir haben immer schon darauf hingewiesen, dass, wenn zweckmässige Steuermässigungen vorgenommen werden, die Steuereingänge nicht sinken, sondern steigen werden, weil dadurch die Wirtschaft belebt werden wird. (Lebhafte Beifall). Tatsächlich sind Ihre Befürchtungen, die sich an die Steuerermässigungen geknüpft haben, auch nicht eingetreten. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe hat statt 13-14 die Fremdenzimmerabgabe statt 3.5 - 5.1, die Lustbarkeitsabgabe statt 12 - 16 Millionen getragen und gerade bei der letzten Abgabe sind eine Reihe von Erleichterungen eingekürzt worden. In der heute unterbreiteten Vorlage über eine erhebliche Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe für Zirkusse und Varietes wird im Motivenbericht, also amtlich bestätigt, dass die Zirkusse und Varietes stark im Rückgange begriffen ist, dass also die Lustbarkeitsabgabe diese Betriebe erschlagen hat. (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste). Sie haben uns seinerzeit, als wir dasselbe verlangten, mit Hohn und Spott behandelt. Hätten Sie rechtzeitig uns gefolgt, so hätten nicht tausende Menschen der Not preisgegeben werden müssen. (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

Von der Verzinsung und Tilgung der Gemeindeforderungen, erklärt Gemeinderat Zimmerl, dass dies im Budget keine Rolle spiele. Wenn immer von der Schuldenwirtschaft der Christlichsozialen gesprochen wird, so muss demgegenüber gesagt werden, dass die Verzinsung der alten Schulden im Budget gar keine Rolle spielt. Wir warnen davor, von der Schuldenwirtschaft der Christlichsozialen zu sprechen, denn diese Schulden bedeuten im Budget nur ein Butterbrot. Bezüglich der bedeutenden Aussenstände der Gemeinde, sagt Stadtrat Zimmerl, dass diese jederzeit sehr leicht zu mobilisieren sind, und bringt bei dieser Gelegenheit auch die Angelegenheit der Wag zur Sprache. Von den Bilanzen der städtischen Unternehmungen greift der Redner mehrere Bilanzen der städtischen Strassenbahnen heraus. Er sagt, dass im Jahre 1923 in der Bilanz der städtischen Strassenbahnen, in Gewinn- und Verlustkonto eingesetzt war, dass aus 14 Posten bestand. Auf diesem Konto war zu ersehen, dass im Jahre 1923 die städtischen Strassenbahnen einen Gewinn von 11,8 Milliarden hatten, ausserdem Ernennungsreserven von 90 Milliarden und überdies wurden 26,8 Milliarden an Effekten abgeschrieben. Dabei hat es sich herausgestellt, dass die Effekten städtische Anleihen waren. Die Gemeinde Wien hat also <sup>eigene</sup> Anleihen von 26,8 Milliarden abgeschrieben und sie hat das tun müssen, weil der Überschuss der städtischen Strassenbahnen im Jahre 1923 ein gewaltiger war, weswegen er verschleiert wurde. Gemeinderat Zimmerl sagt, dass Gemeinderat Stein seine Reden immer dazu benützt, um die Christlichsozialen zu belehren, welcher Unterschied zwischen einer sozialdemokratischen und einer bürgerlichen Verwaltung bestehe. Ein Beispiel dafür: Bei der Wipag ist die Gemeinde mit 55 Prozent beteiligt. Das Stammkapital beträgt 100.000 Schilling. Der Reingewinn im Jahre 1923 war 399.000 Schilling. Für Arbeiterlöhne und Gehälter wurden 254.000 Schilling ausgegeben. Was ist nun mit dem Gewinn geschehen? Er wurde statutengemäss aufgeteilt, 55 Prozent erhielt die Gemeinde und 45 Prozent die anderen Unternehmer. Die Gemeindeverwaltung hat also mit der Bourgeois redlich geteilt, für die Angestellten hatte sie keinen Groschen übrig. Bei der Teerag ist die Gemeinde in der Minderheit. Der Reingewinn bei der Teerag macht nur die Hälfte dieses Reingewinnes bei der Wipag aus. Die Teerag aber hat bedeutende Zuwendungen für Arbeiter- und Angestelltenwohnungen gemacht. Was ist nun sozialdemokratische Verwaltung, die bei der Wipag oder die bei der Teerag? Der Redner schliesst seine Ausführungen, in dem er sagt, dass die Bereicherungspolitik dieser Gemeindeverwaltung fortgesetzt werden wird. Solange aber das System Breitner aufrechterhalten wird, solange können die Christlichsozialen dem Rechnungsabschluss kein Vertrauen schenken, weshalb sie ihn auch ablehnen. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen, der Redner wird beglückwünscht).

GR. Pfeiffer (E. L.) erklärt, dass der Rechnungsabschluss ein sehr gelungenes geschicktes Taschenspielerkunststück ist. Breitner wirft alle Steuern in einen Topf, schüttelt dann den Topf und heraus kommt das Karnickel von einem Defizit. Wir haben eine absolut aktive Verwaltung, ich habe und diese Behauptung wird sogar von dem Bericht des Kontrollamtes unterstützt. Der Redner spricht dann ausführlich über die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsgruppe III, wobei er feststellt, dass die Einnahmen der Fürsorgeabgabe grösser als die Ausgaben sind. Bezüglich der Wohnbausteuer erklärt Gemeinderat Pfeiffer, dass Empfang und Ausgabe gewaltige Divergenzen zeigen. Breitner hat gesagt, wir haben die versprochenen Leistungen übertroffen. Für Wohnbauten wurde nun bedeutend mehr ausgegeben, als die Wohnbausteuer eintrug. Wenn das Breitner ein Übertreffen der versprochenen Leistungen nennt, so ist das eine nichtbevollkommene Überschreitung des Budgets. Auf den Wohnbauten steht die Inschrift: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer. Der grösste Teil

der Wohnbauten aber wurde aus anderen Mitteln ausgeführt, und es ist die Meinung gerechtfertigt, dass diese Mittel aus den Bundesabgaben stammen. Es müsste also die Inschrift heissen: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer und den Bundesabgaben. Dieses Eingeständnis wird aber der Gemeindeverwaltung parteipolitisch nicht angenehm sein, weshalb sie auch nie auf den Häusern angebracht werden wird. Schliesslich bespricht Gemeinderat Pfeiffer die Vermögensbestände der Gemeinde und ihre Verzinsung, wobei er erklärt, dass auch hier grosse Divergenzen bestehen.

Wir können diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen, weil er keine Klarheit über die ordentliche und ausserordentliche Gebarung gibt. Weil er zeigt, dass Steuergelder in unerhörter Höhe für Investitionen ausgegeben worden sind, und weil wir zu einer solchen Verwaltung kein Vertrauen haben können. Deswegen stimmen wir gegen diesen Rechnungsabschluss. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste)

GR. Kunschak: Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass in der Wiener Gemeindeverwaltung nur das geschieht, was Gnade vor den Augen des Finanzreferenten findet. Daher hat auch die Finanzverwaltung eine überragende Bedeutung gegenüber der Öffentlichkeit, die es notwendig macht, dass man sich mit ihrer Gestion eingehend beschäftigt. Das Zahlenmaterial hierzu hat bereits Gemeinderat Zimmerl vorgebracht. Er hat darauf verwiesen, dass das ausgewiesene Defizit in Wahrheit nicht als solches bezeichnet werden kann, weil man Ausgabeposten erhöht hat, die aber nicht Bedürfnissen der Gemeinde dienen, sondern eine Thesaurierung von öffentlichen Geldern in der Form von Veranlagung in Immobilien sind. Wir haben erst nach Abschluss des Jahres 1926 im Gemeinderat einen Nachtragskredit vorgelegt bekommen, der 20 Millionen Schilling für die Wohnhausbauten betragen hat. Schon damals habe ich den Verdacht ausgesprochen, dass dieser Betrag weniger einem aus der Führung der Wohnbautätigkeit entspringenden Bedürfnis entspricht, sondern dem Bestreben, den Rechnungsabschluss gründlich zu frisieren. Man hat 20 Millionen für die Wohnhausbauten als Zuschusskredit angefordert, 15 Millionen weist der Rechnungsabschluss als Defizit aus. Wenn also dieser Zuschusskredit unterblieben wäre, so hätte man noch einen Überschuss von fünf Millionen Schilling erzielt. Es wäre interessant zu erfahren, ob diese zwanzig Millionen noch in den Grenzen des Budgets 1926 verwendet worden sind. Ich zweifle sehr daran. Ich gestehe, dass ich nicht nur daran nicht glaube, sondern dass für den Wohnhausbau noch weniger verausgabt wurde, als im Budget eingesetzt ist.

Ich habe in einer der letzten Gemeinderatsitzungen, in der ich mich mit den Zuständen auf den Gemeindebauten beschäftigte, auch eine, wie ich offen zugebe, sehr herbe Kritik des Herrn Stadtbau Direktors geübt. Es ist dann eine Kundgebung der Stadtbauamtsgenieure erschienen, in der diese ihren Führer in Schutz genommen haben. Das ist ganz selbstverständlich. Ich muss nun auf Grund der Erhebungen, die ich sehr eingehend und gewissenhaft betrieben habe, verstehen, dass soweit es sich um die persönliche Verantwortung des Herrn Stadtbau Direktors die Zustände viel schlimmer sind, als sie in meiner Kritik dargestellt wurden. Nach den Informationen, die ich eingeholt und an deren Richtigkeit ich zu zweifeln nicht die geringste Ursache habe, ist der Stadtbau Direktor von vornherein ausgeschaltet im Bezug auf das Wohnbauwesen. Er ist gar nicht in der Lage, hier einzugreifen. Nach meinen Feststellungen ist das ganze Wohnbauwesen durch verschiedene Massnahmen in die Hände von zwei Leuten gespielt und förmlich monopolisiert worden. Diese zwei Leute haben es verstanden, nicht nur Vertrauen, sondern auch Macht und grosse Einkommen zu erwerben. Ich nenne in aller Form die Namen. Es sind dies

Senatsrat Hula und Oberbaurat Fuchs. Ich erkläre, dass diese beiden Beamten reif sind, sofort aus dem Dienst entbunden und in Disziplinaruntersuchung gezogen zu werden. Tatsache ist, dass Senatsrat Hula in der Baustoffe A.G. in der Steinag und in ähnlichen Unternehmungen als der Herr Präsident sitzt und was sich dort an Ungerechtigkeiten und fraudulöser Geberung ergeben hat, das muss der Mann verantworten. Wir wissen, dass einer bereits in polizeilicher Untersuchung ist, nämlich der Herr Haas, weil er sich Unterschlagungen zuschulden kommen liess. Er hat nicht nur die Gemeinde, sondern auch die Angestellten Arbeiter und Beamten betrogen, die sich jetzt um ihren Lohn bei Gericht herumraufen lassen. Das Gericht soll nun entscheiden, wer die Leute beschäftigt hat. Das allein zeigt schon, dass hier spekulativer Geist obwaltete. Wir wissen, dass die Steinag auch dem Senatsrat Hula unterstellt war. Dort hätte, wenn nicht die Gemeinde Wien beteiligt wäre, die Anmeldung der schuldhaften Krida bei Gericht erfolgen müssen. Das gesamte Aktienkapital ist aufgeschrixt worden und es blieb noch ein Defizit. Nicht besser liegen die Dinge bei der Baustoffe A.G., die sich heute als ein Opfer des Herrn Haas bezeichnet. Wer alle diese Opfer zu bezahlen hat ist klar, alle diese Unternehmungen haben nur die Gemeinde als Kunde. Die Gemeinde ist also um Milliarden geschädigt, sie ist aber auch sachlich in den Werten der Bauten geschädigt. Wir sind überzeugt, dass der Betrug sich nicht nur auf die Quantität der Baustoffe, sondern auch auf die Qualität erstreckt hat. Es wurde zwar gesagt, dass Kontrollmassregeln erfolgt sind, wir haben aber nichts zu sehen bekommen. Die Herren Hula und Fuchs scheinen auf die Kontrolle der Quantität und der Qualität auf den Bauten vergessen zu haben. Man hat also diesen grossen Betrieb, der fast die Hälfte der gesamten Gemeindeausgaben umfasst, so salopp geführt, dass sich eine ganze Diebsbande <sup>breit</sup> machen konnte. Ich halte es für notwendig, dass diese zwei Herren zumindest wegen Kollisionsgefahr ihrer Stellung und ihres Dienstes entbunden werden. Es müssen wieder die Ämter in ihre Kompetenzen eingesetzt und innerhalb der Ämter müssen die Kompetenzen wieder aufgerichtet werden. Es darf nicht vorkommen, dass diese Verantwortungslosigkeit System wird. Wir erwarten vom Stadtrat Breitner, dass er hier Ordnung machen wird. Der Stadtbau- direktor muss wieder voll verantwortlich sein auf dem Gebiet der Baupolizei, wo die Dinge so schwierig sind, weil jetzt Baupolizei und Bauherr in Wien ein und dasselbe ist.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, diese Feststellungen zu machen, damit keine falsche Beurteilung der Qualitäten des Bau- direktors entsteht. Es ist aber höchste Zeit, hier Ordnung zu schaffen. (Lebhafte Beifall bei der Einheitsliste).

Damit ist die Generaldebatte beendet und es wird in die Spezialdebatte eingegangen. Zum

GR. Rummelhardt (E.L.)

Zum Kapitel "Personalangelegenheiten" spricht Gemeinderat Rummelhardt. Er bemerkt, dass das von den Sozialdemokraten geschaffene System der amtsführenden Stadträte total verfehlt ist. Jeder amtsfüh- rende Stadtrat ist ein Alleinherrscher. Die Bedeutung des Bürgermeisters ist vollkommen herabgemindert, er muss sich in allen Fragen an den amts- führenden Stadtrat wenden, bei allen Vorkommnissen müssen die Verant- wortlichen erst gesucht werden. Es ist unmöglich, dass die Gemeindever- waltung in diesem Sinne weiterverwaltet wird. Wenn schon ein solches System besteht, müssten an der Spitze Männer sein, die frei von jeder parteipolitischen Einstellung sind. Verantwortlich sollte in allen Fäl- len der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte sein, aus müsste dass die Tätigkeit der amtsführenden Stadträte entsprechend kontrol- liert werden. Die Akten der Stadträte werden heute nach ihrem Wunsche und Befehl vorbereitet. Dieses System ist daran schuld, dass die Beamten

der Stadt Wien das Rückgrat verlieren haben und glauben tun zu müssen, was der Stadtrat befiehlt. Die Beamten haben nicht Privatbezüge des amtsführenden Stadtrates zu sein, sondern Bezüge des Volkes Wien und der Gemeinde (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste). Es wird Sache des Personalreferenten sein, hier eine gewaltige Besserung eintreten zu lassen. Der Stadtrat der mit den vorbereiteten Akt in den Ausschuss geht hat dort eine geschlossene Majorität. Ich be- wundere Ihre Disziplin, aber diese Disziplin ehrt Sie in manchen Fäl- len nicht, denn Sie sagen zu allen ja (Lebhafte Beifall bei der Minder- heit). Der Minderheit darf man das ehrliche Bestreben nicht absprechen, dass sie im Interesse der Bevölkerung an der Gemeindeverwaltung mitar- beite, wir haben uns nie zu derart der Opposition entschliessen kön- nen, die Sie hier getrieben haben, als Sie oft wegen nichts und wieder nichts Skandalaktionen aufgeführt haben. Sie haben uns dieses Verhalten aber nicht gelohnt, denn sie schliessen uns noch heute von jeder Kon- trolle aus. Auch im Senat ist der amtsführende Stadtrat sicher, dass sein Antrag angenommen wird. Nach langen Ermahnungen haben Sie uns ge- stattet, während der Sitzungen in die Akten Einsicht zu nehmen. Den Mit- gliedern wird bei den Sitzungen gar keine Tagesordnung gezeigt, sie müs- sen nicht darüber verhandelt wird. Auch heute, wo solche Dinge, wie sie Gemeinderat Kuzochak erwähnt hat vorkommen, wird die gesamte Bevöl- kerung mit uns sagen, es ist ein Skandal wie hier verwaltet wird. Die absurde Stellung, die die Verfassung den amtsführenden Stadträten gibt, verleitet diese dazu, sich günstiger heranzuziehen und einen Geist zu erzeugen, der nur mit den Worten korrupte Gemeindeverwaltung bezeichnet werden kann. (Lebhafte Beifall bei der Einheitsliste).

St.R. Breitner bemerkt, er wolle angesichts der heftigen An- griffe, die erhoben wurden, sofort antworten. Was zunächst die Forderung des Gemeinderates Zimmerl betrifft, dass die Verwaltungsgruppen in ihren Ausschüssen den Rechnungsabschluss und den Voranschlag beraten, so spricht § 90 der Verfassung ganz klar aus, dass die Aufstellung des Vor- anschlages und die Beratung des Rechnungsabschlusses eine Angelegenheit des Finanzausschusses bilden. Würden man den von Gemeinderat Zimmerl vor- geschlagenen Weg wählen, so würde jede einzelne Verwaltungsgruppe die Ge- samteinnahmen der Gemeinde für sich in Anspruch nehmen und das Budget wäre schliesslich in der Ausgaben Summe 6 oder 7 mal so hoch wie die Einnahmen, die der Gemeinde zur Verfügung stehen. Wenn

Gemeinderat Zimmerl die Vorlage einer Inventur betreibt, so ist demgegen- über darauf zu verweisen, dass der Rechnungsabschluss lediglich ein Aus- wies über die Ausgaben und Einnahmen des betreffenden Verwaltungsjahres ist und dass es keine Bedeutung für den Rechnungsabschluss hat, ob das Gemeindevermögen in den betreffenden Jahren gestiegen oder gesunken ist. Wir haben in den letzten Jahren wie der Bund und alle Länder die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse erledigen können, ohne dass wir eine solche Ver- mögensbilanz gehabt haben. Wir werden uns Mühe geben, eine Bilanz herzu- stellen, aber besondere Vorteile werden uns daraus nicht erwachsen und es wäre auch ganz unzulässig, wenn man etwa alle Einrichtungen und An- stalten, die wir errichten, wie Schulen, Spitäler, Gärten, Friedhöfe, Strassen usw. die im wesentlichen Aufwandswirtschaften sind, als Vermögen werte einstellen würden. Man hat es immer bemängelt, dass wir den Rech- nungsabschluss um 14 Tage später vorlegen, als die Verfassung vor- schreibt. Demgegenüber ist darauf zu verweisen, dass der letzte Rechnungs- abschluss, der im alten Reichsrat und im gegenwärtigen Nationalrat vor- abschiedet wurde, der Rechnungsabschluss für das Jahr 1910 gewesen ist. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Im Nationalrat kann also die Minderheit nicht den geringsten Einblick in die Verwaltung bekommen. De- gegen sitzen in jedem Gemeinderatsausschuss Vertreter der Minderheit und es gibt keine einzige Bestimmung, bei der der Minderheit nicht die voll- ste Akteneinsicht geboten wird.

ich verweise beispielsweise auf die dem Textilausschuss gebotene Möglichkeit, alle angebotenen Waren selbst zu prüfen. In allen Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, sitzen Vertreter der Opposition. Es gibt keine Verwaltung in der Welt, wo eine Minderheit, die seit Jahr und Tag den Voranschlag verweigert, in einem solchen Umfange mitzuarbeiten in der Lage ist, wie die Minderheit im Gemeinderat.

Was den Wunsch des Gemeinderates Zimmerl betrifft, ein langsames Tempo bei den Wohnhausbauten einzuschlagen, so werden wir in Zukunft ohnehin nicht so grosse Beträge für den Wohnhausbau einsetzen können,

allerdings den Wahlversprechen gemäss in den folgenden Jahren/je  
wie in den Jahren 1926 und 1927, wir werden fünf für  
6000 Wohnungen einen Betrag von rund 72 Millionen Schilling präliminieren. Trotzdem werden wir keine Steuerermässigungen eintreten lassen können, weil alle Personal- und Sachauslagen eine ausserordentliche

Steigerung erfahren haben. Was speziell die Steuerermässigungen für die Zirkuse und Varietes betrifft, so gehen die Ermässigungen natürlich nicht so weit, wie dies die Interessenten wünschen und wie dies ansich wünschenswert wäre, weil wir zunächst den Theater- und Konzertunternehmungen entgegenkommen mussten. Für die Kinos und Varietes haben wir im Jahre 1926 eine Ermässigung von 25 auf 20 Prozent beschlossen und gehen heuer von 20 auf 15 Prozent. Vorwürfe gegen die christlichsoziale Verwaltung, dass sie uns eine Schuldenlast hinterlassen habe, habe ich niemals erhoben, da ich mir bewusst bin, dass die Inflation die se Schulden nahezu nullifiziert hat und dass in der Form städtische Unternehmungen grosse Werke geschaffen worden sind. Unsere Kassenbestände im Betrage von 64 Millionen Schilling sind keineswegs skorpionant hoch, da ihnen Kassenbestände des Bundes am 31. Dezember 1926 im Betrage von 147 Millionen Schilling, also das siebenfache entgegenstehen, obswar die Budgetwirtschaft des Bundes keinesfalls siebenmal so gross ist wie bei uns. Der Finanzreferent bespricht sodann die Forderungen des Gemeinderates Zimmerl nach Aufstellung einer Goldbilanz und verweist auf die Schwierigkeiten, die einer solchen Aufstellung entgegenstehen, insbesondere

darauf, was zum Beispiel für das städtische Elektrizitätswerk trotz der Urgens des amtierenden Stadtrates Emmerling die letzte staatliche Steuererschreibung für das Jahr 1913 erfolgt ist.

Wenn Gemeinderat Zimmerl darauf verweist, wie im Gegensatz zur Wipag die Teerag von Bourgeois verwaltet wird, so erlaube ich mir nur festzustellen, dass der Präsident der Teerag Vizebürgermeister Emmerling ist. Stadtrat Breitner beschäftigt sich sodann mit den Ausführungen des Gemeinderates Pfeiffer und kommt hierauf auf den von Gemeinderat Kunschak ausgesprochenen Verdacht zu sprechen, dass der Zuschusskredit von zwanzig Millionen Schilling für Wohnbauten nur fiktiv gewesen sei. Er stellt mit allem Nachdruck fest, dass die angegebenen Summen bis auf den Groschen genau für das Verwaltungsjahr 1926 ausgegeben worden sind. Es kann gar nicht ernsthaft gemeint sein, dass die städtische Buchhaltung auf meine Anordnung oder auf irgend jemandes anderen Anordnung falsche Buchungen vornehmen, und das Kontrollamt dies bestätigen würde. Was die Angriffe des Gemeinderates Kunschak gegen Funktionäre des Stadtbauamtes betrifft, so werden seine Mitteilungen selbstverständlich zum Anlass genommen werden, Erhebungen zu pflegen. Die zuständige Stelle wird an Stadtrat Kunschak die Aufforderung richten, diese schweren Vorwürfe zu begründen. Daraufhin werden die notwendigen Massnahmen getroffen werden. Aber von vornherein jemand vom Dienst suspendieren, auf Grund von Vorwürfen, die vielleicht jedweder Grundlage entbehren, ist unmöglich. Im Uebrigen ist die Abteilung des Senatsrat Hula schon am 27. Juli 1926 zerlegt worden, so dass die eine Gruppe die Baustoffe ankauft, und die andere die Baustoffbetriebe der Gemeinde führt. Wir haben das

aus eigenem Antrieb getan, da wir meinten, es sei nicht richtig, dass derjenige, der produziert, selbst einkauft, weil so die notwendige scharfe Kontrolle fehlt. Was den Fall Haas betrifft, so könnte man, wenn man die Ausführungen der Opposition hier anhört, meinen, dass Haas zumindest Stadtbauinspektor gewesen sei. In Wirklichkeit hat er bei der Wiener Baustoffe A.G. die Stellung eines Sandstättenmeisters gehabt, also keine überragende Funktion. Diese Gesellschaft, in der übrigens auch Mitglieder der Minderheit vertreten sind, ist bei der Anstellung des Haas durchaus nicht leichtfertig vorgegangen, da sie von

einer ersten Wiener Grossbank eine Auskunft über den Haas einholte und in dieser Auskunft wird Haas als tüchtig, anständig und verlässlich geschildert. Die Gesellschaft ist selbst darauf gekommen, dass der Mann unredlich ist, hat selbst die polizeiliche Anzeige gegen ihn erstattet. Was die anderen Sandmanipulationen betrifft, so haben wir auch gar nicht das geringste getan, was als eine Verschleierung gedeutet werden könnte. Vielmehr hat der Magistratsdirektor <sup>um volle Klarheit zu schaffen,</sup> am 20. September 1925 und am 12. Juli 1926, ~~an den Polizeipräsidenten eine~~ an den Polizeipräsidenten eine Zuschrift gerichtet, mit der Bitte auf allen Bauten der Gemeinde Wien auf Gemeindegeldern einen Überwachungsdiens einzurichten. Dieses Ansuchen wurde am 20. Oktober dieses Jahres erneuert.

Weder 1925 noch 1926 konnte die Polizei irgendeinen Erfolg erzielen. Angeblich ist sie auf Grund unserer dritten Aufforderung eben jetzt Unredlichkeiten auf der Spur. Angesichts dieser Umstände wird auch die Minderheit zugeben müssen, dass wir uns ehrlich bemühen, jede Schädigung der Gemeinde zu verhindern, und dass von einer Vertuschung absolut nicht die Rede sein kann. Mehr, als seit über zwei Jahren immer wieder die Hilfe der Polizei anzurufen, können wir doch wirklich nicht tun. Was die Steinag betrifft, in deren Verwaltung ebenfalls Mitglieder der Minderheit sitzen, so haben wir gegen einen Direktor eine Klage beim Gewerbegericht wegen Unfähigkeit erhoben. Wir sind allerdings mit dieser Klage durchgefallen. Leider hat die Steinag schwere Verluste erlitten. Wir haben aber daraus kein Geheimnis gemacht, sondern haben dies anlässlich der Kapitalvermehrung dieser Gesellschaft hier offen klar gelegt. Dabei ist aber hervorzuheben, dass die Gemeinde nur ein Drittel der Steinag Aktien besitzt, und keineswegs allein die Verwaltung führt. Gegenüber den Ausführungen des Stadtrates Kunschak stellt der Finanzreferent noch fest, dass der Stadtbauinspektor im Rahmen der Gemeindeverfassung das Stadtbauamt zu leiten, dass er die volle Verantwortung für dieses Amt zu tragen hat und dass ihm die volle Entfaltungsmöglichkeit für sein Amt gegeben ist. Wenn man das nüchtern betrachtet, wenn Sie die gewaltigen Bauvorhaben der Gemeinde Wien betrachten, muss man es als vergebliches Bemühen bezeichnen, die Gemeindeverwaltung als unfähig oder gar als korrupt zu bezeichnen. Es liegt vielmehr der Verdacht nahe, dass diese masslosen Übertreibungen und die planmässigen Entstellungen bezwecken, ein Gegengewicht zu den Vorgängen bei der Postsparkasse und bei der Tabakregie zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. - Lebhaftes Zwischenrufen bei den Parteien der Einheitsliste. - Gemeinderat Freyer: (E.L.): Reden Sie von der Göt!) Ich kann nur von Dingen reden, die unter unserer Verwaltung stehen. Natürlich können im Rahmen von gewaltigen Aufgaben da und dort Fehler geschehen, aber man wird auf Grund dieser aktenmässigen Darstellungen nicht behaupten können, dass wir etwas verschleiern wollen. Hat jemand eine Schuld auf sich geladen, wird er mit der vollen Strasse behandelt werden. Aber natürlich nur auf Grund vollgültiger Beweise. Es ist jedoch ein vergebliches Bemühen, mit solchen Mitteln die Gemeindeverwaltung verunglimpfen zu wollen. Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung weiss, was sie davon zu halten hat. Uns werden Sie mit dieser Methode in der Erfüllung unserer schweren Pflichten nicht im allergeringsten beirren. Diese Angriffe reichen einfach nicht an uns heran. Wir werden auch in Zukunft die Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen führen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Sechster Bogen.

GR. Gschlacht (E.L.) spricht sehr ausführlich über die Personalpolitik. Es ist ein Merkmal der sozialistischen Denkweise, ihrer Materialisierung und ihrer Mechanisierung, die öffentlichen Angestellten mit den anderen Arbeitern gleichzustellen. Es darf doch nicht übersehen werden, dass die öffentlichen Angestellten ihre ganze Lebenskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen, sich für ihr Leben verpflichten, mit allen ihren Kräften der Allgemeinheit zu dienen. Daraus ergeben sich Rechte, die aber von der Mehrheit glatt abgeleugnet werden. Für einen öffentlichen Angestellten ist eine Voraussetzung, dass er sich das Recht erwirbt, im Falle seiner Dienstesunfähigkeit durch Alter oder Unfall oder Krankheit oder sonstwie versorgt zu sein. Es ist das Recht auf Pension. Dieses Recht ist nicht nur eine durch einen Vertrag geschaffene Vergütung, sondern das Recht resultiert sich aus dem sittlichen Ansprüche. Die Mehrheit aber steht bezüglich des Pensionsanspruches auf dem Standpunkt, dass die Pension ein vom Gemeinderat konstituierendes Geschenk an die Angestellten ist, weshalb auch die Ansprüche auf Pension sehr vage basiert sind. Als seinerzeit die Automatik festgelegt wurde, wurde dies als besonderer Erfolg angesehen. Es hat aber nicht lange gedauert, so wurde in die Automatik eine gewaltige Bresche gelegt, und schliesslich wurde den Ruheständlern die Automatik wieder genommen. Bei der Besprechung des Personaletats im Kapitel Strassenpflege, erklärt der Redner, dass im Jahre 1921 4000 Strassenarbeiter und 75 Aufseher beschäftigt waren. Als dann ein Abbau notwendig wurde, ist man rücksichtslos vorgegangen.

Grosses Unrecht wurde auch an jene verübt, die zum freiwilligen Aufbau gedrängt wurden. Ein altes Unrecht ist die Behandlung der Kriegsinvaliden, die Anrechnung der Vorkriegsdienstzeit ist gleichfalls noch ganz unregelt, wie überhaupt die städtischen Angestellten hinsichtlich ihrer Entlohnung in einer äusserst geklagenswerten Lage sind. Ein besonderes leidiges Gebiet ist das Kapitel der Beförderung. Hier wird ausschliesslich nach parteipolitischen Momenten gehandelt. Wohin das führt, zeigen die täglichen Nachrichten von Diebstählen und von Betrug von städtischen Angestellten. Zur Ehre der städtischen Angestellten sei gesagt, dass diese Angestellten nur einen verschwindend kleinen Teil im grossen Heer der städtischen Angestelltenschaft ausmachen. Die Vorfälle zeigen, dass die Freiheit der städtischen Angestellten durch das System der Personalverwaltung vollkommen unterbunden ist. Die strafende Mesis aber bleibt nicht aus und gerade die Angestellten, die sich der höchsten Gunst erfreuen, blamieren die Gemeindeverwaltung. So wird jetzt davon gesprochen, dass die Führerin einer Angestelltengruppe, die sich der höchsten Gunst erfreute, im Vertrauen auf den Stein in ihrem Brett ungeheuerliche Dinge vollbrachte, die einen sehr unglücklichen Ausgang nehmen werden. Für die Gemeindeverwaltung ist eben alles ein politisches Geschäft. Der Redner kommt nun auf <sup>den Zustand</sup> einzelner Amteräume zu sprechen. Die Abteilung für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ist in Meidling in einer Baracke untergebracht. Gegen fünfzig Angestellte, Männer und Frauen, müssen dort in Räume antieren, die einfach eine Schande für die Verwaltung sind. Sie haben alle nur einen Abort und im Winter müssen sie frieren. Solange diese Zustände herrschen, müssen wir selbstverständlich dem Rechnungsabschluss die Genehmigung verweigern. (Beifall).

St.R. Speiser erklärt, dass durch die maschinelle Umstellung des Fuhrwerksbetriebes selbstverständlich Menschen erspart werden. Es war immer so, dass eine grosse Zahl von Strassenarbeitern aushilfsweise aufgenommen wurden und ihnen ausdrücklich mitgeteilt wurde, dass sie nach einer bestimmten Zeit ausser Dienst gestellt werden. Der Abbau wird aber mit dem grössten sozialen Empfinden durchgeführt. Was die geforderte Wiederaufnahme der Angestellten, die sich im Jahre 1923 freiwillig abbauen liessen, anlangt, so ist das vollständig ausgeschlossen. Es haben damals

ungefähr tausend Personen freiwillig auf ihren Dienst bei der Gemeinde verzichtet; sie haben vierzig und bis zu hundert Millionen Abfertigung erhalten und wenn diese Leute jetzt eine Aktion einleiten, die ihre Anstellung bezweckt, so erkläre ich, dass diese Bemühungen vollständig aussichtslos sind. Es wurde auch über das Elend der Pensionisten gesprochen. Demgegenüber ist zu sagen, dass die Gemeinde eine grosse Tat gesetzt hat, als die Automatik auch für die Pensionisten wirksam gemacht hat. Aber schauen Sie sich einmal die Verhältnisse beim Bund an. Sie finden dort sogenannte Alt-Altensionisten, das sind Leute die vor dem Jahre 1921 pensioniert worden sind. Da gibt es Hofräte mit 350 Schilling Pension. Dann gibt es Altensionisten, die vor dem Jahre 1923 ausser Dienst gestellt wurden und dann erst die Pensionisten die nach diesem Jahre den Dienst quidieren mussten. Bei der Gemeinde gibt es keine Altensionisten sondern nur eine Kategorie. Es ist einfach unverständlich, dass solche Argumente hier gegen die Gemeinde vorgebracht werden können. Die Gemeinde hat alle Kriegsinvaliden wieder eingestellt und trotz ihrer durch die Invalidität herabgesetzten Leistung nach den gleichen Grundsätzen entlohnt wie alle übrigen Angestellten. Die Gemeinde gibt den Kriegsinvaliden Angestellten noch Begünstigungen bei den Urlauben, bei Krankheitsfällen und bei Pensionierungen. Die Gemeinde tut hier so manches, was der Bund nicht macht. Schliesslich muss festgestellt werden, dass die Besoldung der städtischen Bediensteten, ohne jede Ausnahme, sich vorteilhaft gegenüber der des Bundes unterscheidet. (Beifall).

Bezüglich der Vordienstzeitenrechnung muss festgestellt werden, dass bei der Gemeinde diese Anrechnung festgesetzt ist, freilich wird sehr sparsam davon Gebrauch gemacht. Der Bund hat solche Anrechnungen aber in keinem einzigen Fall festgesetzt.

Schliesslich wurde auch erwähnt, dass bei der Gemeinde die erste Frage bei der Anstellung, bei der Vorrückung usw. sei: Bist Du organisiert! Das ist ein Märchen. Aber ich könnte Ihnen erzählen, wie das jetzt beim Bund gemacht wird.

GR. Stein (soz. dem.): Das sind die Banditenmanieren des Herrn Vaugoin! Unerhörte Erpressungen!

St.R. Speiser: Es wäre gut, wenn Sie Ihre Herren im Bund fragen, wie dort auf diesem Gebiet vorgegangen wird.

St.R. Kunschak: Was ist da vorgegangen?

St.R. Speiser: Sie werden ja Gelegenheit haben Ihr Gewissen zu erforschen!

GR. Hiess (Soz. dem.): Sie werden davon keinen Gebrauch machen!

St.R. Speiser: Alle diese Erzählungen von einer politischen Behandlung der städtischen Angestellten sind einfach unwahr (Beifall bei der Mehrheit). Aber ich könnte Ihnen tausende Fälle nennen, wo städtische Angestellte die meiner politischen Partei nicht angehören, die verdiente dienstliche Beförderung erfahren haben. Die christliche Lehrzeitung hat dies selbst festgestellt. Das ist die Wahrheit.

Es ist hier auch in sehr bewegten Worten geschildert worden, dass städtische Beamte in einem unzulänglichen Lokal die Arbeitslosenunterstützung auszahlen müssen. Es wurde gesagt, dass sei eine Schande. Ich stimme hier vollkommen mit der Minderheit überein. Ja, es ist eine Schande, weil dieses Lokal der Bund beizustellen hat und er bis heute seiner Verpflichtung, die gesetzlich begründet ist, nicht im geringsten nachgekommen ist. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Es ist vollkommen falsch, dass die städtischen Angestellten als willenlose Sklaven geführt werden. Ich stelle noch einmal fest, dass es in dieser ganzen Verwaltung für mich keine Günstlinge gibt, sondern dass es nur ein vollständig korrektes und gerechtes System in der Personalpolitik gibt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Es werden nun die Beratungen des Rechnungsabschlusses ver-  
tagt. Sie werden am Dienstag fortgesetzt.

Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen 17 Geschäftsstücke,  
von denen ein Teil erledigt wurde.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt die Erwerbung einer  
Liegenschaft in Favoriten zum Zwecke der Errichtung einer Garage für den  
Kraftstellwagenbetrieb.

GR. Angermayer (E.L.) wendet sich gegen die Anwendung des  
§ 12 der Gemeindeverfassung, da es sich um keine dringliche Angelegenheit  
handle und verlangt Aufklärungen über die Höhe des Kaufpreises. (Beifall).

Vizebürgermeister Emmerling bemerkt, <sup>bei dem</sup> <sup>Frage kommende</sup>  
Grundwerbunghabe nicht zugewartet werden können. Es habe sich hier um  
einen günstigen Kauf gehandelt, der Kaufpreis sei von der zuständigen Ma-  
gistratsabteilung begutachtet worden.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Angermayer, in  
welcher dieser feststellt, dass zu einer Reihe von Grundkäufen die Zu-  
stimmung des Gemeinderates eingeholt wurde, wird der Referentenantrag an-  
genommen.

GR. Iser referiert über den Bauentwurf, IV., Schelleingasse-  
Wiener Gürtel mit einem Kostenaufwand von 2,900.000 Schilling.

GR. Stöger (E.L.) bemerkt, der Bezirk Wieden erhalte nunmehr  
die erste städtische Wohnkaserne. Er bringt eine Reihe von Mängeln bei Bau-  
führungen im 5. und 4. Bezirke zur Sprache und verlangt, dass der Grund-  
stein für eine nachlässige Bauführung in der <sup>Goldeggasse</sup> zur Repara-  
tur auf seine Kosten verhalten werde. Weiters verlangt er, dass in den  
Riesenwohnhausbauten der Gemeinde Aufzüge eingerichtet werden und stellt  
das Verlangen, dass die Wohnungen in den Wohnbauten der Gemeinde Wien, insb.  
besonders in dem Wohnbau, der jetzt genehmigt werden soll, ohne Unterschied  
der Partei vergeben werden. Der Kindergarten, der in diesem Bau errichtet  
werden soll, soll nicht der marxistischen Propaganda dienen, sondern wirk-  
lich ein Ersatz für die Familie sein. (Beifall)

GR. Dr. Wagner (E.L.) wendet sich gegen die Anwendung des § 96  
der Gemeindeverfassung, da, <sup>bei</sup> <sup>wie die Vorgänge der letzten Zeit ge-</sup>  
eigt haben, Wohnbauten weniger Dringlichkeit als Vorsicht am Platze ist.

Er verliest einen Brief des Oberbau Rates Emperger, worin dieser die  
Fundamentierung des Heiligensatterbaues ablehnt. Bei dem Fundamentbau  
dieser Wohnhausanlage wurden zwei Kardinalfehler begangen. Der erste  
ist der Pauschalpreis, und der zweite Fehler ist der ganz kurze Vollen-  
dungstermin. Dr. Wagner schliesst seine Ausführungen mit der Bemerkung,  
dass, wenn in diesem Falle nur Fachleute urteilen werden, diese Urteile  
vernichtende sein werden.

St. R. Breitner erklärt, dass zur Untersuchung der Vorkommnisse  
auf dem Heiligenstatterbau und in der Hagenmüllergasse ein Untersu-  
chungsausschuss eingesetzt wurde. Nach parlamentarischer Gepflogenheit  
soll ein solcher Untersuchungsausschuss in seiner Arbeit durch nichts  
gehindert werden. Wenn Sie Fachleute des Auslandes zur Untersuchung wünschen  
so werden wir auch solche berufen. Oberbau Rat Emperger ist ein politischer  
Mandatar und Sie hätten, wenn wir einen Mandatar unserer Partei als Fach-  
mann gefragt hätten, diesen ebenfalls <sup>abgelehnt.</sup> Ich  
bitte, die Vorlage des Untersuchungsausschusses in aller <sup>Ruhe</sup> ab-  
zuwarten. (Beifall).

Der Antrag wird sodann angenommen und Bürgermeister Seitz  
stellt den Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Pfeiffer und Genossen  
zur Verhandlung. Der Dringlichkeitsantrag lautet;

Die Direktion der städtischen Strassenbahnen wird be-  
auftragt, ehestens ein Projekt für den Ausbau einer Strassenbahnlinie  
durch das Krottenbachtal nach Neustift am Walde auszuarbeiten und dem  
Gemeinderat zur Beschlussfassung zukommen zu lassen.

B e g r ü n d u n g:

Neustift am Walde und Salmansdorf, die zum 18. Wiener  
Gemeindebezirk gehören, entbehren trotz aller schon vor Jahren gegebener  
Zusicherungen noch immer einer sie mit der Stadt Wien verbindenden Stras-  
senbahnlinie. Der Autobusverkehr, der zwischen Fötzleinsdorf und Salmans-  
dorf eingerichtet ist, stellt eine ganz ungenügende und ausserdem sehr  
kostspielige Verbindung dar. So sind Neustift und Salmansdorf, deren  
Bewohner die gleichen Steuer zahlen müssen, wie die übrigen Wiener, von  
der Stadt, für welche sie die Steuern entrichten, geradezu abgeschlossen,  
diese Abgeschlossenheit wirkt sich für viele Familien umso katastrophal-  
er aus, als es für sie unmöglich ist, eine Wohnung in den in den Stras-  
senbahnverkehr einbezogenen Teilen Wiens zu finden.

Die unter der Bevölkerung Neustifts und Salmansdorfs  
ohne Unterschied der parteipolitischen Zugehörigkeit - herrschende Erreg-  
ung ist deshalb sehr erklärlich. Am 25. Oktober fand in Neustift eine  
Massenversammlung statt, in der die Entsendung einer Deputation beschlos-  
sen wurde. Diese Abordnung sprach am 28. Oktober beim amtsführenden Stadt-  
rat Vizebürgermeister Emmerling vor, um die berechnete Forderung nach  
Schaffung einer Strassenbahnlinie zu vertreten. Der Abordnung gehörten  
nicht bloss Vertreter aller Berufsstände, sondern auch aller politischen  
Parteien an, eine Tatsache, aus welcher der einheitliche Wille der Bevöl-  
kerung und die unabweisliche Notwendigkeit der Erfüllung ihres Verlan-  
gens hervorgeht.

GR. Pfeiffer (E.L.) begründet kurz die Dringlichkeit.  
Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt und Bürgermeister  
Seitz erklärt, dass <sup>dem</sup> <sup>Antrag</sup> der geschäftsordnungsmässigen Behand-  
lung zugeführt werden wird.

Schluss der Sitzung um 10:30 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag,  
fünf Uhr nachmittags.

Wien, am Samstag, den 5. November 1927.

Die Beratung des staatlichen Rechnungsabschlusses. Der Wiener Gemeinderat wird am Dienstag, 5 Uhr nachmittags, die am Freitag begonnene Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1926 fortsetzen. Der Gemeinderat wurde auch für Freitag, 5 Uhr nachmittags, einberufen. Der Wiener Stadtsenat hält am Dienstag, 10 Uhr vormittags, eine Sitzung ab.

Mehr als 2.3 Milliarden Kronen für das Wiener Jugendhilfswerk. Die auch heuer unter der Bezeichnung Kinderrettungswoche vom Wiener Jugendhilfswerk durchgeführte Sammlung, ist nunmehr abgeschlossen. Das Gesamtergebnis ist 236.050 Schilling. In der gestrigen Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Seitz allen Spendern und insbesondere allen Personen, die bei der Durchführung der Sammlungen mitgewirkt haben, den Bezirksvorstehern, den Vorständen der Fürsorgeinstitute, den Fürsorgeräten, den Hausbesorgern und allen freiwilligen Mitarbeitern, den Dank ausgesprochen.

Die Lebensmittelgeschäfte sind am nächsten Sonntag vormittags geöffnet. Mit Rücksicht auf die Ladensperre am Samstag, den 12. November (Nationalfeiertag) hat der Bürgermeister eine Verordnung herausgegeben, die am Sonntag, den 13. November von 6 bis 10 Uhr vormittag den Kleinhandel mit Lebensmitteln, den Kleinverschleiss der Lebensmittelherzeugungsgewerbe einschliesslich des Verschleisses von Fleisch, Fleischwaren und tierischen Fettwaren gestattet.

Ausgestaltung der Kinderabteilung in der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe der Gemeinde Wien. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien das ehemalige Sanatorium für Geisteskranke und Geistessieche Baumgartnerhöhe vor fünf Jahren in eine Lungenheilstätte umgewandelt und seither und ständig ausgestattet. Seit zwei Jahren befindet sich dort auch eine eigene Kinderabteilung, die von der Anstalt vollkommen getrennt ist und in einem geschlossenen Garten liegt. Die Kinderabteilung hat geräumige südseitig gelegene Schlafräume, vier Liegehallen und die sonstigen notwendigen Nebenräume. Die Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe dient der Gesundung von Kindern, die an Tuberkulose erkrankt sind. Die Behandlung der kleinen Patienten ist hauptsächlich vorbeugender Natur. Seit dem Bestehen der Heilstätte bis heute haben nicht weniger als 667 Kinder dort Aufnahme gefunden. Der Erfolg der Behandlung zeigt sich am besten darin, dass bei den Kindern nach der Behandlung Gewichtszunahmen von zwei bis zehn Kilogramm und sogar noch darüber hinaus verzeichnet wurden. Eine grosse Wohltat für die Kinder ist die in der Lungenheilstätte eingerichtete Zahnklinik. Besonders erfreulich war auch die Einrichtung eines modernst ausgestatteten Kindergartens für die vorschulpflichtigen Kinder. Die schulpflichtigen Kinder erhalten in der Lern- und Beschäftigungsabteilung in drei modernst eingerichteten Klassenzimmern durch städtische Lehrerinnen einen zweistündigen Unterricht, so dass sie beim Verlassen der Anstalt ohne weiters wieder dem Unterricht in ihrer Schule folgen können. In allernächster Zeit wird in der Kinderabteilung der Lungenheilstätte eine neue Abteilung mit 80 Betten für vier- bis zehnjährige Knaben eröffnet werden. Weiters ist die Eröffnung einer Aufnahme- und Quarantänestation geplant, so dass sich der Gesamtbelag der Kinderabteilung auf 200 Betten erhöhen wird. Die Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien für tuberkulös erkrankte Kinder umfasst weiters noch 152 Betten in ihren Anstalten in Hall, 250 Betten in San Pelagio, 80 Betten in Lussingrande und schliesslich 100 Betten in Sulzbach. Ausserdem sind der Gemeinde Wien noch in den Anstalten in Krems, Alland, Weidlingau und im Pflegeheim Bellevue 155 Betten für tuberkulöse Kinder eingeräumt.

Bezirksvertretung Mariahilf. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am 24. November 1927 um sechs Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

382  
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 5. November 1927.

Der Nachfolger des Stadtrates Siegel. In einigen Tageszeitungen sind heute Meldungen über die voraussichtliche Besetzung des Stadtratsmandates enthalten, das durch den Tod des Stadtrates Siegel frei geworden ist. Es werden auch Vermutungen über die Auflassung einer Verwaltungsgruppe veröffentlicht. Dazu wird bemerkt, dass alle diese Kombinationen jeder Grundlage entbehren. Es hat sich noch keine einzige der zuständigen Körperschaften mit der Besetzung des freigewordenen Stadtratsmandates befasst; hat doch erst am Freitag die Trauersitzung des Gemeinderates für Stadtrat Siegel stattgefunden.

Vom 1. Jänner an dürfen Kraftwagen nur mehr Luftbereifung haben. Der Magistrat teilt mit, dass durch die Vollgummibereifung der Kraftwagen die Strassen und Häuser nur im ganz ungenügenden Ausmass geschont werden. Es häufen sich immer mehr die Klagen der Bevölkerung über die unerträglichen Erschütterungen der Häuser und den Lärm, den die mit Massivbereifung versehenen Lastkraftwagen verursachen. Der Magistrat hat bereits am 1. Februar eine Kundmachung erlassen, die am 1. Jänner 1928 wirksam wird und verfügt, dass von diesem Tag an die Kraftwagen nicht mehr mit Vollgummi - sondern nur mit Luftbereifung, beziehungsweise mit einer vom Magistrat anerkannten anderen hochelastischen Bereifung fahren dürfen.

Wien, am Montag, den 7. November 1927

Entfallende Sprechstunden im Rathaus. Wegen dienstlicher Verhinderung entfallen am Dienstag die Sprechstunden beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner und am Donnerstag beim Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda.

Die Kanalräumungsgebühren bleiben unverändert! Für November ist als Kanalräumungsgebühr das Dreissigfache des Mietzinses zu entrichten, der für den Monat August 1914 gezahlt wurde; die Gebühr ist demnach unverändert.

Städtische Zentralstelle für Sport- und Körperkultur. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat mit der Errichtung einer Zentralstelle für Sport- und Körperkultur im Anschluss an das Gesundheitsamt eine alte Forderung der Turn- und Sportverbände erfüllt. Um nun den Körpersportverbänden Gelegenheit zu geben, die Gemeinde in allen Angelegenheiten des Sportes und der Körperkultur zu beraten und Gutachten abzugeben, wurde kürzlich ein eigener Sportbeirat eingesetzt, dem drei Mitglieder des Gemeinderates und zehn Mitglieder der grössten Körpersportverbände angehören. Vorsitzender dieses Sportbeirates ist der amtsführende Stadtrat für Wohlfahrtspflege Professor Dr. Tandler. Vor einigen Tagen wurde die erste Sitzung dieses Beirates abgehalten, in der Stadtrat Professor Tandler ein Arbeitsprogramm mitteilte. Es soll insbesondere die Spielplatzfrage angesichts der zunehmenden Verbauung Wiens, einer baldigen Lösung zugeführt werden. Im Zusammenhang damit muss auch die Errichtung und Einrichtung von Übungsstätten nach allgemein gültigen und verbindlichen Grundsätzen erfolgen. Ebenso wichtig sei auch die sportärztliche Beratung, eine Frage, die mit Rücksicht auf den ungeheuren Aufschwung, den die Sportbewegung in den Nachkriegsjahren genommen hat, vom volksgesundheitlichen Standpunkt von grösster Bedeutung ist.

Die Vertreter der Verbände erklärten, dass sie mit ganzer Kraft an diesen Aufgaben mitarbeiten werden. Die Aussprache brachte eine Fülle von wertvollen Anregungen und Anträgen hinsichtlich der Freilassung von Spielplätzen von der Verbauung, der Errichtung eines Stadions und des Sportärzteswesens.

Schliesslich gab Stadtrat Professor Tandler noch einen Überblick über den Wirkungskreis und die Aufgaben der Sportstelle der Gemeinde und ersuchte die Vertreter der Verbände in ihren Reihen aufklärend zu wirken, wobei vor allem das grösste Gewicht darauf zu legen ist, dass Verbände und Vereine in allen Angelegenheiten des Körpersportes nur mehr mit der Sportstelle verkehren. Die nächste Sitzung wird sich mit der Spielplatzfrage befassen.

Ermässigte Hundemarken für das Jahr 1928. Der städtische Finanzausschuss hat heute beschlossen dem Bund der Tierfreunde Oesterreichs in Wien, V. Margaretenstrasse 166, für das Jahr 1928 achttausend Hundemarken zum ermässigten Abgabesatz von drei Schilling für ein Stück zu überlassen. Der Bund der Tierfreunde wird die Hundemarken an bedürftige Hundebesitzer ausfolgen.

Wien, Dienstag, den 8. November 1927.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 8. November 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen über die Tagesordnung ein. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen, die den Entwurf für die Wohnhausanlage in der Längenfeldgasse mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Schilling, einen Zuschusskredit von 255.000 Schilling für die Lieferung von fünftausend Stück Colonia-Kehrrechtgefässen, sowie für die Lieferung von weiteren zehntausend Stück Anhängenvorrichtungen und die Wiederherstellung des durch einen Brand beschädigten Pferdestalles in der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof betreffen, angenommen.

GR. Jenschik (Soz. Dem.) beantragt sodann die Genehmigung eines Zuschusskredites von 45.000 Schilling für die Erhaltung städtischer Amts- und Schulhäuser.

GR. Stöger (E. L.) weist auf die Renovierungsarbeiten in der Schule in der Waltergasse hin, die vom Elternverein durchgeführt wurden. Er ersucht, dem Elternverein ein Darlehen von 30.000 Schilling zu gewähren.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schütz ersucht um Genehmigung der Verbreiterung der Vorgärten an der verlängerten Klampfelberggasse in Hernals.

GR. Doppler (E. L.) wünscht, dass zuerst einmal die Höhenstrasse vernünftig ausgebaut werde, da eine gute, brauchbare und breite Strasse für das Gebiet eine dringende Notwendigkeit ist. Solange diese Strasse nicht angelegt wird, kann die Minderheit nicht für den Antrag stimmen.

GR. Pfeiffer (E. L.) wünscht ebenfalls die Anlage einer brauchbaren Strasse.

In seinem Schlusswort erwidert GR. Schütz, dass die Verbreiterung der Vorgärten dazu dient, um einen Uebergang von Baugebiet zum Wald- und Wiesengürtel zu schaffen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Es werden sodann Anträge betreffend die Herstellung eines Holzpflasters in der Gottfried Kellergasse mit einem Kostenbeitrag von 23.000 Schilling sowie betreffend den Neubau von Hauptunterskanälen in der Hohenberggasse und in den unbenannten 1 - 10 im XII. Bezirk mit dem Kostenerfordernis von 270.000 Schilling und betreffend Strassenherstellungen in der Deffreger und Enderstrasse sowie in der Dvorakgasse und am Kinzerplatz genehmigt.

GR. Schnidder (soz. dem.) referiert über den Antrag, einen Zuschusskredit in der Höhe von 240.000 Schilling zur Deckung des bei der Instandsetzung der Makadamstrassen sich ergebenden Mehrerfordernisses zu bewilligen.

GR. Körber (E. L.) bemerkt hiezu, dass für die Erhaltung der Makadamstrassen, die einer besonderen Pflege bedürfen, gar nichts geschehe, obzwar für die Strassenerhaltung kein geschultes Personal notwendig sei. Die Gemeinde könnte da von der Bundesstrassenverwaltung viel lernen. Auch für die Strassenreinigung müsste mehr geschehen.

GR. Schneider bemerkt hiezu, dass für die Strassenerhaltung sechs ein halb Millionen Schilling eingestellt seien; dass die Er-

fordere, dass im Uebrigen ein grosser Teil der Makadamstrassen in Wien alljährlich durch andere Strassen ersetzt werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Freyer (E. L.) bemerkt, es handle sich um den ausserordentlich hohen Betrag von 2 1/2 Milliarden, über die der Bürgermeister eigenmächtig auf Grund des Paragraph 96 verfügt. Die Minderheit muss gegen den Unfug des Paragraph 96 energisch Stellung nehmen.

Die Anträge, den Bauentwurf für die Blöcke III, IV und VI der Wohnhausanlage "Am Wienerberg" mit einem Kostenaufwand von 1.500.000 Schilling, den Bauentwurf für die Blöcke VIII bis XIII derselben Anlage mit einem Kostenaufwand von 3.720.000 Schilling und den Bauentwurf für den Bauteil B dieser Wohnhausanlage mit einem Kostenerfordernis von 2.130.000 Schilling zu genehmigen, werden ohne Debatte angenommen.

GR. Kokrda (soz. dem.) referiert über den Fabriksankauf an der Alxingergasse im X. Bezirk durch die Gemeinde Wien.

GR. Doppler (E. L.) verweist darauf, dass dieses Geschäftsstück bereits sechs Wochen auf der Tagesordnung stehe, dass es ursprünglich als normales Geschäftsstück gelaufen sei und erst später in ein Geschäftsstück nach Paragraph 96 verwandelt worden sei. Es ist merkwürdig, dass ein solches nicht unwichtiges Geschäftsstück solange im Gemeinderat herumgeschleppt wird, ohne erledigt zu werden und es macht den Eindruck, als ob man durch diese Verschleppungstaktik gehofft habe, es schliesslich geräuschlos erledigen zu können. Im Ausschuss hat man dieses Geschäftsstück als vertraulich erklärt, während gleichzeitig schon Zeitungen darüber geschrieben haben. Es heisst, dass in diesem Objekt die Gemeindegewache provisorische untergebracht werden soll. Was soll nach diesem Provisorium geschehen? Will man für die Gemeindegewache eine eigene Kaserne bauen, oder will man sie auflösen? Der Ankauf von Objekten ist bei der Gemeindeverwaltung überhaupt zu einer Art Manie geworden. Man überschreitet ruhig die hierfür vorgesehene Budgetpost und öhesauriert so die Gemeingelder. Für die Gemeindegewache gibt man überhaupt sehr viel Geld aus. Man hat eine Milliarde nach der anderen für die Anschaffung von Tuch für Uniformen ausgegeben, dann hat man Geld für Umänderungsarbeiten an dem in Frage kommenden Objekt ausgegeben und jetzt verlangt man einen Kredit für den Anlauf dieses Objekts. Vor kurzer Zeit hat man drei Transpostwägen für die Gemeindegewache gekauft, wahrscheinlich sind das die zukünftigen Panzerwägen. Dann musste ein Personenwagen wahrscheinlich für den obersten Kommandanten angeschafft werden. Dabei fragen wir uns vergeblich, welchen Aufgaben die Gemeindegewache dient. Diese Wache die man eigens dazu geschaffen hat, um das Gemeindegewache zu hüten, kommt nirgends zu recht. Einmal ist ein Wasserrohrbruch im Amtshaus, die Gemeindegewache merkt nichts, ein anderesmal brennt es und sie merkt wieder nichts. Hier und da werden einmal in einem Armeninstitut oder im Invalidenamt hilfessuchende Menschen hinausgeworfen. Wenn das die ganzen Aufgaben der Gemeindegewache sind, so ist das ein zu teurer Spass. Vorher hat die Gemeinde kein Bedürfnis nach solchen Bediensteten gehabt. Andere Gemeindegewache hat man abgebaut. Man hat die Gemeindegewache nur geschaffen um auf künstliche Weise einen Teil des Republikanischen Schutzbundes mit Gemeingeldern zu erhalten und obendrein besteht die Gefahr dass man die Gemeindegewache als Kader des Republikanischen Schutzbundes benützen will. Das ist ein frevelndliches Beginnen und wir wissen daher den Antrag ablehnen (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

Die Gemeindegewache hat keinen anderen Zweck als spazierenzugehen. Wenn Sie den Leuten wenigstens eine entsprechende Beschäftigung geben würden, hätte das noch einen Sinn. Ursprünglich haben Sie gesagt, dass die Gemeindegewache einen Wachdienst machen werde; aber auch auf diesem Gebiet hat sich die Gemeindegewache bis heute noch keinen Ruhm erworben. Das Dach des Neuen Amtshauses ist abgebrannt und als es schon in hellen Flammen stand, musste erst die Gemeindegewache aufgeweckt werden. Es ist begreiflich, dass die Aemterkommuniering - der Kommandant der Gemeindegewache ist der Branddirektor - zu nichts führen kann. Die Gemeindegewache hat nur den einen Zweck, eine Parteigarde zu sein. Die Gesamtspesen für den Ankauf der Realität machen 239.000 Schilling aus. Das ist kein kleiner Betrag, aber trotzdem wurde alles auf Grund des § 96 verfügt. Ueber den Ankauf der Realität wurde im Ausschuss VI am 14. September verhandelt. Sechsmal stand die Sache auf der Tagesordnung und erst heute wird der Antrag vorgelegt und darüber referiert. Von einer Sitzung zur anderen wurde der Akt zurückgestellt und zwar nur deshalb, weil sie die Besprechung dieser Angelegenheit nicht vor dem Parteitage wollten. Bis zum Schulbeginn war die Gemeindegewache in Schulen untergebracht. Die Schulen sollen wahrhaftig vor einer solchen Einquartierung verschont bleiben. Sie mussten natürlich nach der Einquartierung wieder instand gesetzt werden. Dafür musste selbstverständlich auch die Gemeinde aufkommen und das ist eine Verschleuderung öffentlicher Gelder. Es sind keine kleinen Summen, die Sie für die Gemeindegewache in Anspruch nehmen. In der Sitzung am 14. Dezember wurde ebenfalls vertraulich über die Anschaffungskosten referiert. Für Uniform, Revolver, Munition und dergleichen wurden 165.000 Schilling aufgewendet. Die Kosten der Gemeindegewache gehen in die Milliarden. Man kann ruhig annehmen, dass die Gemeindegewache der Gemeinde bis heute gegen 25 Milliarden kostet. Diese Beträge stehlen Sie der Bevölkerung, das ist eine Verschleuderung des Gemeindevermögens. Wenn Sie eine Parteigarde haben wollen, so zahlen Sie sie aus Parteigeldern, aber nicht aus den Taschen der Bevölkerung. Bei der Fürsorge wird geknausert, aber für die Gemeindegewache werfen Sie das Geld nur so hinaus. In der Laaerbergstrasse Nr. 17 steht ein Gemeindehaus, dessen Zustand fürchterlich ist. Acht arme Proletarierfamilien wohnen darinnen. Wenn Sie in der Lage sind, für die Gemeindegewache soviel Geld auszugeben, warum haben Sie kein Geld für die Herichtung dieses Hauses? Das aber ist Ihre Sozialpolitik und dagegen werden wir uns immer wehren. Mit aller Entschiedenheit werden gegen diesen Antrag stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GR. Prinke (E.L.) erklärt, dass es ihm wundere, dass der Finanzreferent, der sonst nicht so freigäbig ist, für die Gemeindegewache so grosse Beträge übrig habe. Welchen Zweck habe eigentlich die Gemeindegewache? Lueger, der die Gaswerke und die Elektrizitätswerke erbaut hat, hat keine Gemeindegewache gebraucht. Die Gemeindegewache soll wahrscheinlich die Neubauten besichtigen, um zu melden, wann eine Einsturzgefahr besteht. Sie haben die Gemeindegewache in der Furcht geschaffen, dass das Volk von Wien endlich einmal zur Erkenntnis kommen und versuchen wird, Sie von Ihrem Platz, auf dem Sie schon lange nicht mehr hingehören, zu verdrängen. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Kokrda, dass der § 96 keine Erfindung der Sozialdemokraten ist, sondern von der früheren Gemeindeverwaltung übernommen wurde. (Gemeinderat Haider (E.L.): Aber Sie missbrauchen ihn!) Ich weiss nicht, wie oft der § 96 von der früheren Mehrheit angewendet wurde. (Gemeinderat Kunsohak (E.L.): In 25 Jahren nicht so oft, wie von Ihnen in einem halben Jahr!) Der § 96 wird immer begründet angewendet und ich habe auch darüber in diesem Falle im Ausschuss sehr ausführlich berichtet. Wir vertreten den Antrag mit ruhigen Gewissen. Was

die Meinung der Bevölkerung anlangt, so haben wir die Meinung der Bevölkerung am 24. April gehört und wir haben auch davor in der Zukunft keine Angst. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird sodann angenommen.

Der Gemeinderat bricht nun die Verhandlungen über die Tagesordnung ab, und setzt die Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1926 fort. In Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe III.

GRin. Dr. Motzko (E.L.) will den sozialdemokratischen Behauptungen von einer Mehrung der sozialen Fürsorgeleistungen die tatsächlichen Leistungen der Gemeinde entgegenhalten. Das Bürgerspital haben Sie unerbittlich der Auflösung entgegengeführt. Dagegen haben Sie die Auflösung entgegengeführt. Sie haben nicht das Recht mit einer Fürsorgeanstalt in der Weise zu verfahren, wie Sie es getan haben, Sie haben insbesondere nicht das Recht, die Privilegien der alten Wiener Bürger, die ein Anrecht darauf haben, ihre alten Tage in diesem Haus zu verbringen, so zu missachten. Eine Mehrung ist allerdings auf dem Gebiete der Rückvergütung der Verpflegskosten zu verzeichnen, die so rücksichtslos eingetrieben werden, dass die Gemeinde hier statt der veranschlagten 117.000 Schilling 136.000 Schilling eingenommen hat. Die Geld- und Sachaushilfen für die Jugendlichen haben sich fast gar nicht gesteigert, obwohl das Jahr 1926 eines der allerschwersten Jahre war. Wesentlich erhöht hat sich allerdings die Post "Verpflegskosten" für die Unterbringung von Kindern in fremden Anstalten. Aber so weit es sich um normale Kinder handelt, nehmen Sie für die Unterbringung nur solche Anstalten in Betracht, die Ihnen parteimässig nahe stehen und die in Ausnützung der Situation hohe Verpflegskosten verlangen, während Sie viele andere Anstalten und vor allem die Charitatanstalten, die mit einem weit geringeren Betrage ihr Auslangen finden, völlig an die Wand drücken. Diese absolut parteipolitische Einstellung in der freiwilligen Fürsorge bezahlen Sie mit sehr viel Geld. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste) Obwohl die paar Wärmestuben, die wir in Wien haben, nicht genügen, haben Sie an dieser Post erspart. Hier wie auf anderen Gebieten hat Professor Tandler sehr gut rechnen gelernt und Stadtrat Breitner wird ihm die Not 1 im Rechnen nicht vorenthalten. (Heiterkeit bei der Einheitsliste). Nur glauben wir, dass es in einer solchen Zeit nicht Aufgabe des Fürsorgeferenten ist, zu sparen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). Unserm Wunsche entsprechend will Dr. Tandler in öffentlichen Küchen eine Mittagsauspeisung einrichten. Es heisst aber, dass die Frühmorgenspeisung nicht bekommen sollen? Ist das richtig? Bei der Post haben sich die Betriebseinnahmen fast um ein Drittel gesteigert, die Betriebsausgaben sind nur um ein Zehntel höher. Das heisst, man versteht es sehr gut, den Leuten jeden Knopf abzudrücken, damit sie schuldige Verpflegskosten bezahlen, man steigert aber nicht in demselben Ausmass die Aufwendungen. Auch bei den Lehrlingsheimen hat man gegenüber dem Voranschlag eine ganz erklöckliche Summe erspart. In der Schulauspeisung haben sich die Ausgaben ziemlich gesteigert, aber auch die Elternbeiträge sind sehr gestiegen. Wir wünschen eine aufrichtige Ziffer, der von der Wöc ausgespeisten Kinder zu hören. Mit der Auspeisung von 14.000 Kindern, wenn man die günstigste Zahl annimmt, hilft man dem Kinderhunger und dem Kinderelend nicht ab. Für die Frühstücksauspeisung in den Kindergärten waren 56.000 Schilling veranschlagt, an Elternbeiträgen sind 92.000 Schilling eingenommen worden (Hört! Hört! bei der Einheitsliste), wirklich ausgegeben hat man 83.000 Schilling. Das heisst, man spart nicht nur, sondern zieht noch einen Profit aus der Beitragsleistung der Eltern. Bei der Unterbringung in der Tuberkulosenfürsorge, beim Schutz tuberkulös gefährdeter Kinder, in der Krüppelfürsorge sparen Sie.

GR. Kunschak: Das ist eine verkrüppelte Fürsorge.

GRin. Dr. Motzko: In allen Pflegeanstalten ist ein Unterbelag stark unter der Höhe der in Aussicht genommenen Belagziffer zu verzeichnen, nur in Mauerbach, in der Strafanstalt der Gemeinde Wien, ist der Belag gestiegen. Hier und auch überall sonst in den Anstalten ist eine sehr starke Steigerung der Einnahmen zu verzeichnen, andererseits aber eine Zurückhaltung in den Aufwendungen, namentlich hinsichtlich der Lebensmittel. Insgesamt haben sich die Verpflegungskosten ersatzweise um mehr als 2000 Schilling gesteigert und insgesamt ergibt sich gegenüber dem Voranschlag eine Ersparnis von 150.000 Schilling. Man darf sich dann nicht wundern, dass es in Lains immer wieder Klagen gibt. Die Leute sagen, dass die Kost dort an und für sich nicht schlecht, dass sie aber fettlos ist. Es kommen immer wieder Klagen, dass die Leute in Lains sehr streng behandelt werden, dass die Quarantaine direkt als eine Strafeinrichtung missbraucht wird. Wenn ein Mann einmal etwas über den Durst getrunken hat und etwas randaliert, kommt er auf neun Wochen in die Quarantäne. Die Waisenhäuser zeigen dasselbe Bild, wie die Verpflegsanstalten. Ein Mehrerfolg in den Verpflegskosten um eine Ersparnis an den Ausgaben für Lebensmittel. Es werden 112.000 Schilling an der geschlossenen Waisenfürsorge in Wien erspart. Was ist keine wirkliche Fürsorge. Sie prunken damit, dass Sie für Erhaltungsbeiträge Mehrausgaben von 4,5 Millionen Schilling hatten. Aber dass diese Mehrausgaben notwendig waren, erklärt sich daraus, dass trotz unserer Einwendungen eine viel zu geringe Summe veranschlagt worden ist. Aber auch die wirklich ausgegebene Summe ist noch lange nicht ausreichend und die Klagen über Ihre Ersparungswut in der offenen Fürsorge sind nicht aus der Luft gegriffen. In einer Zeit, in der die Lebensmittelpreise so ausserordentlich gestiegen sind, ist es lächerlich eine Anfallspründe von neun Schilling zu geben und in jedem Jahr um zwei Schilling zu steigern. Sie sagen immer, dass die Höchstpründe 40 Schilling ist. Eine solche Höchstpründe erleben die Leute ja gar nicht. Zum Schlusse wendet sich die Rednerin dagegen, dass in einer Zeit der Demokratie, in der der Grundsatz gelte, dass die zu Befürsorgenden in der Fürsorge mitzusprechen haben, der Reichsverein der Arbeitsinvaliden, in dem über 2000 Pfändner zusammengeschlossen sind, vom Stadtrat Tandler ganz ausgeschaltet werde, ja dass die von diesem Verein abgefassten Rekurse von den Fürsorgeinstituten nicht entgegengenommen werden.

GR. Kunschak: Das ist absolut gesetzwidrig, wir werden einfach einen Prozess beim Verfassungsgerichtshof anhängig machen.

GRin. Dr. Motzko bemerkt, dieses Vorgehen könne man nur dahin verstehen, dass man verhindern wolle, dass vieles, was in der offenen Fürsorge nicht in Ordnung ist, an den Tag komme. Solange Sie, schliesst die Rednerin, die Fürsorge so betreiben, wird Ihnen niemand den Schlag von der Fürsorge im Boten Wien mehr glauben. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Prinke (E.L.) bemerkt, die Nettoausgaben der Gemeinde für die Tuberkulosefürsorge im Ausmass von 3,905.000 Schilling, seien viel zu gering. Namentlich wenn man bedenke, dass im Jahre 1926 eine Steigerung der Tuberkulosekranken um fast 50 Prozent stattgefunden habe. Die Krankenkassen Wiens haben für die Tuberkulosekranken im Jahre 1926 einen Betrag von rund 100 Milliarden aufgewendet. Die Gemeinde Wien hätte die spezielle Verpflichtung zur Bekämpfung dieser Volksseuche alles erdenkliche zu tun. Und insbesondere für eine grosszügige Propaganda entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein offener Skandal ist der Betrieb der Gemeindefriedhöfe. Die Leute erzählen die schauderhaftesten Dinge, über das was auf dem Zentralfriedhof geschieht. Ich nehme zur Ehre des Stadtrates Tandler an, dass

ihm diese Dinge nicht bekannt sind, da Direktor Lasch dort selbstherrlich schaltet. Während der Voranschlag auf zahlreichen Gebieten ein Defizit aufweist, ergibt sich bei den Gemeindefriedhöfen, ein ansehnlicher Gewinn. Die Steinmetzwerkstätte der Gemeinde Wien, die die alten Grabsteine widerrechtlich in ihren Besitz bringt, zieht aus dem Betrieb einen ungeheuren Gewinn, indem sie die alten Steine viel teurer verkauft, als neue Steine. Welcher Gewerbetreibende kann heute, wie dieser Betrieb, mit einem Reingewinn von 25 Prozent arbeiten. Die Gemeinde Wien hat z.B. einen Stein, der bei einem Privatsteinmetz 450 Schilling kostet, um 600 Schilling verkauft.

GR. Beisser (Soz. Dem.): Die Steinmetze behaupten, dass sie zu billig ist!

GR. Prinke (E.L.): Verarmten Mittelständler, die der Gemeinde ihre Gruft verkaufen, gibt die Gemeinde dafür höchstens 2500 bis 3000 Schilling, während sich ein Gruftplatz, den jemand kauft, auf 8300 Schilling stellt. Wenn man bedenkt, dass die Gemeinde ausserdem für die Exhumierung und für die Bestattung in einem anderen Grab bezahlen lässt, so bleibt den betreffenden Leuten nur etwa 1200 Schilling. Dabei schädigt die Gemeinde die Gewerbetreibenden auf dem Friedhof. Zu Allerheiligen hat sie bei den drei Toren des Zentralfriedhofes 18 Blumenstände gehabt, ausserdem macht die Friedhofsverwaltung den Ärmelweibern Schmutzkonkurrenz, indem sie die Ärmel um fünf Groschen billiger verkauft. Die Sozialdemokraten, die den Christlichsozialen immer den Vorwurf machen, dass bei ihnen viel Ärmelweiber sind, sind selbst unter die Ärmelweiber gegangen. Ein Skandal ist die Personalpolitik am Zentralfriedhof. Während der Allerheiligenzeit müssen Beamte und Arbeiter 40 bis 50 Ueberstunden zu leisten, ohne dafür eine Entschädigung zu bekommen. Sie sollen das Recht haben, dafür eine Ersatzruhezeit zu beanspruchen, aber wenn sie das verlangen, wird erklärt, es sei nicht möglich, so dass es Arbeiter gibt, die seit dem Jahre 1924 100 bis 150 Ueberstunden gut haben.

GR. Kunschak: Das ist ein Vorschuss auf die Ewigkeit. (Heiterkeit bei der Einheitsliste).

GR. Prinke (E.L.): Dafür verwendet man Kanzleibeamte dazu, den Ärmelweibern die Ärmel zuzutragen. Der Redner wendet sich gegen das für die Arbeiter am Zentralfriedhof bestehende Prämiensystem, das früher von den Sozialdemokraten so heftig bekämpft worden sei. Der Redner bringt schliesslich zur Sprache, dass ein Aufseher von einem Saisonarbeiter, den er wegen Arbeitsverweigerung angezeigt hatte zwei Faustschläge ins Gesicht getan. Die Zustände auf dem Zentralfriedhof sind einfach nicht mehr zu ertragen und auch die Leute, die 20 und 30 Jahre im Dienst der Gemeinde stehen, sind nicht mehr willens, sich terrorisieren zu lassen. Gemeinderat Prinke ersucht Stadtrat Tandler, endlich einmal Ordnung zu schaffen. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Professor Tandler, dass sonst die Kritik in den Budgetberatungen ihren Kulminationspunkt gefunden habe. Heute sind nun eine Reihe von Beschwerden bei der Beratung des Rechnungsabschlusses vorgebracht worden. Frau Dr. Motzko hat in verschiedenen Zweigen Minderausgaben beanständet. Ich kann nur feststellen, dass bei den Pflegebeiträgen um 2,099.000 Schilling, bei der Schulausspeisung um 789.000 Schilling und bei der Mittagsauspeisung in den Kindergärten um 147.000 Schilling mehr ausgegeben wurde. Ein Teil der Ersparnisse ist auf Investitionen zurückzuführen, wie zum Beispiel die Errichtung der Kinderherberge am Tivoli, die nicht durchgeführt wurde. Dafür aber wurde das Schloss Wilhelminenberg angekauft; die Eröffnung des Kinderheimes wird am 13. November erfolgen.

**Richtigstellung:**

Zelle drei bis sieben, auf dem ersten Bogen, zweite Spalte/ist der Absatz: "GR."

Frayer (S.L.) bemerkt, es handle sich um den mit ausserordentlich hohen Betrag von 2,2 Milliarden; über die der Bürgermeister eigensinnig auf Grund des § 96 verfügt, die Minderheit muss gegen den § 96 energisch Stellung nehmen" durch eine Verheißung an die unrichtige Stelle gekommen.

Dieser Absatz gehört richtig an den Schluss des ersten Bogens.

Auf die Angriffe der Frau Dr. Motzko wegen der Quarantäne im Lainszer Versorgungshaus, sagt Professor Tandler, dass er diese seinerseits errichtet habe, um die Ruhrerkrankungen einzulösen. Der Erfolg ist, dass die Ruhrerkrankungen aus Lains verschwunden sind.

Gewiss bedeutet die Quarantäne eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, was aber in der Natur der Sache liegt. Wenn gesagt wird, dass Menschen Wochen und Monate in der Quarantäne bleiben, so ist das unrichtig. Frau Dr. Motzko hat auch den Herrn Wallner vom Verband der Arbeitsinvaliden verteidigt. Wallner nennt sich Vertreter der Arbeitsinvaliden. Da stelle ich mir vor, dass er einmal etwas gearbeitet hat. Wallner ist ein unglücklicher junger Mensch, der hilflos von der Gemeinde befürsorgt wird. Aber er ist kein Arbeitsinvalid. Er hat Versammlungen einberufen und in schönster Weise nicht nur über mich, sondern auch über meine Angestellte gesprochen. Vor einiger Zeit wurde mir ein Memorandum vorgelegt, aber ein Grossteil der darin enthaltenen Forderungen waren ganz lächerlicher Natur. Nach allen Beschimpfungen der Öffentlichkeit und nachdem Wallner zu Journalisten mindester Kategorie gegangen ist, ist Wallner als Führer einer Deputation zu mir gekommen. Er hat dabei einen Ton der Ueberheblichkeit angeschlagen, der nicht am Platze war. Er hat mich über die Nützlichkeit der Quarantäne belehrt, hat gesagt, dass diese ein Kerkel sei. Ich habe ihn gebeten, sich zu mässigen, und habe ihm gesagt, wenn er die Dinge so beurteile, solle er sich in die Redaktion der Freiheit begeben. Zwei anderen Herren, die mit ihm waren, habe ich mich entschuldigt, ich habe ihnen auch die Hand gereicht und sie hinausgelassen.

Auf die Einwürfe der Frau Dr. Motzko wegen Nichterledigung von Ansuchen erklärt Stadtrat Professor Tandler, dass diese keine eigenhändige Unterschrift tragen, sondern nur mit der Stampiglie des Verbandes der Arbeitsinvaliden gefertigt sind. Das sind selbstverständlich keine Dokumente. Jedes Ansuchen, das die Unterschrift des Ansuchenden trägt, wird erledigt. Wir haben einen Parteienverkehr von etwa 500.000 Menschen im Jahr, ich selbst allein bekomme gegen 30.000 Briefe, die ich alle beantworten muss. Frau Dr. Motzko wollte auch die Zahl der Ausspeisungen wissen. Vom 17. bis 22. Oktober wurden von der Wsk 15.706 Schulkinder 4868 Kinder der Kindergärten und 692 Hortkinder ausgespeist, das sind zusammen 21.266 Kinder. Bezüglich der Tuberkulosefürsorge erklärt Stadtrat Tandler, dass es unrichtig ist, dass die Tuberkulose in Wien zugenommen hat. Ebenso ist es auch unrichtig, dass die Tuberkulose eine Wiener Krankheit ist. Die Zahl der Tuberkulosekranken ist von der Erfassungszahl abhängig. Solange wir 10 Fürsorgestellen errichtet haben, haben wir nur ein Drittel erfasst, als wir 20 Fürsorgestellen im Betrieb hatten, zwei Drittel. Unsere Tuberkulosefürsorge wird im Reich dranssen aus Muster bezeichnet. Was ist eigentlich der Sinn und der Zweck der Tuberkulosefürsorge. Sinn und Zweck ist eine Propaganda der Erkenntnis durch die Tat. Dadurch bekommt der Mensch eine ganz andere Auffassung von seiner Gefahr zur Umwelt. Der Prozentsatz der Menschen, die jetzt zu uns kommen und die als gesund entlassen können, steigt von Jahr zu Jahr und das zeigt von hohen Verantwortungsgefühlen unserer Bevölkerung. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Nicht die Zahl der Betten, sondern die Leistungen und die Vertiefung der Verantwortungsgefühle unserer Be-

völkerung geben Zeugnis von der Tuberkulosefürsorge. Stadtrat Professor Tandler erwidert schliesslich auf die Anwürfe bezüglich der Friedhofsverwaltungen und der Steinmetzwerkstätte, wobei er erklärt, dass ein Grab das früher hundert Goldkronen gekostet hat, heute nur 51 Schilling kostet. Es ist nicht richtig, dass wir Geschäfte machen, sondern wir bemühen uns nur, ökonomisch zu verwalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

In längeren Ausführungen nimmt Gemeinderätin Dr. Motzko zu der Rede Dr. Tandler Stellung. Sie tadelt, dass man mit der Auswahl der Pflegeparteien nicht genug vorsichtig ist. Sie weist weitere einen Brief vor, von einer Frau, die neun Wochen in der Quarantäne in Lains war. Bezüglich der Haltung des Stadtrates Professor Dr. Tandler zum Verband der Arbeitsinvaliden erklärt die Rednerin, dass Stadtrat Tandler subjektiv nicht unbefangen ist. Auf den Vorwurf des Stadtrates Tandler, dass Wallner mit Journalisten niedrigster Art sich verbunden habe, erwidert die Rednerin, dass man, wenn man mit dem Abend so eng verbunden ist, von Journalisten niedrigster Art nicht sprechen darf.

Nach einer Erklärung des Gemeinderates Kunschak, dass er auf dem Hernalser Friedhof im Jahre 1925 ein Grab mit hundert Schilling auf zehn Jahre angekauft habe und nach einer kurzen Erwiderung des Stadtrates Professor Dr. Tandler und nach einer persönlichen Bemerkung des Gemeinderates Pfeiffer wird in die Beratung der Verwaltungsgruppe "Sozialpolitik und Wohnungswesen" eingegangen.

GR. Ullrich (S.L.) bemerkt, dass sich in diesem Kapitel wirkliche Ausgaben für Sozialpolitik nicht finden. Was das Wohnungswesen selbst betrifft, so ist für Wohnbauten im Berichtsjahre der staatliche Betrag von 1168 Milliarden ausgegeben worden, und zwar sind rund 66 Prozent der Baukosten aus laufendem Steuergeldern und nur 34 Prozent aus den Mitteln der Wohnsteuer gedeckt worden. Trotzdem schreiben Sie auf alle Objekte: "errichtet aus den Mitteln der Wohnsteuer", das ist eine Unwahrheit, deren sich eine Gemeindeverwaltung nicht schuldig machen sollte. Sie wollen die grosse Masse der Bevölkerung nur irreführen.

Wenn man das System der Klassifikation aufrecht erhalten will, muss man auch die Klassifikation fortsetzen. Eine Wohnung bekommt heute derjenige, der Verbindungen hat. Im Prozess Ratsenberger hat man gehört, dass einer der Protektoren des Ratsenberger sich unter drei Wohnungen eine hat aussuchen dürfen. Schöne Dinge hat man auch nach dem 15. Juli über den Wohnungsnachweis für die Sicherheitswache erfahren. Früher hat die grosse Öffentlichkeit nicht gewusst, dass die Freie Gewerkschaft der Sicherheitswachbeamten ein eigenes Referat beim Wohnungsamts gehabt hat. Der freien Organisation war es möglich, 1300 Wohnungen zu verschaffen. Nachdem aber die freie Organisation bei der Sicherheitswache ihren Boden verloren hat, ist auf einmal diese Sonderstellung für die Wachbeamten, wie Stadtrat Weber erklärte, unhaltbar geworden.

GR. Kunschak: Das ist ein Amtsmisbrauch!

GR. Ullrich: Nach einem Bericht der Arbeiter-Zeitung hat Stadtrat Weber selbst zugegeben, dass er die Sicherheitswachbeamten bis zum 15. Juli bei Wohnungszuweisungen bevorzugt hat, dass er dies aber nicht aufrecht erhalten könne, weil sonst auch die anderen Stände dieselbe Bevorzugung verlangen könnten. (Lebhafte Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Jetzt auf einmal!) Jetzt auf einmal sind Sie darauf gekommen, nachdem die freie Gewerkschaft bei den Wahlen so ungeschlagen hat. In einer späteren Stelle desselben Berichts der Arbeiter-Zeitung heisst es aber, dass die freie Organisation nach wie vor das Recht der Intervention haben soll. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Parteien der Einheitsliste). Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es ein ganz gewöhnlicher Unfug, ein Missbrauch ist, es handelt sich hier um Steuergelder. Wir fordern, dass dieser Missbrauch ehestens abgestellt werde. (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

Die Verhandlung wird abgebrochen.  
Schluss der Sitzung 10 Uhr abends.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 9. November 1927

385

-----  
Ermässigte Hundemarken für 1928 Der Stadtsenat hat <sup>gestern</sup> beschlossen, dem Bund der Tierfreunde, V., Margaretenstrasse 166, für das Jahr 1928 die Zahl von 8000 Hundemarken zur Ausfolgung an bedürftige Hundebesitzer zum ermässigten Preise von drei Schilling zu überlassen. Ansuchen sind daher nicht an den Magistrat, sondern ausschliesslich an den Bund der Tierfreunde zu richten. An dieses Geschäftstück knüpfte sich eine längere Erörterung. Die Redner der Minderheit, Frau Stadtrat Dr. Motzko, Vizebürgermeister Hoss und Stadtrat Rummelhardt bemängelten in scharfen Worten, dass der Bund der Tierfreunde, der sozialdemokratisches Gepräge habe, an Stelle des Wiener Tierschutzvereines mit der Verteilung der ermässigten Hundemarken betraut werde. Damit werde diese Aktion politisiert. Stadtrat Weber trat dieser Auffassung entschieden entgegen. Der Bund der Tierfreunde habe früher den Namen "Bund der sozialdemokratischen Tierfreunde" geführt und seine Bezeichnung geändert, um gerade dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass er die ihm zugedachte Tätigkeit der Verteilung der Hundemarken frei von jeder parteipolitischen Erwägung ausüben wolle und werde. Im Uebrigen habe sich die Gemeinde redlich bemüht, mit dem Wiener Tierschutzverein zusammenzuarbeiten, doch sei dies an der Person des Präsidenten Melkus gescheitert. Im Vorstand seien er- Stadtrat Weber- und Stadtrat Kokrda gesessen, doch war dies für den Präsidenten Melkus und seine Anhänger kein Hindernis, die Gemeindeverwaltung in der gröbsten und ungerechtesten Weise anzugreifen. Schliesslich blieb den Vertretern der Gemeinde nichts anderes übrig, als ihre Mandate überhaupt zurückzulegen. Seine wahre Gesinnung hat Präsident Melkus nach dem 15. Juli gezeigt. Es ist noch im allgemeinen erinnerlich, dass er sich damals in einer Veröffentlichung englischer Blätter dahin äusserte, dass er es nicht mehr erwarten könne, dass Mussolini in Wien einmarschiere, und er den Tag herbeisehne, wo italienische oder ungarische Truppen die Ordnung in Oesterreich herstellen. Solange ein solcher Mensch an der Spitze des Tierschutzvereines steht, kann es zwischen der Gemeinde Wien und dem Tierschutzverein keine wie immer geartete Beziehung geben. Der Tierschutzverein wird daher nicht mehr mit der Ausgabe der ermässigten Hundemarken betraut und wird auch keine Subvention mehr erhalten. Der eingangs erwähnte Antrag wurde von der Mehrheit angenommen.  
-----

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

386  
Zweite Ausgabe

Wien, Mittwoch, den 9. November 1927.

.....  
Eröffnung des Kinderheimes "Wilhelminenberg". Am Samstag, den 12. November, um 3 Uhr nachmittags, wird Bürgermeister Seitz im Beisein des Bundespräsidenten, von Mitgliedern der Regierung, der Gemeinderäte und zahlreichen Gästen die neue Kinderherberge der Gemeinde Wien auf dem Wilhelminenberg eröffnen. Das Schloss wurde für seine neue Bestimmung entsprechend umgestaltet und beherbergt bereits mehr als hundert Kinder.

.....  
Samstag Festbeleuchtung des Rathauses. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass am Staatsfeiertag das Rathaus festlich zu beleuchten ist. Die Festbeleuchtung wird um 20 Uhr beginnen und bis 21 Uhr dauern.

.....  
Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Richter folgenden Ehepaaren anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien: Josef und Franziska Danek, Josef und Rosalia Hölzl, Franz und Barbara Janak, Philipp und Maria Siegmeth, Franz und Katharina Slavicek, Vinzenz und Josefa Valjcek und Adolf und Johanna Wiesner.

.....  
Starker Strassenbahnverkehr zu Allerheiligen. Die städtischen Strassenbahnen haben am Sonntag vor Allerheiligen ungefähr 300.000 Fahrgäste zum und vom Zentralfriedhof befördert. Auch am Allerheiligentage selbst wurde die selbe Zahl von Fahrgästen gezählt. Am Allerheiligentage waren 2993 Strassenbahnwagen im Verkehr, davon für den Zentralfriedhof allein 821 Wagen. Für den Fahrdienst wurden insgesamt 2648 Fahrer und 6121 Schaffner, zusammen 8769 Bedienstete verwendet. Der Verkehr vom und zum Zentralfriedhof erforderte davon 2001 Bedienstete. Bemerkenswert ist, dass auch schon am Sonntag, den 23. Oktober, also eine Woche vor Allerheiligen, ebenfalls rund 300.000 Fahrgäste zum und vom Zentralfriedhof befördert worden sind.

.....  
Gemeindebeiträge für soziale Einrichtungen. Der städtische Finanzausschuss hat nach Berichten des GR. Thaller beschlossen, dem Wiener Zweigverein der Deutschen Schillerstiftung eine Subvention von zweitausend Schilling zu gewähren. Ferner wurde der Bildungsstelle des Oesterreichischen Senefelderbundes ein Gemeindebeitrag von tausend Schilling, der Oesterreichischen Gesellschaft für Sozialpolitik eine Subvention von tausend Schilling, der Oesterreichischen Gesellschaft für Volksgesundheit ein Gemeindebeitrag von zweitausend Schilling, dem Wiener Unterstützungsverein für aus der Haft Entlassene eine Subvention von fünftausend Schilling, dem Verein abstinenter Frauen in Wien eine Subvention von zweitausend Schilling und dem Verein Wienerwaldschutz ein Gemeindebeitrag von vierhundert Schilling bewilligt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

387  
Dritte Ausgabe

Wien, Mittwoch, den 9. November 1927.

.....

Die Sachverständigen für die beiden Wohnhausbauten auf der Landstrasse und in Heiligenstadt. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 21. Oktober den technischen Ausschuss beauftragt, die Baugebrechen an den in Ausführung begriffenen städtischen Wohnhausbauten III., Hagemüllergasse und XIX., Heiligenstädterstrasse auf ihre Ursachen und ihren Umfang zu untersuchen. Der technische Ausschuss hat einen sechsgliedrigen Unterausschuss eingesetzt, der sich einstimmig dahin geeinigt hat, die folgenden Fachleute als Sachverständige beizuziehen: Die Professoren an der technischen Hochschule Hofrat Dr. Ingenieur Rudolf Saliger und Hofrat Architekt Leopold Simony, ferner für die Materialprüfung die Professoren am technologischen Gewerbemuseum Otto Greger und Dr. Hans Romanowicz, schliesslich die Baumeister Theodor Titze und Adolf Wengritzki.

.....

Wien, am Donnerstag, den 10. November 1927

Gemeindesubventionen. Die Wiener Graphische Gesellschaft veranstaltet im heurigen Wintersemester praktische Satzkurse in der Lehr- und Versuchsanstalt, die mit ziemlichen Kosten verbunden sind. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hies im städtischen Finanzausschuss wird der Gemeinderat für diese Kurse, die im allgemeinen gewerblichen Interesse gelegen sind, weil dadurch eine höhere Ausbildung der Lehrlinge und Gehilfen erfolgt, eine Subvention von tausend Schilling bewilligen. Der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft, die von der Gemeinde jedes Jahr subventioniert wird, wurde für das Jahr 1927 ein Gemeindebeitrag von 7500 Schilling gewährt. Der Wiener Dombauverein hat sich, wie alljährlich, auch heuer an die Gemeinde um einen Beitrag für die Restaurierungsarbeiten am Stephansdom gewendet. Der Finanzausschuss hat für diese Zwecke fünftausend Schilling bewilligt. Schliesslich wurde noch dem österreichischen Bund erhaltener Erzieher ein Gemeindebeitrag von fünfhundert Schilling gewährt. Die Vereinigung wird eine Hauptstelle für den Nüchternheitsunterricht in Wien schaffen und mustergültige alkoholgegnere Lehrbehalte herausgeben. Im Vorjahr hat die Vereinigung mit Hilfe eines Gemeindebeitrages die erste grosse Ausstellung über "Alkoholgegnere Erziehung" im Gebäude des Stadtschulrates veranstaltet, die allgemeine Beachtung fand.

420.205 Gaskonsumenten in Wien. Im Oktober hat die Zahl der Gasabnehmer in Wien abermals bedeutend zugenommen. Es wurden insgesamt 420.205 Konsumenten Ende Oktober gezählt. Da am 31. Dezember 1913 in Wien 211.815 Gasabnehmer waren, so hat gegenüber dem Frieden die Zahl der Gaskonsumenten sich nahezu verdoppelt. Diese Aufwärtsbewegung hält weiter an. Insgesamt wurden im Oktober 4720 Gasmesser montiert. Auch die Zahl der Gasgeräte und der Gasöfen, die vom städtischen Gaswerk verkauft worden sind, nimmt ständig zu. Es wurden im Oktober auch 1864 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" verkauft.

Bezirksvertretung Wieden. Am Dienstag, den 22. November 1927 um halb fünf Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Wieden im Sitzungssaal des Gemeindehauses, Schäffergasse 3 eine öffentliche Sitzung ab.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In dieser Woche werden folgende Strassen, die bisher mit Gas beleuchtet wurden, elektrisch beleuchtet: Landstrasse: Landstrassergürtel, verlängerte Landstrasse Hauptstrasse, Ottakring: Gablenzgasse und Schinaglgasse und Floridsdorf: Genochplatz, Stadtlauerstrasse, Erzherzog Karlstrasse von der Ostbahn bis zum Genochplatz. In der Eichenstrasse in Meidling wird die elektrische Beleuchtung verstärkt werden.

Jubiläumfest des Zentral-Krippen-Vereines. Anlässlich des 80jährigen Bestandes veranstaltet der Zentral-Krippen-Verein am 12. November um 10 Uhr 15 Minuten <sup>abends</sup> im Löwen-Kino ein Jubiläumfest, das mit einem Künstlerabend, bei dem, bekannte Bühnen- und Kabarettliebhaber mitwirken werden, verbunden ist. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig gehalten und betragen S 1.20.- bis S 3.--

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

389  
Zweite Ausgabe

Wien, Donnerstag, den 10. November 1927.

-----  
Die Berufsfuerwache Leopoldau. Im Zuge der Feuerschutzreform wird morgen um 9 Uhr vormittags die Feuerwache Leopoldau von der Berufsfuerwehr bezogen. Die Feuerwache ist mit einer Gasspritze und einem Pumpwagen ausgerüstet. Den Dienst werden vorläufig 12 Feuerwehrangeestellte versehen, die im Wehnseldienst stehen. Bei Hilfeleistungen im engeren Ausübungsbereich wird die Feuerwache mit der Gaspritze ausrücken und bei Hilfeleistungen in den Gebieten der Nachbarsfeuerwachen wird der Pumpwagen entsendet werden. Die neue Feuerwache ist ebenso wie alle anderen mit einer Ringleitung und einer Radiallinie mit der Zentrale verbunden. Zur Verbesserung des Feuerschutzes im Gebiet der neuen Wache wurden vorläufig fünf moderne Feuermelder aufgestellt, deren Leitungen auf der Wache einlaufen.

-----  
Empfang der Berliner Lehrerstudienkommission im Rathaus. Die Lehrerstudienkommission, die von der Stadt Berlin zum Studium der Wiener Schulverhältnisse nach Wien entsendet worden ist, wurde heute im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates vom Bürgermeister Seitz empfangen. Stadtrat Neydal (Berlin) dankte zunächst im Namen des Berliner Magistrates für die Einladung der Stadt Wien, die Wiener Schulverhältnisse zu studieren. Die Tatsache, dass eine so grosse Anzahl von Berliner Leitern und Lehrern aller Schulkategorien zum zweitenmal nach Wien gekommen ist, um die Schulreform kennen zu lernen, beweist, dass wir der Wiener Schulreform die grösste Anerkennung entgegenbringen. Wir sind überzeugt, dass der Stadt Wien mit der Schulreform ein grosser Wurf gelungen ist und die Wiener Stadtverwaltung mit aller Kraft das grosse Werk noch ausbauen wird. Wir wünschen, dass auch einmal die Wiener Lehrer nach Berlin kommen mögen, weil gemeinsames Verstehen und gemeinsame Arbeit uns noch näher bringen wird. Ob in Wien oder in Berlin, wir arbeiten alle an der Weiterführung der deutschen Kultur, die uns, wie wir hoffen, zu unserem gemeinsamen Ziel führen wird. Bürgermeister Seitz dankte für die Bekundung der herzlichen Sympathien für Wien und für die anerkennenden Worte für die Wiener Schulreform. Es war nicht leicht, in Wien dem Fortschrittsden Weg zu ebnen. Wien lag nach dem Kriege darnieder. Bevor wir wirtschaftlich aufbauten, mussten wir erst die Menschen aufrichten, damit sie an dem Werk des Wiederaufbaues mitarbeiten konnten. So kamen wir zwangsläufig zunächst zur Neugestaltung der Fürsorge und dann zur Schulreform. Es gereicht der Wiener Stadtverwaltung zur besonderen Ehre, dass Fachmänner aus Berlin nun schon zum zweitenmal gekommen sind, um unsere Schulreform zu studieren. Wir sind für jedes Wort der Kritik dankbar und wir wollen, dass Sie uns ganz offen Ihre Meinung sagen. Wenn uns heute auch Grenzpfähle und politische Gewalt trennen, wir fühlen uns als eine Kulturgemeinschaft, ein Volk! Die Gäste besichtigten nach dem Empfang das Rathaus.

-----  
Samstag Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens. Der Hochstrahlbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird am Staatsfeiertag beleuchtet sein. Die Beleuchtung wird um 20 Uhr beginnen und bis 22 Uhr dauern.

-----  
Am Sonntag sind die Friseurgeschäfte offen. Der Bürgermeister als Landeshauptmann hat mit der Verordnung vom 9. November 1927 die Arbeit der Frisuren, Raseuren und Perückenmacher am Sonntag, den 13. November 1927 in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags gestattet.

Wien, Freitag, den 11. November 1927.

Eröffnung des städtischen Kinderheimes Wilhelminenberg.Heute, Samstag nachmittags.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 27. Mai 1927 hat die Gemeinde Wien das Schloss Wilhelminenberg, bestehend aus Schlossgebäude, Pförtnerhäuschen, Gärtnergebäude, Wäschereigebäude, Wirtschaftsgebäude, einem grossen Park, einem Obatgarten und anschliessenden grossen Grundflächen im Wege der Versteigerung angekauft. Das Schlossgebäude wurde nun von der Gemeinde mit den Nebengebäuden und den umliegenden Grundflächen in ein städtisches Kinderheim umgewandelt.

Die Geschichte des Schlosses ist interessant: Die Grundflächen, auf denen das jetzige Schloss Wilhelminenberg steht, hat Graf Lascy im Jahre 1781 von der damals noch selbständigen Gemeinde Ottakring erworben. Er liess sich darauf ein Lustschloss mit wundervollen Parkanlagen errichten. Später kam der Besitz an den russischen Fürsten und Botschafter Demeter Galitzin, woher der Name Galitzinberg stammt. Dieser liess das Schloss umbauen und vergrössern und die Parkanlagen noch verschönern. Unter den Erben des Fürsten, dem Grafen Nikolaus Petrovits von Romjanzow, geriet der herrliche Besitz in Verfall. Nach wiederholtem Besitzwechsel kam das Schloss an die französische Familie Fürst Montleart. Nach der Gattin des Prinzen Moriz Montleart, Wilhelmine, erhielt der Besitz den Namen "Wilhelminenberg". Später wurde auch der ganze Galitzinberg der auch Predigtstuhl genannt wurde, unter "Wilhelminenberg" verstanden. Nach dem Tode der Fürstin gelangte Erzherzog Rainer in den Besitz des Gutes. Dieser liess das Schloss demolieren und an seiner Stelle in den Jahren 1903 und 1904 den jetzigen modernen Prachtbau aufführen. Erzherzog Rainer schenkte den ganzen Besitz seinem Neffen Leopold Salvator, der ihn im Jahre 1905 bezog. Nach dem Umsturz und der Flucht des Erzherzog Leopold Salvator war die Realität vorübergehend im Besitze der Kriegsinvaliden. Dann hat sie eine Schweizer Gesellschaft (Andreas Veitschberger) erworben, die sich aber nicht lange des Besitzes erfreute. Der ganze Besitz kam unter dem Hammer und wurde von der Gemeinde Wien erworben, die daraus ein städtisches Kinderheim schuf. Es soll die Aufgabe haben, die im Heim der städtischen Kinderübernahmestelle aufgenommenen und quarantainisierten Kinder weiter zu beobachten und zu befürsorgen, bis über ihr dem Bedürfnis und der Eigenart der einzelnen Kinder entsprechendes weiteres Schicksal, entschieden ist. Die Anstalt soll also eine Durchzugstation für Kinder beiderlei Geschlechtes vom sechsten Lebensjahre bis ins jugendliche Alter werden.

Solche Anstalten zur vorübergehenden Unterbringung von Kindern gibt es nicht überall. In Wien besteht ein solches Heim seit dem Jahre 1886. Die seit 1862 in Wien bestehenden städtischen Waisenhäuser sind Daueranstalten, Erziehungsanstalten für verwaiste oder Waisen gleichzuhaltende Kinder, die nach Wien zuständig und anstaltsbedürftig sind und aus dem Titel des Armenrechtes in der städtischen Fürsorge stehen. Für Fälle einer vorübergehenden Hilfsbedürftigkeit wie Spitalsaufnahme, Inhaftierung eines Elternteiles, Arbeits- oder Obdachlosigkeit der Eltern u. s. w. war nicht vorgesorgt. Die Kinder kamen da mit den Eltern ins Obdachlosenasyl. Auch gab es keine Beobachtungsstelle für Kinder, die festgestellt hätte, ob ein Kind in Familienkostpflege gegeben werden kann oder ob es anstaltsbedürftig ist und da wieder, ob das Kind in eine Normalanstalt oder in eine Spezialanstalt zu geben ist. Der erste Versuch einer solchen Anstalt zur vorübergehenden Unterbringung von Kindern wur-

de von der Gemeinde Wien im Jahre 1886 gemacht. Es war dies das städtische Asyl für verlassene Kinder in Margareten, Laurenzgasse. Ein sehr schlichter, ganz unzureichender Versuch, wenn man bedenkt, dass der Fassungsraum der Anstalt nur für fünfzig Kinder reichte und die Beobachtungszeit mit 24 Stunden festgesetzt war. Immerhin war man jetzt schon über das Erfordernis der Zuständigkeit nach Wien hinausgegangen und hat ausser der Armut und Verwaisung, wenn auch im beschränkten Ausmasse, auch andere Notstände berücksichtigt. Die weitere Entwicklung dieses Gedankens und das infolge der Eingemeindung der Vororte gesteigerte Bedürfnis nach einer grösseren Unterbringungsmöglichkeit für Kinder brachte dann im Jahre 1910 die städtische Kinderübernahmestelle mit der städtischen Kinderpflegeanstalt in Margareten, Siebenbrunnengasse. Sie war schon für dreihundert Kinder bestimmt, aber trotzdem nicht ausreichend, insbesondere während des Krieges nicht. So entstanden die städtischen Kinderherbergen zur Entlastung und Unterstützung der städtischen Kinderpflegeanstalt bestimmt, und zwar: Jedlesee 1918, Grinzing 1919, Untermeidling 1920, "Am Tivoli" 1922, so dass die alte Kinderpflegeanstalt im Jahre 1922 gesperrt werden konnte. Es waren dies Barackenanlagen (Not- bzw. Kriegsspitäler) mit grossen Freiflächen, die eine leichte Gruppenbildungs- und Isolierungsmöglichkeit boten. Hier hat die Gemeinde Wien praktische gelernt, wie eine solche Durchzugstation eingerichtet und geführt werden muss. Hier hat sich die weitgehende Entwicklung und Durchbildung dieses Anstaltstypus vollzogen, der heute eine Besonderheit der Wiener städtischen Jugendfürsorge ist. Die Baracken hatten aber baulich nur eine beschränkte Bestanddauer und mussten daher durch moderne Gebäude ersetzt werden, unter Beibehaltung der erprobten Betriebsform der Kinderherbergen.

Die erste derartige Anstalt fiel der Gemeinde Wien im Jahre 1922 auf Grund des Trennungsgesetzes zu, das Zentralkinderheim in Gersthof, das von der Gemeinde Wien einer durchgreifenden Um- und Ausgestaltung unterzogen wurde. Es wurde im Gegensatz zum früheren Findelhauscharakter zu einer Anstalt für bloss vorübergehende Unterbringung von Säuglingen umgestaltet und nimmt nun nicht nur aussereheliche Kinder auf, sondern auch hilfsbedürftige eheliche Kinder. Es wurde weiter eine Abteilung für geschlechtskranke Kinder dort geschaffen und nunmehr auch eine Abteilung für Kleinkinder. Mit der Eröffnung des Kinderpalastes der neuen Kinderübernahmestelle im IX. Bezirke, Ayrenhoffgasse - Sobieskygasse im Jahre 1925 konnte auch das Amt der Kinderübernahmestelle, das noch in der Siebenbrunnengasse war, gesperrt werden und war nun das zentrale städtische Amt für Kinderhilfe und das Aufnahmeheim wieder unter einem Dache vereinigt, wie es früher in der Siebenbrunnengasse der Fall war.

Mit der Inbetriebsetzung des Kinderheimes Schloss Wilhelminenberg kann nun auch das letzte Barackenheim "Am Tivoli" aufgelassen werden. Das Schloss bietet Raum für 200 Kinder ohne Berücksichtigung der Krankenabteilung (20 Betten), Isolier- (5 Betten) und der Reservieräume in jeder der sechs Kinderabteilungen. Entsprechend dem Geiste der modernen Fürsorge, die die Hilfsleistung als eine soziale Pflicht der Allgemeinheit auffasst und in besonderem in der Jugendfürsorge die allerwichtigste und produktivste Fürsorgetätigkeit erblickt, die Familienpflege als die naturgemässe Umgebung des Kindes voranstellt und die Anstaltspflege nur dort eintreten lässt, wo sie unbedingt nötig ist, dann aber in der Betriebsführung eine möglichste Angleichung der Anstalt an die Familie verlangt, ist die Gemeinde Wien über das pflichtgemässe Ausmass der Jugendfürsorge aus dem Titel des Heimat- und Armenrechtes weit hinausgegangen. Sie hat ihre Fürsorgetätigkeit auch auf nicht in Wien Heimatberechtigte erstreckt. Sie gewährt ausser in den Fällen der Armut und

Verwahrung auch in anderen dauernden und vorübergehenden Notständen, insbesondere Erziehungsnotständen, jede mögliche Hilfe und bemüht sich nicht nur Schäden zu heilen, sondern womöglich schon vorzubeugen und zu bewahren. Gerade mit dem von der Gemeinde Wien in der letzten Zeit besonders intensiv vorgenommenen Ausbau der Familienpflege der Kinder, sei es in den eigenen oder einer geeigneten, <sup>fremden</sup> Familie, kommt den Durchzugsheimen zur Gewährung vorübergehender Hilfe oder zur Beobachtung besondere Bedeutung zu.

Die Kinderübernahmestelle ist heute die zentrale Stelle für jeden, der für ein Kind eine Hilfe braucht. Diese Hilfe besteht entweder in Geldunterstützungen oder in Sachbeihilfen an die eigene Familie. Die Kinderübernahmestelle gibt aber auch Kinder in Kostpflege zu geeigneten fremden Familien gegen Bezahlung eines monatlichen Kostgeldes. Sie verfügt auch die Aufnahme in städtische oder Privatheime wie: Waisenhäuser und Erziehungsanstalten. Für anstaltsbedürftige Kinder oder für Kinder, die erst auf ihre Anstaltsbedürftigkeit beziehungsweise Eignung für die Familienpflege beobachtet werden müssen, ist die Kinderübernahmestelle ein Aufnahmeheim zur Quarantainisierung, Beobachtung und Aufpäppelung der Kinder angegliedert. Die unmittelbare Verbindung und Nachbarschaft mit dem Karolinen-Kinderspitale der Stadt Wien ermöglicht es, kranke spitalsbedürftige Kinder sofort im kurzen Wege dorthin abzugeben. Vom Heime der Kinderübernahmestelle kommen Säuglinge und Kleinkinder in das Zentralkinderheim, grosse Kinder zur weiteren Beobachtung oder vorübergehenden Hilfe in das Kinderheim Wilhelminenberg. Zu seiner Entlastung dienen das Kinderheim Dornbach, die städtischen Waisenhäuser, Erziehungsheime, Erziehungsanstalten, nach durchgeführter Berufsberatung und Stellenvermittlung auch die Lehrlingsheime und endlich eine grosse Anzahl von Privatheimen.

Das Wesentliche ist, dass jetzt hilfsbedürftigen Kindern unabhängig vom Aktengange rascheste Hilfe gewährt wird und dass man den Kindern, die des Glückes einer sorgenfreien, sonnigen Jugend in der eigenen Familie entbehren, möglichst schöne und entsprechende Heime zu geben trachtet. Erfahrene Anstaltsleiter haben die Führung über, mit der Fürsorge und der Kinderseele vertraute Fürsorgerinnen versehen als Heimmütter die Mutterstelle, ausgezeichnete Aerzte sind um die Gesundheit und das Wohlergehen der Kinder bemüht, in der Hand geschulter Erzieher-(innen) und Pflegerinnen liegen die Erziehung, Beschäftigung und Pflege der Kinder, mit dem Unterrichte solcher Heimkindern vertraute Lehrer und Lehrerinnen sind bemüht, den Kindern die mitgebrachten Kenntnisse zu erhalten und zu vermehren. Ein eigenes Zahnambulatorium dient der Zahn- und Mundpflege der Kinder. So verbringen die Kinder in den mit allen modernsten Erfordernissen eingerichteten hellen und freundlichen Räumen der Anstalt und auf den grossen Spielwiesen frohe, für manche wohl unvergessliche Tage und verlassen gut genährt und prächtig aussehend, mit reiner und sauberer Wäsche und Kleidung versehen die Anstalt.

Das Schloss Wilhelminenberg und die Nebengebäude sind für den Zweck eines Durchzugsheimes verhältnismässig leicht adaptierbar gewesen. Die Kosten betragen rund 700.000 Schilling.

Das Hauptgebäude, bestehend aus einem Mittel- und zwei Seitentrakten ist zweigeschossig, während der Mitteltrakt noch einen Aufbau enthält. Drei Stiegen und drei Ausgänge ermöglichen einen gesonderten Zu- und Abgang der einzelnen Abteilungen.

Von der gedeckten Auffahrt gelangt man in die geräumige Halle, in der die liebliche Gruppe von Theodor Charlemont "Der erste Schritt" das Auge erfreut. Dahinter liegen südseitig der Festsaal und die Kinderräume, von denen der Blick über die Terasse und das Liebhartstal auf die Stadt Wien hinuntergeht.

Die Anordnung der Räume ist so getroffen, dass das Parterre und das erste Stockwerk zur Unterbringung von sechs Kinderabteilungen mit insgesamt 200 Kindern dient, wobei die Tag- und Schlafräume im allgemeinen südseitig gelegen sind.

Die baulichen und betriebstechnischen Vorkehrungen ermöglichen es, die Anstalt normalerweise heimmässig zu führen, im Bedarfsfalle jedoch bei notwendiger Quarantainisierung oder im Falle aufgetretener Infektionskrankheiten die einzelnen Gruppen voneinander vollständig zu isolieren.

Im Tiefparterre befinden sich eine Zahnklinik für die Kinder der Anstalt, ein Vortrags-Kinosaal, ein Turnsaal, eine Schulwerkstätte, die zentrale Heiz- und Badeanlage, sowie eine Kühlanlage und Magazine.

Die Anstaltsküche samt Nebenräumen befindet sich in dem im zweiten Stocke gelegenen Aufbau im Mitteltrakt, von wo die Speisen mit Speisenaufzügen den einzelnen Gruppen zugeführt werden. In jeder Gruppe befindet sich ausserdem eine Teeküche und ein Bad. Der zweite Stock enthält auch noch Personalräume.

Das Gärtnerhaus wurde zu einer ärztlichen Ambulanz und das Wäschereigebäude zu einer Kranken- und Isolierabteilung umgestaltet. Ausserdem besteht eine Isoliermöglichkeit in jeder Abteilung, ebenso eine besondere Badegelegenheit. Der das Schloss umgebende Park wurde gärtnerisch ausgestaltet und auf den grossen Freiflächen werden mehrere Spielplätze geschaffen, so dass die Kinder nicht bloss in den lichten und weiten Räumen des Schlosses bei gewissenhafter Betreuung ein schönes Heim finden, sondern sich auch hinreichend in frischer Luft bewegen können.

Auf Grund der Beobachtung der Kinder, an der sich das Erziehungs- und Pflegepersonal, die Heimmütter, der Anstaltsarzt und ein Heilpädagoge beteiligen, werden von der Anstaltsleitung die Anträge über die Abgabe der einzelnen Kinder in Familien- oder Anstaltspflege gestellt und so dem städtischen Jugendamte wichtige Anhaltspunkte für die Bestimmung des weiteren Lebensschicksales jedes einzelnen Kindes gegeben.

Alles in allem ist das Kinderheim Wilhelminenberg wohl das modernste und schönste Kinderheim, das es derzeit gibt.

~\*~\*~\*~\*~

Wien, Freitag, den 11. November 1927.

Neuregelung der Wassergebühren.

35 Liter täglich für jeden Einwohner unentgeltlich. Für den Mehrverbrauch sind 30 Groschen für tausend Liter zu zahlen.

Die Gemeinde führt bekanntlich den Wasserleitungsbetrieb nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung. Der Betrieb hat an die Gemeindekasse keine Gewinne abzuliefern; muss sich aber selbstverständlich allein erhalten. Seit einigen Jahren werden in Wien 35 Liter Hochquellwasser täglich für jede Person unentgeltlich abgegeben. Die Durchrechnung dieses Freiwassers erfolgt monatsweise. Das bewirkt, dass mehr als die Hälfte der Häuser überhaupt keine Wasserrechnung mehr erhalten. Die Mehrzahl der Wiener Bevölkerung hat also für das Wasser überhaupt nichts zu zahlen. Nur wenn in einem Hause mehr als 35 Liter täglich von jeder Person verbraucht werden, wird dieser Mehrverbrauch mit 25 Groschen für tausend Liter berechnet. Dem Wasserleitungsbetrieb erwachsen nun im Jahre 1928 bedeutende Mehrausgaben. Das mit der Wientalwasserleitung abgeschlossene Uebereinkommen bewirkt einen grossen Aufwand, zu dem noch namhafte Erhaltungs- und Sicherungsarbeiten, sowie wachsende Personallasten kommen. Es ergibt sich auf Grund des Veranschlagtes für das Jahr 1928 ein Abgang von rund 1,2 Millionen Schilling.

Die Bedeckung des Abganges soll nun nach den Anträgen des Betriebes durch eine Neuregelung der Wassermehrverbrauchsgebühren erfolgen. Vorgeschlagen wird, die 35 Liter kostenlosen Wasserbezuges für jede Person täglich weiter aufrecht zu erhalten. Dagegen soll der Preis für den Mehrverbrauch um fünf Groschen für tausend Liter erhöht werden. Dieser neue Tarif bedeutet für die Bevölkerung eine kaum fühlbare Belastung, die überdies durch eine entsprechende Oekonomie im Wasserverbrauch vielfach vermieden werden kann.

Die übrigen Wassergebühren bleiben unverändert. Es erhalten demnach die Fabriken und Lebensmittelbetriebe das Wasser weiter um den ungewöhnlich niedrigen Preis von vier Groschen für tausend Liter.

Die beantragte Gebühr von 30 Groschen für den Wassermehrverbrauch ist im Vergleich mit den Gebühren in anderen Städten sehr niedrig. So beträgt die Gebühr in Klagenfurt für den Wasserverbrauch bis zu einem bestimmten Ausmass in Wohnhäusern sowie für den Wasserverbrauch in Schul- und öffentlichen Gebäuden 30 Groschen, für den das bestimmte Ausmass übersteigenden Verbrauch in Wohnhäusern sowie für den Verbrauch für andere Zwecke, (Hotels-, Gast- und Kaffeehausbetriebe, Werkstätten u. s. w.) 40 Groschen, in Linz 35 Groschen, in Mödling 80 Groschen, in Neunkirchen 50 Groschen, in Salzburg 35 Groschen, in 70 Städten Deutschlands im Durchschnitt 19 Pfennig, das sind 32 Groschen, Einzelbeispiele: Berlin 17 Pfennig, das ist 29 Groschen, Dresden 15 Pfennig, das ist 25 Groschen, Frankfurt a.M. 21 Pfennig, das ist 35 Groschen, Leipzig 18 Pfennig, das ist 30 Groschen, Mannheim 20 Pfennig, das ist 34 Groschen, Stuttgart 25 Pfennig, das ist 45 Groschen pro Kubikmeter.

Vor allem anderen aber muss als entscheidender Unterschied hervorgehoben werden, dass in keiner einzigen Stadt ausser Wien der grösste Teil des Wassers vollkommen kostenfrei abgegeben wird. Ueberdies werden in den meisten Fällen (wenigstens in Oesterreich) für die Bestellung der Wassermesser Mietgebühren eingehoben, was in Wien ebenfalls nicht geschieht.

Wien, Freitag, den 11. November 1927. Vierte Ausgabe

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 11. November 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen, welche die Subvention der Wiener graphischen Gesellschaft mit tausend Schilling, der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft mit 7500 Schilling, der Oesterreichischen Gesellschaft für Volksgesundheit mit 2000 Schilling, des Wiener Unterstützungsvereines für aus der Haft Entlassene und Familien von Verhafteten mit 5000 Schilling, des Wiener Dombauevereines mit 5000 Schilling, des Vereines abstinenter Frauen in Wien mit 2000 Schilling, des Vereines Wienerwaldschutz mit 400 Schilling, des Wiener Zweigvereines der Deutschen Schillerstiftung mit 2000 Schilling, der Bildungsstelle des Oesterreichischen Senefelderbundes mit tausend Schilling, der Oesterreichischen Gesellschaft für Sozialpolitik mit tausend Schilling und schliesslich der Freiwilligen Feuerwehr in Bad Hall mit hundert Schilling betreffen, angenommen. Weiters wird ein Kredit von 505.000 Schilling zur Deckung des Beitrages des Landes Wien zu den Kosten der Altersfürsorge ohne Wortmeldung beschlossen, wie auch die Umpflasterung der Erzherzog Karlstrasse und die Innenausgestaltung der neuen Verkaufszellen in der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, durch Herstellung von Fleischhakenstangen und der elektrischen Beleuchtung, sowie die Errichtung einer zentralen Warmwasserbereitungsanlage mit einem Kostensfordernis von insgesamt 170.000 Schilling.

Der Gemeinderat setzt dann die Beratungen über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1926 fort. In Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe IV.

Gemeinderat Pfeiffer (E.L.) erwidert zunächst auf einen Aufsatz in der heutigen Arbeiter-Zeitung, worin eine grossdeutsche Versammlung geschildert wird, in der Gemeinderat Pfeiffer gesprochen habe. Nach kurzer Rede unterbricht Bürgermeister Seitz den Sprecher mit der Frage, ob der Gegenstand, über den er spricht, zur Verhandlung steht. Gemeinderat Pfeiffer erwidert, bloss aus dem Grunde schon darüber sprechen zu dürfen, weil er der Ansicht sei, dass er, wenn er die Rede, die in der Arbeiter-Zeitung steht, wirklich gehalten hätte, nicht das Recht hätte, im Gemeinderatssitzungssaal zu sprechen. GR Pfeiffer erklärt sodann dass er in dieser Versammlung weder über den 15. Juli, noch über Erfahrungen am 15. Juli gesprochen habe. <sup>Die</sup> Aussagen der Arbeiter-Zeitung sind unwahr. Er habe in dieser Versammlung in sachlicher Weise über den Rechnungsabschluss gesprochen. Diese Erklärung ist notwendig, um die verleumderische Art des Kampfes (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Den sind wir schon gewohnt!), niedriger zu hängen. Gemeinderat Pfeiffer bespricht sodann das Verhältnis der Stadt Wien zu den Bundesabgaben. Die gesamten Ertragsabgabenteile machen nach dem Veranschlag für 1928 213 Millionen aus. Auf Wien allein entfallen 111 Millionen, das sind 52 Prozent. Oesterreich hat 6,5 Millionen Einwohner. Wien hat nach der letzten Zählung 1,866.000 Einwohner. Das sind nicht einmal zwei Drittel der Einwohnerzahl, die auf Wien entfallenden Ertragsanteile machen aber 52 Prozent aus. Auf den Kopf eines Wieners entfallen 30 Schilling, eines Niederösterreichers 11,5 Schilling, eines Oberösterreichers 10,8 Schilling, eines Salzburgers 12,4 Schilling, eines Steiermärklers 10,8 Schilling, eines Kärntners 10,2 Schil-

ling, eines Tirolers 11 Schilling, eines Vorarlbergers 12,8 Schilling und schliesslich eines Burgenländers 7,6 Schilling. Im Vergleich zu diesen Zahlen ist Wien an den Ertragsanteilen mit dem Doppelten beteiligt. Breitner hat gesagt, er betrachte die Ertragsanteile nicht als Geschenk. Es ist, sagt GR Pfeiffer, aber immerhin bequemer, die Bundesabgaben zur Verfügung zu haben, als sie mit eigenen Steuern hereinbringen zu müssen. Für Wien besteht gar keine Ursache, mit besonderer Hochmut auf die anderen Bundesländer zu blicken. Wien muss Wert darauf legen auf ein herkömmliches Verhältnis zu den Bundesländern. Der Redner spricht nun über die Heimwehren. Die Heimwehren sind eine sekundäre Erscheinung. Primär war ihr Wort vom Klassenkampf, das Verlangen nach der Aufrichtung der Diktatur, primär waren die Ereignisse des 15. Juli. Dies habe sich dahin ausgewirkt, dass sich die Bundesländer gegen Wien gewehrt haben. Sie haben Hass gesetzt, sie müssen natürlich Hass ernten. Wenn Sie keinen Hass wollen, müssen Sie Ihren Hass abbauen. Sie haben allen Grund den Gegensatz zwischen Wien und den Bundesländern zu überbrücken. Bezüglich der Trennung des Landes Wien vom Land Niederösterreich, sagt GR Pfeiffer, dass die Trennung durchgeführt wurde, um Ihr Diktat in Wien aufrecht erhalten zu können. Das war ein grosser Fehler, und um ihn gut machen zu können, müsste der <sup>jetzige</sup> Zustand aus der Welt geschafft werden. (Beifall).

GR Höjauhek (E.L.) bemerkt, dass, wie aus dem Rechnungsabschluss hervorgeht, von der Gemeindeverwaltung der Sozialpolitik sehr wenig Bedeutung zugewiesen werde. Die preliminarierten Ausgaben für die Dienstvermittlungstellen sind nicht aufgebraucht worden, höherlichst der für Arbeitslosenunterstützungen ausgegebene Betrag, obwohl eine sozialdemokratische Gemeinde, auch wenn ein gesetzlicher Zwang nicht besteht, die Verpflichtung hätte, Beiträge zu dieser Unterstützung zu leisten. Es geschieht gar nichts, um das Berufsberatungsamt in der Bevölkerung bekannt zu machen. Dagegen werden für das Wohnungswesen gewaltige Summen eingestellt. Auch wir sind dafür, dass die Gemeinde baut, aber nicht in einer Form, die das Wirtschaftsleben erdrosselt. Man kann nicht einer so ausgebluteten Stadt zumuten, solche Riesensummen für die Erbauung von Mammutkasernen auf einmal aufzubringen. Der Siedlungsgedanke wird sehr in den Hintergrund gedrängt. Statt in Heiligenstadt auf unheimlichem Grund eine solche Riesenkaserne zu bauen, hätten Sie dort Siedlungshäuser erbauen müssen. Wenn es richtig ist, dass von Jahre 1919 an 29.000 Wohnungen gebaut worden sind, müsste sich eine Entlastung fühlbar machen, wenn man wirklich nur die sehr bedürftigen zum Abt befriedigt. Tatsächlich hat aber die Wohnungschaos in Wien nicht abgenommen. Der Redner fragt den Stadtrat Weber, wieviel Wohnungsuchende es heute noch gibt und ob auch in Zukunft eine Qualifikation erteilt wird. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GR Stein (Soz. Dem.): Wenn GR Pfeiffer aus dem Verlauf des sozialdemokratischen Parteitagess den Schluss ziehen zu müssen geglaubt, dass sich die Sozialdemokraten wesentlich geändert haben, so befindet er sich vollständig im Irrtum. Wir sind und bleiben die sozialdemokratische Partei, die ihre Politik nach den Notwendigkeit und nach den gegebenen Tatsachen einrichtet, wie es dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Was die Bemerkung des GR Pfeiffer über die Einsetzung geringerer Kosten für die Wohnbauten betrifft, so ist diese Kostensumme unserer Aussage angepasst, dass wir eine bestimmte Anzahl von Bauten im Laufe der nächsten Jahre errichten werden. Wir legen Wert darauf festzustellen, dass eine Minderung des Bauprogrammes nicht eintritt. Wir sind für eine Kritik nicht so empfindlich, wie GR Pfeiffer.

der eine Notiz in der Arbeiter-Zeitung zum Anlass nimmt, um dagegen Verwahrung einzulegen. Die Arbeiter-Zeitung ist wohl eines der Blätter, das die Gegner in dernobelsten Art behandelt und sie steht turmhoch über der bürgerlichen Presse unserer Stadt, ein Umstand, der der Arbeiter-Zeitung auch eine hohe Stellung in der journalistischen Welt gesichert hat, wie sie kein zweites Wiener Blatt einnimmt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. - Widerspruch bei den Parteien der Einheitsliste). Sich darüber aufzuhalten, dass einmal eine witzige Notiz erscheint, ist nicht am Platze. Die bürgerlichen Zeitungen gehen gegen uns in einer ganz anderen Art in Wert und Bild vor und es ist uns nie eingefallen, uns deshalb zu alterieren.

GR. Pfeiffer (E. L.): Wenn Sie es sich gefallen lassen, muss ich mir es nicht gefallen lassen.

GR. Stein (Soz. Dem.): Aber die Empfindlichkeit ist nicht immer ein Beweis dafür, dass man im Rechte ist. Das politische Leben ist nicht durch unsere Schuld auf dieses Niveau gebracht worden. Ihre Presse hat damit begonnen. Auch die Dötz leistet an Verhöhnungen, Angriffen und Beschimpfungen, was unter anständigen Menschen nicht gebräuchlich ist. Wenn eine solche Kritik an der Arbeiter-Zeitung geübt wird, können wir darauf nur erwidern, dass wir auf unsere Arbeiter-Zeitung stolz sind, dass wir ihr dankbar sind für die Art, wie sie unsere Angelegenheiten vertritt und dass wir erwarten, dass Sie, wenn ein solcher Schwindel mit der Bevölkerung auch in Zukunft aufgeführt wird, mit derselben Schärfe dagegen auftreten wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Stadttrat Weber bemerkt in der Erwiderung auf die Ausführungen des GR. Ullreich, dass im Jahre 1926 insgesamt 11.918 Wohnungssuchende vom Wohnungsamt befriedigt wurden. Die im Rechnungsabschluss angeführten 2914 Wohnungen sind Tauschwohnungen, die in Privathäusern zur Verfügung gestanden waren, durch eine Wohnung in einem Neubau ist es oft im Wege des sogenannten Kettentausches möglich, drei bis vier Wohnungssuchende und manchmal mehr zu befriedigen. Die Frage, wieviel Wohnungssuchende es gegenwärtig gibt, ist seit dem Erlöschen des Anforderungsgesetzes überaus schwer zu beantworten, da eine genaue Evidenz über die Wohnungssuchenden jetzt unmöglich geworden ist. Obwohl wir im vorigen Jahre rund 12.000 Wohnungssuchende befriedigt haben, hatten wir am 31. Oktober einen Stand von 16.000 vorgemerkten Parteien, die alle in Klasse I vorgemerkt sind, da es eine Klasse II und III nicht mehr gibt. Was die Frage betrifft, nach welchem System die Vermerkung erfolgt, so gelangt das alte Punktsystem nach wie vor zur Anwendung. Es ist nicht richtig, dass die Vermerkungen gesperrt sind. Die Vermerkungen und die Vergebung der Wohnungen erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie früher. (GR. Doppler (E. L.): Ohne Kontrolle!) Sie sind ja selbst im Wohnungsausschuss, der bestanden hat, gesessen. Heute ist es so, dass der Magistrat die ihm nach seiner Kompetenz zufallenden Befugnisse bei der Vermietung von Wohnungen ebenso ausübt, wie auf anderen Gebieten. (GR. Doppler: Aber Leute von Ihnen sitzen dort und halten Sprechstunden ab!) Es ist nicht richtig, dass Sprechstunden abgehalten werden. Bis zum 31. August sind nicht weniger als 51.000 Eingaben an das Wohnungsamt gerichtet worden und an den Sprechtagen wird das Wohnungsamt von 2000 und mehr Personen aufgesucht. Da man in 24 Stunden nur 16 bis 17 Stunden arbeiten kann, ist es begreiflich, dass ich beim Parteienverkehr eine Hilfe haben muss und die leistet mir in ganz ausgezeichnete Weise Gemeinderat Reismann. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn Gemeinderat Ullreich bemängelt hat, dass ich der neuen Exekutive der

Sicherheitswache den Wunsch nach Fortführung der alten Wohnungsfürsorge nicht bewilligt habe, so ist das richtig. Alle Herren, die im Wohnungsamt tätig waren und auch Gemeinderat Ullreich weiss, dass es im Wohnungsamt nicht nur die Wohnungsfürsorge der Exekutive der Sicherheitswache-beamten bestanden hat, sondern dass dort auch eine Wohnungsfürsorge der Eisenbahner, Postler u. s. w. gibt, und es ist ein öffentliches Interesse, dass im Einvernehmen mit dem Wohnungsamt getrachtet werden muss, diese öffentlichen Beamten, wie Lokomotivführer, Scharfner u. s. w. ordentlich unterzubringen. Wir arbeiten in diesen Körperschaften zusammen. Sie machen ihre Vorschläge im Rahmen der Vorschriften, die für alle gelten. Eine ähnliche Methode ist auch bei der Sicherheitswache verfolgt worden. Solange eine Vermerkung nach der alten Klassifikation gegeben hat, hat diese Wohnungsfürsorge beim Wohnungsamt stattgefunden. Der grösste Teil aller dieser Vorgemerkten ist befriedigt worden und es gibt jetzt nur mehr sehr wenig Vorgemerkte. Was den Zuwachs betrifft, so ist es so, dass die meisten, die zuwachsen, aus der Provinz kommen. Bei der Sicherheitswache sind sehr wenig Wiener. Und diese Leute, die aus der Provinz kommen, behandeln wir natürlich nicht anders, als die anderen, die aus der Provinz kommen. (Rufe bei der Minderheit: Aber Ihre Genossen aus der Provinz nehmen Sie in die städtischen Wohnhäuser!) Wir haben uns zum Grundsatz gemacht, dass nur derjenige in den städtischen Wohnhäusern kommen darf, der mindestens ein Jahr in Wien ist und der verehlicht ist. Ausserdem muss er nach Wien zuständig sein. Wenn die Polizei aus Südböhmen Leute hier anstellt, und wir jeden sofort unterbringen wollten, so wäre das eine Bevorzugung gegenüber den anderen Wohnungssuchenden, die hier geboren sind. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. - GR. Doppler: Was ist es mit den polnischen Juden? GR. Ullreich: Sie reden von etwas ganz anderem, als ich gesprochen habe!) Ich habe mich hier also keines Amtsmisbrauchs schuldig gemacht, sondern das getan, was Vernunft und Gerechtigkeit gebieten. Ich habe allerdings der Reputationskommission, die bei mir war und mich gefragt hat, ob sie für Wohnungssuchende intervenieren dürfe, gesagt, das dürfe sie selbstverständlich tun, da es ja keiner Organisation untersagen kann, für ihre Mitglieder bei einem Amt zu intervenieren. Ich habe also dieser Gewerkschaft nichts anderes gesagt, als was selbstverständlich ist und wenn in einem Zwischenruf Missbrauch der Amtsgewalt vorgeworfen wurde, so kann ich darauf nur erwidern, dass das ein Missbrauch der zulässigen Kritik gewesen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Damit ist Beratung der Gruppe IV des Rechnungsabschlusses beendet.

Zur Verwaltungsgruppe V. Technische Angelegenheiten, spricht zunächst GR. Kumschak (E. L.). Er gibt bekannt, dass er am 9. November vom Magistratsdirektor eine Zuschrift erhalten habe, in welcher auf seine Ausführungen vom 4. November im Gemeinderat Bezug genommen und er eingeladen wird, seine Anklagen gegen den Senatsrat Kula und dem Oberbaurat Fuchs zu konkretisieren, weil die beiden Herren um die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gebeten haben, um sich diese Verdächtigungen wehren zu können. Ich erkläre, sagt der Redner ganz offen, dass ich es ablehne, auf dieses Schreiben eine andere Antwort zu geben, als die Bestätigung, dass ich es erhalten habe. Ein Gemeinderat unterliegt für seine Rede im Gemeinderat nur der Zensur des Bürgermeisters, beziehungsweise des jeweiligen Versitzenden. (Zustimmung bei den Parteien der Einheitsliste). Ich muss es daher ablehnen, mich in eine merkwürdige Auseinandersetzung mit dem Magistratsdirektor zu begeben. Ferner wird die Beante der Stadt

Wien dem Bürgermeister und dann unmittelbar dem Personalreferenten unterstellt. Wenn also der Bürgermeister oder der amtsführende Stadtrat sich in pflichtgemäßer Wahrung des Ansehens einer Kategorie von Beamten genötigt sehen, sich mit einem Gemeinderat über etwaige Äußerungen auseinander zu setzen, so müssen sie diese Auseinandersetzung selbst suchen. Aber dass sie die Auseinandersetzung einer dritten Person und sei es auch der Registrationsdirektor übertragen, muss ich als freigewählter Funktionär mit aller Entschiedenheit ablehnen. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste). Ebenso verwehre ich mich dagegen, dass in diesem Schreiben gegen meine Ausführungen das Wort Verdächtigung gebraucht wird. Aber ich bin bereit, diese Dinge im Gemeinderat solange fortzustimmen, als es die Gegenseite wünscht. Meine seinerzeitigen Äußerungen stützen sich auf Mitteilungen aus Kreisen des Stadtbaumeister, die die Dinge kennen und Wert darauf legen, die fachliche und amtliche Ehre des Stadtbauamts unter allen Umständen zu verteidigen. Wenn ich gesagt habe, Senatsrat Hula, habe ich es als Präsident zu verantworten, was ich bei der Baustoffe A. G., bei der Steinag u. s. w. an Ungehörigkeiten und fraudulöser Gebarung ergeben hat, so liegt darin natürlich nicht die Beschuldigung, dass er sich selbst der fraudulösen Gebarung schuldig gemacht hat, sondern es ist lediglich die Behauptung, dass sich eine fraudulöse Gebarung ergeben hat. Und die Antwort darauf gibt das Stadtbauamt selbst und die Massnahme der Polizei, in deren Zuge es bereits zu Verhaftungen umfangreicher Art und auch zu Verhaftungen städtischer Organe gekommen ist. Nach meinen Informationen ist ein Ende davon noch lange nicht gegeben, vielmehr steht noch manche Welt im Polizeigefängnis für diverse Beteiligte an städtischen Bauten offen. Wie weit ergibt sich nun eine Verantwortlichkeit der Beamten? Einmal dadurch, dass sie an der Spitze der städtischen Bauführung stehen. Es ist eigentlich unerhört, dass sich in einem Amt solche Dinge ereignen können.

Ihr System ist falsch, weil man an der Kompetenz des Stadtbauamts nicht hätte rühren sollen. Die Ämter mögen in Ruhe gelassen werden und nicht in Situationen gedrängt werden, wo sie sich zwiespältig gegenüber stehen. Das hat sich bei den städtischen Wohnbauten gezeigt. Sie haben zwei Gruppen geschaffen. An der Spitze der einen steht Senatsrat Hula, und an der Spitze der zweiten Oberbaureferent Fuchs. Ich sage, dass in diesen Händen die städtische Bauführung monopolisiert ist. Und das ist leider auch wahr. Senatsrat Hula ist mit der Baustoffbeschaffung betraut, aber er ist auch betraut mit der Baumaterialienherzeugung und Lieferung an die Baustoffe A. G. Senatsrat Hula ist Besteller und Lieferant. Es muss jedem klar sein, dass ein solches System zu Unzulänglichkeiten führen muss. Hula hat die ganze Baustoffbeschaffung. Er bestellt Ziegel, Zement, kurz alles, was bei einem Bau gebraucht wird. Auf der anderen Seite ist Senatsrat Hula Geschäftsführender. Das ist rein technisch beurteilt eine Konstatierung, bei der ich nicht glauben kann, dass das Kontrollamt daran nicht Anstoss nimmt. Freilich, kann ich darüber nicht urteilen, weil uns die Berichte des Kontrollamtes nicht vorgelegt werden. Stadtrat Breitner hat einmal gesagt, dass das Kontrollamt bei den Bauten nur verschiedene kleinere Mängel beanstandet hat. Wenn das richtig ist, dann hat das Kontrollamt nur küssichtige sondern auch schwachsichtige Leute ausgespickt. Ich vermute aber sehr, dass das Kontrollamt wesentlich mehr gesehen und dass das auch zur Kenntnis des Senatsrates Hula gelangt ist. Hier liegt ein Indizienbeweis vor, der für jeden Schuldspruch eine sichere Unterlage ist. Es ist eine Leichtfertigkeit des Senatsrates Hula an die Spitze einer solchen Konstruktion zu treten. Was man da dem Herrn Hula aufgelastet hat, ist auch physisch eine Unmöglichkeit. Der Mann müsste ja ein Wissen haben, das vom Käsesuchen bis zum Kriegführen reicht. Es ist ausgeschlossen, dass man in einem Dutzend Betrieben die Geschäfte führen

kann und noch dazu den Riesenbetrieb der städtischen Baustoffbeschaffung leitet. Herr Hula hätte einsehen müssen, dass er das nicht leisten kann. Es wäre aber ein Unrecht, alle Schuld ihm zu geben. Die Verantwortung tragen allein die amtsführenden Stadträte und es fällt mir nicht ein, hier den Grundsatz aufzustellen, die Beamten schuldig werden und sie noch der Fein zu überlassen.

Der Redner bespricht nun ausführlich die Geschäftsführung der Steinag, die noch im Jahre 1925 günstig gebahrt hat, während der Rechnungseabschluss für 1926 ein trauriges Bild bietet. Die Steinag hat ein Defizit von 163.000 Schilling, dass zeigt welche trostlose Zustände dort herrschen müssen. Bei einem Privatunternehmen müsste man von einer schuldhaften Krise sprechen. Zum Trost wird uns gesagt, dass die Gemeinde nicht alleinstufige Teilhaberin sei. Das ist aber kein Trost und entschuldigt das Dobe gar nicht. Es drängt sich die Frage auf, was zu diesem Debake geführt habe. Dies muss auch im Zuge des Disziplinarverfahrens gegen Senatsrat Hula geklärt werden. Der Redner bringt dann den Ankauf des Ziegelwerkes in Raggendorf zur Sprache, das von der Steinag erworben wurde, obwohl es im Konkurs stand. Das Ziegelwerk wurde aus der Konkursmasse erworben, aber bis heute nicht im Betrieb gesetzt. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Unerhört!) Wozu hat die Steinag die "Krot" gefressen? Dieser Kauf hat selbstverständlich die Bilanz der Steinag verschlechtert. Ob aus eigenen Antrieb oder als beauftragtes Organ, jedenfalls war Hula an dem Kauf des Ziegelwerkes beteiligt. Die Ziegellieferungen sind ein sehr interessantes Kapitel und die Frage der Vergabe von Ziegellieferungen ist überhaupt skandalisierungsbedürftig. So wurde ein Ziegelvertrag von 42 Schilling auf einen Druck Breitners hin abgelehnt. Das ist ein Preis, der selbst die Eigenkosten nicht erreicht. Später aber wurde mit der Steinag ein Ziegelvertrag um 52 Schilling abgeschlossen. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Hört!, Hört!) Das Ziegelwerk Oberlea ist in Wirklichkeit ebenfalls schwer passiv. Ununterbrochen kommen schwere Betriebsstörungen vor und auch die Betriebskosten sind ausserordentlich hohe. Auch hier ist Hula Geschäftsführer und Besteller. Vom Standpunkt der amtsführenden der Gemeinde ist das einfach ungreiflich. Die Baustoffbeschaffung der Gemeinde ist an sich eine zu verurteilende Angelegenheit. Im Bezug auf Preisökonomie und Qualitätsökonomie muss diese Bewirtschaftung zu schweren Schäden führen. Wenn man bei einem Bauschaden sagt, das Material ist schlecht, so wird einem gesagt, dass das nicht wahr ist. Die Dinge liegen aber wesentlich anders und für die Behauptung, dass das Material schlecht ist, liegt schon ein gerichtsprüfungsmässiger Beweis vor. Auf einem Bau ist eine Decke eingestürzt. Davon hat niemand etwas erfahren. Es war aber ein schwerer Unfall. Der Polier wurde wegen fahrlässigen Verschuldens und Gefährdung des Lebens angeklagt. Er verteidigte sich mit der Begründung, dass das Material schlechter Qualität war. Das Beweisverfahren hat dies einwandfrei ergeben. Auf dem Bau hatte man nicht mehr genügend Zement und die Baubeschaffung liess beim nächsten Händler Zement einkaufen. Obwohl der Polier gesagt hat, dass das nicht gehe, musste er trotzdem den Auftrag ausführen. Er musste freigesprochen werden, weil lediglich das von der Gemeinde beigegebene Material an den Unfall schuld war. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Hört!, Hört!). Haben Sie denn nicht das Empfinden, was Sie der Öffentlichkeit schuldig sind? Der Staatsanwalt hat seine Pflicht getan, das Gericht hat seine Pflicht getan, nur die Organe der Gemeinde, die amtsführenden Stadträte versagen. Wenn Sie uns sagen, dass das nur der einzige Fall ist, wir glauben das nicht. Solche Unfälle kommen in schweren Mengen vor. Ich verweise nur auf das Unglück in Oberlea, wo ein Hauptträgerpfeiler geberstet ist. Auch da sagten die Fachleute, dass die Schuld an dem schlechten Material liege. Die Sache musste die Firma, die den Bau ausgeführt hat übernehmen, sie musste für die Gemeinde die Mauer machen. Auch dieser Fall muss untersucht werden. Auf die Stellung des Oberbaureferenten Fuchs hinweisend, sagt Gemeinderat Kunschek, dass dieses Amt

ebenfalls eine verfehlte Konstruktion habe. Dem Oberbaurat Fuchs ist die gesamte Bauführung überantwortet, von der Wiege bis zum Grabe werden die städtischen Wohnhausbauten vom Oberbaurat Fuchs begleitet. Aber wie? Stadtrat Breitner hat in diesem Saale Briefe des Magistrates an die Polizei vorgelesen, worin diese um einen Überwachungsdiens auf den städtischen Bauten ersucht wird. Was ist das für ein Zeugnis für die Gemeindeverwaltung (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Ein Armutszeugnis!) Das ist ein Misstrauensurteil gegen die städtischen Angestellten (Zustimmung bei der Minderheit!). Es hat sich herausgestellt, dass weniger Baumaterial geliefert wurde. Es soll aber auch Baumaterial wieder weggeführt worden sein und sogar an Private abverkauft worden sein. Das wäre entschuldbar, wenn das ein vereinzelter Fall wäre, aber dass ist das herrschende System. Wenn sich Fuchs an seine Aufgabe herangetraut hat, so muss er auch die Antwort für diese Unzulänglichkeiten übernehmen. Wie konnten solche Zustände entstehen? Nur schwerste Unterlassungen sind die Ursache. Der Baudirektor hat uns mitgeteilt, dass die Senkungen während des Baues bemerkt wurden. Auch Fuchs musste sie also bemerken. Der Bau hätte eingestellt werden müssen. Das ist nicht geschehen. Da liegt ein Pflichtversäumnis vor. Die Firma Grundstein hat den Bau. Sie forsiert das Akkordsystem, das Sie früher das Mordsystem nannten, und daher kümmern sich weder die Unternehmer noch die Arbeiter darum, ob der Bau niedergeht.

Es muss endlich mit diesem System gebrochen werden. Es ist die Pandorabüchse, aus der nichts als Unheil hervorgehen kann. Ich habe hier ganz konkrete Merkmale für eine Disziplinaruntersuchung angeführt. Ich habe das Meine getan, tun Sie Herr Bürgermeister und Herr Stadtrat Breitner das Ihre, damit die Katastrophe vermieden wird, die nicht nur das Vermögen der Gemeinde, sondern auch sie verschlingen kann. (Beifall bei der Minderheit).

Bürgermeister Seitz stellt fest, dass grundsätzlich die Erhebungen über die Notwendigkeit der Einleitung einer Disziplinaruntersuchung vom Magistrat zu führen sind. Es hat deshalb auch der Magistratsdirektor den erwähnten Brief geschrieben.

Stadtrat Breitner entgegnet, dass Stadtrat Kunschak in der vorigen Gemeinderatssitzung erklärt hat, dass dem Senatsrat Hula und dem Oberbaurat Fuchs das ganze Wpmbauwesen in die Hände gespielt worden sei und dass diese beiden Beamten nicht nur Macht, sondern ein grosses Einkommen erworben haben. Nach dieser Rede musste man den Eindruck haben, dass hier Korruption's schlimmster Art vorliegt. Heute hat Herr Kunschak ganz anders gesprochen und erklärt, dass diese beiden Beamten zu viele Aufgaben haben, deren Lösung weit über ihre Kräfte gehe. Das sei ihr gemeinsames schweres Verschulden. Senatsrat Hula war überdies für die Verluste der Steinag und den von der Steinag gemachten ungunstigen Ankauf der Ziegelei verantwortlich. Ich teile mit, dass beide Beamte um die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst angesucht haben. Es wird diesem Ansuchen entsprochen werden.

Stadtrat Breitner bespricht nun sehr eingehend die einzelnen Angriffe des Gemeinderates Kunschak. Er verliest ein Schreiben der Magistratsdirektion an die Staatsanwaltschaft, in dem ersucht wird, im Zuge der Verleumdungsklage, die Direktor Leitersdorfer gegen die

"Freiheit" angestrengt hat, auch die in diesem Blatt in versteckter Form gegen Senatsrat Hula erhobenen Anwürfe zu untersuchen. Wenn also irgend etwas wahr sein sollte, dann wird die Staatsanwaltschaft mit aller Strenge vorgehen. Das hat die Gemeinde selbst verlangt. Alles, was Herr Kunschak über das Zusammenfallen von zwei einander widersprechenden Funktionen <sup>Stadtrat</sup> ~~des Senatsrates Hula~~ gesagt hat, entbehrt jedweder Grundlage. Seit Juni 1926 <sup>ist die Leistung</sup> ~~Basstoffwerke vollkom-~~ men getrennt von dem Ankauf von Baustoffen. Seit dieser Zeit hat Senatsrat Hula mit dem Einkauf von Baustoffen nicht das geringste zu

tun. Diese Abteilung leitet Baurat Gundaker. (Hört! Hört!-Rufe bei der Mehrheit). Es ist also vollständig unrichtig, wenn hier erzählt wird, dass Hula schlechte Ziegel, schlechten Sand erzeugt und einfach sich selbst diese Ziegel diesen Sand kontrolllos abkauft.

All das ist absolut unzutreffend. Es ist überhaupt unverständlich, wie man derart schwere Anwürfe vorbringen kann, ohne dass man vorher wenigstens versucht, die Stichhaltigkeit zu überprüfen. Die Minderheit verwaltet doch in der Form der Kontrolle mit Herr Stadtrat Kunschak kann sich doch in zwei Minuten darüber vergewissern, ob diese meine Mitteilungen wahr sind. Es vergeht keine einzige Sitzung des technischen Ausschusses, in der nicht der Baurat Gundaker über zahlreiche Ankäufe von Baustoffen als der allein verantwortliche Gruppenchef berichten würde. Es sitzen aber auch Vertreter der Minderheit in der Steinag und in der Baustoffe A.G. so dass alle Vorgänge unter der

Kontrolle der Minderheit sich abspielt haben. Ich vertraue auf die Loyalität des Herrn Gemeinderates Kunschak, dass er seine unberechtigten Angriffe richtigstellen wird. Für die Verhältnisse bei der Steinag kann Senatsrat Hula keinesfalls verantwortlich gemacht werden. Wir haben dort einen unfähigen Direktor angetroffen, seiner Aufgabe nicht gewachsen war und auch tatsächlich entfernt wurde. Das ist im Mai 1926 erfolgt und im Juli 1926 ist Senatsrat Hula als geschäftsführender Verwaltungsrat bestellt worden. Er hatte also mit der früheren, hier kritisierten Geschäftsführung gar nichts zu tun, sondern wurde berufen, um in diesem Betrieb Ordnung zu machen.

Das Ziegelwerk Ragendorf wurde dort im Verwaltungsrat einstimmig beschlossen zu einer Zeit, als Hula noch nicht einmal Mitglied des Verwaltungsrates war. Was die Zieglieferungen zu dem billigen Preis anlangt, so hat auch das seine restlose Aufklärung gefunden. Der erwähnte Direktor, den wir entfernt haben, hatte einen Anstellungsvertrag, der ihn prämierte vom Umsatz und nicht vom Gewinn zusicherte. Er war daher nur an einem grossen Umsatz interessiert und hat Preise erstellt, bei denen das Werk unfehlbar zusammengebrochen wäre. Wir mussten deshalb diesen Ziegelschluss aufheben und haben den Preis bezahlt, den andere Unternehmungen erhalten haben.

Durchstechereien bei Sandlieferungen sind auch früher schon bei Gemeindebauten vorgekommen, sie ereignen sich bei Privatbauten und auch die <sup>gegenwärtige Verwaltung</sup> ist bei der Durchführung ihres Riesenbauprogrammes davon nicht verschont geblieben. Aber wir haben, als wir nur das Gefühl gehabt haben, dass wir benachteiligt werden, sofort die Dienste der Polizei in Anspruch genommen. Die Polizei hat freilich erst nach zwei Jahren diese Leute erwischt. Hätten wir die Polizei nicht beansprucht, so hätten Sie uns gewisse Vorwürfe gemacht. Bezüglich des Ziegelwerkes Oberlax möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Vizebürgermeister Meier's Uebergehung nach war aber diese Erwerbung durchaus gut und nützlich.

Wenn dort ein Einsturz vorgekommen ist, so ist das ein Malheur, das einer sehr angesehenen Baufirma passiert ist und bei dem die Gemeinde gar nichts verloren hat, weil dieses Unternehmen die gesamten Kosten getragen hat. Was die Behauptung anlangt, dass Oberbaurat Fuchs das ganze Bauwesen geradezu monopolisiert hat, so trifft dies nicht einmal rein äusserlich zu. Vor mehr als drei Jahren wurde vielmehr gerade die Abteilung für Bauführungen zerlegt. Oberbaurat Fuchs unterstehen die Wohnhausbauten, alle Zweckbauten, wie Bäder, Markthallen u. dgl. führt der Oberbaurat Kolbe. Beide Abteilungen haben einen gemeinsamen Chef in der Person des Senatsrates Friedl. Richtig ist, dass das ganze Stadtbauamt seit mehreren Jahren eine ausserordentlich umfangreiche, überaus verantwortungsvolle und sehr schwerige Arbeit zu bewältigen hat. Das Stadtbauamt war vielfach und hauptsächlich was den Wohnhausbau betrifft vor völlig neuen Aufgabengestellt und hat sie geradezu bewundernswert gelöst. Sehr viele Beamte und unter ihnen die so scharf angegriffenen Senatsrat Hula und Oberbaurat Fuchs stellen weit über das normale Mass ihre Kraft in den Dienst der Allgemeinheit. Hula und Fuchs fühle

GR. Haider (E.L.) unterzieht die Bilanzen der Gewista der städtischen Leichenbestattung und des städtischen Brauhauses einer eingehenden Kritik. Er bemängelt die Erhöhung der Wertabschreibung bei der Leichenbestattung weiters die Erhöhung der Post Unkosten bei der Gewista. Die Platz- und Mietzinse der Gewista sind ungeheuer. Wenn die Gewista keinen Reingewinn hätte, könnte sie billige Preise erstellen, die dem Interesse der Allgemeinheit entsprechen würden.

GR. Scholz (E.L.) bringt einige Beschwerden bezüglich der städtischen Leichenbestattung vor. Er tadelt, dass die Gewista zu viel Aufträge übernehme und dadurch die Fenster in der Strassenbahn vollkommen verklebt werden.

ST.R. Breitner erwidert auf die Beschwerden der Gemeinderäte Haider und Scholz, wobei er bemerkt, dass die einzelnen Beschwerden an den amtsführenden Stadtrat gerichtet werden mögen, der dann das Geeignete veranlassen wird.

Die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe VIII sind somit abgeschlossen. Zur Beratung kommt die Verwaltungsgruppe VI.

GR. Dr. Hengl (E.L.) wendet sich dagegen, dass die über Betreiben der Christlichsozialen flüssig gemachte Subvention für die Wiener Weinbauer nicht für Kollektivaktionen verwendet, sondern dass Geldspenden an einzelne Hauer verteilt wurden, was technisch ganz verfehlt sei. Er bezeichnet den für die Kleingärtner eingesetzten Betrag als viel zu niedrig, ebenso sei der Betrag von 5000 Schilling für die Landeskulturförderung lächerlich gering. Auch sonst habe man für die Wiener Landwirtschaft im Rathaus kein Verständnis. Zum Schlusse wendet sich der Redner dagegen, dass einem "Ausländer", dem Abgeordneten Mentasti bei der Einkaufstätigkeit für den Rathauskeller eine führende Stelle eingeräumt worden sei und spricht den Wunsch aus, dass auch die Wiener Weinbauer für Lieferungen an den Rathauskeller herangezogen werden. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

StR. Breitner bemerkt hierzu, im Rahmen der Wiener Gemeindeverwaltung könne die Landeskultur nur mit Rücksicht auf die geringen der Landeskultur gewidmeten Flächen nur eine geringe Rolle spielen. Die Frage, ob die Subventionen zu Einzelaktionen oder zu Gesamtaktionen verwendet werden sollen, sei der Erwägung wert und werde geprüft werden. Der für die Kleingärtner eingesetzte Betrag sei verdreifacht worden, ein Beweis, dass die Gemeindeverwaltung wohl Verständnis für die Schrebergärtnerbewegung habe. Auch der Wunsch, dass der Rathauskeller bei einem Wiener Weinbauer einkaufe, der gewiss der Beachtung wert sei, werde soweit wie möglich berücksichtigt werden.

Damit ist die Debatte über den Rechnungsabschluss erledigt. Der Rechnungsabschluss wird mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt.

Schluss der Sitzung  $\frac{1}{2}$  11 Uhr abends.

Ihr Gewissen rein und haben selbst die Disziplinaruntersuchung gefordert. Beide können verlangen, dass man das Ergebnis in Ruhe abwartet. Soweit Herr Stadtrat Kunschak heute präzise Behauptungen vorgebracht hat, konnte ich sie sofort entkräften. Ich sage, dass es wirklich bedauerlich ist, wenn der politische Kampf solche Formen annimmt.

Wir als gewählte Funktionäre sind gewohnt im Feuer zu stehen aber es ist in diesem Fall niemals Gepflogenheit gewesen, Personen in die Debatte zu ziehen, die sich nicht wehren können. Wenn sie gegen irgendeinen Beamten Beschuldigungen zu erheben haben, dann hätten Sie/ein Recht diese Beschuldigungen in offener Gemeinderatssitzung vorzubringen, wenn der Bürgermeister, dem Sie diese Dinge mitteilen müssen, nichts vorkehrt. Wir haben nichts zu vertuschen und nichts zu verschweigen. Ich darf einer eingeleiteten Untersuchung nicht vorgreifen, aber ich hatte die Pflicht, sofort jene Angaben richtig zu stellen, die öffentlichlich und auf Grund gar nicht bestreitbarer Tatsachen unzutreffend sind. Im übrigen wiederhole ich eindringlich die Bitte: Breifen Sie, wenn Sie dies für notwendig halten, die verwaltende Mehrheit an, nicht aber einzelne Beamte, die stumm zuhören müssen und sich nicht verteidigen können.

GR. Kunschak tritt der Behauptung des Stadtrates Breitner entgegen, dass dieser dem Disziplinaruntersuchung nicht vorgreifen wolle. In Wirklichkeit hat Stadtrat Breitner heute schon sein Urteil abgegeben und darum könne man heute schon den Ausgang des Disziplinarverfahrens. Wenn der Redner selbst hätte sagen wollen dass die beiden Beamten Hula und Fuchs sich hätten bereichern wollen und dass das auf unreelle Art geschehen sei, hätte er diese Behauptungen nicht im Gemeinderat aufgestellt, sondern <sup>den</sup> der Strafanzeige gewählt. Was ich gesagt habe, sagt der Redner hängt mit der Stellung der Beamten zusammen, die Stellung die ihnen gegeben worden ist, gibt ihnen Einfluss, Macht, oder erhöhtes Einkommen (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Das ist doch unglaublich! Sie Kalksburger!) Was Sie sich dabei gedacht haben, kann ich nicht wissen. Aber Ihr Glaube an die Redlichkeit der Beamten wird dadurch in das richtige Licht gestellt. Was den Ankauf der Raggendorfer Werke betrifft, so hat Senatorat Hula, der damals Chef der Baustoff A.G. war, bei der Steinag gesagt, die Raggendorfer Werke müssen gekauft werden, oder der Ziegelankauf werde nicht gemacht (Hört! Hört! bei den Parteien der Einheitsliste). Wenn Stadtrat Breitner erklärt habe, die Beamten wären besichtigt von einer Verdächtigung zu reden, weil ich erklärt habe, dass ich nicht alles sagen will, was ich weiss, so muss ich diese Unterschiebung auf das Allerentschiedenste zurückweisen. Stadtrat Breitner weiss, dass ich mich in einer Zwangslage befinde, die sich aus einer loyalen Gewinnung ergibt (Lachen bei der Mehrheit), die mich aber nötigt, die Dinge mit der nötigen Reserve zu behandeln (Lachen bei der Mehrheit). Ich hätte Geduld zu haben. Ich werde aus der Reserve schon heraustreten, dass wird sich aber nicht auf die Herren Hula und Fuchs, sondern auf andere Leute beziehen. (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

St. R. Breitner erwidert, dass nach den Aeusserungen des Gemeinderates Kunschak jeder das Empfinden haben müsste, dass Stadtrat Kunschak nicht von den dienstlichen Bezügen der beiden Herren Hula und Fuchs gesprochen habe und nicht von ihrer Beförderung im Dienstwege, sondern dass er ausserdienstliche Bezüge gemeint habe, wenn er von grossen Einkommen sprach. Sonst wäre ja kein Anlass eine Disziplinaruntersuchung zu verlangen. Was diese Disziplinaruntersuchung selbst betrifft, so habe ich ihr in keiner Weise vorgegriffen, ich habe lediglich Tatsachen festgestellt, die mit der Disziplinaruntersuchung nichts zu tun haben. Zum Schlusse spricht Stadtrat Breitner <sup>neuerlich</sup> sein Bedauern darüber aus, dass im Hause Angriffe gegen Personen erhoben werden, die nicht in der Lage sind hier das Wort zu nehmen.

GR. Erban (E.L.) weist die Besprechung

der Strassenherstellungen darauf hin, dass sich das Verfahren der Strassenbitumisierung, dass von der Gemeinde angewendet werde nicht recht bewährt habe, da die Oberflächen solcher Strassen bei starkem Fuhrwerksverkehr schadhafte werde. Er stellt das Ersuchen, dass zumindest mittel- oder schwächer befahrene Strassen mit einem stärkeren Bitumenbelag als bisher versehen werden. Was die Dinge bei der Baustoff A.G. betrifft, so ist es sicher, <sup>dass</sup> wenn die die bekannten Betrügereien bei den Sandlieferungen von der Opposition nicht zur Sprache gebracht worden wären, sich bis heute niemand darum gekümmert hätte. Auf seine Anfrage, wie es mit der Uebernahme von Sand auf dem Bau Heiligenstädterstrasse stehe, habe der Redner im Ausschuss keine befriedigende Antwort bekommen können. Es ist erstaunlich, dass sich die Dinge mit den Sandlieferungen durch ein bis zwei Monate ungehindert zutragen konnten, ohne dass die Beamten daraufgekommen sind. Das bedarf einer Aufklärung.

Damit ist die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe V abgeschlossen.

Es wird nun die Verwaltungsgruppe VII Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten verhandelt.

GR. Doppler (E.L.) bespricht die Ueberschreitungen bei der Post Richtigstellung der Wählerlisten, Anlage der Geschwornen- und Schöffenslisten usw. und bemerkt, dass auf diesem Gebiet entweder eine sehr schlechte Arbeit vorgelegen sein muss, oder dass sehr schlampig budgetiert worden sei. Da die Wählerlisten sehr schlecht sind, habe die Notwendigkeit vor tiefgreifenden Reklamationsverfahren bestanden und das erkläre den Mehraufwand an Kosten. Der Redner spricht sein Bedauern darüber aus, dass bei der Post Veröffentlichungen der Gemeinde der Stadt Wien Ersparungen gemacht worden seien und bezeichnet es als unwürdig, dass die stenographischen Protokolle über die Gemeinderats- und Landtagsitzungen nicht aufgelegt werden. Er beschwert sich darüber, dass die Berichte über die Ausschüsse im Amtsblatt oft sehr spät erscheinen und bemerkt, dass die Inserate im Amtsblatt, das geradezu ein Inseratenblatt geworden sei zum grösstenteil von Kontrahenten seien, die sich bei der Gemeinde Liebkind machen wollen. Er verweist ferner auf die Steigerung der Post für Repräsentationsauslagen und bemerkt, es müsse nicht jeder einseitig eingestellte parteipolitische Verein im Rathaus empfangen werden. Er beschwert sich auch über die Schikanierung der Freiwilligen Feuerwehren.

GR. Panosch (E.L.) wünscht die Ausgestaltung des Amtsblattes. Das Amtsblatt ist heute vollständig ungenügend. Ebenso wünscht der Redner die Beistellung eines Klublokals für den Klub der christlich sozialen Gemeinderäte. Wenn für die Gemeindegewache Lokale geschaffen wurden, so muss auch ein Lokal für den Klub der christlich sozialen Gemeinderäte im Rathaus vorhanden sein. Schliesslich bezeichnet Gemeinderat Panosch das System der Arbeit der Verwaltungsgruppe VII als ein System der Systemlosigkeit.

St. R. Richter erwidert, dass er die Ueberschreitungen bei der Post Richtigstellung der Wählerlisten schon einmal begründet habe. Es konnte im September <sup>1925</sup> nicht vorausgesehen werden, dass die Wahlen schon im Frühjahr 1927 stattfinden werden. Der Zeitpunkt der Wahl machte es nun notwendig, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, weshalb die Ueberschreitung ihre natürliche Erklärung findet. Dass heute im Amtsblatt mehr wie früher inseriert wird, hat seinen Grund in der wirtschaftlichen Lage. Bezüglich Beistellung eines Klublokals für den Klub der christlichsozialen Gemeinderäte, erklärt Stadtrat Richter, dass auch der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte kein Klublokal habe.

Damit sind die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe VII abgeschlossen. Es wird die Verwaltungsgruppe VIII beraten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

394

Wien, am Freitag, den 11. November 1927 (Fünfte Ausgabe)

.....  
Die Wahl eines neuen amtsführenden Stadtrates. Der Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat hielt heute unter dem Vorsitz des Gemeinderates Nachtbebel eine Vollversammlung ab. Landtagspräsident Dr-Danneberg erstattete einen Bericht über die durch den Tod des amtsführenden Stadtrates Siegel entstandene Lage. Er erinnerte daran, dass seit der Gruppeneinteilung des Magistrates im Jahre 1920 wesentliche Veränderungen im Aufgabenkreis vor sich gegangen sind, so dass die Gruppe IV (Sozialpolitik und Wohnungswesen) durch den Wegfall des Anforderungsgesetzes kleiner geworden ist und die Gruppe V (Technische Angelegenheiten) durch den im Jahre 1923 begonnenen Wohnungsbau überaus ausgedehnt wurde. Es ist deshalb zweckmässig, eine Reform in dem Sinne vorzunehmen, dass das gesamte Wohnungswesen einschliesslich des Wohnungsbaus in der Gruppe IV vereinigt wird und aus der technischen Gruppe auch die Baupolizei losgelöst wird, um der Gruppe VII (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) angegliedert zu werden, in der auch die anderen lokalpolizeilichen Angelegenheiten vereinigt sind.

Die Vollversammlung beschloss einer solchen Gruppenänderung zuzustimmen und ersuchte den Bürgermeister, die entsprechenden Vorlagen vorzubereiten. Was die Besetzung der Gruppen mit amtsführenden Stadträten anlangt, wurde beschlossen, den amtsführenden Stadtrat Karl Richter, der bisher die Gruppe VII geleitet hat, mit der Führung der umgestalteten Gruppe V zu betrauen. Als amtsführenden Stadtrat der Gruppe VII wurde im Klub Gemeinderat Julius Linder, der nach dem Umsturz Mitglied des Stadtrates war und derzeit einer der Vorsitzenden des Gemeinderates ist, bestimmt. Die Wahl im Gemeinderat dürfte in der zweitnächsten Woche erfolgen.

.....

Wien, am Sonntag, den 13. November 1927

Die feierliche Eröffnung der Kinderherberge  
der Gemeinde Wien am Wilhelminenberg.

Am Samstag nachmittags wurde das in eine Kinderherberge umgewandelte Schloss Wilhelminenberg feierlich eröffnet. Das Gebäude wurde vollständig renoviert und für den neuen Zweck auf das modernste eingerichtet. Die Kosten betragen rund siebenhunderttausend Schilling. Im Parterre und im ersten Stockwerk sind sechs Abteilungen geschaffen worden, die insgesamt zweihundert Kinder aufnehmen können. Tag- und Schlafräume sind im allgemeinen südseitig gelegen. Man hat von diesen prächtigen Sälen einen herrlichen Ausblick auf die tief unten liegende Stadt. Den Kindern <sup>stehen</sup> eine eigene Schulzahnklinik, ein Vortrags-Kinosaal, ein Turnsaal, Schulwerkstätten und Badeanlagen zur Verfügung. Seit Freitag beherbergt das neue Heim schon einhundertzwanzig Kinder. Die Schützlinge der Gemeinde bleiben aber nicht ständig dort, sondern Schloss Wilhelminenberg ist nur Durchzugsheim. Die Kinder werden dort auf ihren Gesundheitszustand u. s. w. geprüft und nach einigen Wochen in Familienpflege oder in eine geeignete Anstalt abgegeben.

Anlässlich der Feier war das prächtige Schloss reich mit Fahnen und Flaggen in den Farben der Stadt Wien geschmückt. Die Eröffnung war für drei Uhr nachmittags anberaumt, aber schon lange vorher war die grosse gegen das Liebhartetal gelegene Terrasse dicht von Festgästen besetzt. Unter den Festgästen waren Präsident des Nationalrates Dr. Weber, Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glückel, die amtsführenden Stadträte Breitner, Professor Tandlär und Weber, viele National-Bundesräte und die meisten Mitglieder des Gemeinderates, Bezirksvorsteher Pollitzer mit allen allen Mitgliedern der Bezirksvertretung Ottakring, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Oberstadtpophysikus Dr. Böhm, Branddirektor und Kommandant der Gemeindefeuerwehr Ingenieur Wagner, Stadthauptmann Nemetz u. v. a. Einige Minuten nach drei Uhr verkündeten Panfarenklänge die Ankunft des Bundespräsidenten Dr. Hainisch, der von Bürgermeister Seitz in der Schlosshalle empfangen und auf die Terrasse geleitet wurde.

Die Feier wurde mit einem Bläserchor eingeleitet, worauf amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler an die Gäste folgende Ansprache hielt: Geehrter Herr Bundespräsident! Verehrter Herr Bürgermeister! Dieser Palast, den wir heute feierlich eröffnen, wird jene Kinder beherbergen, die bisher in der Herberge Tivoli gewesen sind, ein Heim, das seine Existenz dem Krieg verdankt, weil es aus einem Kriegsspital hervorgegangen ist. Hier waren nach dem Krieg invalide Soldaten eingezogen. Jetzt ziehen schutzbedürftige Kinder ein. An die weinende Vergangenheit schliesst sich die lachende Zukunft an. Mit den Baracken, in denen die Kinderherberge am Tivoli untergebracht war, schwindet die Erinnerung an den Krieg mit seinem furchtbaren Leid. Sie gehen zugrunde. Der Weg von der Baracke zu diesem Palast, er sei ein Symbol der Fürsorge der Gemeinde Wien (Stürmischer Beifall)

Auch dieses Haus hat seine Geschichte. Vor hundert Jahren hat ein Fürst an diesem Ort ein Schloss errichtet, weil die Aerzte sagten, dass hier sein krankes Kind genesen werde. Was seinerzeit für ein einziges Kind geschaffen wurde, dient heute allen Fürsorgebedürftigen Kindern der Stadt Wien. Dieses Haus, ein Symbol unserer Stadt, leuchtet weiterhin in die Lande. Vielleicht wird mancher über die Pracht erstaunt sein. Aber wir haben die Pflicht für unsere Kinder zu sorgen und sind der Meinung, dass für die Kinder/das Beste und Schönste gerade gut genug ist. (Beifall).

Wir eröffnen diese neue Heimstätte für unsere Kinder am Tag der Republik, weil wir diesen Tag nicht schöner feiern können, als durch ein Fest, das der nächsten Generation geweiht ist. Wir sehen in der Errichtung solcher Häuser wirkliche Taten der Freiheit und der Menschenwürde. (stürmischer Beifall).

Nun sprach Bundespräsident Dr. Hainisch: Die Gemeinde Wien konnte den Geburtstag unserer Republik nicht würdiger begehen, als durch die Eröffnung dieser Anstalt, die wahrscheinlich auf der Welt nicht ihres gleichen hat. Wir leben in einer furchtbar harten Zeit, die uns alle einigermassen gegen den Anblick von Not und Elend abgehärtet hat. Aber immer noch ergreift mich das Elend der Kinder aufs tiefste. Die Kinder gleichen Wesen, die völlig wehr- und waffenlos in eine Welt des Kampfes hineingesetzt wurden. Jeden Akt der Fürsorge für die Kinder begrüesse ich deshalb mit innigster Freude. Ich kann mich nicht bloss auf den Standpunkt der Nächstenliebe stellen, sondern muss auch die Wirkung der Kinderfürsorge für die Gesellschaft berücksichtigen. Als ich vor einem Menschenalter mich mit der Zukunft der deutsch-österreichischen Bevölkerung zu beschäftigen begann, stand ich vor der Tatsache, dass die grossstädtische Bevölkerung Wiens etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachte. Ich prägte damals den Satz, das Problem der Erhaltung und Entwicklung der deutsch-österreichischen Bevölkerung sei zum Teil ein Grossstadtproblem. Seither hat diese Auffassung an Bedeutung nur gewonnen, da inzwischen infolge des Friedensschlusses der Prozentsatz der Bevölkerung Wiens an der Gesamtbevölkerung von zwanzig auf dreissig Prozent gestiegen ist. Es ist unter solchen Umständen von grösster Wichtigkeit den Schädlichkeiten entgegenzuarbeiten, die sich aus dem engen Zusammenleben der Menschen und der Lösung derselben von dem Lande ergeben. Ich freue mich feststellen zu können, dass die Gemeindevertretung von Wien die Grösse der Aufgabe erfasst und sehr viel zur Lösung des Grossstadtproblems geschaffen hat.

Wir Menschen sind Eintagsfliegen; in nicht zu lange Zeit werden wir alle, die wir heute hier versammelt sind, anderen den Platz geräumt haben. In gleicher Weise ist alles andere im beständigen Fluss. Auch die Anschauungen der Menschen ändern sich im Laufe der Zeiten, Parteien kommen und gehen. Nur eines bleibt: Das Volk! Was wir zu seiner Erhaltung und Erziehung beitragen, hat Ewigkeitwert. Es freut mich sehr, dass die Gemeinde Wien ein Werk dieser Art geschaffen hat, und ich beglückwünsche Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als Vertreter der Gemeinde auf das herzlichste. (Lebhafter Beifall und Hoch-Rufe).

Stürmisch begrüsst, hielt nun Bürgermeister Seitz folgende Ansprache: Herr Bundespräsident, geehrte Festgäste! Den Tag der Republik konnten wir nicht schöner begehen, als durch die Eröffnung dieses Kinderheimes. Nicht als eine Humanitätsanstalt schlechthin eröffnen wir dieses Heim - obwohl das auch genügend Grund zur Feier wäre - sondern, wie schon Professor Tandler gesagt hat, als ein Symbol des Aufbaues, das die Aufgabe der Republik und ihrer Hauptstadt ist. Herr Bundespräsident! Aus ganzem Herzen danke ich Ihnen namens der Gemeinde Wien, dass Sie diesem Fest eine besondere Weihe verliehen haben durch Ihre Anwesenheit und durch die schönen Worte, die Sie an uns gerichtet haben. Ja, es ist von grosser wirtschaftlicher Bedeutung, dass wir unsere Jugend zu starken, leistungsfähigen, ihrer Arbeit gewachsenen Menschen erziehen. Und wenn Professor Tandler uns sagte, dass Beste sei gerade gut genug für unsere Kinder, so danken wir auch für dieses Wort. Alle die Kinder, die in der Kriegszeit geboren worden sind, sind in einem gewissen Sinne bedauerenswert, auch dann, wenn sie in einer wohlbestallten Familie erzogen werden. Aber um wie viel mehr diejenigen unter ihnen, deren Eltern um das Stück Brot des Tagesringens müssen, wie viel mehr erst die Kinder, die wir hier haben, die das Schicksal ihrer Eltern erbaut hat. Diesen elternlosen Kindern, den unglücklichsten, das Schönste zu bieten, ist unsere Pflicht. Die Familienziehung wird immer das Ideal jeder Erziehung bleiben. Wir bemühen uns daher, die Anstaltsziehung, so weit es uns möglich ist, nach Art der Familienziehung zu gestalten. Trotzdem werden wir den Kindern niemals voll und ganz den hohen Gemütwert der Erziehung durch Vater und Mutter im Rahmen der Familie ersetzen können. So wollen wir der Gede, die jedes Anstaltsleben schon durch die Notwendigkeit der Hausordnung mit sich bringt, entgegenwirken, indem wir den Kindern das Schönste bieten. Sie sollen in unseren Anstalten fröhlich und lustig sein, sie sollen hier echte Wiener Kinder sein. (Lebhafter Beifall).

Zwei grosse Leistungen für Kinder verzeichnet die Verwaltung der Stadt Wien und die Namen Tandler und Glöckel sind mit diesen Leistungen für immer verbunden. Professor Tandler hat die Neuorganisation der gesamten Fürsorge begründet und mit der ihm eigenen Energie durchgeführt. Er krönt sein Werk mit dieser Anstalt, er hat sich damit ein Denkmal des grossen, vielgestaltigen Fürsorgewerkes gesetzt, das wir ihm danken (Stürmischer Beifall).

Wenn die Kinder von diesem Berg schauen werden über die Stadt, wenn sie sehen werden, wie hier Haus um Haus entsteht, wie dort die grossen Wohnhausbauten entstehen, wenn sie sehen werden, was da alles neu in Wien geschieht und wie sich das neue glücklich vermählt mit den grossen Kulturgütern der Vergangenheit, dann - so hoffentlich - werden sie dieses Stück deutscher Erde lieben lernen und diese Stadt, die ihnen alles bietet, was immer sie ihnen bieten kann. Diese Jugendwirdeinst, wenn wir nicht mehr sind, unter günstigeren Bedingungen das Aufbauwerk der Stadt fortzusetzen haben. Wir wollen ihr Vater und Mutter sein. Wir wollen jedes einzelne Kind individuell und alle zusammen generell einer schöneren Zukunft zuführen. Wir eröffnen dieses Haus just heute am Festtag der Republik, wir weihen es den Kindern, die unseren Herzen am nächsten stehen die die Hoffnung unserer Zukunft sind (Stürmischer Beifall).

Der Bürgermeister begrüßte nun eine Abordnung von Berliner Schulmännern, die an der Feier teilgenommen hatten. Er dankte dann den Architekten, Ingenieuren, den geistigen und manuellen Arbeitern, die es durch ihre hingebungsvolle Arbeit ermöglicht haben, dass dieses prächtige Haus sobald und pünktlich am Festtag der Republik seiner Bestimmung übergeben werden konnte. (Lauter Beifall).

Wieder ertönten vom Balkon des Schlosses Panfaren. Dann begaben sich die Festgäste in das neue Heim, wo sie von Stadtrat Professor Tandler und Direktor Baumgartner geführt wurden. Gleich beim Eingang in die grosse Halle erregte die liebliche Bronzegruppe von Theodor Charlemont, eine Mutter mit zwei Kinder darstellend, von denen das eine den ersten Schritt macht, die Bewunderung der Gäste. Rechts von dieser Gruppe ist in die Wand eine Marmortafel eingelassen, die folgende Inschrift aufweist: Wer Kindern Paläste baut, reisst Kerkermauern nieder. Dieser Palast, für einzelne Auserwählte erbaut, wurde von der Gemeinde Wien erworben und den vielen hilfsbedürftigen Kindern dieser Stadt gewidmet.

Als der Bürgermeister in den grossen Tagraum kam, wurde er von den dort versammelten Kindern freudig begrüßt. Er richtete an die Kleinen einige herzliche Worte, worauf ihm ein kleines Mädchen ein selbstverfertigtes Gedenkblatt übergab, das folgenden Wortlaut hat: Lieber Herr Bürgermeister! Wir danken Ihnen recht herzlich dafür, dass Sie uns ein so schönes Heim geschaffen haben. Wir sind glücklich, die ersten Kinder dieses Heimes zu sein. Wir wissen, dass wir nicht lange in diesem Hause sein können, da ja alle Kinder, die die Gemeinde unter ihrem Schutz nimmt, hier durchziehen werden. Damit aber die vielen Kinder, die noch nach uns kommen, alles so schön und herrlich finden, wie es jetzt ist, wollen wir auf alles recht achtgeben. Dies versprechen wir Ihnen heute. Aber noch etwas nehmen wir uns vor: So wie die Gemeinde Wien sich der hilflosen Kinder annimmt, den Schutzbedürftigen beisteht, so wollen auch wir uns bemühen, den Kleinen, den Schwachen zu helfen. Die Kinder des Kinderheims Wilhelminenberg.

Die Besichtigung des neuen Heimes dauerte nahezu zwei Stunden. Die Einrichtung fand bei allen Gästen lebhaftes Bewunderung.

.....

Wien, am Montag, den 14. November 1927

Dienstag Eröffnung von fünf Wärmestuben. Auf Anordnung des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler nehmen die Wärmestuben III., Erdbergstrasse X., Puchbaumplatz 13, XIV., Nobilegasse 35, XVI., Seeböckgasse 18 und XX., Burghardtgassee 3 morgen Dienstag um acht Uhr abends den Betrieb auf. Die Wärmestuben werden in gleicher Weise wie im Vorjahre geführt werden.

Anlage von Grundbuchsblättern. Wie schon verlautbart, hat die Grundbuchs-anlegung des Landesgerichtes für Zivilrechtsachen in Wien in einem Auf-ruf das Ersuchen gestellt, zur Wiederherstellung der zerstörten Grund-bücher der inneren Wiener Gemeindebezirke Grundbuchsauszüge und sonstige dienstliche Behelfe in Ur- oder Abschrift vorzulegen. Zur Entgegennahme von Anmeldungen sowie zur Erteilung von Auskünften wurden bereits im provisorischen Justizgebäude, I., Herrngasse 17, und in den magistrati-schen Bezirksämtern Landstrasse, Karl Borromäusplatz 3, Wieden, Schaffer-gasse 3, Margareten, Schönbrunnerstrasse 54 und Brigittenau, Brigittaplatz 10, Sammel- und Auskunftstellen errichtet. Nunmehr werden weitere Aus-kunftstellen in den magistratischen Bezirksämtern Leopoldstadt, Kar-melitergasse 9, Mariahilf, Ammerlingstrasse 11, Neubau, Hermannsgasse 24-28, Josefstadt, Schlesingerplatz 4 und Alsergrund, Währingerstrasse 39, er-richtet. Diese Sammel- und Auskunftstellen sind an den Samstagen am 19. und 26. November 1927 und am 7. Dezember von 13 bis 18 Uhr geöffnet.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsaus-schuss für technische Angelegenheiten hat die Herstellung der elektri-schen Strassenbeleuchtung in Rudolfsheim und Fünfhaus in der Arnstein-gasse, Weinhartsdorfergasse, Herklotzgasse und Zinkgasse, in Hietzing in der Penzingerstrasse von der Nisselgasse bis zur Astgasse und schliess-lich in Döbling in der Hardtgasse beschlossen.

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau. Beim Gemeinde-vermittlungsamt Neubau finden am 7., 14., 21. und 28. Dezember 1927 im Büro des Bezirksvorstehers um 12.30 Uhr mittags die Sühneverhandlungen statt.

Am Freitag Gemeinderatsitzung. Der Wiener Gemeinderat hält am Freitag, fünf Uhr nachmittags eine Geschäftsitzung ab.

Feierliche Ueberreichung von Bürgerdiplomen. Am Donnerstag vormittags wird Bürgermeister Seitz dem akademischen Maler Alexander Demetrius Goltz, dem Musikprofessor Dr. Wilhelm Kianzl, dem Schriftsteller Dr. Karl Schönherr und dem Musikdirektor Martin Spörr die Bürgerdiplome überreichen. Bekannt-lich hat der Wiener Gemeinderat den Genannten kürzlich das Wiener Bürger-recht verliehen.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau. Die Bezirksvertretung Neubau hält am Donnerstag, den 17. November 1927 um sechs Uhr nachmittags im Sitzungs-saal des Amtshauses eine öffentliche Sitzung ab.

Neue Wiener Strassennamen. Der Ausbau der Siedlungsanlage "Am Freihof" in Kagran ist bereits derart vorgeschritten, dass dadurch auch einige neue Strassenzüge entstanden sind. Der zuständige Gemeinderatsausschuss hat nun beschlossen, die Strasse, die diese Siedlung durchschneidet, nach dem Oberfeuerwerker Johann Pollet zu benennen. Pollet verhinderte bekanntlich am 13. März 1848 durch seine standhafte Weigerung, auf die vom Kohlmarkt gegen die Hofburg andrängenden Wiener Bürger zu feuern, schweres Unglück. Eine andere Strasse in dieser Siedlungsanlage wurde nach Anton Afritsch, dem Begründer der Organisation der Kinderfreunde, der im Jahre 1924 verstorben ist, benannt. Ein Strassenzug wurde nach Johann Nepomuk Mülzel, einem im Jahre 1858 verstorbenen Mechaniker bezeichnet, der den Metronom erfunden hat. Eine weitere Gasse wurde nach dem Landschafts-maler Mathäus Leder benannt. Ein Wehnhof erhielt den Namen Jakob Königshof, nach dem im Jahre 1925 verstorbenen Arzt und Gemeinderat von Floridsdorf. Ein zweiter Wehnhof wurde Bredschek-Hof benannt. Es wird damit der Lehrer Franz Bredschek geehrt, der von 1867 bis 1904 als Lehrer in Kagran wirk-te und dort die Ortsgruppe des niederösterreichischen Volksbildungsverei-nes begründete. Schliesslich wurde eine Strasse nach dem Blumenmaler Sebastian Wegmayr bezeichnet.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführen-der Stadtrat Richter den Ehepaaren Meriz und Karoline Gerstl, Karl und Aloisia Kohn, Alois und Maria Stöckhammer und Josef und Franziska Trasch-ekowitsch anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehren-gabe der Ge-meinde Wien.

Starke Zunahme der Zahl der Eingäscherungen. Im Krematorium der Stadt Wien wurden im Oktober 227 Verstorbene eingäsichert. Im Oktober des vorigen Jahres waren es 177, im Oktober 1925 nur 160 und im Oktober 1924 nur 121. Von den im Oktober 1927 eingäsicherten 227 Verstorbenen, waren 126 Män-ner und 101 Frauen. Der römisch-katholischen Kirche gehörten 137, der mosaischen Kirche 18, der evangelischen 12, der alt-katholischen ein Ver-storbener an. Konfessionslos waren 59 Eingäsicherte. Kirchliche Einseg-nungen wurden im Oktober in der Zeremonienhalle des Krematoriums 68 vor-genommen. Von den 227 Verstorbenen waren 18 von Orten ausserhalb Wiens.

Neuwahl der Wiener Ärztekammer. Das für die Neuwahl der Wiener Ärzte-kammer verfasste Verzeichnis der Wahlberechtigten wird vom 21. November bis einschliesslich 30. November bei den magistratischen Bezirksämtern und in der Magistratsabteilung 13, Neues Amtshaus, IV. Stock, zur Ein-sicht aufliegen. Am Sonntag, den 27. November ist die Einsichtnahme ge-sperrt. An den übrigen Tagen kann das Verzeichnis während der Amtsstun-den von 8 bis 15 Uhr und am Samstag, den 26. November nur von 8 bis 14 Uhr eingesehen werden. Reklamationen von Wahlberechtigten sind inner-halb des angegebenen Zeitraumes schriftlich oder mündlich beim Wiener Magistrat, Abteilung 13, im Neuen Amtshaus, IV. Stock, einzubringen. Re-klamationen, die nach Ablauf dieses Zeitraumes einlangen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wien, am Mittwoch, den 16. November 1927

.....

Keine Maserninfektion in einem städtischen Kinderspital. In einer Tageszeitung war heute die beunruhigende Nachricht enthalten, dass in einem Kinderspital der Stadt Wien ein Arzt durch Versuche zwei Kinder mit Masern infiziert hat. Dazu wird folgendes festgestellt: Die Infektion dieser zwei Kinder erfolgte im Laufe einer auf viele Jahre sich erstreckenden Untersuchung im Jahre 1923, zu einer Zeit, in der dieses Kinderspital gar nicht von der Gemeinde verwaltet wurde, sondern ein Privatspital war. Es fallen also von vorneherein alle Verantwortlichkeiten und Zusammenhänge mit der Gemeinde Wien weg. Die wissenschaftliche Untersuchung, war durch die bekannte Tatsache angeregt, dass vorallem bei schweren Epidemien dreissig bis fünfzig Prozent der Kinder an Masern selbst oder an den Folgeerscheinungen sterben. Es sind also die Masern keine so leichte Erkrankung, wie sie vielfach von den Laien angesehen wird. Die Sorge der Aerzte aller Kulturnationen richtet sich daher schon seit vielen Jahren vor allem gegen die Infektion mit Masern in den geschlossenen Anstalten, Spitälern, Heimen u.s.w. Vor allem gilt die Sorge der Aerzte jenen Anstalten, in denen Kleinkinder gehalten werden. So haben Degwitz in Deutschland bereits im Jahre 1920, Corenia in Italien, ähnliche Versuche durchgeführt. Alle diese Bestrebungen, wenn sie einen Erfolg gehabt haben, konnten nicht mehr erzielen, als eine kurzfristige Immunisierung der betreffenden Kinder, die meist nur einige Monate dauerte. Um nun einen Dauerschutz zu erreichen, hat Professor Leiner, ein weit über die Grenzen unserer Stadt anerkannter Kinderarzt, der sich um die Lehre der Infektionskrankheiten besondere Verdienste erworben hat, die oben angeführten Untersuchungen durch Jahre verfolgt. Professor Leiner hat unter anderem auch versucht den bis heute unbekanntem Masern-erreger in durch bestimmte an der Haut erzeugte Blasen zu separieren, um auf diese Weise einen Impfstoff zu erzeugen. Gelegentlich einer grösseren Zahl solcher Impfungen sind tatsächlich zwei Kinder an Masern erkrankt. Es war dies bei einer Masernepidemie, die im Mautner-Markhof'schen Kinderspital im Jahre 1923 wütete und so arg war, dass während dieser Zeit fast jedes Kind ohnehin an Masern erkrankte. Es bestand also die Wahrscheinlichkeit, dass auch ohne jede Impfung die Kinder an Masern erkranken werden. Das Resultat der Impfung, das bei vielen Kindern derart wirksam war, dass die Kinder masernfrei blieben, war bei den zwei erwähnten Kindern eine leichte Masernerkrankung, die nach einigen Tagen ohne die geringsten Komplikationen heilte. Also von absichtlicher oder gar böswilliger Infektion von Kindern kann überhaupt nicht die Rede sein. Dafür bürgen der Name und die wissenschaftliche Ehre des Autors. Seit dem Jahre 1923 wurden die Experimente überhaupt nicht mehr fortgesetzt, weil seither keine so schwere Masernepidemie in dem Spital vorkam. Welche Bedeutung aber allen diesen Experimenten zugrundeliegt, ersieht man daraus, dass es heute durch ein ähnliches Verfahren bereits gelungen ist, vor den Masern derart zu schützen, dass in der Epidemie des letzten Jahres in demselben Spital nicht ein einziger Säugling an Masern zugrundegegangen ist. Wer die ungeheure Gefährdung der Menschen durch Masern in diesem Lebensalter kennt, wird begreifen, welche Bedeutung diese Tatsache hat. Es ist natürlich sehr bequem aus irgendeiner wissenschaftlichen Publikation irgendeine Angabe herauszureissen und in einer Tageszeitung zu veröffentlichen, ohne dabei zu bedenken, dass man nur Unruhe schafft und Misstrauen sät. Es liegt im Interesse unserer Kinder, die sich bei der Gemeinde Wien gewiss in der besten Obhut befinden, dass die gesamte Oeffentlichkeit über diese Angelegenheit die Wahrheit erfährt.

.....

Wien, Donnerstag, den 17. November 1927.

Feierliche Ueberreichung von Bürgerdiplomen. Bekanntlich hat der Gemeinderat dem akademischen Maler Alexander Demetrius Goltz und dem Musikprofessor Dr. Wilhelm Kienzl, anlässlich ihres 70. Geburtstages, sowie dem Dichter Dr. Karl Schönherr und dem Musikdirektor Martin Spörr, anlässlich ihres 60. Geburtstages das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen. Heute vormittags nun überreichte Bürgermeister Seitz den vier neuen Bürger der Stadt Wien in der Sitzungssaale des Wiener Stadtsenates die künstlerisch ausgeführten Bürgerdiplome. Der Feier wohnten Vizebürgermeister Hoss, die antsführenden Stadträte Breitner, Kokrda und Richter, Magistratsdirektor Dr. Hartl, der Kunstreferent der Gemeinde Wien Hofrat Leisching und zahlreiche Persönlichkeiten der Wiener Kunstwelt bei.

Bürgermeister Seitz dankte den vier neuen Bürgern für ihre grossen Leistungen auf den verschiedenen Kunstgebieten und überreichte ihnen die Bürgerdiplome. Dr. Kienzl, Goltz, Dr. Schönherr und Spörr dankten in herzlichen Worten für die Ehrung.

Das Bürgerdiplom des Musikprofessors Dr. Kienzl, dem ein Aquarell des Malers Janesch, eine Szene aus dem "Evangelium" darstellend, beigegeben ist, enthält folgende Worte: Der wahre Künstler im Reiche der Musik ist dem Volke ein Beglucker und Tröster. Indem er die Dissonanzen des Daseins durch seine Harmonien zur Lösung bringt, schafft er seinen Mitmenschen neue Lebensfreude und neuen Lebensmut. Solchen Sinnes hat Wilhelm Kienzl dem deutschen Volke in seinen ausgezeichneten Opernwerken und anderen Kompositionen unvergängliche Werke des Geistes geschaffen und den Ruhm deutscher Musikkunst weit über die Grenze seines Vaterlandes hinausgetragen.

Dem Bürgerdiplom des Musikdirektors Spörr ist ein Aquarell des Malers Careis angefügt, das ein Burggartenkonzert unter seiner Leitung darstellt. Das Diplom hat folgenden Text:

An den ehrenvollen Ruf, den Wien als Musikstadt genießt, hat das Wiener Konzertwesen hervorragenden Anteil. Musikdirektor Martin Spörr hat diesem Zweig unserer heimischen Kunst viele Jahre seines Lebens in ausgezeichneter Weise gedient und als Begründer und Organisator des Wiener Symphonieorchesters ein grosses Werk vollbracht. Auch als schaffender Künstler hat er mit seinen beliebten Kompositionen in den musikliebenden Kreisen bleibende Anerkennung gefunden.

Das Bürgerdiplom des Schriftstellers Dr. Schönherr schmückt ein Aquarell des Malers Hassmann, das eine Szene aus der "Erde" darstellt. Dieses Diplom hat folgenden Wortlaut:

Die dramatische Kunst, die den Menschen im Kampf mit den ihm entgegenstehenden Gewalten darstellt, verlangt von ihrem Mittler mehr als die Erfüllung der Aufgabe, uns in die Welt der Schönheit zu weisen; mit den Schicksalen seiner Gestalten, die uns erschüttern, bemächtigt sich der Dramatiker vielmehr auch unseres Willens und unserer Sehnsucht und läutert und erhebt uns durch die Lösung des Konfliktes. Diese hohe Aufgabe hat Dr. Karl Schönherr in seinen unvergänglichen dramatischen Werken zum Ruhme menschlichen Geistes und zur Ehre deutscher Dichtkunst erfüllt. Aus seinem reichen Schaffen strömt eine umso grössere Kraft, als seine Werke im Boden der Heimat wurzeln und seine dichterische Gestalten aus dem Volke gegriffen sind.

Dem Bürgerdiplom des Malers Goltz ist eine Plakette des Bildhauers Hujer beigegeben. Es trägt folgende Widmung:

Die hohe Sendung der Natur und Menschen mit dem Auge des Künstlers zu schauen und im Bilde zu gestalten, hat akademischer Maler Alexander Demetrius Goltz in einem schaffensfrohen Leben getreulich erfüllt. Seine ausgezeichneten Werke haben den kunstsinnigen Mitbürgern Freude und Erhebung gebracht und den Ruhm der Wiener Schulen weit in die Welt hinausgetragen. Während seiner öffentlichen Wirksamkeit im Wiener Gemeinderat aber und weiter als Präsident der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens hat er die Interessen der heimischen Kunstlerschaft mit Energie und reicher Sachkenntnis vertreten.

Die Bürgerurkunden wurden im Atelier des Regierungsrates Professor Rudolf Larisch in künstlerischer Schrift auf Pergament geschrieben. Sie tragen die Unterschriften des Bürgermeisters und der zwei Vizebürgermeister und wurden in schönen Maroquinledermappen überreicht.

Die Schneearbeiterlöhne bei der Gemeinde. Für die Winterperiode 1927/28 wurden die Löhne für die von der Gemeinde Wien aufzunehmenden Schneearbeiter mit 70 Groschen für die Stunde für Arbeiter über 18 Jahren und mit 45 Groschen für Arbeiter unter 18 Jahren festgesetzt. Für die Nachtstunden erfolgt ein 50prozentiger Zuschlag.

Enthüllungsfest einer Hanuschbüste. Die Lehrlingsfürsorgeaktion wird im Erholungsheim Fischau a/Schneebergbahn eine Büste des ersten Staatssekretärs für soziale Verwaltung, Ferdinand Hanusch, aufstellen. Die feierliche Enthüllung, die ursprünglich für Sonntag, den 20. November angesetzt war, musste auf Sonntag, den 27. November verschoben werden. Anmeldungen zur Teilnahme sind an die Lehrlingsfürsorgeaktion in Wien, I., Hanuschgasse 3, zu richten.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Die Hummelgasse, Waldvogelstrasse und Wolkersbergengasse in Hietzing waren bis jetzt unbeleuchtet. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wurden sie mit der elektrischen Beleuchtung versehen, die in den nächsten Tagen in Betrieb gesetzt werden wird.

Blätter für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien. Das Büro des Obermagistratsrates Dr. F. Karner und die Schriftleitung sowie die Administration der "Blätter für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien" befinden sich provisorisch bis auf weiteres Wien, IX., Währingerstrasse 45. Fernruf: A 28-4-12.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl Henay

399

Wien, Freitag, den 18. November 1927.

Verhandlungen mit den Arbeitern der Städtischen Elektrizitätswerke.

Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke verhandeln durch längere Zeit mit der Gemeindeverwaltung und mit der Direktion der städt. Elektrizitätswerke über den Abschluss eines neuen Kollektivvertrages, wie einer ähnlich schon im Juli mit den Arbeitern der städtischen Gaswerke abgeschlossen und vom Gemeinderate bereits genehmigt wurde. Der Vertrag für das Gaswerk hat eine neue Arbeitseinteilung getroffen, er hat die überlange Arbeitszeit der Arbeiter im kontinuierlichen Betrieb auf 48 Stunden eingeschränkt und so die Möglichkeit der Einstellung von Arbeitslosen im Betriebe geschaffen. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitern der städt. Elektrizitätswerke ergaben sich einzelne Streitpunkte, die noch bereinigt werden müssen. Die Verhandlungen wurden heute im Rathause unter dem Vorsitze des städtischen Personalreferenten Stadtrat Speiser, mit den Gewerkschaftsvertretern Domas und Kogler, der Direktion der städt. Elektrizitätswerke und den Betriebsräten der Arbeiter der städt. Elektrizitätswerke weiter geführt. Sie verlaufen nicht ungünstig und werden morgen, Samstag, vormittag weiter geführt. Damit entfallen die Nachrichten über eine bevorstehende passive Resistenz im städtischen Elektrizitätswerk.

.....

Wien, Freitag, den 18. November 1927.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. November 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung.

Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen über die Tagesordnung ein und Gemeinderat Schafranek ersucht, dem österreichischen Bund enthaltensamer Ersieher eine Subvention von fünfhundert Schilling zu bewilligen.

GR. Höppeler (E.L.) kritisiert die Dürftigkeit des Referates. Der Antragsteller hat dem Gemeinderat nicht bekanntgegeben, ob der österreichische Bund enthaltensamer Ersieher oder dessen Landesgruppe Wien subventioniert wird. Der Sitz des Bundes ist in der Wohnung seines Obmannes, woraus man schliessen kann, dass diese Organisation keine besondere Tätigkeit ausüben könne. Der Redner wünscht, dass endlich einmal der Minderheit ein Verzeichnis der Organisationen vorgelegt werde, die bei der Gemeinde um eine Subvention eingekommen sind. Stadtrat Breitner hat gesagt, er sei nicht bemüsst, eine solche Liste vorzulegen, bevor nicht der Bund bekanntgibt, welche Vereine von ihm subventioniert werden. Ich bin vom Herrn Finanzminister und vom Herrn Unterrichtsminister, sagt der Redner, ermächtigt, hier festzustellen, dass von Seiten des Bundes und der Ministerien keine Vereine eine Subvention erhalten. Auch sind weder im Budget des Finanzministeriums noch in dem Budgets der anderen Ministerien solche Posten vorgesehen. Ich erwarte nun, eine bestimmte Erklärung des Stadtrates Breitner. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt GR. Schafranek, dass die Landesgruppe Wien um die Subvention angesucht hat. Bezüglich der Feststellungen des GR. Höppelers sagt der Referent, dass der Bund tatsächlich Subventionen vergabe. So hat im Jahre 1925 die Wiener Kunstgesellschaft vom Bund eine Subvention von sechstausend Schilling bekommen. (Beifall).

Der Antrag wird angenommen.

GR. Rz\_ahak (Soz. Dem.) beantragt den Personen, die eine Unfallsentschädigung auf Grund der Unfallfürsorge der Gemeinde Wien und ausser dieser aus Gemeindemitteln kein anderweitiges Einkommen beziehen, alljährlich im Dezember zu ihrer am 1. Dezember fälligen Unfallsentschädigung einen gleichen Betrag als einmalige Aushilfe zu gewähren. Diese Aushilfe ist an in Oesterreich wohnhafte Personen von antewegen, an ausserhalb Oesterreichs wohnhafte Personen über Ansuchen anzuweisen. Der Gemeinderat hat schon am 15. Dezember 1926 einen diesbezüglichen Beschluss gefasst. Durch den heutigen Beschluss dieses Antrages soll diese Aushilfsgewährung zu einer dauernden Einrichtung gemacht werden.

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass die Minderheit schon wiederholt ausgesprochen hat, wie rückschrittlich die Gemeindeverwaltung gegenüber Rentenempfängern ist. Mit dem heutigen Beschluss wollen Sie verhindern, dass die Minorität jedes Jahr Stellung nimmt. Die Behandlung der Rentenempfänger durch die Gemeinde Wien ist eine Kulturschande, wie sie in der ganzen Welt nicht vorkommt. Wenn ein Rentenbezieher auch eine Pension hat, so wird ihm die Pension um den Betrag der Rente rücksichtslos gekürzt. Wenn z.B. ein Strassenbahner eine Pension von 150 Schilling hat und im Rechte steht, eine Unfallsrente von 150 Schilling zu beziehen, zahlt ihm die Gemeinde Wien nur die 150 Schilling Unfallsrente und nicht auch die Pension. Das ist ein Verbrechen an der Kultur, aber auch ein Verbrechen an den gesetzlichen Bestimmungen. Es ist höchste Zeit, dieses Unrecht aus der Welt zu schaffen. (Beifall bei der Minderheit).

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, dass die Gemeinde Wien die Rentenempfänger genau nach dem Gesetze behandelt. Der § 4 des Unfallversicherungsgesetzes enthält die Bestimmung, die GR. Haider als Kulturschande bezeichnet. GR. Haider möge daher bei seinen Parteikollegen Dr. Kesch intervenieren, damit der § 4 aus dem Gesetz eliminiert werde.

Der Antrag wird sodann angenommen.

StR. Dr. Tandler ersucht um nachträgliche Genehmigung eines Kredites von 18.000 Schilling für die Beerdigung der Opfer des 15. und 16. Juli

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass gegen einen solchen Beschluss keine besondere Einwendung zu erheben ist. Wenn man dem Ursachmoment der Juliereignisse nachgeht, so muss man sagen, dass es auf das Konto der sozialdemokratischen Partei zu buchen ist. Wenn man eines objektiven Urteils fähig ist, muss man zugeben, dass die sozialdemokratische Partei dafür zuständig ist, die Kosten für die Beerdigung zu tragen. Die Juliereignisse sind doch nur auf Grund des systematischen und dauernden Verhetzung der Bevölkerung durch die sozialdemokratische Partei entstanden. Ich will damit nicht sagen, dass die Gemeinde von diesem Beschluss Abstand nehmen soll, aber es war notwendig, auf das Ursachmoment des ungeheuerlichen Unglückes hinzuweisen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag haben wir gehört, dass Sie den Frieden haben wollen. Das predigen Sie aber nur. In Wirklichkeit setzen Sie Ihre Verhetzungen Tag für Tag fort. Sogar den Friedhof missbrauchen Sie, um Ihre wüste Hetze fortzusetzen. Auf den Grabtafeln auf dem Zentralfriedhof steht: Ermordet am 15. und 16. Juli. (GR. Reismann (Soz. Dem.): Sehr richtig! - GR. Preyer (E.L.) zu den Sozialdemokraten: Ihr habt das auf dem Gewissen! - Zahlreiche Rufe bei den Sozialdemokraten: Jawohl, ermordet!) Wenn Sie von Mord reden, so hat diesen Mord niemand anderer auf dem Gewissen, als die sozialdemokratische Partei. (Beifall bei der Minderheit. In Saal entsteht Unruhe. - GR. Beisser (Soz. Dem.): Der Mord ist die Aufhetzung, nicht die Aufschrift!) Ich sage nicht ermordet, sondern sage, dass diese Menschen ihr Leben lassen mussten. Was würden Sie aber sagen, wenn die Grabaufschriften der gefallenen Wachleute lauten würden: Ermordet von sozialdemokratischen Arbeitern? (GR. Beisser (Soz. Dem.): Sie wurden von eigenen Kollegen angeschossen! Wenn Ihre Partei wirklich den ehrlichen Willen hat, dass sich solche Vorkommnisse nicht mehr wiederholen sollen, liegt es in Ihrer Hand. Beseitigen Sie diese Anschriften! (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt StR. Tandler, dass er die Rede des GR. Haiders nicht als Frieden erhaltend bezeichnen kann. Es wurde wieder einmal die Schulfrage aufgeworfen, aber die Aufschriften auf den Gräbern habe ich nicht gesehen. Der Referent, dazu Stellung zu nehmen. Ich muss der Meinung entgegengetreten, dass die Gemeinde auf die Wahl der Aufschriften irgendeinen Einfluss genommen hat; das muss selbstverständlich den Verwandten überlassen werden. Die Friedhofsverwaltung kann solche Aufschriften nur bis zu einem gewissen Grad zensurieren. Im übrigen werde ich mir diese Aufschriften ansehen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

StR. Tandler referiert über den Antrag betreffs Gewährung von Zuschusskrediten in der Höhe von Schilling 32.530, Schilling 14.220, Schilling 3750 und Schilling 14.916<sup>50</sup> zur Deckung der sich durch Erweiterung der Kindergärten XVI., Arnetzgasse 30, XIII., Linzerstrasse 417 und II., Schönungasse 2 sowie Verlegung des Kindergartens XIV., Lehnnergasse 4 nach XIV., Dadlbergasse 16a ergebenden Mehrererfordernisse.

GR. Höppeler (E.L.) erinnert an die schon in einer früheren Gemeinderatsrede gerügten Uebelstände im städtischen Kindergartenwesen. Es gibt in Wien Kindergärten, wo nur ein einziger Raum zur Verfügung steht, in dem sich alles abspielt. Zum Beispiel im Lindenhof in Währing und in einem Kindergarten im XX. Bezirk. Die Unterbringung der Kindergärten in den Mammutgebäuden der Gemeinde Wien ist wegen der Infektionsgefahr ein schwerer Fehler. Der Redner wendet sich dagegen, dass in die städtische Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen nur sozialdemokratische Parteigliedrige aufgenommen werden, dass den Absolventinnen dieser Anstalt das sechsmonatige Praktikum erlassen werde, während Kandidatinnen aus anderen Kursen nicht angestellt werden. Als Leiterinnen werden hauptsächlich Bewerberinnen die der sozialdemokratischen Partei angehören berücksichtigt, auch wenn sie nur 24 Jahre alt sind und 7 bis 8 Dienstjahre haben, während Kindergärtnerinnen mit einer 15 bis 20jährigen Dienstzeit nicht angestellt werden. Der Redner fragt ferner den Stadtrat Tandler ob <sup>gegen Kindergärtnerinnen</sup> zwei, die am 15. und 16. Juli unentschuldig dem Dienst ferngeblieben sind, sie Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde. Gegen den Obmann der Gewerkschaft christlicher Lehrer <sup>Weber</sup> sei anders vorgegangen worden. Obzwar dieser gemäss Paragraph 2 der Disziplinarvorschriften gehandelt habe.

Bürgermeister Seitz fordert den Redner auf zur Sache zu sprechen.

GR. Höppeler bemerkt, er ziehe nur eine Parallele wie gegenüber sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen Lehrern und Lehrerinnen vorgegangen werde. Er kommt sodann abermals auf den Fall Weber zurück und bespricht den § 2 der Disziplinarvorschriften.

Bürgermeister Seitz ruft den Redner das zweitemal zur Sache.

GR. Höppeler bringt den § 2 der Disziplinarvorschriften zur Verlesung.

Bürgermeister Seitz ruft den Redner das drittemal zur Sache.

GR. Höppeler: Ich stelle fest, dass in diesem Hause parteipolitisch vorgegangen wird.

Bürgermeister Seitz entzieht dem Redner das Wort. (Leb- und Protestrufe)   
 harte Zwischenrufe/ bei den Parteien der Einheitsliste.- Gemeinderat Höppeler: Das ist eine Vergewaltigung der Minorität!- Gemeinderat Höppeler: So wird die Freiheit geschändet!

ST.R. Tandler bemerkt, es sei gewiss bedauerlich, dass in manchen Kindergärten nur ein einziger Raum zur Verfügung stehe, leider sei es aber nicht in allen Fällen möglich entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu bekommen. Die Infektionsgefahr sei in den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien nicht grösser als anderwärts. Es ist auch nicht richtig, dass irgend jemandem das sechsmonatige Praktikum erlassen wird. Gegen die zwei Lehrerinnen, die am 15. und 16. Juli dem Dienst fern geblieben sind, eine Amtshandlung eingeleitet worden sei, sei ihm nicht bekannt, er würde es aber für unangebracht halten, irgendjemanden, der angesichts der damals herrschenden Stimmung an diesen beiden Tagen seine Arbeitstätte nicht aufgesucht hat, sofort zu disziplinieren. Er habe im Gegenteil den Angestellten der städtischen Anstalten, die sich vollzählig trotz der damals herrschenden Aufregung im Dienste eingefunden haben, so zum Beispiel den Angestellten des Lainzer Spitals und Am Steinhof seinen besonderen Dank ausgesprochen.

Die Zuschusskredite werden genehmigt.

Die Abänderung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes beim alten Döblinger Friedhof wird ~~der~~ Debatte genehmigt.

GR. Hofbauer (soz. dem.) referiert über einen Zuschusskredit von 36.800 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses infolge Einstellung von Saisonarbeitern im städtischen Gartenbetrieb.

GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass die Minderheit gegen die Einstellung von Saisonarbeitern nichts einzuwenden habe, weil dadurch die Arbeitslosigkeit gelindert werde. Aber man müsse sich gegen das nun schon zum System ausgeartete Ansprechen von Zuschusskrediten wenden. Solche Kredite sind nicht notwendig, wenn man sich an den Voranschlag hielte. Im Jahre 1926 war das der Fall, während im Jahre 1927 ganz exorbitante Überschreitungen zu verzeichnen sind. Allein bei den Gehältern und Löhnen betragen diese Mehrausgaben 28,5 Prozent. Es wird dies damit begründet, dass 200 Saisonarbeiter länger beschäftigt werden. Dagegen wird niemand etwas einwenden, aber es soll mit diesen Leuten eine ganz eigene Bewandnis haben. Es sollen dies jene Mitglieder der Gemeindefürsorge sein, die einige Tage nach der Aufnahme wieder abgebaut wurden. Diese Leute haben dann revoltiert und man hat sie als Saisonarbeiter eingestellt. Wenn dies tatsächlich erfolgt ist, dann hat die ganze Sache einen eigenartigen parteipolitischen Beigeschmack. Dies müsste aufgeklärt werden.

GR. Hofbauer erwidert, dass es sich hier um Arbeiter handelt die deswegen nicht abgebaut worden sind, weil sie noch nicht zwanzig Wochen beschäftigt waren und deshalb keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Man wird diese Leute bis Februar beschäftigen, um sie vor der ärgsten Not zu schützen. Es ist aber auch möglich, dass, wenn ein halbwegs günstiger Winter zu verzeichnen ist, die Arbeiten zur Ausgestaltung vieler Gartenanlagen und die Anlage von neuen Gärten zeitlich im Frühjahr einsetzen kann und daher die Leute weiter beschäftigt werden. Die Mittel hierzu sind bereitgestellt worden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Hofbauer berichtet über die Schaffung von neuen Baumpflanzungen und Gartenanlagen, den Einbau von Sitzgelegenheiten und die Wiederinstandsetzung bestehender Gartenanlagen. Die Kosten für diese Arbeiten betragen 588.770 Schilling.

GR. Stöger (E.L.) bemängelt, dass so wenig neue Gartenanlagen geschaffen werden. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verhindern es, dass die Leute weiter in die Umgebung Wiens wandern können, weshalb die Parkanlagen stärker als früher besucht sind. Es wäre auch zu wünschen, dass mehr als bisher neue Bäume gesetzt werden. Im Jahre 1924 wurden 58.000 Bäume gezählt, seither hat diese Zahl kaum merklich zugenommen. Redner wendet sich gegen eine Mitteilung des Gemeinderates Iser in der vorigen Gemeinderatssitzung, der als Referent erklärt hat, dass die Gemeinde fast jeden Sonntag eine neue Gartenanlage eröffnet. Das sei unrichtig und er müsse feststellen, dass Gemeinderat Iser entweder auf schwere Angriffe schweigt, oder den Gemeinderat bewusst anlügt. (Widerspruch bei der Mehrheit). Schliesslich verlangt Redner, dass die Gemeinde der Teichwirtschaft und Fischzucht in den Gartenanlagen ein grösseres Augenmerk zuwende.

GR. Hofbauer antwortet, dass heuer im Voranschlag sowohl die Zahl der Gartenbänke als auch die Zahl der Bäume stark vermehrt wurde. Es sind heuer bereits 700 Gartenbänke aufgestellt worden. Neue Gartenanlagen werden ununterbrochen errichtet und die bestehenden Anlagen nach Möglichkeit erweitert. Die Fischzucht sei eine sehr riskante Sache, der aber genau so wie früher, reges Interesse entgegengebracht wird.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR. Iser (Soz. Dem.) referiert über die Verstärkungsarbeiten an der Rotundenbrücke, die auf Kosten der städtischen Strassenbahnen durchgeführt werden sollen. Die Brücke wurde im Jahre 1872

errichtet und genügt längst nicht mehr den Anforderungen des verstärkten Verkehrs. Wenn die Verstärkung durchgeführt ist, so wird die Brücke ungefähr zehn Jahre allen Anforderungen genügen.

GR. Daffinger (E.L.) führt aus, dass diese Vorlage ein eigenartiges Schicksal aufweist. Sie wurde vor längerer Zeit im Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen behandelt, wo Vizebürgermeister Emmerling die Sache als sehr dringlich bezeichnete, weshalb auch der § 96 zu Hilfe genommen wurde. Dann wurde der Gegenstand auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt, wieder abgesetzt und auf unsere Urgenz mitgeteilt, dass bei einer zweiten Untersuchung der Brücke die Vernahme der Verstärkung sich als nicht besonders dringlich ergeben habe. Der Akt kam dann zum zweitenmal in den erwähnten Ausschuss. Da wurde berichtet, dass das Geschäftsstück deswegen von der Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt worden ist, weil das Handelsministerium eine größere Verstärkung dieser Brücke verlangt hat. Man hat also ganz widersprechende Mitteilungen gemacht. Die Minderheit muss sich auch dagegen wenden, dass die Kosten der Verstärkung dieser Brücke von der Strassenbahn getragen werden. Das ist eine Aufgabe der Hoheitsverwaltung. Es hat ganz den Anschein, als ob es sich hier nur darum handelt, den Reingewinn der Strassenbahn durch solche willkürliche Belastungen zu verdecken. Dagegen muss sich die Minderheit mit aller Stärke aussprechen. (Beifall).

GR. Scholz (E.L.) kritisiert, dass die ursprünglichen Kosten von 350.000 Schilling für die Verstärkungsarbeiten jetzt um 80.000 Schilling höher veranschlagt sind. Er tadelt weiters, dass die Strassenbahnen die Kosten für die Verstärkungsarbeiten tragen müssen. Vor wenigen Wochen haben Sie <sup>in</sup> diesen Saal vom Defizit der Strassenbahn gejammert und haben unter Hinweis auf das Defizit die Tarifierhöhung beschlossen. Nun muss die Strassenbahn die Brückenarbeit bezahlen. Das ist gewissenlos, es zeigt aber auch, dass Sie die Reingewinne verschleiern.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Iser, dass die Verstärkung der Brücke tatsächlich dringlich ist. Da die Überwachungsbehörde die Anwendung der Bestimmungen für den Umbau von neuen Brücken gefordert hat, sind die Kosten auf 430.000 Schilling gestiegen. Der Brückenumbau dient nur der Strassenbahn, weshalb es recht und billig ist, diese für die Kostentragung heranzuziehen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schneider (soz. Dem.) berichtet über die Fahrbahnverbreiterung in der Stumpfergasse. Die Kosten betragen 5000 Schilling.

GR. Schiener (E.L.) erklärt, dass mit diesem Beschluss endlich einmal einem einstimmigen Beschlusse der Mariahilfer Bezirksvertretung Rechnung getragen wird. Er wünscht, dass die Arbeiten möglichst rasch durchgeführt werden und dass auch die anderen Strassen in Mariahilf die sich in einem desolaten Zustand befinden, bald instandgesetzt werden.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Schneider, dass die Gemeinde bestrebt ist, die Strassen Wiens in Ordnung zu bringen. Im heurigen Jahr wurden dafür 16 1/2 Millionen Schilling aufgewendet. Leider ist es nicht möglich, alle Strassen gleichzeitig instand zu setzen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GRin. Bock referiert über einen Zuschusskredit von 170.000 Schilling zur Deckung der im Laufe des Verwaltungsjahres noch notwendigen Anschaffung an Lernmitteln für die städtischen Schulen.

GR. Höppeler (E.L.) bemerkt hierzu, es sei nicht richtig, dass alle notwendigen Lernmittel den Schülern beigegeben werden. Die Schüler in den Bürgerschulen und Mittelschulen erhalten z. B. weder Ge-

schichts- noch Geometriebücher, in den meisten Klassen auch keine Liederbücher. Die Lehrer müssen sich den Lehrtextselbst schaffen und die Kinder müssen ihn abschreiben. Die beigegebenen Lernmittel sind in einem desolaten Zustand. Was an Büchern und Lernmitteln noch gut ist, sind Überbleibsel aus der alten Zeit. Die Lernmittel für das Zeichnen und Malen werden drei bis vier Schülern zusammengegeben. Es ist deshalb zu verwundern, dass es der Lehrerschaft, die sich aufs intensivste aufopfert, noch möglich ist, bei diesem Zustand der Lernmittel den Lehrbetrieb ordentlich zu führen. Schliesslich kritisiert der Redner, dass obwohl schon vor zwei Monaten ein Kredit für die Beschaffung von Handtüchern für die Wiener Schulen beschlossen worden sei, diese Handtücher noch immer nicht beschafft wurden. Die Sozialdemokraten erweisen sich in Wahrheit als Schul- und Kulturfeindlich. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GRin. Bock bemerkt, es sei im Augenblick nicht möglich, die Beschwerden des GR. Höppeler zu überprüfen. Das Wirtschaftsamt hat alles daran gesetzt, die <sup>Zustellung der</sup> Schulbehelfe auf das pünktlichste zu besorgen. In ganz kurzer Zeit ist Material, das fünf Eisenbahnwaggons gefüllt hätte, an die Schulen übermittelt worden. Im übrigen ist nicht der Gemeinderat, sondern der Stadtschulrat die zuständige Behörde für solche Beschwerden, wie sie GR. Höppeler vorgebracht hatte. (Lebhafter Beifall bei der Majorität).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Fischer referiert über die Genehmigung eines Sachkredites zur Anschaffung von 43.000 Stück Elektrizitätszählern, Voltmählern und Schaltuhren.

GR. Scholz (E.L.) verlangt zunächst genaue Aufklärung darüber, um welches Material es sich im einzelnen handle, und bemerkt, die Gemeinde halte sich an den Grundsatz: Kauft österreichische Waren! nicht. Es sei schon zur Gepflogenheit geworden, derartige Bestellungen im Ausland zu machen. Namentlich gelte das bezüglich der Schaltuhren.

GR. Kunschak (E.L.) richtet an den Vorsitzenden das Ersuchen, den Gemeinderat nicht auseinandergehen zu lassen, ohne ihm Mitteilung darüber zu machen, was an den ganz Wien in Aufregung versetzenden Nachrichten, dass am Montag beim Elektrizitätswerk/passiv die <sup>die</sup> Ressistenz einsetzen werde, wahr sei und was vorgekehrt worden sei, um die Bevölkerung vor einer so schweren Störung ihrer Lebensinteressen zu bewahren.

GR. Fischer erwidert auf die Ausstellungen des GR. Scholz, es werde immer darauf Bedacht genommen, die Bestellungen im Inlande zu machen, lediglich diejenigen Apparate oder Apparatebestandteile, die die österreichische Industrie nicht erzeuge, müssen im Auslande bestellt werden.

Stadtrat Speiser bemerkt zu der Anfrage des GR. Kunschak, es sei richtig, dass die Arbeiterschaft des Elektrizitätswerkes eine Resolution gefasst hat, die der Gemeindeverwaltung, allerdings inoffiziell, zur Kenntnis gebracht wurde. Wir führen seit mehreren Monaten ununterbrochen schwere Verhandlungen mit der Arbeiterschaft des Elektrizitätswerkes. Diese Verhandlungen sind auch jetzt nicht unterbrochen worden und ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass die Verhandlungen zu einem solchen Erfolg führen, dass die in der genannten Resolution angekündigten Mittel nicht zur Ausführung gelangen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Schluss der Sitzung halb neun Uhr.

Wien, am Samstag, den 19. November 1927.

Der Wiener Lehrer- a capella- Chor vor den Lehrlingen. Auf Veranlassung des Fortbildungsschulrates hat der Wiener Lehrer-a capella-Chor den Lehrlingen der Wiener Fortbildungsschulen im Festsaale der Zentralfortbildungsschule in der Hütteldorferstrasse ein Muster-Chorkonzert mit ausgewähltem Programm gegeben. Der Fortbildungsschulrat, der bekanntlich seinen Schülerinnen und Schülern Gelegenheit gibt, in Orchestergruppen und Sängerriegen ihre musikalische Ausbildung zu vertiefen, hat vor allem diese musikfreudigen jungen Leute eingeladen, dem Konzert beizuwohnen. Ergriffen lauschten sie den Darbietungen der ausgezeichneten Sängerschaft und lohnten sie mit jubelndem Beifall. Eine Gruppe von Berliner Lehrern, die zum Studium der Wiener Schulverhältnisse hier weilte, wohnte auf Einladung des Stadtschulrates dem Konzert bei und erfreute sich ebenso an den musikalischen Darbietungen wie an der verständnisvollen Anteilnahme der Zuhörerschaft. Der Obmann des Fortbildungsschulrates Nationalrat Volkert begrüßte die Berliner Gäste, den Präsidenten des Stadtschulrates Glöckel, den geschäftsführenden Obmann Stellvertreter Gemeinderat Täubler und nicht zuletzt die jugendlichen Zuhörer mit herzlichen Worten. In warmen Worten dankte er dem Lehrer-a capella-Chor für die gemütsreichen Darbietungen.

Ausgestaltung des städtischen Volksbades in der Treustrasse. Im städtischen Volksbad in der Brigittenau Treustrasse 60 wurden für Männer und Frauen zwei Einzelbrauseabteilungen neu errichtet. Die Eröffnung dieser Neuanlage findet am Mittwoch, den 23. November 1927, statt.

Der allgemeine Verband für Freiwillige Jugendfürsorge und das Jugendgerichtsgesetz. Der allgemeine Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien hielt am 17. November 1927 im Saale der Bereitschaft einen Diskussionsabend über den neuen Regierungsentwurf des Jugendgerichtsgesetzes ab. Die Diskussion, die von Dr. Paradeiser eingeleitet wurde, war äusserst lebhaft und zeigte von dem grossen Interesse, das dem Regierungsentwurf entgegen gebracht wird. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Jugendanwaltes Faschank, Regierungsrates Dr. Singer und des Sekretärs Dr. Rager. Schliesslich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die möglichst baldige Gesetzwerdung des Jugendgerichtsgesetzes erwünscht und einige noch dringend notwendige Abänderungsanträge gestellt wurden.

Sitzungen im Wiener Rathaus. Der Wiener Stadtsenat hält am Dienstag, 10 Uhr vormittag eine Sitzung ab. Der Wiener Landtag wurde für Freitag nachmittag einberufen, um die Novellierung des Lustbarkeitsabgabegesetzes zu beraten. An die Sitzung des Landtages schliesst sich eine Geschäfts-sitzung des Gemeinderates an.

Verhandlungen mit den Arbeitern der städtischen Elektrizitätswerke. Wie bereits berichtet verhandeln die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke schon längere Zeit mit der Gemeinde über den Abschluss eines neuen Kollektivvertrages. Die Verhandlungen wurden heute Samstag weitergeführt und nachmittags auf Montag vertagt.

Entfallende Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Dienstag die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Breitner.

Wien, Montag, den 21. November 1927.

Grosse Bestellungen durch die Gemeinde Wien. Auch im Oktober hat die Gemeindeverwaltung sehr umfangreiche Arbeitsaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben. Vor allem sind hier die vom Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten vergebenen Bestellungen hervorzuheben. In dieser Körperschaft werden die grossen Arbeitsaufträge für den städtischen Wohnungsbau vergeben. Im Oktober hat dieser Ausschuss für nicht weniger als 6.2 Millionen Schilling Bestellungen der verschiedensten Art vergeben. Erwähnung verdient die Bestellung von <sup>750.000</sup> Stück Klinkerziegel für die städtischen Wohnhausbauten, von viertausend Wandbrunnen, von 20.000 Kilogramm verzinkten Eisenblechen, von 1.3 Millionen Stück Strangfalzziegel, von Steinzeugsohlen und Wandplatten für die im Jahre 1928 zu erbauenden Kanälen, von sehr umfangreichen Erd-, Pflasterungs- und Baumeisterarbeiten, Installationsarbeiten, grossen Aufträgen für Spängler, Schlosser, Tischler und Anstreicher und von sehr nennenswerten Bestellungen für die Elektroindustrie anlässlich der weiteren Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Auch die Ausgestaltung der Grossmarkthalle und die Verstärkungsarbeiten an der Rotundenbrücke haben der Metallindustrie sehr erwünschte Aufträge gebracht. Die günstige Witterung im Oktober ermöglichte die Fortführung einer Reihe von Bauarbeiten, wodurch viele Arbeitergruppen weiterbeschäftigt werden konnten. Die Gemeinde wird auch im November sehr umfangreiche Bestellungen vergeben. Auch die städtischen Unternehmungen und die übrigen Zweige der Hoheitsverwaltung haben im Oktober bedeutende Arbeitsaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben und dadurch wirksam die Arbeitslosigkeit bekämpft.

Achtet auf den Kinderbettel! Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien ersucht die Bevölkerung bei der Bekämpfung des Kinderbettels mitzuwirken. Das städtische Jugendamt wendet dem Betteln der Kinder eine besondere Aufmerksamkeit zu, überprüft alle dem Amte mitgeteilten Fälle und wenn wirkliche Not vorliegt, wird auch geholfen. Die Erfahrung lehrt, dass bei Beginn der kalten Jahreszeit die Kinderbettelei in grösserem Umfang einsetzt. Die Bevölkerung wird ersucht, Name und Wohnadresse der beim Betteln angetroffenen Kinder den Bezirksjugendämtern mitzuteilen.

Bezirksvertretung Favoriten. Am Freitag hält die Bezirksvertretung Favoriten eine öffentliche Geschäftssitzung ab. Beginn vier nachmittags.

Der Elektro-Dienstmann lebt sich ein. Die Genossenschaft der Wiener Dienstmänner hat bekanntlich vor einigen Monaten eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die kleine Kraftwagen angekauft hat und damit Gepäck und Waren befördert. Vor einigen Tagen wurde nun die erste Generalversammlung abgehalten, in der unter dem Vorsitz des Obmannes des Aufsichtsrates J. Gelber, der Genossenschaftsvorsteher Schweinburg berichtete, dass der Elektrodienstmann insbesondere in den äusseren Bezirken sich immer mehr einlebt und sehr günstige Erfolge aufzuweisen sind. Der Vorsteher beantragte, dass dem Gemeinderat, der durch die **zinsenlose Beistellung der Mittel für die Anschaffung der Kraftwagen** diese Einrichtung ermöglicht hat, der Dank ausgesprochen werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wien, am Montag, den 21. November 1927 (Zweite Ausgabe)

Der Haushaltsplan der Gemeinde für 1928. Der städtische Finanzausschuss begann heute mit der Beratung des Voranschlags. Es wurde die Generaldebatte abgeschlossen und morgen Dienstag wird die Spezialdebatte begonnen werden. Stadtrat Breitner leitete die Beratungen mit einem kurzen Bericht ein, in dem er hervorhob, dass die Einnahmen seit 1926 stabil geblieben sind, während die laufenden Ausgaben ständig steigen. So haben sich die Personallasten von 143.8 Millionen im Jahre 1926 auf 152.9 Millionen im Jahre 1927 erhöht und für das Jahr 1928 sind sie mit 169.8 Millionen Schilling präliminiert. Auch die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen steigen ununterbrochen. Für das Jahr 1926 waren 67.6 Millionen veranschlagt, 1927 waren es schon 73.3 Millionen und für das Jahr 1928 sind 80.1 Millionen Schilling in den Voranschlag eingesetzt. Im Schulwesen sind ähnliche Erhöhungen zu verzeichnen. Diese Post weist im Voranschlag für das Jahr 1926 eine Ausgabe von 63.7 Millionen, im Jahre 1927 bereits 67.1 Millionen aus und für 1928 sind 73.6 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei den Investitionen ist eine gewisse Einschränkung gegenüber dem Jahr 1927 eingetreten, was auf die Verringerung der Wohnbauten zurückzuführen ist. Es wird aber an der im Wohnbauprogramm vorgesehenen Errichtung von jährlich sechstausend Wohnungen unbedingt festgehalten. Ein verstärktes Wohnbauprogramm stösst auf gewisse Schwierigkeiten, insbesondere die Beschaffung des notwendigen Baugeländes erweist sich mangels eines Enteignungsgesetzes als schwer durchführbar. Im Jahre 1926 waren die Investitionen mit 161 Millionen Schilling veranschlagt; für das Jahr 1928 sind immer noch 179 Millionen präliminiert. Nur gegen das Jahr 1927, wo 208 Millionen Schilling veranschlagt sind, ist ein Rückgang zu verzeichnen, der seine Ursache in der Heruntersetzung beim Wohnbau hat. Im Jahre 1928 wird die Gemeinde weiter grosse Verbesserungen im Fürsorgewesen durchführen. Eine starke Steigerung weisen die Investitionen bei der zweiten Hochquellenleitung auf, wo gewisse Stellen einer gründlichen Erneuerung unterzogen werden müssen. Der Voranschlag schliesst mit einem Abgang von 35,548.880 Schilling, der auf die Kassenbestände überwiesen werden soll.

GR. Kunschak erklärt, dass die Christlichsozialen nicht für den Voranschlag stimmen können. Dies geschieht nicht aus faktischen Gründen, sondern deshalb, weil die Mehrheit sich gegen alle Anträge der Minderheit ablehnend verhalte. Leider kann nicht festgestellt werden, dass diese Ablehnung sachlichen Gründen entspringt. Sie ist lediglich der Ausdruck des Gefühls, dass der Besitz der grösseren Mandatszahl verleiht. Seit vielen Jahren bringt die Minderheit Wünsche vor, die normalerweise eigentlich gar nicht entstehen sollten. Noch immer hat die Minderheit im Rathaus keine Klubräume, was mit Raumangel begründet wurde. Für die Gemeindegewächse hat man aber sofort die notwendigen Räume gefunden. Die Protokolle der Gemeinderatssitzungen werden noch immer nicht gedruckt. Bei der Beratung des Voranschlags für das Jahr 1927 sind einige Anträge der Minderheit einstimmig der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen worden, insbesondere der Antrag auf Beseitigung der Wasserkraftabgabe. Diese Abgabe scheint aber wieder im Budget auf. Die Wertzuwachsabgabe wird noch immer eingehoben, obwohl es eine paradoxe Steuer ist. Heute kann bei dem Verkauf einer Realität von einem Wertzuwachs überhaupt nicht gesprochen werden. Meist zwingt der nackte Hunger die Hausbesitzer zum Verkauf ihrer Realität.

Die Investitionstätigkeit ist im Voranschlag gegenüber 1927 um 29 Millionen Schilling gekürzt. Diese Kürzung ist auf die Ein-

schränkung der Wohnbautätigkeit zurückzuführen und es zeigt sich, dass die Minderheit Recht hatte, als sie immer wieder darauf verwies, dass auch für die Wohnbautätigkeit die Aufnahme einer Anleihe notwendig sei. Die geplanten sechstausend Wohnungen bedeuten nur die Hälfte der Friedensproduktion, sind also zu wenig. Der Finanzreferent möge Auskunft geben, ob die Einschränkung des Bauprogramms nur aus finanziellen Gründen erfolgt und ob er durch eine Anleihe die Mittel herbeischaffen will, um jene Zahl von Wohnungen zu schaffen, die notwendig ist.

Der Redner wendet sich dann gegen das freie Ermessen des Magistrats bei der Bemessung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe und der Lustbarkeitssteuer. Dadurch hat der Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden das stärkste Agitationsmittel in die Hand bekommen, weil man den Geschäftsleuten einfach sagt, wenn sie dort beitreten, werden sie aus der Abgabe ausgereiht oder der Prozentsatz wird herabgesetzt. Es sind auch sehr viele solcher Fälle tatsächlich zu verzeichnen. Das freie Ermessen muss unbedingt verschwinden.

GR. Zimmerl beantragt die Rückverweisung des Voranschlags an den Magistrat, damit die sich durch die angekündigte Teilung einzelner Verwaltungsgruppen ergebende Verschiebung, budgetmässig berücksichtigt werden kann. Weiters beantragt er die Einsetzung eines sechsgliedrigen Unterausschusses, der eine Reform der städtischen Abgaben auszuarbeiten hätte, wobei insbesondere die Nahrungs- und Genussmittelabgabe und die Lustbarkeitssteuer in Betracht kämen. Schliesslich ersucht er um Ausweise über die Steuereinnahmen im Jahre 1927, über die Ein- und Ausreihungen bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, über die Aufteilung der Kosten der Wohnungs- und Siedlungsbauten, über die Investitionen im Jahre 1927, über die Abgaben, die von den städtischen Unternehmungen an die Gemeinde entrichtet werden, über die grösseren Ausgaben der städtischen Unternehmungen, die aus Betriebsmitteln gedeckt wurden und eigentlich als Investitionen oder Erneuerungen zu betrachten wären, über die Kassenbestände bis Ende Oktober 1927, über den Rechnungabschluss 1927, über die Veränderungen bei der Hauspersonalabgabe und über die Kosten der grösseren Wohnhausbauten, der Stadtbahn und des Amalienbades.

Stadtrat Breitner erwidert, dass die Wasserkraftabgabe notwendig sei. Die Gemeinde hat das Geld zum Bau der Wasserkraftwerke hergegeben. Sie rechnet der WAG nur 4.5 Prozent Zinsen, also zwei Prozent unter der Bankrate. Bei der Aufnahme einer Anleihe sind gewisse wesentlich höhere Zinsen zu zahlen. Der Vorteil wäre nur darin gelegen, dass die Abschreibungen langsamer vollzogen werden. Von entscheidender Bedeutung aber ist, dass die städtischen Elektrizitätswerke, die jetzt die Wasserkraftanlagen führen, jährlich um so viel weniger an Kapital zu verzinsen haben, als die Wasserkraftabgabe einbringt. Darin liegt die grosse Bedeutung, weil sonst eine Strompreiserhöhung erfolgen müsste. Es ist ausgeschlossen, so viele Anleihen zu bekommen, als die Minderheit wünscht. Eine Anleihe für den Wohnhausbau ist überhaupt nicht zweckdienlich. Die Gemeinde wird ohne Steuererhöhung im Jahre 1928 sechstausend Wohnungen errichten. Das bedeutet, dass zwei Drittel der durchschnittlichen Friedensproduktion erreicht werden. Im Jahresdurchschnitt wurden nämlich von 1904 bis 1913 in Wien 9.358 Wohnungen geschaffen, wobei die durch Bemolierung in Wegfall gekommenen Wohnungen bereits berücksichtigt sind. Dazu kommt noch, dass die Zahl der Eheschliessungen gegenüber dem Frieden zurückgeht. Im ersten Halbjahr 1913 wurden in Wien 9057 Ehen geschlossen, während im ersten Halbjahr 1927 nur 7499 Eheschliessungen gezählt wurden. Auch das Aufhören der Zuwanderung und der Geburtenrückgang bewirken eine Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt.

Zweiter Teil der Ausgabe vom 21. November 1927:

Die Wertzuwachsabgabe beträgt für den alten Besitz nur zehn Prozent. Wenn man berücksichtigt, dass die grosse Zahl der Sparer und Besitzer von Wertpapieren alles verloren hat, so kann diese Belastung der Realitäten gewiss verantwortet werden. Dazu kommt noch, dass ungefähr 75 Prozent der Wiener Hausbesitzer ihre Realität mit Hypotheken belastet hatten, die sie in der Inflation wehr leicht beseitigt haben. Das freie Ermessen bei der Steuerbemessung sei gewiss kein wünschenswerter Zustand. Die Gemeinde könne aber bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe und bei den Einzelfesten nicht anders vorgehen. Uebrigens handelt es sich hier nur um sieben Prozent der gesamten Abgaben, während beim Bund fast überall das freie Ermessen gehandhabt wird. Die Wünsche des Gemeinderates Zimmerl wird der Magistrat erfüllen.

Damit ist die Generaldebatte beendet. Die Anträge des Gemeinderates Zimmerl werden abgelehnt. Der Finanzausschuss wird morgen Dienstag die Spezialdebatte beginnen.

-----

eine neue Tuberkulosefürsorgestelle in Fünfhaus. Die Gemeinde hat in der Sorbaitgasse 3 in nächster Nähe des Neubaugürtels eine neue Tuberkulosefürsorgestelle eingerichtet. Sie ist jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 15 bis 17 Uhr geöffnet. Dienstag und Donnerstag sind auch ärztliche Sprechstunden für Kinder. Die Fürsorgerin hat ihre Sprechstunden jeden Dienstag von 10 bis 12 und jeden Freitag von 2 bis 4 Uhr.

-----

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Richter folgenden Hochzeitspaaren anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien: Johann und Josefa Huber, Joachim und Maria Jary, Josef und Anna Kotzian, Sophron und Amalia Krawec, Ferdinand und Julianne Machan, Johann und Therese Maticka, Hermann und Maria Reinhalt, Jakob und Barbara Rieder und Franz und Anna Stengl.

-----

Wien, am Dienstag, den 22. November 1927

Die neue Verwaltungsgruppeneinteilung bei der Gemeinde. Im Stadtsenat berichtete heute amtsführender Stadtrat Speiser über einige Änderungen der Verwaltungsgruppeneinteilung. Es wurde beschlossen eine Verkleinerung der Verwaltungsgruppe V (Technische Angelegenheiten) vorzunehmen. Diese Verwaltungsgruppe hat durch die ungeheure Ausdehnung der städtischen Wohnhausbauten einen Umfang erreicht, der weitaus über das Mass hinausgeht, das bei der Gruppeneinteilung im Jahre 1920 in Aussicht genommen wurde. Es wurde deshalb von dieser Gruppe der Wohnhausbau weggenommen und zur Verwaltungsgruppe IV (Sozialpolitik und Wohnungswesen) gegeben. Diese Gruppe wird nun das ganze Wohnungswesen verwalten. Von der Gruppe V wurde ferner die administrative Baupolizei und die administrativen Verkehrsangelegenheiten (Magistratsabteilung 40), die technische Bau- und Feuerpolizei (Magistratsabteilung 36) und die technischen Verkehrsangelegenheiten (Magistratsabteilung 20) abgetrennt und zur Verwaltungsgruppe VII (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) gegeben. Die Sozialpolitik, die bisher bei der Verwaltungsgruppe IV war, kommt nun zur Verwaltungsgruppe III (Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen).

Durch diese Veränderungen hat sich auch die Notwendigkeit ergeben, die Bezeichnungen einiger Gemeinderatsausschüsse zu ändern. Der Gemeinderatsausschuss III erhielt die Bezeichnung "Ausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung" und der Gemeinderatsausschuss IV wird nun "Ausschuss für Wohnungswesen" heißen.

Der Stadtsenat hat heute für die Führung der Verwaltungsgruppe V (Technische Angelegenheiten), die durch das Ableben des Stadtrates Siegel frei geworden ist, den amtsführenden Stadtrat Karl Richter vorgeschlagen. Stadtrat Richter führte bisher die Verwaltungsgruppe VII (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten); für die Führung dieser Gruppe wird von der Mehrheit am Freitag dem Gemeinderate der frühere Stadtrat Julius Linder zur Wahl vorgeschlagen werden.

Die Mitglieder des Beirates für die Russenhaftung der Gemeinde. Bürgermeister Seitz hat in den Beirat zur Vorbereitung der an den Magistrat zu richtenden Anträge um Uebernahme der Ausfallhaftung für Zusatzexporte nach der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken folgende Mitglieder ernannt: Die Gemeinderäte Otto Nachtnebel, Viktor Stein und Franz Zimmerl, die Vertreter der Arbeiterkammer, Präsident Abgeordneter Franz Domes und Sekretär Dr. Benedikt Kautsky, die Vertreter der Handelskammer, Kommerzialrat Ingenieur Alfred Götzl und Kammer- rat Ernst Pringhorn, Vizepräsident des Handelsmuseums, als Vertreter des Hauptverbandes der Industrie, Dr. Ernst Geiringer, als Vertreter der Gewerkschaftskommission Sekretär Eduard Hofegger, als Vertreter des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Gremialrat Emil Adler, als Vertreter der Arbeiterbank Direktor Otto Grossmann, als Vertreter des Bankenkonsortiums Kommerzialrat Julius Simelis. Ferner wurden in den Beirat entsendet der Generaldirektor der gemeinnützigen Siedlungs- und Baustoffgesellschaft (Besiba), Dr. Ingenieur Hermann Neubacher und Hofrat Georg Stern. Zum Vorsitzenden bestimmte der Bürgermeister den städtischen Finanzreferenten Stadtrat Hugo Breitner.

Wien, Dienstag, den 22. November 1927.

Der Haushaltsplan der Gemeinde für 1928. Der städtische Finanzausschuss setzte heute die Beratung des Hauptvoranschlags fort. Es wurde vorerst die Spezialdebatte über das Kapitel Finanzwesen abgeführt. Die Gemeinderäte Angermayer und Binder verlangten, dass die Pfründner, Arbeitslosen und Kleinrentner von der Wohnbausteuer befreit werden sollen. Die Bezeichnung: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer, die auf allen städtischen Neubauten angebracht wird, soll auf Wunsch der Mitglieder der Minderheit entfallen, weil nur ein Drittel der Ausgaben für den Wohnhausbau durch die Einnahmen aus der Wohnbausteuer gedeckt wird. Gemeinderat Zimmerl wendet sich gegen die Befreiung der Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe; die rückständigen Beträge an Lustbarkeitsabgabe werden bei einem Betriebswechsel dem Nachfolger angelastet, was die Uebernahme eines jeden Betriebes sehr erschwere. Gemeinderat Uebelhör wünscht die Befreiung der ernststen Veranstaltungen von der Lustbarkeitsabgabe. Unverständlich sei auch, dass bei Konzerten die Abgabe sieben Prozent beträgt, während sie bei Konzertakademien sofort auf zwanzig Prozent steigt. Das Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe bedürfte einer gründlichen Reform.

Stadtrat Breitner erwidert, dass die Gemeinde den Pfründnern einen Mietzinsbeitrag gewährt, der die Wohnbausteuer übersteigt. Eine Befreiung der Kleinrentner und Arbeitslosen von der Wohnbausteuer würde für diese Personen gar keine Entlastung bedeuten, weil es sich hier um monatliche Steuerbeträge bis zu 90 Groschen handelt. Der Magistrat würde aber eine ungeheure Mehrarbeit zu leisten haben. Hier erfolgt übrigens infolge der vorbildlichen Wohlfahrtspflege der Gemeinde ein gewisser Ausgleich. Die Befreiung der Konsumvereine von der Wohnbausteuer ist im Gesetz festgelegt und hat ihre Begründung in den höheren sozialen Lasten, die diese Körperschaften zu tragen haben. Alle Veranstaltungen, die auf Veranlassung des Stadtschulrates in den Schulen abgehalten werden, ferner die Veranstaltungen der Urania, des Volksheimes und des Volksbildungsvereines, wenn sie in den eigenen Heimen abgehalten werden, sind von jeder Lustbarkeitssteuer befreit. Eine Konzertakademie übt naturgemäss auf die breiten Massen eine grössere Anziehungskraft aus, als ein einfaches Konzert, weshalb ein höherer Steuersatz gerechtfertigt ist. Bei der Bezahlung der rückständigen Lustbarkeitsabgabe durch den neuen Betriebsinhaber wird immer das grösste Entgegenkommen geübt. Gemeinderat Binder wendet sich gegen die parteimässige Einreihung und Ausreihung von Betrieben in und von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Gemeinderat Zimmerl wünscht, dass die Gemeinde mit der Genossenschaft der Gastwirte in ein ebensolches Verhältnis kommen möge, wie mit den anderen Organisationen. Stadtrat Breitner erwidert, dass die Gemeinde mit allen Organisationen in einer unausgesetzten Aussprache stehe. Wenn die Genossenschaft der Gastwirte sich zu einer anderen Praxis entschliesst, wird die Gemeinde mit ihr in ein ebensolches Verhältnis kommen, wie mit den anderen Genossenschaften. Ohne Debatte wird die Post Fremdenzimmerabgabe angenommen. Gemeinderat Zimmerl stellt den Antrag, das Gesetz bezüglich der Wertzuwachsabgabe dahin abzuändern, dass der sogenannte alte Besitz der vor dem Jahre 1919 erworben wurde, von der Wertzuwachsabgabe befreit werde. Gemeinderat Angermayer erklärt, dass heute beim Hausbesitz von einem Wertzuwachs überhaupt nicht die Rede sein kann. Der Hausbesitzer ist jetzt nur mehr ein problematischer Besitzer.

Stadtrat Breitner erklärt, dass die Abgabensätze ohnedies abgestuft sind, wodurch eventuelle Härten vermieden werden. Der Antrag des Gemeinderates Zimmerl wird abgelehnt. Ohne Debatte werden dann die Posten Anknüpfungsabgabe und Anzeigenabgabe angenommen. Gemeinderat Binder erklärt, dass die Hauspersonalabgabe sehr reformbedürftig sei. Insbesondere werden alte Hausgehilfen wegen der Steuer arbeitslos gemacht. Gemeinderat Zimmerl erklärt, dass ein grosser Teil von Hauspersonal abgebaut wurde, weil die Hauspersonalabgabe eine zu hohe Steuer sei. Wenn die Gemeinde schon die Arbeitslosigkeit bekämpft, so müsse sie auch die Hauspersonalabgabe reformieren. Stadtrat Breitner erwidert, dass die Personalabgabe keineswegs eine harte Steuer sei. Von 560.000 Haushalten in Wien sind bloss 6800 abgabepflichtig, die mehr als eine Hausgehilfin beschäftigen. Bei der Verhandlung der Post Kraftwagenabgabe sagt Gemeinderat Kunschak, dass die Motorradfahrer in Wien schon nahezu zu einer Qual werden. Gemeinderat Uebelhör wünscht eine weitere Ermässigung der Kraftwagenabgabe für Kleinpersonenwagen. Sodann wird ohne Debatte die Pferdeabgabe angenommen. Gemeinderat Kunschak protestiert bei der Verhandlung der Post Hundeabgabe gegen die Betrauung des Bundes der Tierfreunde mit der Ausgabe der ermässigten Hundemarken. Stadtrat Breitner erwidert, dass der Wiener Tierschutzverein nur seine Freude darüber ausgedrückt hat, dass er nicht/der Ausgabe der ermässigten Hundemarken betraut ist, weil er dadurch einer grossen Arbeit entzogen wurde. Ohne Debatte werden die Posten Feuerveräckerungsbeitrag und Feilbietungsabgabe verhandelt. Bei der Beratung der Konzessionsabgabe wünscht Gemeinderat Kunschak Aufklärung, wieviel Konzessionen in diesem Jahr mehr ausgegeben wurden. Stadtrat Breitner zusage. Nach Verabschiedung der Post Verwaltungsabgaben und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens erklärt Gemeinderat Kunschak, dass die Wasserkraftabgabe eine Art Geldanlage auf ein Sparkassabuch ist. Er wünscht und stellt schliesslich den Antrag auf Streichung derselben. Gemeinderat Angermayer erklärt, dass er es nicht verstehe, warum die Kosten des Wasserkraftwerkes, die aus allgemeinen Steuergeldern bestritten wurden, nun noch einmal durch die Wasserkraftabgabe hereingebracht werden sollen. Stadtrat Breitner erklärt, dass die Buchung der Wasserkraftabgabe keineswegs eine Besaurierung ist. Der Antrag Kunschak wird abgelehnt. Ohne Debatte wird dann die Post Bierabgabe angenommen. Der Ausschuss verhandelt dann die Post Gemeindegeld und sonstige Schulden, wobei Gemeinderat Angermayer ersucht, bei der Aktion Kleinrentnerhilfe keinen kleinlichen Standpunkt wahren zu lassen. Trotz Terminverzögerung der Anmeldung haben sich noch viele alte Leute verspätet angemeldet. Diesen soll die Gemeinde auch entgegenkommen. Stadtrat Breitner erklärt, dass der Kleinrentnerausschuss bald seine Arbeit aufnehmen werde. Härten werden nach Möglichkeit vermieden werden. Nach der Beratung der Posten Anteil der Gemeinde Wien an öffentliche Ämtern, bewegliches Gemeindevermögen und sonstige Einnahmen und Ausgaben ist die Spezialdebatte beendet. Die Verwaltungsgruppe II (Finanzwesen) wird sodann angenommen.

Der Finanzausschuss tritt nun in die Generaldebatte über die Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform) ein. Stadtrat Spisser erklärt, dass der Voranschlag für 1928 einen Gesamtaufwand von 169,857.110 Schilling vorsieht. Diese Summe ist um etwa 16 Millionen grösser, als die im Voranschlag für 1927. Die Gesamtzahl der aktiven Angestellten und Lehrpersonen beträgt 26.029.

Der Ausschuss bricht sodann die Verhandlungen ab. Nächste Sitzung Mittwoch um 5 Uhr nachmittags.

Wien, Mittwoch, den 23. November 1927.

Der städtische Haushaltsplan für das Jahr 1928. Im städtischen Finanzausschuss wurde heute die Beratung des Hauptvoranschlages für das Jahr 1928 fortgesetzt. Die Verhandlung wurde mit der Besprechung der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten eingeleitet. Gemeinderat Zimmerl führte Beschwerde, dass der Bürgermeister als Vorsitzender im Gemeinderat wiederholt Redner der Minderheit unterbricht, um gegen sie zu polemisieren. Bürgermeister und amtsführende Stadträte haben auf Grund der Geschäftsordnung das Recht, sofort nach jedem Redner das Wort zu ergreifen, und Richtigstellungen vorzunehmen. Es sei deshalb unparlamentarisch, wenn der Bürgermeister als Vorsitzender gegen den Redner polemisiert. Die Führung des Vorsitizes durch den Bürgermeister unterscheidet sich auch von der früheren Praxis dadurch, dass er allzu streng darauf sieht, dass zur Sache gesprochen wird. Die anderen vier Vorsitzenden des Gemeinderates sind in dieser Beziehung viel entgegenkommender, so dass sich eine ungleiche Praxis ergibt. Gemeinderat Zimmerl verlangt dann noch Auskunft darüber, was mit den Anträgen der Minderheit geschieht, die vom Gemeinderat der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden, ferner begehrt er namens der Minderheit, dass die Subventionsgesuche dem Finanzausschuss vorgelegt werden und dass den Gemeinderäten die Akteneinsicht ermöglicht wird. Schliesslich ersucht er noch, dass eine möglichst einheitliche Praxis bei der Zustellung der Tagesordnung der Gemeinderatsausschüsse eingeführt werde. Die Tagesordnung einiger Gemeinderatsausschüsse werde bereits mit der Einladung zugestellt, bei einigen Ausschüssen wird die Tagesordnung bei Beginn der Sitzung aufgelegt und einige Ausschüsse haben überhaupt keine schriftliche Tagesordnung.

Bürgermeister Seitz erklärt, dass die Unterbrechung des Redners durch den Bürgermeister als Vorsitzenden in der Geschäftsordnung des Gemeinderates begründet ist. Dies ist gewiss ein Novum, erklärt sich aber aus der historischen Entwicklung. Er selbst mache von diesem Recht nur dann Gebrauch, wenn der Redner ihn als Bürgermeister apostrophiert. Was die ungleiche Behandlung der Redner im Gemeinderat durch die Vorsitzenden anlangt, so muss gesagt werden, dass ein Redner nur dann zur Sache gerufen werde, wenn seine Rede in einem schreienden Gegensatz zu dem Gegenstand steht, der verhandelt wird. Die Anträge der Minderheit, die der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden, kommen entweder an den zuständigen Ausschuss, an den Magistrat oder Stadtsenat. Wenn alle Subventionsgesuche einem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden sollen, dann würde das zu Weiterungen führen, die gar nicht abzusehen sind. Letzten Endes müssten dann alle Eingaben in einem Ausschuss behandelt werden, was selbstverständlich zu ganz unmöglichen Verhältnissen führen würde. Bezüglich der Tagesordnung der Gemeinderatsausschusssitzungen wird den Wünschen der Minderheit, soweit dies möglich ist, entsprochen werden. Was die Akteneinsicht anlangt, so hat jedes Ausschussmitglied das Recht während der Sitzung in die Akte Einsicht zu nehmen. Wenn der Akt im Gemeinderat verhandelt wird, so ist die Zustimmung des Bürgermeisters oder eines amtsführenden Stadtrates zur Einsicht einzuholen.

Die Beratungen dauern fort.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 23. November 1927.

106  
Zweite Ausgabe.

Fortsetzung des Berichtes über die Beratungen des Budgets im Finanzausschuss.

Gemeinderat Kunschak wiederholt den Wunsch der Minderheit, dass ein Verzeichnis über die einlangenden Subventionsgesuche verfasst und den zuständigen Körperschaften vorgelegt wird. Das wurde früher immer gemacht. Aus diesem Verzeichnis hat man genau ersehen, welche Vereine um einen Gemeindebeitrag angesucht haben, welchen Antrag der Magistrat gestellt hat und man konnte dazu Stellung nehmen. Heute weiss die Minderheit überhaupt nicht welche Vereine um eine Subvention ansuchen, sie erfährt nur dann etwas, wenn die Mehrheit die Subvention bewilligt.

Gemeinderat Binder beschwert sich darüber, dass die Bezirksvertretungen immer mehr zu Exekutivorganen des Magistrates werden, ohne dass ihre Beschlüsse vom Magistrat beachtet werden.

Gemeinderat Angermayer erklärt, dass die städtischen Beamten noch lange nicht so bezahlt werden, wie vor dem Krieg. Die Ausrufe auf den Bund kann heute nicht mehr gelten, weil eine Bindung der Gehalte mit den Abgabenanteilen nicht mehr besteht. Die Finanzlage der Gemeinde ist hervorragend gut. Dabei ist man aber gegen die Angestellten hart. Im Voranschlag sind nur 20.000 Schilling für Vorschüsse eingesetzt ein gegenüber der grossen Zahl von Beamten geradezu lächerlicher Betrag. Auch die Kriegsinvaliden werden von der Gemeinde schlechter behandelt, als vom Bund. Die Vorrückung der definitiven Angestellten im Jahre 1925 kommt den Pensionisten überhaupt nicht zugute. Die Gemeinde klammert sich hier an eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, durch die die Rechte der Pensionisten in einem gewissen Grade beschnitten werden. Der Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Einführung von Maschinen im Bürodienst, die seiner Meinung nach in einem zu grossen Umfang vor sich geht. Dadurch ist es unmöglich Arbeitslosen zu beschäftigen, die dann der Fürsorge zur Last fallen, was wieder den Steuerträger belastet.

Gemeinderat Angermayer tadelt schliesslich, dass Nichtsozialdemokraten von der Aufnahme in den städtischen Dienst ausgeschlossen sind. Er kritisiert, dass Bürgermeister Seitz eine Deputation der christlich organisierten Beamtenschaft nicht empfangen habe. Der Standpunkt des Herrn Bürgermeisters ist ein unrichtiger. Auf dem Gebiete des Schulwesens sind die Elternvereine zu parteipolitischen Institutionen geworden. Die Entpolitisierung der Schule in dieser Beziehung sei äusserst dringend.

Gemeinderat Binder kritisiert, dass der Stand der Amtsgehilfen zu sehr verringert wurde, wodurch eine Ueberarbeitung der Amtsgehilfen erreicht wurde. Es sei auch der Gemeinde unwürdig, Rechte der Angestellten zu verkürzen und sich im Prozesse mit den Angestellten einzulassen. Schliesslich verlangt Gemeinderat Binder Aufklärung, wieviel freie Stellen auf Grund des Soldatenanstellungsgesetzes für das Jahr 1928 vorgesehen sind.

Stadtrat Speiser erwidert, dass eine volle Valorisierung der Bezüge der oberen und mittleren Beamten nur auf Kosten der Bevölkerungsinteressen möglich sein könnte. Was das Problem der Hilfe für verschuldete städtische Beamte anlangt, so hat die Gemeinde dafür fünfzig Milliarden

zur Verfügung gestellt. Ausserdem werden unverzinsliche Gehaltsvorschüsse gegeben. Die Behauptung, dass städtische Angestellte nach parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt werden, ist unrichtig. Ebenso unrichtig ist auch die Behauptung, dass Aufnahmebewerber nach ihrer Parteizugehörigkeit behandelt werden. Bezüglich der Prozesse mit Angestellten weist Stadtrat Speiser darauf hin, dass <sup>im Jahre 1926</sup> beim Verfassungsgerichtshof von Bundesangestellten gegen den Bund 138 Beschwerden und Klagen erhoben wurden, von denen 30 stattgegeben wurde. Gegen die Gemeinde wurden nur 14 Beschwerden und Klagen erhoben, von denen zwei stattgegeben wurde.

Gemeinderat Binder beantragt dann die Streichung der Post von 2,743.900 Schilling für die Gemeindegewache. Der Antrag wird abgelehnt und der Voranschlag der Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform) angenommen.

Der Finanzausschuss verhandelt nun die Verwaltungsgruppe III (Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen). Stadtrat Professor Tandler berichtet, dass sich die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung im grossen und ganzen sehr wenig im Budget widerspiegelt. Die Zahl der Pfründen und Aushilfen ist nicht zurückgegangen. Für das kommende Jahr ist eine Ausgestaltung der städtischen Anstalten vorgesehen, wie auch die Zahl der Mutterberatungsstellen besonders vermehrt wird. Die Fürsorge für das vorschulpflichtige Kind drückt sich in einer Vermehrung der Kindergärten aus. Was die Tuberkulosefürsorge anlangt, so ist geplant, die Lungenheilstätte Bellevue und San Pelagio ganzjährig zu führen. Eine Neuerung auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens wird die Errichtung von Wassermannstationen und Blutspenderstationen sein. Die Tuberkulosesterblichkeit ist in Wien um ein Minimum gestiegen, die Säuglingssterblichkeit hält in der Höhe der letzten zwei Jahre, nur die Sterblichkeit an bösartigen Geschwulsten ist im Steigen begriffen.

Gemeinderat Uebelhör stellt den Antrag, den Sammeltag für Arme aufzulassen.

Gemeinderat Binder wünscht, dass die Erhaltungsbeiträge individuell erhöht werden sollen und nicht erst systemweise nach einem Jahr, auch die Aushilfen sollen nicht schablonenmässig gegeben werden.

Gemeinderat Kunschak stellt die Anfrage, wieso im Voranschlag keine Post für die Pflöglinge und für das Personal des Bürgerversorgungshauses vorgesehen sei, worauf Stadtrat Tandler erwidert, dass im Ausschuss III die Auflassung des Bürgerversorgungshauses beschlossen wurde. Nichtsdestoweniger ist aber bis zur gänzlichen Auflösung des Bürgerversorgungshauses ein Pauschalkredit von 260.000 Schilling vorgesehen. Den alten Bürgern wurde für die weitere Unterbringung ein eigener Pavillon in Lainz oder ein Teil des Versorgungshauses in Baugarten angeboten. Das Bürgerversorgungshaus soll mit 1. Jänner nächsten Jahres aufgelassen werden.

Nach kurzen Anfragen der Gemeinderäte Angermayer und Binder ist die Verhandlung der Abschnitte Fürsorge für Erwachsene - Fürsorge für Kinder und Jugendliche - Gesundheitswesen - gemeinsame Wirtschaftsangelegenheiten der städtischen Wohlfahrtsanstalten - sonstige Wohlfahrtangelegenheiten und Beerdigungswesen abgeführt. Der Antrag des Gemeinderates Uebelhör auf Auflassung des Sammeltages für Arme wird abgelehnt und der Voranschlag der Verwaltungsgruppe III (Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen) angenommen.

Wien, am Donnerstag, den 24. November 1927

Ablenkung des Bahnhofsvorverkehrs Von heute bis einschliesslich Samstag wird der Bahnhofsvorverkehr der Strassenbahn wegen Oberbauarbeiten auf dem Althanplatz vom Nordwestbahnhof über die Taborstrasse, Obere und Untere Augartenstrasse, Schottenring, Wipplingerstrasse, Liechtensteinstrasse zur Alserstrasse geführt. Diese vorübergehende Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Errichtung einer Zentral-Sputumuntersuchungsstelle. Ein wichtiges Hilfsmittel der Tuberkulosefürsorge bildet bekanntlich die Sputumuntersuchung der Kranken. Diese Untersuchung wurde bisher in Spitälern vorgenommen. Im Zuge der Ausgestaltung des Wohlfahrtswesens der Gemeinde Wien wird nun auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler eine Zentral-sputumuntersuchungsstelle im IX. Bezirk, Währingerstrasse 45, für alle Tuberkulosefürsorgestellen der Gemeinde Wien errichtet werden. Die städtische Sputumuntersuchungsstelle kann nach Massgabe der Arbeitsmöglichkeit auch von den privaten Tuberkulosefürsorgestellen benützt werden.

Fünf Jahre öffentliche Eheberatung. Auf Anregung des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler wurde am 1. Juni 1922 von der Gemeinde Wien die erste öffentliche Eheberatungsstelle in Europa ins Leben gerufen. Durch eine weitausgreifende Propaganda ist es gelungen, die Bevölkerung mit dieser neuen Einrichtung vertraut zu machen. Ist wohl die Zahl der in der Eheberatungsstelle Ratsuchenden im Verhältnis zu den Eheschliessungen noch immer gering, so berechtigt aber doch das bereits Erreichte zu weiteren Hoffnungen. Der Besuch der Eheberatungsstelle ist ein rein freiwilliger; um so mehr ist das Vertrauen zu würdigen, das die Bevölkerung Wiens bereits in die städtische Eheberatungsstelle setzt. Während die Gesamtfrequenz der Eheberatungsstelle im Anfang ihrer Tätigkeit Ende 1922 nur 120 Fälle umfasste, stieg sie im Jahre 1924 auf über tausend Fälle und auch die folgenden Jahre verzeichnen rund 950 Beratungen. Seit Beginn bis mitte des heurigen Jahres erschienen in der Eheberatungsstelle 4156 Ratsuchende. Die Beratung bezieht sich, abgesehen von der pädagogisch-belehrenden Tätigkeit, auf die Beratung vor und in der Ehe. Je mehr sich der Gedanke, dass die Inanspruchnahme der städtischen Eheberatungsstelle eine Frage des persönlichen Verantwortungsbewusstseins ist, allgemein durchsetzt, um so mehr wird die Eheberatungsstelle ihren bevölkerungspolitischen und gesundheitsfürsorglichen Aufgaben nachkommen können.

Festversammlung des Zentralkrippenvereines. Der Zentralkrippenverein feiert in diesem Jahr das Fest seines achtzigjährigen Bestandes. Aus diesem Anlass findet am Samstag, den 26. November 1927, um halb zwölf Uhr Mittags im Festsaale des alten Wiener Rathauses eine Festversammlung des Zentralkrippenvereines statt.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Alsergrund hält am Mittwoch, den 30. November 1927 um fünf Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Landstrasse tritt am Donnerstag, den 1. Dezember 1927 um halb sechs Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Ebenfalls am 1. Dezember um sechs Uhr abends hält die Bezirksvertretung Fünfhaus eine Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Meidling tritt am Donnerstag, den 22. Dezember 1927 um sechs Uhr abends zu einer <sup>Plenarsitzung</sup> zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

408

Wien, am Donnerstag, den 24. November 1927. Zweite Ausgabe

.....

Abschluss der Lohnverhandlungen im städtischen Elektrizitätswerk. Die Verhandlungen mit den Arbeitern der städtischen Elektrizitätswerke über die schwebenden Streitpunkte sind durch die ganze Woche hindurch jeden Tag geführt worden. Sie haben heute ihren Abschluss gefunden. An der Abschlussverhandlung haben der Personalreferent der Gemeinde, amtsführende Stadtrat Spaidar, die Vertreter der Direktion, der Gewerkschaft und die Betriebsräte teilgenommen. Es gelang dabei, die letzten Schwierigkeiten, die sich dem Abschluss entgegengestellt hatten, zu beseitigen. Nach einer gründlichen Aussprache über die noch offen gebliebenen Fragen kam die Vereinbarung zustande, dass das Verhandlungsergebnis nunmehr von allen Verhandlungsteilnehmern den zuständigen Körperschaften zur Genehmigung empfohlen werden wird.

.....

Wien, am Freitag, den 25. November 1927

Eine neue städtische Schulzahnklinik. Der Erfolg der städtischen Schulzahnkliniken hat die Erwartungen weit übertroffen. Im Zuge der Ausgestaltung der Schulzahnkliniken hat nun der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler beschlossen, in der Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, eine neue Schulzahnklinik zu errichten. Die Klinik wird in den bisherigen Büroräumen der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Leopoldstädter Amtshaus untergebracht werden. Mit der neuen Schulzahnklinik wird die Gemeindeverwaltung im nächsten Jahr zwölf Schulzahnkliniken betreiben.

Warum die Uhr an der Opernkreuzung stillstand. Am 20. November stand die Uhr an der Opernkreuzung plötzlich still. Bei den Nachforschungen nach der Ursache des Stillstandes wurde die interessante Beobachtung gemacht, dass ein kleiner Käfer sich in die Zahnräder des Triebwerkes verirrt hatte, wodurch die Uhr stehen geblieben ist.

Achter allgemeiner Sammeltag für die Armen Wiens. Auch heuer findet wieder am 18. Dezember (Goldener Sonntag) eine Sammlung für die Armen Wiens statt. Die Sammlung erfolgt in der bisher erprobten Weise durch eine Strassensammlung mit Sammelbüchsen und durch Sammelbogen in den Häusern. Die Bezirksvorstehungen, Fürsorgeräte und Hausbesorger sowie eine grosse Zahl von Helfern werden sich auch diesmal wieder in den Dienst der Sache stellen. Die Sammlungsberechtigten sind mit amtlichen Legitimationen versehen. Der vorjährige Sammeltag brachte den Armen Wiens den Betrag von 168.000 Schilling, der in den Fürsorgeinstituten verteilt wurde.

Das Urteil englischer Architekten über Wien. Vor einigen Wochen weilte eine Studienkommission der englischen Architektenvereinigung in Wien, um hier die Wohnbautätigkeit der Gemeindeverwaltung und das Wiener Wohlfahrtswesen zu studieren. Der Präsident der Vereinigung englischer Architekten hat nun an Bürgermeister Seitz ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er für die Unterstützung bei den Führungen dankt und auch den Schöpfungen der Gemeindeverwaltung Lob zollt. In dem Schreiben wird vor allem betont, dass die Art der Entwürfe der Wiener städtischen Wohnhausbauten und die Sorgfalt, die bei allen Einrichtungen aufgewendet wird um die Gesundheit der Bewohner zu sichern, die Bewunderung der englischen Fachleute gefunden hat. Grosse Eindruck hat auf die englischen Architekten auch die feine architektonische Ausgestaltung der Wohnhausanlagen gemacht. Die Lösung des Problems, in den städtischen Wohnhausanlagen auch Bäder und zentrale Waschanlagen für die Inwohner zu schaffen, müsse als ein glückliches Kompromiss bezeichnet werden. Die Kinderübernahme, die gewerblichen Fortbildungsschulen, die Kindergärten und andere Fürsorgeinstitutionen sind eine wunderbare Organisation, die die Stadtverwaltung für die Gesundheit und Wohlfahrt der Nachkommenschaft geschaffen hat. Jeder, der wirklich an dem Wohl seiner Mitmenschen Interesse hat, kann nicht umhin, das Ergebnis der öffentlichen Bautätigkeit in Wien zu bewundern.

Spenden für Arme. Die Firma Josef Hölzl, Erste Deutschösterreichische Emailgeschirrfabriken, hat anlässlich der Republikfeier der Bezirksvertretung Brigittenau 200 Schilling für die bedürftige Bevölkerung der Brigittenau übermittelt. Der unter den Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter hat für bedürftige Kinder der Mädchen Volksschule auf dem Allerheiligenplatz 35 Paar Schuhe und zehn Dutzend Strümpfe gespendet. Der Bürgermeister hat den Spendern den Dank ausgesprochen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur: **Karl Honay** 110

Wien, Freitag, den 25. November 1927. Zweite Ausgabe

## WIENER GEMEINDERAT als LANDTAG

Sitzung vom 25. November 1927.

Uhr

Präsident Danneberg eröffnet um fünf/ die Sitzung. Es wird die Wahl von zehn Mitgliedern der Einkommensteuerberufungskommission vorgenommen, worauf Stadtrat Breitner über die Abänderung der Lustbarkeitsabgabe berichtet. In den letzten Jahren wurde das Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe wiederholt abgeändert. Von den ursprünglichen Höchstsätzen ist nichts mehr übrig geblieben. Während in Deutschland Prosawerke und Opera mit fünfzehn Prozent Lustbarkeitssteuer belegt sind, haben wir auf Prosawerke und Opera nur mehr eine fünfprozentige Lustbarkeitsabgabe. Die Staffellungen der Lustbarkeitsabgabe wurden seinerzeit nach der Anziehungskraft der Darbietungen vorgenommen. Seither aber hat sich die Geschmacksrichtung des Publikums sehr geändert. Die Varietes haben durch die Revuen eine grosse Einbusse gelitten und auch die Zirkuse sind nicht mehr das, was sie gewesen sind. Die Lustbarkeitsabgabe soll deshalb nun für Zirkuse und Varietes auf fünfzehn Prozent ermässigt werden. Dieser Satz kann nicht mehr als übertrieben hoch bezeichnet werden. Die Ermässigung soll an die Bedingung einer mindestens achtmonatigen ununterbrochenen Spieldauer und an die Besetzung eines Teiles der Programmnummern jeder Vorstellung mit inländischen Kräften geknüpft werden.

GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass die Lustbarkeitssteuer eine Compagnonin der Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist, die beide sehr heiss umstritten sind.

Wie ungerecht das Gesetz der Lustbarkeitsabgabe ist und welche ruinöse Auswirkung das Gesetz hat, zeigt sich am besten durch die wiederholte Abänderung, obgleich Stadtrat Breitner mit einer unglaublichen Hartnäckigkeit an der Lustbarkeitssteuer festhält. Das Gesetz hat aber auch ein Spitzelsystem gezeigt, das in der Wiener Bevölkerung eine förmliche Aufregung geschaffen hat. Seinerzeit wurde das Schlemmertum, der Leichtsinns und der Reichtum besteuert. Jetzt aber ist das Gesetz zu einer drückenden Steuerschraube geworden. Das Gesetz ist aber nicht nur ein schweres Hemmnis für den Wiener Humor geworden, sondern auch ein schweres Hemmnis auf kulturellem Gebiet. Es ist aber auch nicht nur ein kunstfeindliches Gesetz, sondern schafft auch die schwersten Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet. Es ist Tatsache, dass Unternehmungen bis zu fünfzig Prozent ihrer Bruttoeinnahmen an Lustbarkeitsabgabe und anderen Steuern bezahlen mussten. Ein solches Unternehmen muss natürlich zugrunde gehen. (Gemeinderat Preger (E.L.): So wird die Arbeitslosigkeit geschürt!) Erst die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sie gezwungen, von den hohen Steuersätzen herabzugehen. Das Gesetz war aber auch eine Waffe, die die sozialdemokratische Partei zu parteipolitischen Demagogie niedrigster Art verwendet hat. Sie haben das Gesetz auch zur Aufpeitschung der rohesten Instinkte der breiten Masse wissentlich benützt. Sie haben mit dem Gesetz ein politisches Geschäft gemacht. Tatsächlich wurden auch vor den Wahlen für Kinos Steuern ermässigt, aber um den Preis der Anschlusses an die sozialdemokratische Partei. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Wählerfang!) Durch die verschiedenen Veränderungen des Gesetzes ist es so weit gekommen, dass sich heute kein Mensch mehr auskennt. Der Steuerträger ist mit gebundenen Händen Ihnen ausgeliefert. Wir verlangen deshalb, dass diesem Zustand ein Ende gemacht werde, weshalb ich folgenden Resolutionsantrag stelle:

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II wird beauftragt unter Zusammenfassung der bisherigen Änderungen ein neues Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe vorzulegen. In diesem Gesetze sind insbesondere:

1. Die Bemessungsgrundlage klar zu umschreiben und die Abga-

bensätze weiter auf ein erträgliches Mass herabzusetzen;

2. das freie Ermessen des Stadtsenates beziehungsweise des Magistrates auszuschalten;

3. die Bestimmung des Paragraph 6 des bisherigen Gesetzes betreffend die Haftung des Nachfolgers für Abgabenrückstände seiner Vorgänger aufzuheben.

Der Redner begründet eingehend den Antrag, wobei er ausführt, dass sich die 5 Prozent Steuer für die Sprechtheater viel stärker auswirke, da sie nicht nur vom Preis der Karte sondern auch von der Gardarobengebühr und dem Theatersettel eingehoben werde. Der Redner bezeichnet die Besteuerung der Freikarten als unzulässig, da die Direktoren Freikarten nur unter dem Zwang der Verhältnisse, um das Theater zu füllen, ausgeben, ebenso unzulässig ist es, dass der Besteuerung der ermässigten Karten der volle Preis zugrunde gelegt werde. Schliesslich wendet sich der Redner dagegen, dass der Betriebsnachfolger die Steuerrückstände des Vorgängers zu zahlen habe. Dies führe dazu, dass verschuldete Unternehmungen überhaupt nicht an den Mann gebracht werden können, wie das Beispiel der Volksoper beweise. Es sei auch eine Verschärfung des Gesetzes, dass bei Fehlern in der Steuerbemessung eine antwägige Erhebung ohne Einvernahme der Partei ausserdem die Verhängung einer Strafe <sup>so</sup> möglich ist. (Beifall bei der Einheitsliste)

GR. Weigl (soz. dem.) beantragt zu Artikel 1 Punkt 2, dass die Rauchtheaterbetriebe mit Varietevorführungen ebenfalls in die Ermässigung einbezogen werden. Gegenwärtig besteht zwar kein solcher Betrieb in Wien, es bestehe aber die Absicht zum Beispiel im Apollotheater einen solchen Betrieb einzurichten. Die Revuebühnen können sich hier über eine Schädigung nicht beklagen, da/sie ohnedies ein ermässigt Satz gilt. In Betracht zu ziehen ist auch, dass die Rauchtheaterbetriebe mit Gastwirtschaften in Verbindung stehen und daher auch der Nahrungs- und Genussmittelabgabe unterliegen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, Stadtrat Breitner habe an diesem Gesetz keine wahre Freude, er sei nur durch den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen dazu gezwungen worden. Ebenso wie die Zirkuse und Varietes müssten auch die Sportvereine die Steuerermässigung gewährt werden, da diese auch Erziehungszwecken dienen. Die Professionalvereine sind heute alle überschuldet, viele stehen vor dem Zusammenbruch. Dabei haben die Sportvereinigungen in der Zeit vom 8. August bis 31. Dezember 1926 an die Gemeinde

211.000 Schilling Lustbarkeitsabgabe abgeführt. (Lebhafte Hörtrübe bei der Einheitsliste) und die Abfuhr in einem Jahre kann man auf etwa 500.000 Schilling schätzen. In Deutschland dagegen werden die Sportvereinigungen nicht nur auf alle mögliche Art unterstützt, die Amateurvereine sind überhaupt steuerfrei. Die Verteilung der Subventionen geschehe einseitig parteipolitisch. Von den 66.000 Schilling bekomme der Askö und die Kinderfreunde allein je zehntausend Schilling, der nicht politische Verband für Körpersport hat dagegen im Jahre 1926 nur 7000 Schilling erhalten. (Hört! Hört! bei der Einheitsliste) (der deutsche und der christliche Turnerbund haben gar nichts bekommen.) Bei den bürgerlichen Sportvereinigungen beginnt die Verpflichtung zur Zahlung von 26 Prozent schon bei einer Bruttoeinnahme von 100 Schilling bei den sozialdemokratischen Sportvereinigungen erst bei 800 Schilling.) (Hört! Hört! bei der E.L.) Wir verlangen mit allem Nachdruck, dass diese Begünstigung auch anderen Sportvereinigungen zuteil wird. Schliesslich wendet sich der Redner dagegen, dass es den Vereinen für Leichtathletik unmöglich gemacht werde, Veranstaltungen abzuhalten, da auch <sup>vor</sup> <sup>den</sup> <sup>Reise-</sup> <sup>kosten</sup> und Verköstigungsspesen ausländischer Mannschaften, die Steuer entrichtet werden muss. Der Redner erklärt schliesslich/ werde für die Gesetzesvorläge stimmen, da diese Steuererleichterungen bringe. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste)

ST. R. Breitner bemerkt, die Lustbarkeitsabgabe beinhaltet die Unannehmlichkeit, dass hier nur eine Bemessung nach freiem Ermessen möglich ist, da eine Pauschalierung wegen der Verschiedenartigkeit der Betriebe nicht durchgeführt werden kann. Wenn Gemeinderat Angermayer den Vorwurf gemacht, dass an dem Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe neunmal Änderungen vorgenommen werden mussten, so nehme ich den Vorwurf gerne auf mich, da es sich immer um Steuerermäßigungen gehandelt hat. Eine Kontrolle wird bei allen Steuern, auch vom Bunde geübt. Steuerhinterziehungen schädigen ja nicht nur die Gemeinde, sondern auch den ehrlichen Unternehmer, die ja die weitaus überwiegende Mehrzahl sind. Wirklich ernste Trauerkundgebungen werden nicht besteuert, sondern nur Trauerkommerzien. Auch wird eine Trauerfeierlichkeit nicht beeinträchtigt durch den Gedanken, dass man dazu beiträgt die Lasten der Gemeinde zu erleichtern. (Lachen bei der Einheitsliste). Es gehört ja auch zu den schönen Gepflogenheiten, dass bei Trauerfeierlichkeiten Wohlfahrtsspenden gemacht werden. Im Uebrigen kennt auch das Gesetz von Salzburg eine Steuer für Totenzehrungen (Rufe bei der B.L.: Totenzehrungen sind etwas anderes als Trauerkommerzien). In der Tschechoslowakei wird jetzt zum Beispiel ein Gesetz erwogen, durch das das Kibitzen beim Kartenspielen besteuert werden soll (Lebhafte Heiterkeit). Wenn ich so etwas ausdenken würde, würde es mir schon ergehen. Was die Haftung des Betriebsnachfolgers für Steuerrückstände betrifft, so sind diese Rückstände nicht durch eine Schlaperei der Behörde aufgelaufen, sondern deshalb weil wir durch das Zuwarten mit der Exekution den betreffenden Unternehmer Gelegenheit geben wollen, sich zu erholen. Wird diese Bestimmung aufgehoben, so würden wir mit eiserner Strenge darauf sehen müssen, dass Rückstände nicht entstehen und mancher Betrieb könnte durch solche harte Exekutionen zugrunde gerichtet werden. Gegen die Erfüllung des Wunsches des Gemeinderates Angermayer, das Gesetz zusammenzufassen besteht kein Bedenken, dagegen könne der Referent dem weitergehenden Antrag dieses Gemeinderates auf eine Änderung der ganzen gesetzlichen Grundlage nicht zustimmen. Gegenüber dem Gemeinderat Pfeiffer weist Stadtrat Breitner darauf hin, dass im Jahre 1926 nur bei 700 Sportveranstaltungen die volle Steuer gezahlt wurde, während bei 2450 Spielen die zehnprozentige Steuer berechnet wurde. Im ersten Halbjahr 1927 hatten 1050 Spiele die zehnprozentige Steuer zu entrichten und 300 die volle, das heisst den meisten Amateurspielen ist ohnedies der ermässigte Steuersatz zugute gekommen. Stadtrat Breitner ersucht schliesslich das Gesetz in der vorgeschlagenen Fassung, sowie den Antrag Weigl anzunehmen und den Antrag Angermayer abzulehnen (Lebhafter Beifall.)

Das Gesetz wird mit dem Zusatzantrag Weigl in erster und zweiter Lesung angenommen.

Der Resolutionsantrag Angermayer wird abgelehnt.

Ohne Debatte werden sodann der Bericht und die Anträge des GR Dr. Danneberg, die die Anmeldungen auf Grund des Wiener Unvereinbarkeitsgesetzes betreffen, angenommen.

Schluss der Sitzung 18 Uhr 45 Minuten.

.....

Wien, Freitag, den 25. November 1927.

Dreissig Millionen Dollaranleihe der Gemeinde Wien.

Im Zuge der seit einigen Wochen durch Vermittlung und unter Mitwirkung des Wiener Bankverein geführten Besprechungen zwischen dem Finanzreferenten Stadtrat Breitner und der National-City Company, New York, wegen Uebernahme einer dreissig Millionen Dollaranleihe der Bundeshauptstadt Wien hat der Vertreter dieser amerikanischen Bank am Donnerstag abends dem Bürgermeister ein bindendes Offert übergeben. Die National City Company erklärt sich in ihrem Anbot bereit, eine sechsprozentige Anleihe der Stadt Wien mit einer Laufzeit von 25 Jahren, lautend auf den Nominalbetrag von dreissig Millionen Dollar zum Kurs von 88 ein Viertel zu übernehmen. Die effektive Verzinsung der Anleihe beträgt 6,8 Prozent. Der Anleiheerlös wird der Gemeinde am 2. Jänner 1928 ausbezahlt. Die Anleihe ist im Sinne des vom Wiener Landtag beschlossenen Gesetzes ausschliesslich für Investitionen der städtischen Unternehmungen bestimmt. Besondere Sicherheiten in Form irgendwelcher Verpfändungen werden nicht beansprucht. Die Gemeinde haftet für den Dienst der Anleihe mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft. Die National City Company ist eine Gründung der National City Bank, die eine der grössten Bankorganisationen der Welt ist. Die National City Bank wird auch künftig den ganzen Anleihe-Dienst besorgen. Es steht der National City Company innerhalb einer Frist von fünf Tagen nach der vom Gemeinderat erfolgten Genehmigung ein Rücktrittrecht ausschliesslich dann zu, wenn ein Krieg ausbricht oder/oder Oesterreich sich so schwerwiegende Ereignisse vollziehen, dass die <sup>Begebung</sup> der Anleihe gefährdet erscheint. Es ist vorgesehen, dass ein Teil der Anleihe durch die Oesterreichischen Geldinstitute auch im Inland untergebracht werden kann. Den Obligationen der Wiener Anleihe vom Jahre 1902 steht auf Grund der <sup>in</sup> in Frankreich, Belgien, Holland und in der Schweiz abgeschlossenen Accords ein Bezugsrecht zu den normalen Bedingungen der Subskription zu. Es werden alle zweckdienlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die volle Ausübung zu sichern. Da gegenwärtig in Frankreich gewisse Vorschriften einer Beteiligung an Auslandsanleihen hindernd im Weg stehen, hat die Gemeinde mit der Association Nationale vereinbart, dass den Obligationären eine angemessene Entschädigung gewährt wird. Dieselbe Vergütung wird auch, um keine ungleichmässige Behandlung eintreten zu lassen, den schweizerischen, holländischen und belgischen Obligationären für den Verzicht auf ihr Bezugsrecht gegeben werden.

Es ist der Gemeinde gelungen, vorteilhafte Bedingungen zu erzielen. Der Amortisationsplan ist derart gestaltet, dass die ersten Jahre weniger belastet sind und die Tilgungsquoten dafür später anwachsen. Dadurch wird den gegenwärtig noch schwierigeren Wirtschaftsverhältnissen entsprechend Rechnung getragen. Die städtischen Unternehmungen werden nach Realisierung dieser Anleihe in der Lage sein, die insbesondere für das Elektrizitätswerk und die Strassenbahn in Aussicht genommenen Investitionen rasch durchzuführen und so neuerlich der heimischen Industrie bedeutende Aufträge zu erteilen. Die National City Company bleibt mit ihrem Anbot bis Dienstag nachts im Wort. Es muss also bis dahin die Entscheidung getroffen werden. Der Wiener Landtag hat durch das am 14. Mai 1927 verlautbarte Gesetz bereits die Gemeinde zur Aufnahme einer Anleihe von dreissig Millionen Dollar ermächtigt. Am nächsten Montag wird sich der Finanzausschuss mit diesem Anbot befassen, das am Dienstag den Stadtsenat und Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

# WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 25. November 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 7 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

Es werden vorerst die Wahlen eines Stadtrates, eines Vorsitzenden des Gemeinderates und Wahlen in mehrere Gemeinderatsausschüsse vorgenommen, sowie die Bestimmung der amtsführenden Stadträte für die Verwaltungsgruppe V und VII festgelegt. Zunächst leistet das neue Mitglied des Wiener Gemeinderates Karl Reder die Angelobung. Dann wird Gemeinderat Julius Linder an Stelle des amtsführenden Stadtrates Karl Richter, der jetzt mit der Leitung der Verwaltungsgruppe V betraut ist, zum amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII gewählt. Stadtrat Linder leistet nun die Angelobung. Da er auf die Stelle des VI. Vorsitzenden des Gemeinderates, die er bisher inne gehabt hat, verzichtet hat, wird an seiner Stelle Gemeinderat Hofbauer gewählt. Schliesslich wird Stadtrat Richter in den Gemeinderatsausschuss V und Stadtrat Linder in den Gemeinderatsausschuss VII gewählt.

Dann wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen, worauf Gemeinderat Jenschik einen Zuschusskredit von 8900 Schilling für die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten am Gebäude der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt beantragt.

GR Angermayer (E.L.) erklärt, dass er gegen das Meritum des Antrages keine Einwendung erhebe; er müsse jedoch gegen das Zuschusskreditwesen, das sich in der Gemeindeverwaltung breit gemacht hat, schärfstens protestieren. Bei alter Post, die im Budget gar keine Rolle spielt, ist sogar eine 480prozentige Überschreitung vorgekommen. Auf der heutigen Tagesordnung stehen dreizehn Anträge, von denen es sich bei zehn um Zuschusskredite handelt, die meistens auf das Lumpensammlerkonto "Unvorhergesehene Ausgaben" verwiesen werden. Früher, als die Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat noch in der Minderheit waren, haben Sie gewettert, wenn hier und da ein Nachtragskredit beantragt wurde; Jetzt aber sind die Nachtragskredite eine ständige Einrichtung. Auf dieser Tagesordnung finden wir sogar einen vierzigsten und einen 63. Zuschusskredit. Solche Überschreitungen beweisen eine saloppe Budgetierung. Die Besatzen sind daran nicht schuldig; sie werden nämlich von vornherein bei der Budgetierung ihres Ressorts auf die Nachtragskredite verwiesen. Das Budget ist eben nicht sakrosankt. Der Gemeinderat wird zur Abstimmungsmaschine herabgesetzt und vollständig ignoriert. Da wir mit einer solchen Budgetierung und einer solchen Bagatellisierung des Gemeinderates nicht einverstanden sind, erheben wir dagegen den schärfsten Protest. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

In seinem Schlusswort erwidert Gemeinderat Jenschik, dass es sich am 24. April bewiesen hat, dass die Wiener Bevölkerung mit der sozialdemokratischen Rathausverwaltung einverstanden ist. Gegen den Antrag selbst wurde keine Einwendung erhoben.

Der Antrag wird angenommen.

GRin. Boek (Soz. Dem.) beantragt einen Zuschusskredit von 10.562 Schilling für den Mehraufwand für Werkstättenpauschale. Der Zuschusskredit ist durch das Inkrafttreten der neuen Schulgesetze, die den obligatorischen Werkunterricht einführen, notwendig geworden.

GRin. Schlössinger (E.L.) beschäftigt sich sehr ausführlich mit dem Werkstättenunterricht, der von einer unbestrittenen Bedeutung ist. Durch ihn wird die Hochachtung vor der Handarbeit gehegt und gepflegt. Der Kredit der heute angefordert wird, kommt aber reichlich zu spät, da der Werkstättenunterricht schon seit zwei Monaten betrieben werden soll. Ausserdem ist notwendig, dass die Schulpauschalien auf eine ganz andere Basis gestellt werden. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den Anforderungen. Für die Knabenbürgerschulen beträgt das Jahrespauschale für eine Klasse 15 Schilling, für die Mädchenbürgerschule gar nur sieben einhalb Schilling.

Dafür können höchstens ein paar Bogen Papier angeschafft werden. Dass trotzdem so viel im Werkstättenunterricht geleistet wird, ist dem zuzuschreiben, dass die Elternvereine sehr stark für Beitragsleistung herangezogen werden. So betrug ihre Beitragsleistung im Jahre 1926 96.000 Schilling. Sie preisen immer, dass die Kinder alle Lehrmittel unentgeltlich erhalten. Was Sie den Eltern auf der einen Seite geben, nehmen Sie ihnen auf der anderen Seite wieder weg. Besonders der Werkunterricht für Mädchen ist sehr vernachlässigt. In ganz Wien haben wir nur acht Schulhäuser.

Die Rednerin verlangt dann noch die Ausgestaltung des Unterrichtes der Jugend im Gartenbau und wünscht, dass für die Schulpauschalien ein grösserer Betrag in den Voranschlag eingesetzt werde, damit nicht fortwährend Zuschusskredite angesprochen werden müssen.

GRin. Boek entgegnet, dass die neuen Schulgesetze erst im August vom Nationalrat verabschiedet worden sind, der Unterricht im September aufgenommen werden musste und deshalb nicht mehr die notwendige Zeit zur Feststellung der Erfordernisse zur Verfügung standen.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung der Gemeinderätin Schlössinger, die darauf verweist, dass bereits am 2. August das neue Schulgesetz veröffentlicht wurde und deshalb bis zum Schulbeginn genügend Zeit zur Bewilligung der Kredite gewesen wäre, wird der Antrag genehmigt.

St.R. Speiser berichtet, dass für Todfallbeiträge an städtische Angestellte in den Voranschlag 200.000 Schilling eingestellt sind. Dieser Betrag ist infolge der Erhöhung dieser Beiträge aufgebraucht, weshalb für das Jahr 1927 ein Zuschusskredit von 50.000 Schilling angesprochen wird.

GR Doppler (E.L.) erklärt, dass die Minderheit gegen diesen Zuschusskredit keine Einwendung erhebt. Er richtet an den Referenten die Anfrage ob der angedrohte Streik der Elektrizitätsarbeiter abgewendet ist. Zeitungsnachrichten zufolge sollen die Verhandlungen mit den Bediensteten bereits beendet sein. Es wäre Pflicht der Verwaltung, den Gemeinderat über diese wichtige Angelegenheit zu berichten.

St.R. Speiser erwidert, dass es nicht üblich ist, während der Verhandlungen dem Gemeinderat zu berichten. Er habe heute die Überzeugung, dass der Stadt keine Gefahr mehr drohe. Sobald die neue Vorlage über die Arbeitsbedingungen der Elektrizitätsarbeiter fertiggestellt sei werde sie dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

St.R. Speiser berichtet über die Veränderungen in den einzelnen Verwaltungsgruppen des Magistrates. Es werden, wie bereits berichtet wurde, einige Magistrate abteilungen von einzelnen Verwaltungsgruppen abgetrennt und zu anderen zugeschlagen. Dadurch ist auch die Änderung der Bezeichnung von zwei Gemeinderatsausschüssen notwendig, weshalb beantragt wird, den Gemeinderatsausschuss III nunmehr als Ausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung und den Ausschuss IV als Ausschuss für Wohnungswesen zu bezeichnen.

GR Dr. Wagner (E.L.) bezeichnet diese Vorlage als einen tiefen Eingriff in die Verwaltung der Gemeinde. Es sei ein grober Verstoß gegen die Rechte des Gemeinderates, wenn diese verschiedenen Änderungen nur vom Stadtsenat beschlossen werden und der Gemeinderat überhaupt nicht gefragt wird. Dieser Vorgang verstösst entschieden gegen den Wortlaut der Verfassung. Die Minderheit könne sich mit den Veränderungen aber einverstanden erklären, weil hier Anregungen und Wünsche der Minderheit endlich berücksichtigt werden. Dies trifft insbesondere bei der Baupolizei zu. Nicht zu billigen ist aber, dass ein Antrag der Minderheit im Finanzausschuss abgelehnt wurde, der jedoch ganz mit Recht verlangt hat, dass diese Änderungen in das Budget eingesetzt werden und erst dann der Voranschlag verhandelt werden soll. Die Minderheit hoffe, dass die neuen Männer, die gewählt wurden, mit der Opposition zusammenarbeiten. Wir haben sehr oft unsere Mitarbeit angeboten, wir tun das wieder und werden abwarten ob unsere Anregungen auf fruchtbarerem Boden fallen.

Zweiter Bogen.

GR. Doppler (E.L.) wünscht, dass im Wohnungsamt ein wirklich sozialer Geist einziehe. Er zeigt sich immer mehr, dass dort nicht die soziale Seite entscheidend ist, sondern andere Einflüsse. Darüber werde noch einmal ausführlich gesprochen werden. Auch im Wohlfahrtsamt fehlt der soziale Geist. Es wäre, sonst nicht möglich, dass man erst im November dem Verwandten mitteilt, dass bereits am 5. März der Angehörige in der Versorgungseinrichtung Mauerbach gestorben ist. Aber auch diese Mitteilung beruht nur auf einem Zufall, der Verwandte hat nämlich nach Mauerbach geschrieben und der Brief ist mit dem Vermerk "Adressat gestorben" zurückgekommen. Als es sich einmal darum gehandelt hat, für diesen alten Mann die Verpflegungskosten von den Angehörigen hereinzu bekommen, da hat man die Adresse gewusst. Das ist ein Skandal und auch darüber wird bei geeigneter Gelegenheit noch gesprochen werden.

GR. Kunachak (E.L.) richtet an den Referenten die Frage, ob die Aenderung der Gruppeneinteilung nicht eine Angelegenheit des Gemeinderates ist. Aus dem Referat hat man diesen Eindruck gewonnen, während im Stadtsenat das Gegenteil erklärt wurde. Leider bleibt es auch dabei, dass die Abteilung für die Erzeugung und den Einkauf von Baustoffen weiter bei der Gruppe V bleibt, was wir als eine Inkompabilität empfinden. Diese Abteilung gehört zweifellos in die Wirtschaftsgruppe, also in das Ressort des Stadtrates Kokrda, wo vom Flohpulver angefangen alles eingekauft wird.

ST.R. Speiser entgegnet, dass nach den Bestimmungen der Verfassung der Vorgang vollkommen richtig sei. Es könne sich hier nur um Verschiedenheiten in der Auffassung handeln, aber der Vorgang, wie er heute geübt wurde, ist immer üblich gewesen. Nach der Gemeindeverfassung bestimmt darüber, welche Abteilungen den einzelnen Gruppen zugewiesen werden sollen, der Stadtsenat. Dies wird schon in der nächsten Sitzung geschehen.

Es wird hierauf die Aenderung der Bezeichnung der beiden Gruppen angenommen.

GR. Broczyner berichtet sodann über den Rechenschaftsbericht und die Bilanzen der Zentralsparkasse und des Kreditvereins der Zentralsparkasse. Er weist darauf hin, dass die Spareinlagen bei allen österreichischen Geldinstituten im Jahre 1926 um 276 Millionen Schilling gestiegen sind, woran die Zentralsparkasse allein mit 84 Millionen beteiligt ist. In diesem Jahre hat die Zentralsparkasse für die Renovierung von 6030 Wohnhäusern Kredit gewährt und 10.938 Wechsel eskontiert. Sie hat an öffentliche Körperschaften zahlreiche Kredite gegeben und dadurch eine rege Investitionstätigkeit ermöglicht. Eine ebenso intensive Tätigkeit hat der Kreditverein entwickelt, der im Jahre 1926 6000 Wechsel eskontiert und dadurch dem kleinen Gewerbe und Handel ausserordentliche Dienste geleistet hat.

GR. Stöger (E.L.) bemerkt, die Zentralsparkasse sei eine von Lueger geschaffene Einrichtung - für den Mittelstand. Die von der Zentralsparkasse gewährten Hypothekarkredite sind ein unerlässliches Notventil. Sehr zu bedauern ist es, dass mit dem Brand des Justizpalastes eine hypothekarische Belastung zahlreicher Häuser nicht möglich ist. Es haben sich daher eine Anzahl von Versicherungsgesellschaften zusammengeschlossen, die die Versicherung gegenüber der Zentralsparkasse übernehmen. Die Kosten der Versicherung, die sich auf zwei Prozent belaufen, müssen von den Darlehenswerbern, den Mietern und Hausbesitzern übernommen werden. Diese Schädigung der Hypothekarkreditwerber fällt den Schuldigen des 15. Juli zur Last.

GR. Broczyner bemerkt, auch seine Partei bedaure es, dass im Verlauf der Ereignisse des 15. Juli ein Teil des Grundbuchs zerstört wurde, und dass dadurch eine Hemmung in der Gewährung der Hypothekarkredite eingetreten sei. Die Gebühr, die in den Versicherungsgesellschaften gezahlt werden muss, beträgt bei gewöhnlichen Hypothekarkrediten eineinhalb bis höchstens zwei Prozent, wo es sich um Reparaturen handelt, nur ein Prozent. Die Rechenschaftsberichte werden genehmigt. Schluss der Sitzung neun Uhr abends. -.-.-.-.-

Wien, am Samstag, den 26. November 1927

Enthüllung einer Hanuschbüste in Fischau an der Schneebergbahn. Morgen, Sonntag, findet um ein Uhr mittags die Enthüllungsfeier der Büste des ersten Staatssekretärs für soziale Verwaltung, Ferdinand Hanusch im Lehrlings-erholungsheim Bad Fischau an der Schneebergbahn statt. Die Büste ist ein Werk des Bildhauers Gelles und wurde von der Kammer für Arbeiter und Angestellte gespendet. Die Zusammenkunft der Teilnehmer an der Enthüllungsfeier ist um 10<sup>45</sup> Uhr auf dem Aspangbahnhof. Mit dem Zug um elf Uhr wird dann die gemeinsame Fahrt über Soltau nach Bad Fischau angetreten.

Vorübergehende Einstellung des Parteienverkehrs im Berufsberatungsamt. Das Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der niederösterreichischen Arbeiterkammer (VII., Hermannsgasse 23) muss wegen umfassender Reorganisationsarbeiten den allgemeinen Parteienverkehr vom 15. Dezember 1927 bis einschließlich 1. Jänner 1928 einstellen. Die Lehrstellenvermittlung bleibt von der Einstellung unberührt, ebenso werden auch während dieser Zeit Lehrstellenangebote entgegengenommen.

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Stadtsenat tritt am Dienstag, den 29. November 1927, um zehn Uhr vormittags zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde <sup>ebenfalls</sup> für Dienstag, den 29. November 1927, um vier Uhr nachmittags einberufen. In seiner Sitzung wird die Investitionsanleihe der Stadt Wien verhandelt werden.

Amtsantritt des Stadtrates Julius Linder. Im Büro des Stadtrates Karl Richter versammelten sich heute vormittags sämtliche Vorstände und leitende Beamte der Verwaltungsgruppe VII, von denen Stadtrat Richter, der jetzt mit der Führung der Verwaltungsgruppe V betraut ist, herzlichen Abschied nahm. In seiner Ansprache an die Beamtenschaft wies Stadtrat Richter darauf hin, dass der Versuch der Gemeindeverwaltung, die Beamtenschaft und die Bevölkerung menschlich näher zu bringen, voll und ganz gelungen ist. In schwerer Arbeit hat die Beamtenschaft an dem grossen Aufbauwerk der Stadt Wien teilgenommen, das jetzt von dem hervorragenden Erfolg der Investitionsanleihe gekrönt wird. Tief gerührt dankte Stadtrat Richter den Beamten für ihre treue Mitarbeit. Nach herzlichen Abschiedsworten, die Senatsrat Geßl im Namen der Beamten an Stadtrat Richter richtete, Begrüsste Stadtrat Linder seine neuen Mitarbeiter und bat sie, das überaus herrliche Verhältnis, das Stadtrat Richter mit den Beamten verbindet, auch auf ihn überzutragen. In der Stadtbaudirektion hatten sich ebenfalls die leitenden Beamten versammelt, um Stadtrat Richter zu begrüßen. Stadtbaudirektor Dr. Ingenieur Musil hiess im Namen der leitenden Beamten Stadtrat Richter in seinem neuen Wirkungskreis herzlich willkommen. Stadtrat Richter dankte für die Begrüssung und bat die Beamten um ihr Vertrauen und ihre Unterstützung. Stadtbaudirektor Dr. Musil stellte sodann die Beamten vor.

Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der städtischen Frauengewerbeschule V., Margaretenstrasse 152 beginnen anfangs Jänner folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen für Schneiderinnen und Weissnäherinnen, Frisieren und Modistenarbeiten. Einschreibungen werden in der Kanzlei der Frauengewerbeschule täglich von acht bis vierzehn Uhr vorgenommen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

414  
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 26. November 1927.

-----  
Nach dem misslungenen Attentat auf Bürgermeister Seitz. Bürgermeister Seitz ist wenige Minuten nach dem Attentat um 6 Uhr abends im Rathaus eingetroffen. Kurz darauf erschien im Rathaus Regierungsrat Dr. Hederich von der Polizeidirektion, der die erste Einvernahme vornahm.

Im Laufe des Abends erschienen Vertreter der Presse beim Bürgermeister, wobei Chefredakteur Band im Namen der Wiener Presse Bürgermeister Seitz zu dem glücklichen Verlaufe des Attentats beglückwünschte. Kurz nach dem Bekanntwerden des Attentates beglückwünschten Bundespräsident Dr. Hainisch, Bundeskanzler Dr. Seipel, Polizeipräsident Schober, der rumänische Gesandte, die amtsführenden Stadträte sowie viele politische Persönlichkeiten dem Bürgermeister aus Anlass des Misslingens des Anschlagés.

-----

Wien, am Montag, den 28. November 1927

Enthüllung einer Hanuschbüste im Lehrlingserholungsheim Bad Fischau an der Schneebergbahn. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte hat für die Lehrlingsfürsorgeaktion eine vom Bildhauer Gelles ausgeführte Büste des ersten Staatssekretärs für soziale Verwaltung, Ferdinand Hanusch, gespendet. Die Büste wurde im Garten des Lehrlingserholungsheimes Bad Fischau an der Schneebergbahn aufgestellt und gestern enthüllt. Zur Enthüllungsfest waren Frau Emilie Hanusch, die Nationalrätinnen Popp und Proft, die National-Domes, Richter und Volkert, Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes Leser, Stadtrat Richter, in Vertretung des Bundesministers Dr. Resch Ministerialrat Dr. Foranitti, von der Generaldirektion der Aspangbahn Generaldirektor Modena, Vertreter des Gehilfenausschusses und andere mehr erschienen. Nach der Begrüßung der Festgäste durch den Direktor der Lehrlingsfürsorgeaktion August Marianek hielt Präsident Domes die Festrede. Er führte aus, dass die Büste eine gemeinsame Spende der Wiener Arbeiterkammer und des Vereines der genossenschaftlichen Gehilfenvertreter sei, wodurch diese der Lehrlingsfürsorgeaktion, die im letzten Jahr gegen 12000 Jugendlichen einen Landaufenthalt geboten hat, danken wollen. Er würdigte die Verdienste des Staatssekretärs Hanusch, dem auch die jugendlichen Arbeiter die Wohltaten eines Landaufenthaltes zu verdanken haben. Ministerialrat Dr. Foranitti dankte im Namen des Kuratoriums der Lehrlingsfürsorgeaktion der Arbeiterkammer für die Widmung der Büste. Ferdinand Hanusch hat als Staatssekretär mit allen Mitteln für die Ausgestaltung der Lehrlingserholungsheime das lebhafteste Interesse gehabt, er war mit ganzem Herzen ein Förderer der Bestrebungen der Aktion. Das Denkmal wird jederzeit eine dankbare Erinnerung sein und eine Mahnung, an der Weiterentwicklung der Lehrlingsfürsorgeaktion mit allen Kräften zu arbeiten. Nach Gesangsvorträgen des Arbeitergesangsvereines Fischau Bad wurde dann das Lehrlingserholungsheim von den Festgästen besichtigt, die ihrer Bewunderung über die Einrichtung und Organisation des Heimes lebhaftesten Ausdruck gaben. Die Büste selbst erhebt sich auf einen hohen Sockel, der die Inschrift trägt: Ferdinand Hanusch, Staatssekretär für soziale Verwaltung, Schöpfer des gesetzlichenurlaubes für Arbeiter und Lehrlinge in der Republik Oesterreich.

Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Morgen, Dienstag, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde des städtischen Finanzreferenten Stadtrates Breitner.

Keine Einstellung des städtischen Baues am Wienerberg. Am Freitag wurde unter der Leitung der Magistratsabteilung 40 die Bauverhandlung über den von der Gemeinde Wien am Wienerberg, nächst der Spinnerin am Kreuz zu errichtenden Wohnhausbau abgehalten. Dieser Wohnhausbau wird nach den Plänen der Architekten Krist und Cerley ausgeführt. Es werden in aufgelöster Bauweise kleinere Häuser mit zusammen 900 Wohnungen errichtet. Bis jetzt wurde erst ein Bauteil in Angriff genommen. Die Arbeiten für den zweiten Bauteil sind noch gar nicht vergeben. Der Entwurf zu dieser Wohnhausanlage ist auch wiederholt als Gartenstadt am Wienerberg bezeichnet worden, ein Beweis, dass es sich um niedrige, den Charakter als Familienhäuser zur Schau tragende Bauten von nur zwei Stockwerken handelt. Bei der Bauverhandlung haben nun die Vertreter des an der Triesterstrasse gele-

genen Epidemiespitals darauf hingewiesen, dass nach Richtlinien, die in früherer Zeit für diese Spitalbauten gegeben wurden, grössere Abstände gegenüber einem Bauteil dieser Gartenstadt erwünscht sei. Diese Richtlinien besitzen allerdings nur internen Charakter und sind daher nur für die Bauvorhaben des Bundes bestimmend. Da die Gemeinde Wien naturgemäss in gesundheitlichen Fragen sich nur von dem Wunsche leiten lassen wird, das vorzuziehen, was den Interessen der Bevölkerung am besten dienlich ist, hat der Kommissionsleiter eine Unterbrechung der Bauverhandlung verfügt, um im Wege einer sofort durchzuführenden Amtsbesprechung die erforderliche Klärung herbeizuführen. Es steht also eine Amtsbesprechung bevor, bei der die Vertreter des Epidemiespitals Gelegenheit haben werden, mit den Dienststellen der Gemeinde Wien, also insbesondere mit dem Stadtphysikat, Stadtbauamt und Baupolizei die strittigen Fragen zu bereinigen. Gegenüber auftretenden Gerüchten wird festgestellt, dass von einer Bauseinsetzung nicht die Rede sein kann; ebenso sind auch keine Arbeiter entlassen worden. Da die Erdarbeiten am Samstag zu Ende gingen, ist für diese Arbeiterkategorie dort keine Beschäftigung gegeben. Um den Baufortschritt des dem Epidemiespital zunächst gelegenen Flügels zurückzuhalten, bis das Ergebnis der Aussprache vorliegen wird, wurden lediglich die Bauarbeiter auf eine andere Baustelle gegeben.

Bundespräsident Dr. Hainisch bei Bürgermeister Seitz. Heute Vormittag erschien im Rathaus in Begleitung des Kabinettsvizeleiters Dr. Klastersky Bundespräsident Dr. Hainisch, um dem Bürgermeister zu dem glücklichen Ausgang des Attentates zu beglückwünschen. Der Bundespräsident gab seiner Freude über das Misslingen des Anschlages in herzlichen Worten Ausdruck. Bürgermeister Seitz dankte für die ausserordentliche Ehrung, die ihm durch diesen Besuch zuteil wurde.

Freie städtische Assistenzärztestellen. Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz werden an der Abteilung für Nasen-, Ohren- und Kehlkopfkrankheiten und an der Abteilung für Augenkrankheiten die Stellen der Assistenzärzte besetzt. Gesuche um diese Stellen müssen mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegt sein. Sie sind mit einem Bundesstempel (1 Schilling) zu versehen und an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu senden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In einigen Tagen wird die elektrische Strassenbeleuchtung in folgenden Strassen in Betrieb gesetzt werden: Innere Stadt: Singerstrasse, Kumpfgasse, Grünangergasse, Nikolaigasse, Sackgasse, Domgasse, Blutgasse, Liliengasse, Kurhausgasse und Franziskanerplatz; Leopoldstadt die Zirkusgasse; Meidling der restliche Teil der Eichenstrasse und in Währing die Herbeckstrasse, Blaselgasse, Semperstrasse, Marsanogasse, Anastasius Grüngasse, Exnergasse, Schopenhauerstrasse und der Weg längs des alten Friedhofes beim Währinger Park.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte am Samstag amtsführender Stadtrat Richter folgenden Ehepaaren anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien: Karl und Regine Ekler, Josef und Anna Eltman, Josef und Walpurga Königswieser, Franz und Paula Mertens, Wenzel und Emilie Pospischil, Karl und Barbara Schich Martin und Karoline Valousek, Josef und Karoline Watzek, Wendelin und Barbara Weiser und Franz und Maria Zadera.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

415  
Zweite Ausgabe

Wien, Montag, den 28. November 1927.

.....

Die Wiener Gemeinde-Anleihe im städtischen Finanzausschuss. Der städtische Finanzausschuss hat sich heute mit der Vorlage der Wiener Gemeinde-Anleihe beschäftigt. Stadtrat Breitner legte unter Hinweis auf den ausführlichen Motivenbericht noch einmal alle Bedingungen der Anleihe dar. Stadtrat Kunschak verwies darauf, dass durch die Anleihe der Wirkungsbereich der städtischen Unternehmungen eine Erweiterung erfahren wird, was mit neuen Bestellungen an Industrie und Gewerbe, aber auch mit einer Vermehrung des Personalstandes gleichbedeutend sei. Die Minderheit müsse verlangen, dass bei Bestellungen ausnahmslos zum früheren System der öffentlichen Ausschreibung zurückgekehrt werde, um politische Rücksichtnahmen vollkommen auszuschliessen. Was das Personal anlange, so herrsche heute bei der Aufnahme eine absolute Einseitigkeit, die der Opposition schon seit Jahren immer wieder zu Klagen Anlass gebe. Wenn die Minorität an und für sich für die Aufnahme einer Anleihe sei, so müsse es eigentlich als ein eigener Erfolg bezeichnet werden, dass heute ein solcher Antrag gestellt werde, doch müsse die Minderheit ihre Zustimmung im Gemeinderate davon abhängig machen, dass die von ihnen vorgebrachten Wünsche berücksichtigt werden. Die Gemeinderäte Zimmerl und Angermayer richteten einige sachliche Anfragen an den Referenten, so eine Anfrage über das Verhältnis der Gemeinde zu den 1902er Aktionären, die vom Stadtrat Breitner beantwortet wurden. In seinem Schlusswort erwiderte Stadtrat Breitner, dass die Bestellungen durch die Ausschüsse erfolgen und es wohl zu den allergrössten Seltenheiten gehört - wenn ein solcher Fall überhaupt vorliegt - dass die Vergebung von Lieferungen durch einen Majoritätsbeschluss erfolge. Soweit die Erinnerung zurückreiche, wurden Lieferungen nur auf Grund einstimmiger Beschlüsse vergeben. Was das Personal anlange, so ist es unzu treffend, dass irgendwelche andere Gründe als rein sachliche bestimmend seien. Es wäre wünschenswert, dass die Minderheit, da ja keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit darüber bestehe, dass die Aufnahme einer Anleihe wünschenswert sei, kein Politikum aus der Vorlage machen und sie die Vorlage einer sachlichen Prüfung unterziehen möge. Die erzielten Bedingungen halten durchaus jeder Kritik stand. Stadtrat Breitner gab schliesslich seiner Erwartung Ausdruck, dass die Annahme der Vorlage im Gemeinderate einstimmig erfolgen werde. Bei der Beschlussfassung enthielt sich die Opposition der Abstimmung.

.....

Wien, Dienstag, den 29. November 1927.

Die Gemeinde gründet eine Lesehalle und 200 neue Schulstipendien.

Zur Erinnerung an das Attentat auf den Bürgermeister.

Bürgermeister Seitz war, als er heute nachmittag in der Sitzung des Klubs der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat erschien, Gegenstand begeisterten Ovationen. Der Klubobmann Dr. Danneberg begrüßte den Bürgermeister mit folgender Ansprache:

Unser Bürgermeister ist Samstag unversehens in eine schwere Gefahr geraten, der er glücklich entronnen ist. Ein junger Mann hat den Revolver gegen ihn erhoben. Glücklicherweise ist der Bürgermeister unverletzt geblieben und es ist auch sonst niemandem etwas geschehen. Das erste was wir tun müssen, wenn wir heute nach dem Attentat zum erstenmal zusammen kommen ist, dass wir unserer grossen Freude Ausdruck geben, dass wir Bürgermeister Seitz unversehrt und in ungebrochener Arbeitskraft in unserer Mitte wiederhaben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen). Wir beglückwünschen ihn, wir beglückwünschen aber auch uns dazu. Wir sozialdemokratischen Gemeinderäte, die wir den Bürgermeister am nächsten stehen, können ihn besser, als alle anderen in der Partei; wir wissen, wie er kraftvoll und liebenswürdig, hilfsbereit und streng zugleich, sein schweres Amt führt, das wir ihm übergeben haben, wir wissen, wie er in dieser grossen Verwaltung die einigende Kraft ist, wir wissen, wie er der richtige Bürgermeister für diese grosse Stadt Wien ist, wir <sup>fühlen</sup> und erleben es alle Tage, wie er am besten den Ausdruck zu geben vermag, was hier geschieht, wie er der richtige Repräsentant dieser grossen, gewaltigen Arbeit ist, die hier geleistet wird, wie er der richtige Interpret dessen ist, was hier geschieht.

Es ist nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn auch der Attentäter glücklicherweise sein Ziel verfehlt hat. Es ist in unseren Kreisen nicht üblich, dass wir jemanden an normalen Tagen etwas Gutes, etwas Liebes und Schönes sagen. Das kommt bei uns nur bei Feiern des 60. und 70. Geburtstages vor, oder bei traurigen Anlässen. Es drängt uns aber alle, dass wir heute an diesem Tage, dem Bürgermeister, unserem Genossen Seitz, sagen, wie wir alle ihn lieben, wie wir alle ihn hochschätzen und uns ihm verbunden fühlen.

Aber es muss an diesem Tage noch etwas gesagt werden. Wenn auch das Attentat seinen Zweck verfehlt hat, enthebt uns das nicht, die Dinge mit vollem Ernst zu betrachten. Wir empfinden es - das dürfen wir offen sagen - als eine Schmach, dass ein Arbeiter auf den Vorkämpfer der Arbeiterschaft geschossen hat. Wir empfinden es als eine Schande und als eine politische Verblendung, dass just an dem Tage, an dem der Wiener Bevölkerung bekanntgemacht wurde, dass wir in unserer grossen Aufbauarbeit wieder einen entscheidenden Schritt nach vorwärts getan haben, dass just an dem Tage, an dem die grosse Arbeit, die wir alle miteinander hier leisten, in der ganzen Welt ihre Anerkennung gefunden hat, an dem Tage, an dem die Gemeinde Wien unter Führung des Bürgermeisters Seitz dazu geschritten ist, durch die Anleihe <sup>grosse</sup> neue Möglichkeiten für den Aufbau der Stadt, neue Arbeitsmöglichkeiten für zehntausende Menschen zu schaffen, dass just an diesem Tage ein Mann aus dem Volke auf den Mann schiessen wollte, der durch den Willen der Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung dieser Stadt an der Spitze der Wiener Verwaltung steht. Es mögen die Geschichtsschreiber darüber streiten,

ob in einem despotisch regierten Lande politische Attentate unvermeidbare politische Kampfmethoden sind, oder nicht. In einer demokratischen Republik ist ein solches politisches Attentat eine Schändung des Gedankens der Demokratie. (Lebhafte Zustimmung) Aber diese Feststellung genügt nicht. Wir leben

hier in einer Stadt, in der wir Sozialdemokraten eine Organisation aufgebaut haben, wie sie ihresgleichen die Weltgeschichte nicht kennt hat.

Wir haben in dieser Stadt 360.000 Menschen in unseren Reihen vereinigt, Wir ringen um die Seele der Massen und dieses Ringen ist erfolgreich; wir haben zehntausende und aberzehntausende mit dem grossen Gedanken des Sozialismus erfüllt. Darauf können wir stolz sein. Aber das Ereignis des letzten Samstag zeigt, dass <sup>noch</sup> bei weitem nicht alle Arbeit getan ist. Denn neben unserer grossen Organisation der Hunderttausende <sup>andere</sup> stehen kleinere Organisationen, die mit dem Gelde der Fabrikanten und der Banken gespeist werden, Organisationen, protegiert von der Regierung, durch die <sup>Lokale</sup> Bereitstellung staatlicher <sup>Lokale</sup> begünstigt, Organisationen, die nur einen kleinen Kreis von Anhängern haben, Organisationen des Frontkämpfer- und Hakenkreuzertums, die aber den kleinen <sup>Kreis</sup> ihrer Anhänger mit dem Gedanken eines politischen Fanatismus erfüllen der die Mörder der Rathenau und Erzberger, der die Scheidemann-Attentäter, als nachahmenswerte Helden hinstellt, und so junge Menschen und - sagen wir es nur offen - auch junge Arbeiter irreführt, auf eine Bahn der Verblendung, auf einen Weg, den wir schaudernd am Samstag wieder gesehen haben.

So ist es unsere Pflicht, nicht nach der Polizei zu rufen, sondern alles zu tun, was an Erziehungsarbeit notwendig ist, damit es keine verirrtten Arbeiterseelen in dieser Stadt mehr gäbe. So wollen wir in diesem Augenblick, an dem unser Bürgermeister, unser Genosse Seitz einer schweren Gefahr entgangen ist, vor allem an Jugenderziehung und an Arbeiterbildung denken. An dem Tag, an dem wir unserem Bürgermeister beglückwünschen <sup>und uns freuen, dass er der grossen Gefahr entronnen ist, soll die Gemeinde Wien auch eine Tat setzen, die an diesem unseligen Tag erinnert, der doch schliesslich ein so gutes Ende genommen hat. Sie sollte eine Tat setzen, für Jugenderziehung, für Arbeiterbildung, etwa in dem Sinne, dass die Zahl der Stipendien für Mittelschüler und Hochschüler, die jetzt 600 beträgt, auf 800 erhöht wird; <sup>sie</sup> sollte sie aus diesem Anlass den Anfang mit <sup>eigener</sup> Volksarbeit <sup>die den Namen des Bürgermeisters führen soll.</sup> bilden machen, indem sie eine Lesehalle in Wien schafft. Wenn wir solches <sup>schaffen,</sup> leisten wir ein gutes Stück notwendiger Erziehungsarbeit.</sup>

So sprechen wir nochmals unserem Bürgermeister, unseren Genossen Seitz, unseren herzlichsten Glückwunsch aus. (Brausender Beifall und Hochrufe auf den Bürgermeister).

Bürgermeister Seitz dankte bewegt. Ich habe jetzt häufig die Pflicht, im Namen der Partei und im eigenen Namen bei Geburtstagsfeiern zu reden und die Verdienste der Jubilare zu feiern. Jetzt merke ich, dass es eine weit leichtere Sache ist, jemand zu feiern, als gefeiert zu werden. Ich danke Ihnen, ich danke der ganzen Partei und allen mir nahestehenden Freunden, vor allem Dr. Danneberg, für die Sympathien, die sich bei diesem Anlass bekundet haben. Es ist keine Phrase, wenn ich sage, dass ich nicht das Gefühl habe, irgend aus den Reihen derer, die nach ihren Kräften ihre Pflicht tun, herausgetreten zu sein, dass ich vielmehr nur in diesem Rahmen geblieben bin. Danneberg sagt, ich sei der geeignete Interpret der heutigen Gemeindeverwaltung. Was ich in dieses Haus mitbrachte, als ich hier einzog, war, das sage ich <sup>- selbst</sup> auf die Gefahr hin, sentimental zu erscheinen - ganz offen, meine Liebe zu Wien. Ich habe diese Stadt wirklich gern, sie ist meine Vaterstadt in jedem Sinn des Wortes und ich bemühe mich, ihr mit allen meinen Kräften zu dienen, ich bemühe mich, Wien zu einer Stadt zu machen, die einerseits das Gute beibehält, was man so gewöhnlich unter Wiener Wesen versteht, die aber andererseits alles überwindet, was überholt und veraltet ist, die mit der Zeit geht, einer neuen Blüte entgegengeht. Wenn ich derart diesem Wien dienen kann, dann wirklich mit ganzem Herzen. Danneberg hat uns auch mitgeteilt und ich glaube, dass er es schon in einem Kreis massgebender besprochen hat, dass

die Gemeinde aus diesem Anlass die Zahl der Mittelschul- und Hochschulstipendien erhöhen und eine Lesehalle gründen soll. Wer zuerst diesen Gedanken gehegt hat, kennt mich und weiss, dass mir alles, was mit Bildung zusammenhängt, am Herzen liegt. Ich habe <sup>mich</sup> vor fast 40 Jahren auf Grund der Erfahrungen meiner Jugend und in Abscheu vor einer Gesellschaftsordnung, in der Proletarierkinder das Schicksal erfahren, dass mir zuteil geworden war, dem Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung angeschlossen, ich habe mich damals entschlossen, mitzuhelfen, dass diese Gesellschaftsordnung überwunden werde. Aber unsere Aufgabe ist nicht nur, dem Proletariat dieses Endziel zu weisen, zu dem es einst kommen soll, wir haben auch die Pflicht schon heute, jedem einzelnen so viel Lebensglück, das heisst so viel Recht und so viel Wohlstand so viel Bildung/zu schaffen, als nur möglich ist. Zu diesem Zweck muss unsere Jugend mit Wissen und Bildung erfüllt werden, mit dem Geist des Widerspruches gegen diese Gesellschaftsordnung, aber auch mit Liebe zur Menschheit und mit Opfermut für den Kampf. Die Jugendbildung schien mir immer als eine unserer wichtigsten Aufgaben. Und wenn das geschieht, was Dr. Danneberg jetzt angekündigt hat, wird es mir eine Befriedigung sein, dass auch einer bösen Tat Gutes entstanden ist. Ich danke Ihnen allen und den Freunden draussen die mir ihre Sympathie bekundet haben, herzlich und ich werde bis an mein Ende der Sache dienen, zu der Sie mich berufen haben, (Stürmischer Beifall und Händeklatschen).

Wien, am Dienstag, den 29. November 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. November 1927

Als Bürgermeister Seitz um vier Uhr nachmittags den Sitzungssaal des Gemeinderates betritt werden ihm von der Gemeinderatsmehrheit lebhafteste Ovationen bereitet. Die sozialdemokratischen und grossdeutschen Gemeinderäte erheben sich von den Sitzen und spenden dem Bürgermeister lauthohehrenden Beifall. Die in Saale anwesenden christlichsozialen Gemeinderäte bleiben während der Kundgebung auf ihren Plätzen sitzen, ohne sich an der Kundgebung zu beteiligen.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung.

Es wird sodann in die Beratung des Antrages über die sechsprozentige Dreissigmillionen Dollaranleihe der Stadt Wien eingegangen.

St.R. Breitner: Es war immer, auch in der Vorkriegszeit eine sehr wichtige Angelegenheit, wenn der Wiener Gemeinderat über die Aufnahme einer grossen Anleihe beschloss. Es war dies immer das Zeichen, dass neue fruchtbringende Arbeit geleistet wird, dass Industrie und Gewerbe dieser Stadt Aufträge erhalten. Von noch viel grösserer Bedeutung ist es, wenn wir heute nach dem Kriege, nach all den Zerstörungen, die sich vollzogen haben, nach einer überlangen Pause wieder dazu kommen, eine grosse Investitionsanleihe zu beraten. Industrie und Gewerbe dieser Stadt hungert förmlich nach Arbeit und es ist für Arbeiter und die vielen tausende Arbeitslosen eine grosse Botschaft, wenn man die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um in rascherer Folge, als es sonst geschehen wäre, die grossen Betriebe der Gemeinde auszugestalten. Eine Reihe von Wünschen wird erfüllt, werden deren Verwirklichung länger gedauert hätte.

Wenn wir Ihnen heute keinen genauen Verwendungsplan vorlegen, so geschieht dies, um darzutun, dass wir in der Verwendung der Anleihe lediglich an jenen allgemeinen Beschluss gebunden sind, den der Wiener Landtag in der Sitzung vom 1. April gefasst hat, um darzutun, dass die Verwendung dieser Gelder freie Entscheidung des Gemeinderates ist und dass wir uns in dieser Beziehung in gar keine wie immer geartete Abhängigkeit oder Kontrolle begeben haben. Selbstverständlich werden aber jene Faktoren, die dazu berufen sind solche Arbeiten vorzubereiten und zwar in erster Reihe der Unternehmungsausschuss in naher Frist sich mit dem Verwendungsplan befassen. Ich will nur eines vorausschicken, dass wir bei Verwendung dieser Gelder in aller erster Linie an die Strassenbahn, an das Gaswerk, an das Elektrizitätswerk, allenfalls auch an die Leichenbestattung denken, dass aber, wie es immer gewesen ist Brauhaus und Anleiheunternehmung ihre/Bedürfnisse auch in Zukunft aus eigenen Mitteln zu decken haben werden. Am 1. April hat der Landtag durch ein Gesetz den allgemeinen Rahmen für die Anleihe abgesteckt, er hat damit einen Auftrag erteilt und das zuständige Referat hat diesem ihm erteilten Weisung entsprechend gehandelt. Es ist in der Nachkriegszeit nicht sehr einfach, zu Anleihebedingungen und Anleiheformen zu gelangen, die der Tradition und dem Ansehen eines so grossen Gemeinwesens wie es Wien ist, entsprechen. Wir haben uns lange Zeit zurückgehalten und zurückhalten müssen. Ich verweise nur auf das entscheidende Hindernis, das bis zum 30. Juni 1926 bestand. Der Generalkommissär in unserem Lande und es wäre die schwerste Gefahr für die Autonomie der Wiener Gemeindeverwaltung in ihrer Willensfreiheit beengt gewesen, hätte sie zu jener Zeit Anleihen gesucht und es wäre die schwerste Gefahr für die Autonomie der Wiener Gemeindeverwaltung in ihrer Willensfreiheit beengt gewesen, hätte sie zu jener Zeit Anleihen gesucht.

Wir haben uns also zurückhaltend auferlegt, weil wir den Zeitpunkt abwarten wollten, an dem wir vollkommen frei und unabhängig solche Ver-

handlungen führen können, Verhandlungen, bei denen es sich ausschliesslich darum handeln kann, die Sicherheit, die die Gemeinde als solche bietet, zu prüfen und als Unterlage zu nehmen. Ich habe es in der Sitzung des Landtages vom 1. April als das vornehmste Ziel von Anleiheverhandlungen bezeichnet, jedwede Verpfändung zu vermeiden. Das ist auch tatsächlich gelungen. Wir haben keine wie immer gearteten Unterlagen zu geben. Wie vor dem Kriege genügt das Ansehen und das Vertrauen, dass sich diese Stadtverwaltung erworben hat (lebhafteste Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Anleihebedingungen selbst waren naturgemäss wie immer der Gegenstand harten Ringens. Immer bestimmen die Marktverhältnisse wie Verkaufsmöglichkeiten.

Ich kann es ohne alle Ueberhebung aussprechen zu dürfen, dass die/Bedingungen, wie sie hier vorliegen, jeder Kritik standhalten. Wir haben den Betrag von dreissig Millionen Dollars, den der Landtagsbeschluss ausgesprochen hat auf eine Laufzeit erzielt, wie sie den amerikanischen Marktverhältnissen entspricht und wie sie für die geplanten Investitionen als angemessen erscheint und wir haben einen Anleihetypus, der durchaus angemesen ist. Wir haben einen Kurs/der im Vergleich mit dem Ansehen der grossen deutschen Gemeinwesen durchaus bestehen kann.

Zwei Momente sind für die Beurteilung der Anleihe von besonderer Bedeutung. Zunächst die Bedingung, dass wir jederzeit die Möglichkeit haben, die Anleihe vorzeitig zurückzuzahlen. Niemand kann natürlich voraussagen, ob die Marktverhältnisse, die heute bestehen, noch eine Reihe von Jahren dauern werden oder ob nicht über kurz oder lang günstigere Verhältnisse eintreten. Sollte das letztere der Fall sein, so haben wir nichts fehl getan, nichts versäumt. Wir werden uns dann einfach bemühen zu den besseren Marktverhältnissen eine neue Anleihe zu erlangen und werden dem nächsten Couponfälligkeitstermin dazu beistimmen.

Die heutige Anleihe vorzeitig aus der Welt zu schaffen. Das überhebt uns der Sorge, ob wir den Beschluss, den wir heute fassen, nicht einer Reihe von Jahren zu befeuern haben werden. Eine andere günstige Bedingung besteht darin, dass wir nicht gezwungen sind, die zu den betreffenden Verlosungsterminen ausgelosten Stücke zum Nennwert zurückzuzahlen und so die Differenz zwischen Begebungskurs und Nennwert als Verlust zu betrachten, sondern dass wir die Möglichkeit haben, durch Stücke, die wir am Markt kaufen, der Tilgungsverpflichtung nachzukommen. Auch hier ist eine Voraussage nicht möglich. Aber soweit man es beurteilen kann und solange der heutige Zustand herrscht, wird es möglich sein, einen sehr erheblichen Teil des Unterschiedes, der gegenwärtig zwischen Begebungskurs und Nennwert besteht für die Gemeinde wieder einzuholen, sodass wir wohl die volle Differenz auf längere Zeit nicht als bringend verlust betrachten müssen.

So haben wir in richtiger Weise die Grenzen abgesteckt. Wir haben eine Anleihe vor uns, von der wir behaupten dürfen, dass sie der Ausdruck eines sehr starken Vertrauens zur Lebenskraft dieser Stadt ist. Wenn man an die Verhältnisse zurückdenkt, die nach dem Kriege bestanden, wenn man sich den Pessimismus vor Augen führt, der damals nicht/bei uns in weiten Kreisen, sondern auch in der Welt geherrscht hat, als man unsere alte, berühmte Stadt, die einmal in so grosser Geltung gestanden ist, förmlich zu den Toten geworfen hat, erkennt man erst, wie gealtig der Unterschied zwischen heute und damals ist. Heute sind jene Faktoren, die nur den Respektift handhaben zur Erkenntnis gekommen, dass die Wurzeln dieses Gemeinwesens nicht bloss verankert waren in einer Monarchie, in einem grossen Staatsgebiet mit einer grossen Bevölkerungszahl, sondern dass sie verankert sind in den unzerstörbaren kulturellen Errungenschaften dieser Stadt, in der Tüchtigkeit ihrer industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft. Wir haben damals den Lebensmut nicht verloren und so ist es uns gelungen über alle Widrigkeiten hinweg zu neuer Geltung zu gelangen.

Diese Anleihe wird uns von einem Institut/angeboten, dass zu den angesehensten und mächtigsten der Welt gehört. Auch das ist für eine Anleihe nicht ohne Bedeutung. Es ist sehr wesentlich, ob eine solche Anleihe mit einer Laufzeit von 25 Jahren die ganze Zeit hindurch entsprechend betreut wird und wir glauben, dass dies bei dem Kontrahenten, den wir gefunden haben, ohne weiters der Fall ist. Diese Verbindung ist durch Vermittlung des Wiener Bankverein angeknüpft worden, der uns mit seiner Mitwirkung wertvolle Dienste geleistet hat, die bei dieser Anleihe hervorzuheben/mich verpflichtet fühle. Wenn wir die ganze Vorlage betrachten, können wir wohl sagen, dass man nach kritischer und gewissenhafter Prüfung mit aller Beruhigung die Zustimmung erteilen darf. Wir haben den Mitgliedern des Gemeinderates in einer so detaillierten Weise wie es nur möglich ist, alle Unterlagen an die Hand zu geben. Es ist dadurch Gelegenheit geboten zu einem richtigen Urteil zu gelangen. Es wird sicherlich von der ganzen Bevölkerung begrüßt werden, wenn es gelingt, diese Anleihe durchzuführen und damit eine Fülle von Arbeit für Industrie und Gewerbe dieser Stadt zu sichern. Es wäre aber auch von Wert und Bedeutung, wenn sich wieder einmal nach längerer Zeit der Wiener Gemeinderat mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung, die dieser Vorlage innehat, zu einer einstimmigen Beschlussfassung zusammenfindet. Ich bitte den geehrten Gemeinderat in die Beratung und Erledigung der Vorlage einzugehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtrat Kunschak: Die heutige Sitzung kann man unter verschiedenen Gesichtswinkeln als eine geschichtlich denkwürdige bezeichnen. Eigentlich hat der Gemeinderat dem Antrag auf Aufnahme dieser Anleihe schon durch seinen Beifall zu den Ausführungen des Finanzreferenten die Zustimmung erteilt. Immerhin darf ich konstatieren, dass durch diese Vorlage eine wesentliche Veränderung der Auffassung bei der Mehrheit eingetreten ist. Ich darf darauf verweisen, dass der Erfolg in hohem Grad, wenn auch nicht in materieller Beziehung, so doch nach dem Urheberrecht der Opposition zuzuschreiben ist. (Sehr richtig! bei der Minderheit). Freilich hat man für unsere Auffassung in dieser Sache kein Verständnis besaßt. In dieser Saale und ausserhalb war es die Wahrheitspartei, die uns für unseren Standpunkt nicht nur keine Anerkennung, sondern schlimmste Angriffe entgegengebracht hat. Man hat uns vorgeworfen, dass unser gemeindepolitisches geistiges Besitztum darin besteht, Schulden zu machen. Sie haben uns, wenn wir die Aufnahme einer Anleihe verlangt haben, immer wieder gesagt, dass Sie es anders machen, als die frühere Verwaltung, die Schulden auf Schulden gehäuft hat. Nun unterbreiten Sie heute selbst den Antrag auf Abschluss einer Anleihe.

Schon als der Wiener Landtag den Beschluss gefasst hat, dass eine Anleihe aufzunehmen ist, war der Zeitpunkt der Umkehr gekommen. Heute setzen Sie den Schlussstein und in wenigen Tagen wird auch die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung unter die Schuldennmacher gegangen sein, wie Sie immer das uns vorgeworfen haben. Auch Sie sind an das ausländische Kapital herantreten, auch Sie haben sich der Mitwirkung der Banken bedient, und mit deren Hilfe diese Anleihe durchgeführt.

Ich darf noch etwas anderes feststellen. Dass der Referent heute in der Lage ist, über eine Anleihe zu referieren und relativ günstige Bedingungen zur Annahme zu empfehlen, ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde auch auf den ausländischen Kapitalplätzen ihre Kreditfähigkeit gesichert hat. Das ist aber die Frucht der Arbeit der früheren Verwaltung. (Sehr richtig!) Es ist nicht abzuleugnen, dass der Kredit der Gemeinde auf den Monopolbetrieben fusst, die die frühere Verwaltung unter den schwierigsten Verhältnissen und unter den schwersten Kämpfen geschaffen hat. Das Riesenunternehmen der Strassenbahn, eine Gründung

der früheren Verwaltung, stellt eine ganz aussergewöhnliche Kredithilfe dar. Auch beim Gaswerk, ich darf gewiss daran erinnern, unter welcher unsäglichen Schwierigkeiten das Monopol zustande gekommen ist, hat die frühere Verwaltung die Vorherrschaft der englischen Gaserschaft gebrochen. Das städtische Gaswerk ist nicht nur eines der stolzesten Werke, auf das die Gemeinde verweisen kann, sondern auch eine Kreditpost. Dasselbe gilt auch vom städtischen Elektrizitätswerk. Auch hier hat die frühere Verwaltung Kämpfe, Mühen und Sorgen gehabt, bis zu dem Zeitpunkt der Erlangung des Monopols. Wenn jetzt auch noch die Ausnützung der Wasserkräfte dazugekommen ist, so besteht bei den Kennern der Verhältnisse kein Zweifel darüber, dass diese Aktion schon vor dem Krieg eingeleitet war, durch den Krieg aber nicht ausgeführt werden konnte. So sind diese drei Werke geeignet den Kredit der Stadt zu heben und für alle Eventualitäten vollste Sicherheit zu bieten. Wenn ich heute an diesem Tage sage, dass ich an vielen dieser Dinge mitgearbeitet habe, so bitte ich, dies nicht als Unbescheidenheit auszuliegen, aber alle Erfolge haben ihren Ausgangspunkt genommen aus der Arbeit, die die frühere Verwaltung geleistet hat. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)

Diese Anleihe hat noch eine andere Bedeutung. Sie ist die erste, die durch die volle Selbständigkeit des Kreditwerbers laut und feierlich Zeugnis ablegt für einen Akt, dem wir ja die Gesundung unseres Wirtschaftslebens überhaupt zu danken haben: Der Stabilisierung der Währung. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Diese Anleihe ist ein Bekenntnis des Vertrauens in die Finanzpolitik, die von der Bundesverwaltung geführt wird. Wäre auch nur der geringste Zweifel an der Stabilisierung unserer Währung möglich, es würde die ganze Kreditfähigkeit der Gemeinde nicht ausreichen, um einen ausländischen Kredit zu bekommen. Darüber hat uns ja in jenen berühmten Augusttagen des Jahres 1922 der städtische Finanzreferent selbst belehrt und uns gesagt, dass letzten Endes alles von dem Zustand der Währung abhängt. Ich darf also den heutigen Tag auch als einen Siegestag der Stabilisierung der Währung bezeichnen. Wenn der Finanzreferent heute die Fahne seines Erfolges aufpflanzt, so erinnern wir uns auch des Mannes, dem wir die Stabilisierung der Währung verdanken. (Lebhafte Rufe bei der Minderheit: Hoch Seipel!) Sie werden es vielleicht als ein hartes Urteil bezeichnen, wenn ich sage, dass Sie mit dieser Anleihe nur einen halben Schritt machen. Die Anleihe dient der Absicht, die Investitionstätigkeit der städtischen Unternehmungen zu fördern. Aber diese Investitionstätigkeit besteht auch bei der Gemeinde auf einem anderen Gebiet. Sie haben den Wohnhausbau zu einem kommunalen Programm gemacht. Ich stelle fest, dass Sie durch die Aufnahme des Wohnbaues in den Aufgabenkreis der Gemeinde ein Investitionsgebiet von ungeheuren Umfang neu eröffnet haben. Sie führen diese Investition nach dem Grundsatz: Was ausgegeben wird, muss im selben Jahr eingenommen werden. Das ist eine ganz unerhörte Belastung der Bevölkerung. Im Jahre 1927 haben Sie 118 Millionen Schilling in den Voranschlag für den Bau von Wohnhäusern eingestellt. Der Wiener Wohnungsbau finanziert aus den laufenden Einnahmen der Steuern ist nichts anderes als eine Erdrosselung des Wiener Wirtschaftslebens. (Sehr richtig! bei der Minderheit). Es wird der Tag kommen, an dem Sie nicht mehr imstande sind, jene gewaltigen Summen aus den laufenden Einnahmen hereinzubringen. Die Einnahme ist ja auch schon erfolgt. Für das Jahr 1928 sind nur mehr 76 Millionen Schilling für Wohnhausbauten vorgesehen. Ich mache daraus gar keinen Vorwurf, denn Sie stehen hier unter dem Druck eines ehrenwerten Wirtschaftsgesetzes. Auf die Dauer kann man gegen die Natur nicht sündigen. Aber auch diese 76 Millionen sind noch immer eine starke Belastung des Wirtschaftslebens. Wir müssen immer wieder fordern, dass Sie auch für den städtischen Wohnhausbau eine Investitionsanleihe aufnehmen. Sie sagen darauf, dass der Wohnhausbau eine unproduktive Ausgabe

be ist und weder die Verzinsung noch die Amortisation des Baukapitals heraufgewirtschaftet werden kann. Aber das ist auch gar nicht notwendig. Eine Wohnbauanleihe kann unter ganz anderen Voraussetzungen aufgenommen werden. Sie haben die Wohnbausteuer. Sie gibt Ihnen die Möglichkeit eine grosse Wohnbauanleihe zu sichern, sowohl hinsichtlich der Verzinsung als auch des Amortisationsdienstes. Es wird also dadurch der eigentliche Zweck der Wohnbausteuer nicht in Frage gestellt, aber zugleich auch in der Belastung der Mieter und der Steuerträger eine wesentliche Erleichterung eintreten. Sie stehen heute noch auf dem Standpunkt, dass Sie eine Wohnbauanleihe nicht gut heissen können. Es heisst also für uns noch abwarten. Ich hoffe den Tag noch zu erleben, an dem hier der Antrag gestellt wird, für den städtischen Wohnhausbau eine Anleihe aufzunehmen. (Beifall bei der Minderheit). Ich hoffe, dass diese Umkehr in einem Augenblick erfolgt, in dem man sagen kann: Gerade noch rechtzeitig!

Die Gemeinde hebt noch immer die sogenannte Wasserkraftabgabe ein. Wir haben schon bei der Beratung des Vorschlages für das Jahr 1927 die Abschaffung dieser nicht mehr gerechtfertigten Steuer begehrt. Sie selbst haben sich entschlossen, Wasserkraftwerke nicht mehr zu bauen, weil die Technik die Ausnützung der Kohle stark gesteigert hat. In diesem Augenblick hat es gar keinen Sinn mehr, eine Steuer für die Erbauung von Wasserkraftanlagen einzusetzen. Die städtischen Wasserkraftwerke werden von den Elektrizitätswerken betrieben, die auch mit den Baukosten belastet sind. Die Wasserkraftabgabe wird eingezogen, im Voranschlag unter Einnahmen eingesetzt und mit dem gleichen Betrag auch in die Ausgabenrubrik eingestellt, um schliesslich auf einem *compte separate* zu landen. Dieser Vorgang entspricht ungefähr der Anlage der Gelder eines braven Dienstboten bei der Sparkasse. Auch der freut sich am Jahresabschluss der Verzinsung. Aber solche Sachen kann sich eine vernünftige Verwaltung nicht leisten. Stadtrat Breitner hat uns in der Budgetdebatte gesagt, dass die Wasserkraftabgabe bei der Aufnahme einer Anleihe aufgelassen werden kann. Die Anleihe ist nun da und ich präsentiere meinen Wechsel. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wir fordern: Weg mit der Wasserkraftabgabe. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Diese Abgabe belastet heute ungezählte proletarische Haushalte, die Gas zu Kochzwecken verwenden. Sie verteuern dadurch die Lebenshaltung breiter Schichten. Ich beantrage abermals, dass die Wasserkraftabgabe zu verschwinden hat. Wir wissen, dass die gesamten Gas- und Stromabnehmer - und das ist die Mehrheit der Bevölkerung Wiens - voll und ganz auf unserer Seite ist.

Wir haben schon bei der Beratung der Anleihe im Finanzausschuss zwei Forderungen erhoben. Wir haben verlangt, dass die städtischen Arbeiten nach einer Methode vergeben werden, die nicht der Willkür Tür und Tor öffnet. Durch die Anleihe werden die städtischen Unternehmungen verstärkte Investitionen durchführen und grosse Summen an öffentlichen Arbeiten verwendet werden. Der Eindruck muss verschwinden, dass mit so grossen Summen öffentlichen Geldes willkürlich verfahren wird. Sie müssen dem Gemeinderat die Beruhigung geben, dass diese Summen dem Wirtschaftsleben auf geradem Wege zugeführt werden und dass es da keine Kontrollschleusen gibt. (Beifall bei der Minderheit). Sie haben aber für diese Forderung nicht das geringste Verständnis gezeigt.

Ebenso hat die Mehrheit sich gegenüber unserer zweiten Forderung verhalten. Es ist klar, dass mit den Mitteln aus dieser Anleihe neue Strassenbahnlinien gebaut, Autobusse und verschiedene andere Bestellungen an private Unternehmungen zur Durchführung übertragen werden. Zweifelsohne erhöht sich der Personalbedarf bei den städti-

sehen Unternehmungen durch ihre Ausgestaltung. Und nun bitte ich die Mitglieder der Mehrheit sich in den Gedanken hineinzusetzen, was es heisst, die Mittel zu bewilligen, die dazu dienen, um Angestellte und Arbeiter neu einzustellen, diese Einstellungen aber nur einseitig rein vom parteipolitischen Standpunkt der Mehrheit geschahen zu lassen. Dies geschieht insbesondere bei der Strassenbahn in einer Art, die einzig in der Welt dasteht. Ein einziger Mann, der Obmann des Personalausschusses entscheidet dort über die Aufnahmen. Der Personalreferent, der amtsführende Stadtrat und die Direktion haben nicht das geringste dreinzureden. Der Herr Obmann schaltet und waltet nach eigenen Gutdünken. Er fragt jeden Stellenwerber, ob er schon drei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert ist. Nur der das nachweisen kann, dem öffnen sich die Tore zum Dienst bei der Strassenbahn. Und nun bitte sich vorzustellen, was es heisst, wir sollen mitstimmen, damit die Machtfülle dieses Obmannes noch erweitert wird. Es ist eine starke Zumutung, die Sie an uns stellen. Im Stadtsenat ist in diesem Zusammenhang heute ein hartes Wort gefallen. Man hat uns vorgeworfen, dass wir für unsere Stimmen einen Kaufpreis verlangen. Dieses so leicht hingeworfene Wort brennt noch immer in meinem Gefühl. Es ist eine Verdächtigung unserer Gesinnung und was wir wollen ist kein Kaufpreis, sondern nur die Forderung, dass Sie sich endlich entschliessen, die Arbeiten, die die Gemeinde zu vergeben hat, öffentlich auszuschreiben. Es ist kein Kaufpreis, sondern die Erfüllung einer Pflicht. (Beifall bei der Minderheit). Wenn wir verlangen, dass dieses System der Personalaufnahme bei der Strassenbahn geändert wird, so ist das ebenfalls kein Kaufpreis, sondern lediglich nichts anderes, als ein Bekenntnis zu der Erkenntnis, dass eine Gemeinde, zu deren Betrieb die gesamte Bevölkerung beisteuert, die Pflicht hat, die Verwaltung nach allgemeinen Gesichtspunkten zu führen.

Wir aber haben aus den Erfahrungen der Sitzungen im Finanzausschuss und Stadtsenat gesehen, dass Sie einer so hohen Auffassung nicht fähig sind. Wir werden aber trotzdem für diese Vorlage stimmen und damit ein Bekenntnis ablegen zur Ehre unserer Stadt, die uns heilig und lieb ist. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). G. Zimmerl & E.L. tadelt zunächst dass die Minorität nicht den Verhandlungen über das Zustandekommen der Anleihe beigezogen wurde. Stadtrat Breitner sagt, wir seien die Mehrheit und wir tragen die Verantwortung. Ich habe nun Rückschau in die letzten Jahre gehalten und gefunden, dass man doch mit der Opposition verhandelt hat. Man hat mit uns Verhandlungen wegen der 1902er Aktionäre geführt, die sehr vertraulich waren. Wir waren über jede Phase der Verhandlungen unterrichtet, wir hatten mitberaten und mitbeschlossen. Und niemand hat etwas erfahren. Auch den schwierigen Verhandlungen, die Sie mit der Wag geführt haben, wurden wir beigezogen. Wir waren zu Verhandlungen schon oft gut genug. Warum Sie uns jetzt das Mitberaten verweigert haben, ist unerfindlich. Eines wird doch Stadtrat Breitner nicht bestreiten können: Unsere Mitarbeit hätte nur befruchtend eingewirkt. Wir hätten uns manche kritische Bemerkung ersparen können, wenn wir auch Wissende wären. Der Kreditgewährung geht natürlich die Solvenz des Kreditansuchers voraus. Diese wurde niemals bestritten. Im Exposé wurde den Direktoren der Stand der Finanzen angeführt. Breitner hat festgestellt, dass Wien keine Passiven hat. Das ist die Wahrheit über das, was Sie von den Christlichsozialen überkommen haben. Danneberg hat eine Broschüre über Steueradismus geschrieben in der es heisst, dass Wien vor dem Krieg eine reiche Stadt war. Während des Krieges hat sie um 78 Millionen Goldkronen Kriegsanleihe gezeichnet. Wien hat Schulden gemacht, hat das Geld vergeudet und nach dem Krieg waren die Kassen leer. In den Kellern lagerte verfaultes Sauerkraut, das man der Bevölkerung als Nahrung zumutet. Wenn Breitner diesen Bericht der Citybank unterbreitet hätte, hätte er die Anleihe nicht bekommen. Was Danneberg in der Broschüre sagt, ist Lüge und Verleumdung.

Bürgermeister Seitz <sup>läutet</sup>  
 GR. Zimmerl: Wenn <sup>mir</sup> der Herr Bürgermeister wegen die-  
 ses Ausdruckes den Ordnungsruf erteilt, trete ich schon jetzt den Wahr-  
 heitssache an.

Bürgermeister Seitz: Ich habe keinen Ordnungsruf erteilt.  
 Ich habe keine Ursache, beim Verfahren eines Ordnungsrufes den Wahrheits-  
 beweis anzulassen. Ich habe Sie nur auf eine kleine Entgleisung aufmerk-  
 sam machen wollen.

GR. Zimmerl fortsetzend: In der Broschüre steht einmal  
 dass wir im Ausland Schulden gemacht haben, die nach dem Kriege zurückge-  
 zahlt werden mussten.

GR. Denneberg: Markschulden!

GR. Zimmerl: Es rückt sich halt, wenn man in der Demago-  
 gie ein wenig zu weit geht. Auch die <sup>Fest-</sup>stellung über die Finanzen ist  
 sehr interessant. Stadtrat Breitner hat dem Direktoren die Ueberschüsse  
 angegeben. Im Jahre 1923 betragen sie 13<sup>1</sup>/<sub>6</sub> Millionen Dollar, 1924 17 Mil-  
 lionen Dollar 1925 24<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen Dollar und im Defizitjahr 1926  
 22 Millionen Dollar, in diesen vier Jahren also 73 Millionen Dollar,  
 was sich 513 Millionen Schilling. Wenn wir von Ueberschüssen gesprochen  
 haben, hat Breitner uns als Phantasten hingestellt. Jetzt musste er aber  
 die Wahrheit sagen.

GR. Zimmerl geht nun auf die Besprechung des Vertrages  
 selbst ein, wobei er erklärt, dass die Verzinsung eine Höhe von sieben ein-  
 halb Prozent erreicht.  
 er weist darauf hin, dass eine Reihe von deutschen Städten günstigere  
 Anleihen abgeschlossen habe und dass hierbei Zucklungskurse von 90 ein  
 halb Prozent, von 94 Prozent auch bei einer sechsprozentigen Verzinsung  
 an einem Falle sogar bei einer fünf ein halbprozentigen Verzinsung er-  
 reicht worden seien. Wenn man sich um die Anleihe früher bemüht hätte,  
 hätten bessere Marktverhältnisse ausgenützt und bessere Konditionen  
 erreicht werden können. Dass die Ereignisse vom 15. Juli bei den Ver-  
 handlungen auch eine Rolle gespielt haben, ist klar, dass ergibt sich  
 auch daraus, dass die amerikanischen Banken ein Rücktrittsrecht inner-  
 halb fünf Tagen für den Fall gewahrt haben, als Unruhen oder schwere po-  
 litische Differenzen entstehen. Die Wahl dieser Worte ist  
 zweifellos unter dem Eindruck der Ereignisse des 15. Juli erfolgt.  
 Was die Verwendung der Anleihe betrifft, so müssen wir verlangen, dass  
 uns allererstens, spätestens im Verlauf der Budgetberatungen genau  
 gesagt werde, für welche Unternehmungen und in welcher Höhe sie für  
 die einzelnen verwendet werden sollen. Neben den Forderungen des Abgeordneten  
 Kunschak wolle der Redner noch die Forderung erheben, dass bei der Ver-  
 gabe der Arbeiten nur Inlandserzeugnisse angeschafft werden und dass  
 man bei dieser Gelegenheit, wo die betreffenden Unternehmungen ja Ka-  
 pital zur Verfügung haben werden endlich daran denken müsse, den Gas-  
 und Stromkonsumenten die Vorauszahlungen zurückzuzahlen. (Lebhafte Bei-  
 fall bei den Parteien der Einheitsliste). Zusammenfassend bemerkt  
 schliesslich der Redner, seine Partei hätte von dem auf diesem Gebiet  
 sicher anerkannten Stadtrat Breitner noch erwartet, dass er bessere Be-  
 singungen erzielen werde. Ein Meisterstück ist dieser Vertrag nicht. Die  
 Genialität Breitners, von der in der sozialdemokratischen Presse so  
 oft die Rede ist, ist lediglich darauf eingestellt, Steuern zu erfin-  
 den und einzutreiben, Geld zu thesaurieren. Dagegen ist Breitner Ver-  
 handlungen mit Leuten, die mit noch mehr Salben geschmiert sind, nicht  
 gewachsen. Wir hoffen, dass die Anleihe auf unser Wirtschaftsleben be-  
 fruchtend wirken wird, es ist mir ein <sup>die</sup>Herzensbedürfnis unserem Freunde  
 Kunschak zu dem Sieg, den er heute erzielt hat, die herzlichsten  
 Glückwünsche auszusprechen (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei  
 der Einheitsliste). Kunschak hat mit der im eigenen Energie und Zähig-  
 keit darauf hingearbeitet, da Stadtrat Breitner von seinem anfäng-  
 lich eingenommenen Standpunkt abgehen musste und den Weg der Anleihe  
 für die städtischen Unternehmungen beschriften hat. Wir werden für die

Vorlage stimmen und damit wieder einmal den Beweis erbringen, dass wir  
 jederzeit bereit sind, parteipolitische Erwägungen zurückzustellen,  
 wenn es sich um die Wohlfahrt der Bürger dieser Stadt handelt. Wir unter-  
 scheiden uns eben von Ihnen: Wir gehen immer den richtigen Weg, Sie  
 gehen lieber den falschen Weg, wenn es Ihr Parteiinteresse erfordert.  
 (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Parteien der Einheitslis-  
 te).

GR. Beisubek (E.L.) verlangt, dass aus den Mitteln der Anleihe  
 eine Verbesserung des Verkehrs herbeigeführt werde. Er fordert die Legung  
 neuer Strassenbahnlinien und bezeichnet als eine der dringenden  
 erforderlichen Linien die Strassenbahnlinie durch das Krottenbach  
 nach Neudorf am Walde Salmansdorf (Lebhafte Beifall bei den Parteien  
 der Einheitsliste).

GR. Breiffner (E.L.) bemerkt, es sei ausserordentlich schwer  
 zu dem Projekt Stellung zu nehmen, ohne genau zu wissen, was  
 dem wirklich geschehen wird. Stadtrat Breitner verlangt von uns einen  
 Vorschuss an Vertrauen, der durch das, dass die Minderheit bisher im Ge-  
 meinderat vertreten hat, nicht berechtigt erscheint. Es gehört ein aus-  
 ordentlich grosser Wille dazu, wenn schon nicht das Vertrauen auszuspre-  
 chen, so doch in diesem Augenblick nicht das Misstrauen zu be-  
 zeugen. Es ist mir richtig, dass das Ausland der Stadt Wiens grosses Ver-  
 trauen entgegenbringt, es wäre aber verfehlt zu glauben, dass  
 dieses Vertrauen der gegenwärtigen sozialdemokratischen Mehrheit gilt.  
 Wenn dieser weitgehende Kredit gegeben wird, so geschieht dies nicht  
 der sozialdemokratischen Partei zuliebe, sondern dann geschieht dies  
 der Verwaltung der sozialdemokratischen Partei (Lebhafte Beifall bei  
 der E.L.) und trotz der Ereignisse des 15. Juli. Wenn wir für die Vor-  
 lage stimmen, so tun wir das keineswegs, um der Mehrheit das Vertrauen  
 zu votieren oder etwa in der Hoffnung, dass wir in Zukunft eine bes-  
 sere Behandlung von ihr erfahren werden, sondern weil wir unsere Dank-  
 barkeit für das Vertrauen ausdrücken wollen, das das Ausland unserer  
 Stadt entgegenbringt und weil wir herliche Freude darüber empfinden,  
 dass in der ganzen Welt die Stadt Wien als eine uralte deutsche Kul-  
 turstadt gilt (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR. Breitner tritt zunächst der Behauptung des Gemein-  
 rates Kunschak entgegen, dass im Bezug auf die Aufnahme von Investi-  
 tionsanleihen für städtische Unternehmungen ein schwerer Meinungsge-  
 gensatz zwischen Mehrheit und Minderheit bestanden habe. Demgegenüber  
 verweise er auf die Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 1923. Damals hat  
 die Nationalbank einzelne Unternehmungen kurzfristige Wechselkredite ge-  
 geben und die Minderheit gab uns damals den Ratschlag, dass auch wir uns  
 um solche Kredite bewerben mögen. Damals schon habe ich darauf verwiesen,  
 dass das kein Auskubittsmittel sei, dass wir vielmehr alles daran wenden  
 müssen, für Investitionszwecke Anleihen zu erhalten. Schon damals hat, also  
 nicht das geringste programatische Hindernis gegen die Aufnahme von An-  
 leihen bestanden und es widerspricht/ auch sicherlich keinem Grundsatz  
 sozialistischen Denkens. Es ist auch unmöglich Investitionen durch Ta-  
 rife eines Jahres hereinzubringen weil das ungeheuerliche Steigerungen,  
 einen Rückgang des Verbrauchs und eine Störung des Produktionslebens  
 zur Folge hätte. Zurückgewiesen haben wir immer nur das Verlangen, die  
 Nachholungsarbeiten, die infolge der Kriegsschäden notwendig geworden  
 waren, Erneuerungen, die einfach den Ersatz des Alten darstellen, durch  
 Anleihen zu decken. Grundsätzlich besteht also gar kein Widerspruch  
 zwischen uns und der Minderheit. Dass die von Lueger geschaffenen städti-  
 schen Unternehmungen eine Sicherung an sich darstellen, ist niemals gelei-  
 net worden, im Gegenteil es ist anlässlich der Enthüllung des Denkmals  
 für Lueger und auch von dieser Stelle aus anerkannt worden. Es ist ja  
 auch selbstverständlich, dass eine Verwaltung, die durch 20 Jahre be-  
 standen hat, eine Reihe von Leistungen aufweist und wir haben nur immer  
 verlangt, dass/ auch unsere Leistungen mit der gleichen Objek-  
 tivität beurteilen möge. Ueber die einzelnen Fragen wie Wohnbauwesen und  
 Wasserkraftabgabe wird noch beim Budget ausführlich zu sprechen sein.

Tatsache ist, dass die Wasserkraftabgabe die Verzinsungspflicht des Elektrizitätswerk verringert. Die Gemeinde rechnet heute einen Satz von vier ein halb Prozent, ein Zinssatz der durch die günstigste Anleihe nicht erzielt werden könnte. Was die Vergebung von Arbeiten anbelangt, so kann nicht davon gesprochen werden, dass wir eine Kontrolle scheuen. Die Grundsätze für die Vergebung sind vielmehr im Allgemeinen die gleichen, wie unter der früheren Verwaltung. Bei einer Reihe von Arbeiten, ist es unbestritten, dass eine öffentliche Ausschreibung nicht möglich ist. Andere werden im weitesten Ausmass durch öffentliche Ausschreibungen vergeben. Wie sehr hier eine Kontrolle geübt wird, geht daraus hervor, dass im technischen Ausschuss in den ersten zehn Monaten dieses Jahres unter den 2800 Vergebungsakten, die erledigt worden sind, sich nur vier Vergabungen befanden, die im Widerspruch mit der Minderheit beschlossen wurden. Wenn in der heutigen Sitzung des Stadtsenates, das vom Gemeinderat Kunegashak zitierte Wort von einem "Kaufpreis" wirklich gefallen sein sollte, so kann das keine andere Bedeutung gehabt haben, als dass wir wünschen, die Minderheit möge diese Vorlage nur dahingehend prüfen, ob die erzielten Bedingungen richtig und angemessen sind. Was wir ablehnen, ist die Erstellung eines Zusammenhangs mit den schwierigsten politischen Streitfragen. Das Beschwerde des Gemeinderates Zimmerl, dass die Minderheit bei dieser Anleihe nicht herangezogen worden sei, hält Stadtrat Breitner die eigene Feststellung des Gemeinderates Zimmerl entgegen, dass bei einer Reihe wichtigster Verhandlungen in engster Fühlungnahme mit der Minderheit vorgegangen worden sei. Daraus ist zu ersehen, dass die Mehrheit, wo nur immer die Möglichkeit hierzu besteht, auf die Mitarbeit der Minderheit Wert legt und ihr dazu vollauf Gelegenheit gibt. Aber bei diesen Verhandlungen, die solange gedauert haben und bis zum letzten Augenblicke unsicher waren, war es unmöglich, von der Minderheit zu verlangen, dass sie an Dutzenden und Dutzenden, oft bis in die Nacht während Sitzungen teilnehmenden Verhandlungen, die ja schliesslich vorläufig ergebnislos hätten verlaufen können. Auch im Parlament wird die Minderheit zu ähnlichen Verhandlungen, wie z.B. zu den gerade jetzt schwebenden Vorbereitungen der grossen Anleihe nicht herangezogen. Die sozialdemokratische Minderheit hat dies auch nicht verlangt, weil die Führung solcher Verhandlungen eben zu den Aufgaben der Mehrheit gehört. Stadtrat Breitner schliesst mit folgenden Worten: Es ist sicherlich von hoher Bedeutung und wird über den Rahmen dieser Verhandlung hinaus gewürdigt werden, dass eine so wichtige Vorlage wie diese Anleihe schliesslich über alle Gegensätze hinaus die beiden grossen Parteien einigt. Ich bitte den Gemeinderat um die einstimmige Zustimmung. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Die Anleihe wird bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder einstimmig angenommen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen und stürmische Rufe: Hoch Breitner!).

Bürgermeister Seitz: Der Finanzreferent der Stadt Wien, amtsführender Stadtrat Breitner hat nach einer jahrelangen Arbeit, die sich in den letzten Monaten besonders intensiv gestaltet hat, den Erfolg erzielt, den wir nunmehr feststellen können. Als einer derjenigen, die Gelegenheit hatten, diese Arbeit unmittelbar zu beobachten, kann ich nur sagen, dass wir uns glücklich schätzen können, einen Mann von so ausserordentlichen Kenntnissen und Fähigkeiten und insbesondere von einer so profunden Kenntnis der Finanzwirtschaft unseren Finanzreferenten neben zu können. Er hat mit Zähigkeit ausgehalten und jeder Versuchung widerstanden, bis der richtige Moment kam. Es war mir eine besondere Genugtuung, als unsere Vertragspartner ihrer Bewunderung und ihrer Anerkennung für Stadtrat Breitner Ausdruck gaben. Das war nicht Phrase, sondern der Ausdruck der Erkenntnis, dass sie es mit einem vollwertigen Vertragspartner zu tun hatten. Aber nicht nur die Fähigkeiten und die Kenntnisse des Stadtrates Breitner muss man bewundern, sondern vor al-

lem den ungeheuren Fleiss und die Hingabe, mit der er der Stadt Wien gedient hat. Ich spreche dem Stadtrat Breitner den Dank der Stadt Wien aus. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Zugleich danke seinen Mitarbeitern, so vor allem dem Magistratsdirektor Dr. Hartl (lebhafter Beifall bei der Mehrheit), dem Obermagistratsrat Dr. Neumayer (lebhafter Beifall bei der Mehrheit) und allen Beamten, die an dem Werk beteiligt waren. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Im Zusammenhange mit der Dollaranleihe wird die sofortige Einlösung des am 2. Jänner 1928 fälligen Coupons von abgestempelten Stücke der 1902er Anleihe an diejenigen Inhaber, die auf die Ausübung ihres Bezugsrechtes auf die Dreissig Millionen Dollaranleihe verzichten, untergleichzeitiger Ausschüttung der solchen Inhabern eingeräumten Entschädigung genehmigt.

GR. Iser (soz. dem.) referiert über einen Zuschusskredit für die Ausstellung "Wien und die Wiener" in der Höhe von 70.000 Schilling.

GR. Uebelhör (E.L.) wendet sich dagegen, dass die zur Durchführung dieser Ausstellung eingesetzte Kommission, der er selbst angehört habe, nur zu einer einzigen Sitzung einberufen wurde und dass ihr nicht einmal mitgeteilt worden sei, in welchem Umfange sich die Gemeinde an dieser Ausstellung beteilige. Die Beteiligung der Gemeinde wurde dazu benützt, um aus der Ausstellung parteipolitisch Kapital zu schlagen, was bei den Besuchern der Ausstellung grossen Anstoss erregt habe (Grosser Beifall bei den Parteien der E.L.).

GR. Rummelhardt (E.L.) bemerkt, er habe ein Gefühl der Scham empfunden in der Ausstellung als ein Mitglied der Ausstellungskomitees bezeichnet zu werden, da dieses Ausstellungskomitee von all dem was sich in der Ausstellung zugetragen habe, nicht bemerkte. Die Tabellen in der Abteilung über das Schulwesen haben offenkundige Lügen enthalten (Hört Hört rufe bei den Parteien der E.L.). Die Ausstellung wurde zu einer grosszügigen Agitation für die sozialdemokratische Partei benützt. Das einzig schöne in der Ausstellung waren die Dinge, die aus Wiens Vergangenheit gezeigt wurden (Lebhafte Beifall bei den Parteien der E.L.).

GR. Iser weist gegenüber den Vorrednern auf den kolossalen Erfolg der Ausstellung hin, ein Erfolg, der sich vor allem auch darin geüssert habe, dass die Ausstellung um drei Wochen verlängert werden musste.

Der Antrag wird genehmigt.

GR. Linder beantragt die Herabsetzung der Gebühr für die Beförderung nichttriebfähiger Pferde mit dem automobilen Tierrettungswagen der Feuerwehr vom städtischen Pferdemarkt in das Schlachthaus. Die Gebühr soll von 45 Schilling auf 30 Schilling herabgesetzt werden.

GR. Doppler (E.L.) erklärt, dass diese Herabsetzung zweifellos ihren Zweck nicht erreicht.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Kokrda beantragt die Erhöhung der Grundgebühr für die veränderlichen Markt- und Schlachthausgebühren von einhalb pro Mille auf zwei pro Mille. Die Erhöhung soll mit 1. Jänner 1928 in Kraft treten. Die Erhöhung ist ganz unbedeutend, sie ist auf ein Kilogramm Fleisch überhaupt nicht umzurechnen.

Vizebürgermeister Hoss wendet sich gegen diese Erhöhung. Wenn Abgänge beim Schlachthaus zu verzeichnen sind, so sollen sie aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. In der heutigen Zeit darf auf dem Gebiete der Approvisionnement nichts verteuert werden.

GR. Kokrda erwidert, dass die Gemeinde für das Schlachthaus und für die Märkte alljährlich namhafte Beträge aufwendet.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Schluss der Sitzung 7 Uhr abends.